



C/2024/4129

18.7.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾
17. Juli 2024
(C/2024/4129)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0934	CAD	Kanadischer Dollar		1,4949
JPY	Japanischer Yen		171,21	HKD	Hongkong-Dollar		8,5368
DKK	Dänische Krone		7,4595	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7975
GBP	Pfund Sterling		0,83915	SGD	Singapur-Dollar		1,4660
SEK	Schwedische Krone		11,5085	KRW	Südkoreanischer Won		1 508,08
CHF	Schweizer Franken		0,9693	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,8772
ISK	Isländische Krone		149,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,9372
NOK	Norwegische Krone		11,7575	IDR	Indonesische Rupiah		17 634,46
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		5,0991
CZK	Tschechische Krone		25,290	PHP	Philippinischer Peso		63,703
HUF	Ungarischer Forint		391,28	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2948	THB	Thailändischer Baht		39,291
RON	Rumänischer Leu		4,9675	BRL	Brasilianischer Real		5,9485
TRY	Türkische Lira		36,1869	MXN	Mexikanischer Peso		19,4385
AUD	Australischer Dollar		1,6222	INR	Indische Rupie		91,3642

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/4529

18.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109142

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4529)

Datum der Annahme der Entscheidung	11.12.2023	
Nummer der Beihilfe	SA.109142	
Mitgliedstaat	Frankreich	
Region	FINISTERE, BRETAGNE	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Aide à l'investissement pour la création d'un terminal multimodal marchandises (autoroute ferroviaire) à Bayonne-Mouguerre	
Rechtsgrundlage	loi n°2019-1428 d'orientation des mobilités (LOM) du 24 décembre 2019 (art 178)	
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	SCI BAI Rail Immo
Ziel	Verkehrskoordination	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 18 923 995 EUR Jährliche Mittel: 18 923 995 EUR	
Beihilfehöchstintensität	77,6 %	
Laufzeit		
Wirtschaftssektoren	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministère de la transition écologique et de la cohésion des territoires, Direction générale des infrastructures des transports et des mobilités Tour Séquoia 92055 La Défense Cedex	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/4531

18.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.114593

(C/2024/4531)

Datum der Annahme der Entscheidung	26.6.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.114593	
Mitgliedstaat	Malta	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF Modification(s) to SA.103449, SA.103223, and SA.113421	
Rechtsgrundlage	Agriculture and Fishing Industries (Financial Assistance) Act and the Guidelines for „Temporary State Aid – Fertiliser Scheme to Land Farmers“	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 1 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	bis zum 31.12.2024	
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten, Fischerei und Aquakultur	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry for Agriculture, Fisheries and Animal Rights Pinto Business Centre, Level 3 Mill Street Qormi	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/4535

18.7.2024

**Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung eines Namens gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a
der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über
Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel**

(C/2024/4535)

Im Anschluss an diese Veröffentlichung können gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ die Behörden eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands oder eine natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Kommission Einspruch erheben.

EINZIGES DOKUMENT

„Livanjski sir“

EU-Nr.: PGI-BA-2881 — 16.12.2022

g. U. () g. g. A. (x)

1. Name(n) [der g. U. oder der g. g. A.]

„Livanjski sir“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Bosnien und Herzegowina

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. Art des Erzeugnisses

Klasse 1.3. Käse

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

Das Erzeugnis mit der g. g. A. „Livanjski sir“ ist ein harter Vollfettkäse aus pasteurisierter, thermisierter oder roher Kuhmilch, Schafmilch oder deren Mischungen, der in einem abgegrenzten geografischen Gebiet hergestellt wird. Der Geschmack und der Geruch von „Livanjski sir“ sind leicht süßlich und erinnern an Walnusskerne; der reife Käse ist leicht pikant. Er enthält mindestens 60 % Trockenmasse und mindestens 45 % Fett in der Trockenmasse. Der Salzgehalt des Käses liegt zwischen 1,8 % und 2,2 %. Der Käse hat eine zylindrische Form, mit flachem Boden und einem flachen oder leicht konvexen Rand. Der Durchmesser des Käserads beträgt zwischen 18 und 28 cm, die Höhe beträgt 7 bis 10 cm. Der Käse wiegt zwischen 1,8 und 3,5 kg. „Livanjski sir“ wird aber auch in kleineren Größen mit einem Durchmesser von 9 bis 14 cm, einer Höhe von 6 bis 12 cm und einem Gewicht von 0,6 bis 1,2 kg hergestellt. Die Rinde ist glatt und hart, ohne Risse oder Anzeichen von Schäden und von goldgelber Farbe. Sie bildet sich natürlich während der Reifung des Käses, die im Idealfall 90 Tage, jedoch mindestens 60 Tage dauert. Die Farbe der Rinde kann sich während der Reifung von Goldgelb zu einem etwas dunkleren Goldgelb verändern. Der Käse selbst ist kompakt, schwach elastisch, leicht zu schneiden, mit dichter Textur und ohne oder nur mit einer kleinen Anzahl regelmäßiger Löcher. Wird der Käse aus Rohmilch hergestellt, können mehr Löcher entstehen, die oft unregelmäßig sind. Der Käse ist hellgelb. Mit der Reifung verliert der Käse seine Elastizität und nimmt einen dunkleren Farbton an. Der Geschmack ist leicht und angenehm pikant und süßlich und wird würziger, je länger der Käse reift. Der Geruch ist ausgeprägt, er ist typisch für reifen Hartkäse und verstärkt sich mit der Reifung. Das Aroma erinnert leicht an aromatische Kräuter aus dem abgegrenzten Erzeugungsgebiet der Milch. Unter anderem verzehren die Kühe und Schafe dieses Gras, dessen aromatische Stoffe gehen auf die Milch über, und genau dies ist die wichtigste „Zutat“ und das Geheimnis von „Livanjski sir“.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABl. L, 2024/1143 vom 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj>).

3.3. *Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)*

Hauptbestandteil der Futterrationen sind Beweidung (6 Monate), Heu oder Heulage (75 % der Trockenmasse der Tagesration), die in dem unter Punkt 4 beschriebenen geografischen Gebiet hergestellt werden. Die Grundfütteration kann durch zusätzliche Mischfuttermittel sowie Mineralstoffe und Vitamine ergänzt werden. Außerhalb des vorstehend genannten Gebiets erzeugtes grobes Futter zur Fütterung von Milchkühen kann in Tagesrationen bis zu 40 % verwendet werden. Kraftfutter kann überall außerhalb des unter Punkt 4 beschriebenen Gebiets hergestellt werden.

3.4. *Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen*

Vorbereitung der Milch für das Dicklegen, Dicklegen und Verarbeiten der Dickete (Gallerte), Zerteilen und Trennen des Bruchs von der Molke, Pressen der Käseräder, Salzen der Käseräder und Reifung des Käses.

3.5. *Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

„Livanjski sir“ kann auch in Stücke geschnitten oder gerieben (Schneiden und Reiben am Erzeugungsort) vermarktet werden und wird vakuum- oder schutzgasverpackt. Käse mit einem Gewicht von weniger als 1,2 kg dürfen nur als ganzes Rad in Verkehr gebracht werden. „Livanjski sir“, der mehr als 12 Monate gereift ist, kann als geriebener Käse in Verkehr gebracht werden. Der Käse wird vakuum- oder schutzgasverpackt. Nachdem der Käse geschnitten wurde, haben die Seitenflächen der gewonnenen Stücke keinen natürlichen Schutz, was zu einem beschleunigten Verlust der Käsequalität und einer kürzeren Haltbarkeit dieser Erzeugnisse führt. Daher werden Käsestücke nur in der vorgeschriebenen Verpackung verpackt und behalten somit die typischen sensorischen Eigenschaften von „Livanjski sir“, die in dieser Spezifikation beschrieben sind und die der Verbraucher erwartet. Das Zerschneiden des Käses zerstört auch die Unversehrtheit der Kaseinmarke, auf der die Rückverfolgbarkeit des Erzeugnisses beruht, sodass auf dem Käsestück kein physisches Zeichen verbleibt, das die Echtheit des Erzeugnisses gewährleistet. In diesem Fall wird eine solche Verpackung auf der Erklärung mit einer Chargennummer versehen, die zur Rückverfolgbarkeit des Erzeugnisses verwendet wird.

3.6. *Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Käse, der alle Anforderungen der Produktspezifikation erfüllt, wird mit dem Namen des Erzeugers, der g. g. A. „Livanjski sir“ sowie deren Logo gekennzeichnet. Auf der Kennzeichnung ist auch anzugeben, ob der Käse aus roher, pasteurisierter oder thermisierter Milch hergestellt wurde und von welchem Tier die Milch stammt, wobei im Falle von Mischungen die Anteile der Milcharten anzugeben sind. Ist der Käse mindestens sechs Monate gereift, kann der Erzeuger zusätzlich die Reifedauer des Käses angeben. Solche Käse mit der g. g. A. „Livanjski sir“ können die Marke „PREMIUM“ tragen.

4. **Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets**

Das geografische Gebiet, in dem Milch für „Livanjski sir“ erzeugt wird, umfasst die folgenden Gemeinden: Livno, Tomislavgrad, Kupres, Glamoč, Grahovo und Drvar. Das geografische Erzeugungsgebiet von „Livanjski sir“ umfasst eine kleinere Region als das für die Milcherzeugung ausgewiesene Gebiet und stellt ein traditionelles Erzeugungsgebiet von „Livanjski sir“ dar, in dem dieser Käse seit Jahrzehnten erzeugt wird. „Livanjski sir“ ist historisch mit dem betreffenden Gebiet verknüpft. Es erstreckt sich auf die gesamte Gemeinde Livno, einen Teil der Gemeinde Glamoč (die Dörfer Skucani, Vidimlije, Staro Selo, Kapić, Dolac und Dragnić), einen Teil der Gemeinde Kupres (das Dorf Gornji Malovan) und einen Teil der Gemeinde Tomislavgrad (die Dörfer Šuica, Eminovo Selo, Stipanići und Prisoje).

5. **Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet**

Die Eintragung der g. g. A. „Livanjski sir“ wird aufgrund der besonderen Eigenschaften und des Ansehens dieses Käses beantragt.

Die Eigenschaften und die Einzigartigkeit des Käses ergeben sich aus den besonderen Eigenschaften der Milch, aus der er hergestellt wird. Das geografische Gebiet der Milcherzeugung bietet ideale Bedingungen für die Viehzucht. Das besondere Zusammenwirken von mediterranen und kontinentalen Klimazonen und die Kombination von Bergweiden und einem einzigartigen Komplex aus Karstfeldern ergeben eine Vegetation aus wertvollen Pflanzen, von denen einige endemisch sind, wie z. B. Wollige Schwarzwurzel (*Scorzonera villosa*), Geflecktes Ferkelkraut (*Hypochaeris maculata*), Traubenhafer (*Danthonia* sp.) und Ungarischer Klee. „Livanjski sir“ ist ein Hartkäse, der durch einen angenehmen Geschmack und eine kompakte, geschlossene Textur gekennzeichnet ist.

Obwohl im Gebiet der Gemeinde Livno und in Teilen benachbarter Gemeinden hergestellt, hat „Livanjski sir“ dank seiner Geschichte und Qualität hohes Ansehen erworben und ist weltweit zu einem Symbol, Markenzeichen und Botschafter für Bosnien und Herzegowina mit hohem Wiedererkennungswert geworden. Des Weiteren ist das besondere Herstellungsverfahren des „Livanjski sir“ seit Ende des 19. Jahrhunderts im Erzeugungsgebiet erhalten geblieben, wo es über Jahrzehnte von Generation zu Generation weitergegeben wurde und das meisterliche Können der Käser zur gleichbleibenden Qualität des Käses aus der Region Livno beitrug. Die Besonderheit des Käses, die lange Tradition seiner Herstellung, die gleichbleibende Qualität, aber auch sein Verkauf und seine Beliebtheit im Ausland haben entscheidend zum Bekanntheitsgrad des Käses und zu seinem hohen Ansehen beigetragen, auf die in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und in den Nachrichten verwiesen wird, bestätigt auch durch zahlreiche Auszeichnungen auf Messen und bei Wettbewerben (die Liste der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und verliehenen Auszeichnungen ist dem Punkt 5.4 zu entnehmen).

5.1. Besonderheit des geografischen Gebiets

Das abgegrenzte geografische Gebiet ist durch eine Kombination aus Kontinental- und Gebirgsklima geprägt, dessen Hauptmerkmale kalte und harte Winter sowie gemäßigte und warme Sommer sind. Ausschlaggebend für das Klima in dem Gebiet sind seine geografische Lage, seine geomorphologischen Merkmale und die Nähe zum Adriatischen Meer. Niederschläge sind charakteristisch für das Gebiet. Die meisten Niederschläge sind im November zu verzeichnen, die zweitmeisten von Februar bis April. Das Hauptmerkmal dieses Gebiets besteht darin, dass es sich um Karst handelt, aufgrund dessen die Niederschläge rasch abfließen, weshalb es in den Sommermonaten häufig zu Dürren kommt. Außerdem sind im November Niederschläge für das Gebiet charakteristisch, gefolgt von einer Schneedecke in den Wintermonaten. Das Ergebnis ist eine übermäßige Wassermenge, die in bestimmten Teilen dieses Gebiets zu Überflutungen führt.

Das geografische Gebiet der Milch- und Käseerzeugung befindet sich am geografischen Übergang zwischen Herzegowina im Süden und Bosnien im Norden, wo die Einflüsse des warmen Mittelmeers aus dem Süden und des kalten Gebirgsklimas aus dem Norden aufeinandertreffen. Dies hat im Laufe der Zeit besondere Umweltbedingungen geschaffen. Sie zeichnen sich durch ausgeprägte Temperaturen und hygroskopische Extreme sowie eine hohe und spezifische Niederschlagsverteilung aus. Die unter diesen Bedingungen entstandenen Ökosysteme werden gleichzeitig von thermophilen (wärmeliebenden) und frigophilen (an niedrige Temperaturen angepasste) Arten, d. h. Gebirgspflanzen- und Gebirgstierarten, bewohnt. Die meisten Arten, aus denen diese Gemeinschaften bestehen, sind in den Dinarischen Alpen und im Balkanraum endemisch. Dabei ist wichtig, dass dieses Gebiet, im Verhältnis zur gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, riesige Flächen mit natürlichem Grasland (Weiden) aufweist (mehr als 80 % der gesamten Graslandflächen). „Livanjski sir“ hat eine lange und reiche Herstellungstradition in einem abgegrenzten geografischen Gebiet. Der Beginn der Käseherstellung in diesem Gebiet reicht weit zurück und steht im Zusammenhang mit dem Beginn der Weidewirtschaft und Rinderhaltung in den Bergregionen, was verständlich ist, da die Käseherstellung damals die einzige Möglichkeit war, Milch in einer hügeligen bzw. gebirgigen Umgebung haltbar zu machen.

5.2. Besonderheit des Erzeugnisses

„Livanjski sir“ ist ein Hartkäse, der durch einen angenehm pikanten Geschmack und eine kompakte geschlossene Textur gekennzeichnet ist. Er lässt sich auch an seiner regelmäßigen, niedrigen zylindrischen Form erkennen. Das Innere des Käses ist hellgelb bis dunkelgelb, die Rinde ist natürlich, hart und glatt. Je nach Reifegrad können Textur und Geschmack von „Livanjski sir“ unterschiedlich ausfallen. Über zwei Monate gereifter „Livanjski sir“ ist schwach elastisch, leicht zu schneiden und weist im Querschnitt entweder keine oder spärlich verteilte kleine runde Löcher auf („Livanjski sir“ aus Rohmilch kann im Querschnitt eine beträchtliche Anzahl von Löchern enthalten). Sein Geschmack ist leicht süß, mäßig salzig und angenehm pikant. Er hat ein ausgeprägtes anhaltendes Aroma, das für das Erzeugungsgebiet charakteristisch ist und an aromatische und würzige Kräuter erinnert.

5.3. Ursächlicher Zusammenhang

Die Eigenschaften und die Einzigartigkeit von „Livanjski sir“ sind auf die besonderen Eigenschaften der Milch zurückzuführen, aus der dieser Käse hergestellt wird. Das geografische Gebiet, in dem die Milch erzeugt und zu „Livanjski sir“ verarbeitet wird, ist in vielerlei Hinsicht besonders und einzigartig. Es bietet ideale Bedingungen für die Viehzucht. Das besondere Zusammenwirken von mediterranen und kontinentalen Klimazonen und die Kombination von Bergweiden und einem einzigartigen Komplex aus Karstfeldern ergeben eine Vegetation aus wertvollen Pflanzen und ein geografisches Umfeld, das nirgendwo sonst zu finden ist. Die botanische Zusammensetzung des natürlichen Graslands, das für die Herstellung von „Livanjski sir“ verwendet wird, deutet darauf hin, dass in dem beschriebenen Gebiet zahlreiche aromatische Pflanzen beheimatet sind, von denen einige wertvoll sind und nur auf diesen Flächen vorkommen. Durch die Weidehaltung von Rindern in einer Umgebung, in der zahlreiche aromatische Pflanzen wachsen, erhöht sich der Nährwert der Milch und damit des aus dieser Milch hergestellten Käses erheblich. Außerdem weist der auf diese Weise gewonnene Käse einen besonderen Geschmack und Geruch auf, der für die Vegetation dieser Region charakteristisch ist und eng mit dieser zusammenhängt. Die Weidehaltung erfolgt hauptsächlich auf Gebirgs- und Almflächen mit besonders wertvollen Pflanzen. Diese Art der Weidehaltung und Fütterung von Nutztieren ist in diesen Regionen seit jeher anzutreffen. Die Hirten der Region folgen einer Tradition, bei der das Weideland bestmöglich für die Fütterung des Milchviehs genutzt wird. Milchkühe fressen etwa 6 Monate lang auf der Weide; während der verbleibenden Zeit des Jahres werden sie mit Heu oder Heulage von Weiden oder landwirtschaftlichen Flächen im Erzeugungsgebiet gefüttert. In einer solchen Umgebung weisen Milch und Molke (sofern sie zur Pflanzenkultur verwendet wird) eine reiche und vielfältige Mikroflora auf, die auf den Käse übertragen wird und ihm besondere Eigenschaften verleiht. Auch in den Erzeugerbetrieben gibt es eine reichhaltige Mikroflora, die aus der Umgebung der Molkereien stammt und in der Herstellungs- und Reifungsphase den Käse besiedelt.

5.4. Verzeichnis von wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Auszeichnungen

- 1. Livanjski sir, (S. Kirin i sur), Fachartikel, in dem die Bedeutung des Käses aus der Region Livno während seiner 117-jährigen Herstellungsgeschichte beschrieben wird. Die wichtigsten technologischen Parameter, die grundlegende chemische Zusammensetzung und die organoleptischen Eigenschaften von Käse aus der Region Livno werden anhand von Daten aus der Forschungsliteratur beschrieben. Es wird festgestellt, dass ein erheblicher Qualitätsunterschied zwischen traditionell und industriell hergestellten Käsesorten besteht, der hauptsächlich auf die verwendete Milch, das Herstellungsverfahren und technisches Können zurückzuführen ist. Die beschriebenen organoleptischen Eigenschaften und technologischen Parameter sowie die chemische Zusammensetzung können zur Normung dieser Käsesorte herangezogen werden. Dies wird letztlich auch den Schutz seines geografischen Ursprungs ermöglichen. Mljekarstvo 53 (4) 281-291, 2003.
- 2. Consumers' preferences and composition of Livanjski cheese in relation to its sensory characteristic (Präferenzen der Verbraucher und Zusammensetzung von „Livanjski sir“ in Bezug auf seine sensorischen Merkmale (Matić A., Kalit S., Salajpal K., Ivanković S., Sarić Z.), Mljekarstvo 64 (3), 170-177, 2014.
- 3. The impact of proteolytic changes on sensory properties of Livno cheese (Auswirkungen proteolytischer Veränderungen auf die sensorischen Eigenschaften von Livnokäse) (Matić A., Sarić Z., Kalit S.), Works of the Faculty of Agricultural and Food Sciences, Universität Sarajevo, Bd. LIX, Nr. 64/1, S. 155-173, 2014.

List der Auszeichnungen:

Datum	Staat	Stadt	Messe/Wettbewerb	Erzeugnis	Auszeichnung
6.-8.11.2014	Österreich	Hopfgarten im Brixental	12. Internationale Käsiade	Livanjski sir	Goldmedaille
9.-15.5.2015	Serbien	Novi Sad	82. međunarodni poljo-privredni sajam	Livanjski sir	Große Goldmedaille
2021-22	Spanien	Oviedo	World Cheese Awards	Livanjski sir	Bronzemedaille
2021-22	Spanien	Oviedo	World Cheese Awards	Livanjski sir	Silbermedaille

2022	Belgien	Brüssel	International Taste Award	Livanjski sir	Superior Taste Award
2023	Belgien	Brüssel	International Taste Award	Livanjski sir	Superior Taste Award

Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation

https://fsa.gov.ba/wp-content/uploads/2023/05/Livanjski-sir_-small-modified-specification.pdf



C/2024/4536

18.7.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109998

(C/2024/4536)

Datum der Annahme der Entscheidung	21.5.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.109998	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region	BRANDENBURG	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Brandenburg: Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Bewältigung von Schäden aufgrund des Fischsterbens in der Oder im Jahr 2022 sowie aufgrund wiederholter Fischsterben der gleichen Ursache für Unternehmen der Erwerbsfischerei	
Rechtsgrundlage	Brandenburg: Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg zur Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Bewältigung von Schäden aufgrund des Fischsterbens in der Oder im Jahr 2022 sowie aufgrund wiederholter Fischsterben der gleichen Ursache für Unternehmen der Erwerbsfischerei	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Fischerei und Aquakultur	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 1 400 000 EUR Jährliche Mittel: 350 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	100,0 %	
Laufzeit	bis zum 31.12.2027	
Wirtschaftssektoren	Fischerei und Aquakultur	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Landesamt für Ländliche Entwicklung Landwirtschaft und Flurneuordnung - Referat F2 Bewilligung Rathausstraße 6, 15517 Fürstenwalde/Spree	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/4538

18.7.2024

Veröffentlichung einer genehmigten Standardänderung einer Produktspezifikation einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder einer geschützten geografischen Angabe im Sektor Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß Artikel 6b Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission

(C/2024/4538)

Diese Mitteilung wird gemäß Artikel 6b Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission ⁽¹⁾ veröffentlicht.

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION EINER GESCHÜTZTEN URSPRUNGSBEZEICHNUNG ODER EINER GESCHÜTZTEN GEOGRAFISCHEN ANGABE EINES MITGLIEDSTAATS

(Verordnung (EU) Nr. 1151/2012)

„Patata della Sila“

EU-Nr.: PGI-IT-0643-AM01 – 30.4.2024

g. U. () g. g. A. (X)

1. Name des Erzeugnisses

„Patata della Sila“

2. Mitgliedstaat, zu dem das geografische Gebiet gehört

Italien

3. Behörde des Mitgliedstaats, die die Standardänderung mitteilt

Ministerium für Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Forstwirtschaft

—

4. Beschreibung der genehmigten Änderung(en)

Erläuterung, warum die Änderung(en) unter die Definition einer Standardänderung gemäß Artikel 53 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 fällt/fallen:

Die Änderungen der Produktspezifikation und des Einigen Dokuments fallen unter die Definition der Standardänderung gemäß Artikel 53 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012, geändert durch die Verordnung (EU) 2021/2117, da sie:

- a) keine Änderung des Namens der geschützten Ursprungsbezeichnung oder geschützten geografischen Angabe oder der Verwendung dieses Namens umfassen;
- b) kein Risiko in sich tragen, dass der Zusammenhang gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b für geschützte Ursprungsbezeichnungen oder der Zusammenhang gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b für geschützte geografische Angaben verloren geht;
- c) keine garantiert traditionelle Spezialität betreffen und
- d) keine zusätzlichen Beschränkungen bei der Vermarktung des Erzeugnisses zur Folge haben.

1. Streichung und Hinzufügung von Sorten

Nummer 2 der Produktspezifikation und Punkt 3.2 des Einigen Dokuments werden wie folgt geändert: Die Sorten „Ditta“ und „Majestic“ werden gestrichen. Die Sorten „Fontane“, „Krone“, „Jelly“, „Cherie“, „Cupido“, „Manitou“, „Laura“, „Sunita“, „Inova“, „Almonda“ und „Malice“ werden hinzugefügt.

⁽¹⁾ ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17.

Das Verzeichnis der zugelassenen Sorten wird geändert, um die zulässigen Sorten mit den tatsächlich genutzten und auf dem Markt verfügbaren Sorten in Einklang zu bringen. Daher werden die Sorten „Ditta“ und „Majestic“ gestrichen, die seit geraumer Zeit quasi nicht mehr verwendet werden bzw. zu finden sind, und es werden andere Sorten hinzugefügt, die zum Zeitpunkt der Verfassung der Produktspezifikation nicht aufgenommen wurden, aber Besonderheiten aufweisen, die den Besonderheiten der aktuell aufgeführten Sorten gleichzustellen sind, und im Erzeugungsgebiet weitverbreitet sind. Das betrifft die Sorten „Fontane“, „Krone“, „Jelly“, „Cherie“, „Cupido“, „Manitou“, „Laura“, „Sunita“, „Inova“, „Almonda“ und „Malice“.

Die Änderung wirkt sich auf das Einzige Dokument aus.

2. Überarbeitung der Beschreibung der Form

Die Beschreibung der Form in Nummer 2 der Produktspezifikation und Punkt 3.2 des Einzigen Dokuments wird wie folgt überarbeitet. Der Satz

„Form: rund – rund/oval – lang/oval“

wird ersetzt durch den Satz

„Form: rund, oval oder länglich, je nach Sorte“.

Es gibt keine Änderungen an der Bedeutung oder dem Inhalt. Der Text wird lediglich umformuliert, um ihn präziser und klarer zu machen.

Die Änderung wirkt sich auf das Einzige Dokument aus.

3. Änderung der Definition der Größen

Die Definition der Größen in Nummer 2 der Produktspezifikation und Punkt 3.2 des Einzigen Dokuments wird wie folgt überarbeitet. Die Werte:

„Größe: zwischen

- 0 und 28 mm (Granaglia)
- 28 und 45 mm (Mezzanella oder Tondello)
- 46 und 75 mm (Prima)
- größer als 76 mm (Fiorone)“

werden durch folgende Werte ersetzt:

„Größe:

- > 28 und ≤ 45 mm (Mezzanella oder Tondello)
- > 45 und ≤ 75 mm (Prima)
- > 75 mm (Fiorone)“.

Die Kategorie „Granaglia“ wird gestrichen, da ihre Größe unterhalb von 28 mm liegt und die Ernte heute maschinell erfolgt; dabei können der Erde nur größere Knollen entnommen werden, weshalb diese Kategorie vom Markt verschwunden ist.

Die anderen Größen werden beibehalten, aber umformuliert, um die Werte präziser anzugeben, ohne die Einteilung der Kategorien zu ändern.

Die Änderung wirkt sich auf das Einzige Dokument aus.

4. Behandlung gegen Austreiben

Der letzte Absatz von Nummer 5 der Produktspezifikation wird geändert von:

„Die Behandlung gegen Triebbildung mit durch chemische Synthese hergestellten Produkten ist nicht zulässig. Die ‚Patata della Sila‘ kann im Einklang mit den Regeln der biologischen und/oder integrierten Landwirtschaft gemäß den geltenden gemeinschaftsrechtlichen und nationalen Rechtsvorschriften angebaut werden.“

zu

„Die Behandlung gegen Triebbildung mit durch chemische Synthese hergestellten Produkten ist nicht zulässig. Sie ist nur mit Produkten zulässig, die in der biologischen Landwirtschaft verwendet werden dürfen. Die ‚Patata della Sila‘ kann daher im Einklang mit den Regeln der biologischen und/oder integrierten Landwirtschaft gemäß den geltenden gemeinschaftsrechtlichen und nationalen Rechtsvorschriften angebaut werden.“

Die Änderung enthält ein Verbot der Behandlung gegen Triebbildung mit durch chemische Synthese hergestellten Produkten. Es ist jedoch eine Abgrenzung zu Produkten notwendig, die in der Erzeugung von „Patata della Sila“ verwendet werden dürfen.

Die Änderung wirkt sich nicht auf das Einzige Dokument aus.

5. Aktualisierung des Verweises auf die EU-Verordnung

Nummer 7 der Produktspezifikation wird um Verweise auf die Artikel 36 und 37 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 ergänzt.

Die Änderung wirkt sich nicht auf das Einzige Dokument aus.

6. Änderung der Verpackungsarten

Die Beschreibung der Verpackungsarten in Nummer 8 der Produktspezifikation und Punkt 3.6 des Einzigen Dokuments wird wie folgt überarbeitet:

Verpackung

Für das Inverkehrbringen muss die „Patata della Sila“ auf eine der folgenden Weisen verpackt sein:

- Verpackung Vert-bag, Girsac und Kunststoffbeutel von 1 kg bis 5 kg;
- Netz von 0,5 kg bis 2,5 kg;
- Sack von 2 kg bis 10 kg;
- Karton von 1 kg bis 20 kg;
- Holzkiste von 5 kg bis 20 kg;
- Korb von 10 kg bis 20 kg;
- Tablett von 0,5 kg bis 1 kg;
- Schale von 0,5 kg bis 1 kg.

Um den geänderten Anforderungen der Verbraucher gerecht zu werden, bei denen sich eine zunehmende Segmentierung abzeichnet (der Markt verlangt sehr unterschiedliche Gewichtsspannen) und die mit einer starken Nachfrage nach kleineren Einheiten einhergehen, ermöglichen die Änderungen, das Erzeugnis in kleineren Mengen als bisher im Netz, im Sack, im Karton und in der Holzkiste anzubieten. Die Marktteilnehmer können innerhalb der für jede Verpackung festgelegten Unter- und Obergrenzen frei wählen (auf diese Weise entfällt die Verpflichtung, das Erzeugnis in streng vorgegebenen Mengen anzubieten, ohne Zwischengrößen anbieten zu können).

Die Änderung wirkt sich auf das Einzige Dokument aus.

EINZIGES DOKUMENT

„Patata della Sila“

EU-Nr.: PGI-IT-0643-AM01 – 30.4.2024

g. U. () g. A. (X)

1. Name(n) [der g. U. oder g. A.]

„Patata della Sila“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Italien

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. Art des Erzeugnisses (gemäß Anhang XI)

Klasse 1.6. Obst, Gemüse und Getreide, unverarbeitet oder verarbeitet

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

Mit „Patata della Sila“ wird die Lagerkartoffel der Art *Solanum tuberosum* der Familie der Solanaceae bezeichnet, die aus den Sorten Agria, Desiree, Marabel, Nicola, Fontane, Krone, Jelly, Cherie, Cupido, Manitou, Laura, Sunita, Inova, Almonda und Malice erzeugt wird und die für den Verzehr die folgenden Charakteristika aufweisen muss:

Form: rund, oval oder länglich, je nach Sorte

Größe: > 28 und ≤ 45 mm (Mezzanella oder Tondello); > 45 und ≤ 75 mm (Prima); > 75 mm (Fiorone).

Schale: reibungsresistent.

Fleisch der Kartoffel: kompakt, bei Druck nicht nachgebend.

Trockensubstanz: Mindestgehalt 19 %.

Wenn sie in den Verkehr gebracht werden, müssen die Knollen gesund sein und dürfen keine Triebe aufweisen. Sie müssen im ganzen Stück vorliegen und sauber sein. Des Weiteren sollten sie frei von Makeln mit einer Tiefe von mehr als 3 mm und/oder ohne Beschädigung durch Parasiten sein. Einschnitte und/oder Schrammen und/oder ein Ablösen der Schale sind erlaubt, wenn diese unter 5 % auf die gesamte Gewichtsmenge der Knollen bezogen betragen.

Maximal zulässige Rückstände von Wirkstoffen (in %): weniger als 50 % der gesetzlich vorgesehenen Obergrenze. Die „Patata della Sila“ ist für ihre organoleptischen und kulinarischen Qualitäten bekannt (letztere insbesondere in Verbindung mit Frittierung und der langfristigen Haltbarkeit) und dafür, dass sie nicht chemisch gegen Triebbildung behandelt wird.

3.3. Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)

—

3.4. Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen

Die „Patata della Sila“ muss in dem unter Punkt 4 angegebenen Gebiet angebaut werden. Der Anbau, der nach der Vorbereitung des Bodens erfolgt, beginnt mit dem Einlegen der zertifizierten Saatkartoffeln der Klasse A oder einer höherwertigen Klasse, die zum Anbau in den nationalen Sortenkatalogen der EU-Mitgliedstaaten eingetragen sind. Es wird ein Jahr für die Vermehrung gewährt, also die Aussaat von fortgepflanzten Saatkartoffeln für ein Jahr in dem unter Punkt 4 angegebenen Gebiet. Geerntet wird vom 20. August bis zum 30. November, in einem Zeitraum mit frischen Temperaturen, die in der Regel 15–18 °C nicht übersteigen.

3.5. Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

Für das Inverkehrbringen muss die „Patata della Sila“ auf eine der folgenden Weisen verpackt sein: Verpackung Vertbag, Girsac und Kunststoffbeutel von 1 kg bis 5 kg; Netz von 0,5 kg bis 2,5 kg; Sack von 2 kg bis 10 kg; Karton von 1 kg bis 20 kg; Holzkiste von 5 kg bis 20 kg; Korb von 10 kg bis 20 kg; Tablett von 0,5 kg bis 1 kg; Schale von 0,5 kg bis 1 kg. Alle Verpackungen müssen aus für Lebensmittel geeignetem Material und derartig verschlossen sein, dass die Verpackung beim Auspacken des Erzeugnisses beschädigt wird. Der Verkauf des losen Erzeugnisses ist nicht gestattet, außer wenn die einzelne Knolle durch die Anbringung des Emblems gekennzeichnet wird.

3.6. Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

Die Modalitäten für die Aufmachung des Erzeugnisses beim Inverkehrbringen sehen vor, dass auf dem Etikett in klarer und gut leserlicher Schrift neben dem Emblem, dem EU-Bildzeichen mit den entsprechenden Angaben und den gesetzlich vorgeschriebenen Informationen die folgende Angabe aufgeführt ist: „Patata della Sila“, gegebenenfalls mit Übersetzung, gefolgt von der folgenden Angabe, ausgeschrieben oder abgekürzt: „geschützte geografische Angabe“ bzw. „g. g. A.“.

Bei Erzeugnissen, die aus geografisch als Berggebiete eingestuften Gebieten stammen, darf das Etikett den Zusatz „prodotto della montagna“ (Erzeugnis aus den Bergen) tragen. Das Emblem ist blau, darf jedoch auch in anderen Farben gedruckt werden. Es darf bei der Kennzeichnung der Knollen durch Aufkleber oder Lasermarkierung auf höchstens 2,5 cm Breite verkleinert werden, wobei die nachstehend abgebildeten Proportionen einzuhalten sind. Die Kennzeichnung der einzelnen Knolle mit dem Emblem ist nur bei Kartoffelgrößen ab 46 mm zugelassen. Das Hinzufügen jeglicher nicht ausdrücklich vorgesehener Merkmale ist untersagt.

Emblem „Patata della Sila“



4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

Die „Patata della Sila“ wird ausschließlich auf dem Gebiet der folgenden Gemeinden erzeugt: Acri, Aprigliano, Bocchigliero, Celico, Colosimi, Longobucco, Parenti, Pedace, Rogliano, San Giovanni in Fiore, Serra Pedace, Spezzano della Sila, Spezzano Piccolo in der Provinz Cosenza und der Gemeinden Albi, Carlopoli, Cicala, Confluenti, Decollatura, Magisano, Martirano, Martirano Lombardo, Motta S. Lucia, Serrastretta, Sorbo San Basile, Soveria Mannelli, Taverna in der Provinz Catanzaro. Die oben genannten Gemeinden bilden die natürliche Grenze der Hochebene Sila und umschließen sie. Hier ermöglichen die Beschaffenheit der Böden und die Eigenschaften des Klimas ein konstantes und langsames Wachstum der Knollen und eine optimale Reifung der Pflanzen.

5. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

5.1. Besonderheit des geografischen Gebiets

Die Beschaffenheit des Bodens und des Klimas des Gebiets, in dem die „Patata della Sila“ angebaut wird, ist von großer Bedeutung. Aus granulometrischer Sicht sind die Böden der Sila-Hochebene größtenteils lose, eher sandig und feinkörnig und daher sehr durchlässig und leicht zu bearbeiten; der pH-Wert liegt zwischen 5 und 6,5; die Böden besitzen viel organische Substanz und daher eine natürliche Fruchtbarkeit, die in einigen Gebieten Werte von 10,04 % erreicht. Klimatisch ist die Sila-Hochebene durch extrem trockene Sommer und kalte Winter gekennzeichnet. Die registrierten Temperaturen steigen von April bis Mai, ideal also für die Saat. Das Wachstum der Pflanzen wird darüber hinaus durch die Temperaturschwankungen im Tagesverlauf und die verlängerte Sonneneinstrahlung begünstigt, die ein konstantes und langsames Wachstum ermöglichen. Diese Bedingungen fördern die Bildung der Trockensubstanz und eine Endreifung der Pflanze, durch die ein lange haltbares Erzeugnis entsteht, das keine chemische Behandlung gegen Austreiben benötigt. Diese wichtige Eigenschaft besteht ab dem Zeitpunkt der Ernte, die bei frischen Temperaturen erfolgt, die in der Regel 15–18 °C nicht übersteigen. In dem Gebiet bestehen keinerlei Quellen für Luft- und/oder Wasserverschmutzung. Die Nutzung der

Böden der Sila-Hochebene ist extrem eingeschränkt. Die Kartoffel ist das einzige Erzeugnis aus dem Bereich Obst und Gemüse, das in der Hochebene angebaut wird. Sie wird mit Quellwasser bewässert und nur minimal mit Schädlingsbekämpfungsmitteln behandelt, da die Kartoffelfelder dank der sehr starken Tag-Nacht-Temperaturschwankungen im Sommer, der kalten Winter und des Schnees auf natürliche Weise von unzähligen schädlichen Einflüssen befreit werden. Schädlingsbefall ist daher sehr selten und örtlich begrenzt und kann leicht kontrolliert werden.

5.2. Besonderheit des Erzeugnisses

Typisch für die „Patata della Sila“ sind eine lange Haltbarkeit und ihre optimalen kulinarischen Qualitäten, für die sie geschätzt wird; insbesondere ihre gute Eignung zum Frittieren ergibt sich aus den optimalen Werten der Trockensubstanz nach dem Frittieren in Öl, die eine längere Beständigkeit der weiß-gelben Farbe des Fleisches der Kartoffel ermöglichen. Zu diesem Gesichtspunkt ist eine Analyse des Erzeugnisses durchgeführt worden, bei der es mit Proben aus anderen Erzeugungsgebieten verglichen wurde. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die auf der Sila-Hochebene angebauten Kartoffeln nach dem Frittieren gegenüber Kartoffeln anderer Herkunft sehr viel höhere Trockensubstanzwerte und demnach eine bessere Eignung zum Frittieren sowie eine intensivere gelbliche Farbe des Fleisches, einen ausgeprägteren Kartoffelgeschmack und eine dickere und gegenüber mechanischen Bearbeitungen widerstandsfähigere Schale aufwiesen.

- 5.3. *Ursächlicher Zusammenhang zwischen dem geografischen Gebiet und der Qualität oder den Merkmalen des Erzeugnisses (im Falle einer g. U.) oder einer bestimmten Qualität, dem Ansehen oder sonstigen Eigenschaften des Erzeugnisses (im Falle einer g. g. A.)*

Die „Patata della Sila“ wird von der Bevölkerung in der Umgebung der Sila-Hochebene (Cosenza – Crotona – Catanzaro – Sibari-Ebene) als ein Qualitätserzeugnis geschätzt. Die Bewohner dieser Orte beziehen die Kartoffeln traditionell direkt von den Erzeugern. Die Kartoffel ist vor allem auf den Märkten in Sizilien, Apulien und Kampanien bekannt, die seit den 50er-Jahren zu Erntezeiten solide Handelsbeziehungen aufrechterhalten. Da die „Patata della Sila“ lange haltbar ist und dabei ihre organoleptischen Eigenschaften behält, wird sie in den genannten Gebieten traditionell gerne für die Wintervorräte verwendet. Der Anbau dieser Kartoffeln stellte daher schon immer einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Sila-Hochebene dar, und im Laufe der Jahre wurden die Traditionen der Familienbetriebe der Kartoffelbauern von Generation zu Generation weitergegeben. 1955 wurde das „Forschungszentrum der Sila-Hochebene für Fortpflanzung und Selektion von Kartoffeln aus zertifizierter Saat“ gegründet, dessen Aufgabe die Förderung der Verbreitung von zertifiziertem Saatgut ist. Mehrere Studien belegen ebenfalls, dass die Sila-Hochebene Ende der 80er Jahre in Bezug auf die mittlere Betriebsgröße eines der wichtigsten Erzeugungsgebiete für Saatkartoffeln war. Darüber hinaus haben die Klimabedingungen mit trockenen Sommern und kühlen Wintern, die schon immer eine Einlagerung bei Temperaturen von 6 bis 8 °C von Oktober bis April ermöglicht haben, sowie die Tatsache, dass es im Anbaugebiet praktisch keine Umweltverschmutzung gibt, bei den Verbrauchern das Bewusstsein geprägt, dass es sich hier um ein ursprüngliches, gesundes und hochwertiges Erzeugnis handelt. Der gute Ruf der „Patata della Sila“ wird ebenfalls durch den enormen Erfolg der Veranstaltungen und Feste zu Ehren dieser Kartoffel bestätigt, die jeden Herbst Scharen von Touristen vor allem aus den oben genannten Regionen auf die Hochebene locken, wo sie die köstliche Knolle kosten und zahlreiche typische Rezepte der lokalen gastronomischen Tradition kennenlernen können. Besonders bekannt ist die „Sagra della Patata della Sila“, die seit 1978 im Oktober in Campigliatello Silano gefeiert wird, zusammen mit der Ausstellung „Mostra Mercato Patata della Sila e delle macchine agricole“. Zudem findet seit 1980 in Parenti eine große folkloristische und kulinarische Veranstaltung zu Ehren der „Patata della Sila“ statt. Der Anbau der „Patata della Sila“ kann also auf eine lange und dokumentierte Geschichte zurückblicken, die für die Historiker 1811 in den Statistiken des Königreichs Neapel beginnt.

Hinweis auf die Veröffentlichung der Spezifikation

<https://www.politicheagricole.it/flex/cm/pages/ServeAttachment.php/L/IT/D/1%252F1%252Fc%252FD.bf85e09e2dfbdb3ce7cf/P/BLOB%3AID%3D3343/E/pdf?mode=download>



C/2024/4550

18.7.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11521 — DKV MOBILITY GROUP / SMART DIESEL / TAX REFUND)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4550)

Am 13 Juli 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11521 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/4614

18.7.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11518 — MACQUARIE / ABERDEEN / AIP / CERTAIN DIGI ASSETS IN SPAIN)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4614)

Am 9. Juli 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11518 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/4616

18.7.2024

URTEIL DES GERICHTSHOFS

vom 21. März 2024

in der Rechtssache E-10/22

Eviny AS/EFTA-Überwachungsbehörde

(Klage auf Nichtigerklärung einer Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde – Staatliche Beihilfen – Zulässigkeit – Frist – Rückforderung – Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers – Kriterium des privaten Erwerbers – Kriterium des privaten Schuldners – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Zuverlässigkeit der Beweise – Beweislast – Beweismaß – Negative Vermutung – Informationen von Unternehmen)

(C/2024/4616)

In der Rechtssache E-10/22, Eviny AS gegen EFTA-Überwachungsbehörde – KLAGÉ auf Nichtigerklärung der Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 161/22/COL vom 6. Juli 2022 über eine Beihilfe für die Straßenbeleuchtungsinfrastruktur in Bergen (Norwegen) – erließ der Gerichtshof, bestehend aus dem Präsidenten Páll Hreinsson (Berichterstatter) sowie den Richtern Bernd Hammermann und Michael Reiersen, am 21. März 2024 ein Urteil mit folgendem Tenor:

Der Gerichtshof hat für Recht erkannt:

1. Die Entscheidung der EFTA-Überwachungsbehörde Nr. 161/22/COL vom 6. Juli 2022 über Beihilfen für die Straßenbeleuchtungsinfrastruktur in Bergen (Norwegen) wird für nichtig erklärt.
2. Die EFTA-Überwachungsbehörde trägt ihre eigenen Kosten und die dem Kläger entstandenen Kosten.



C/2024/4617

18.7.2024

URTEIL DES GERICHTSHOFS

vom 21. März 2024

in der Rechtssache E-5/23

Strafsache gegen LDL

(Richtlinie 2004/38/EG – Rechtsakte mit allgemeiner Geltung zum Schutz der öffentlichen Gesundheit – Bedingungen und Garantien für Maßnahmen aus Gründen der öffentlichen Gesundheit – Freizügigkeit – Grundrechte und Freizügigkeit – Legitimes Ziel – Kohärente und systematische Durchführung – Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne)

(C/2024/4617)

In der Rechtssache E-5/23, Strafverfahren gegen LDL – ERSUCHEN des Obersten Gerichtshofs Norwegens (*Norges Høyesterett*) an den Gerichtshof nach Artikel 34 des Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs um Auslegung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere der Artikel 28 und 36, und der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG erließ der Gerichtshof, bestehend aus dem amtierenden Präsidenten Bernd Hammermann (Berichterstatte) sowie den Richtern Michael Reiertsen und Gunnarór Þór Pétursson (Ersatzrichter), am 21. März 2024 ein Urteil mit folgendem Tenor:

1. Eine beschränkende Maßnahme muss unter Umständen wie denen des Ausgangsverfahrens im Hinblick auf das Aufenthaltsrecht in Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, geprüft werden. Jede Auslegung dieser Richtlinie muss in Anbetracht und im Einklang mit den Grundrechten und Grundfreiheiten erfolgen, die zu den allgemeinen Grundsätzen des EWR-Rechts gehören.
2. Unter Umständen wie denen des Ausgangsverfahrens sieht weder Artikel 28 noch Artikel 36 des EWR-Abkommens für eine Person wie LDL ein weiter gehendes Recht vor, in einen EWR-Staat wie Norwegen einzureisen und sich dort aufzuhalten, als die Richtlinie 2004/38/EG. Aufgrund der Anwendbarkeit von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2004/38/EG und der im Ersuchen dargelegten besonderen Umständen ist eine gesonderte Prüfung von Artikel 28 des EWR-Abkommens nicht erforderlich.
3. Grundsätzlich wird eine streitige Maßnahme nur dann im Hinblick auf eine der beiden Freiheiten geprüft, wenn sich unter den Umständen des betreffenden Falles herausstellt, dass eine von ihnen gegenüber der anderen völlig zweitrangig ist und ihr zugeordnet werden kann. Unter den im Ersuchen dargelegten Umständen ist das Recht auf Inanspruchnahme von Dienstleistungen als Reisender in einem anderen EWR-Staat nach Artikel 36 des EWR-Abkommen gegenüber dem Recht auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer völlig zweitrangig.
4. Beschränkungen aus Gründen der öffentlichen Gesundheit können je nach den Umständen und insbesondere nach der Gesundheitslage in Form eines Rechtsakts mit allgemeiner Geltung erlassen werden, der unterschiedslos für jede Person gilt, die sich in einer von diesem Rechtsakt erfassten Situation befindet, während die in den Artikeln 30 und 31 der Richtlinie 2004/38/EG festgelegten Bedingungen und Garantien für die in dieser Form erlassenen beschränkenden Maßnahmen anzuwenden sind.
5. Bei der Beurteilung, ob die in Rede stehenden Beschränkungen gerechtfertigt sind, ist zu prüfen, ob die Verfahrensgarantien der Artikel 30 und 31 der Richtlinie 2004/38/EG erfüllt sind.
6. Besteht Ungewissheit über das Vorliegen oder den Umfang von Gefahren für die menschliche Gesundheit, so muss ein EWR-Staat im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip Schutzmaßnahmen ergreifen können, ohne abwarten zu müssen, bis das tatsächliche Vorliegen dieser Gefahren vollständig ersichtlich ist, und insbesondere müssen die EWR-Staaten in der Lage sein, alle geeigneten Maßnahmen treffen zu können, die eine Gefahr für die Gesundheit weitestmöglich verringern, um das Ziel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit zu erreichen. Beschränkende Maßnahmen wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehenden können nur dann für die Gewährleistung des verfolgten Ziels der öffentlichen Gesundheit als geeignet angesehen werden, wenn sie tatsächlich dem Anliegen gerecht werden, dieses Ziel zu erreichen, und wenn sie in kohärenter und systematischer Weise angewandt werden. Das vorliegende Gericht wird zu prüfen haben, ob die oben genannten beschränkenden Maßnahmen auf das absolut Erforderliche beschränkt wurden und ob es nicht Mittel gab, die die Freizügigkeit weniger beeinträchtigt hätten, aber ebenso wirksam gewesen wären, um das Ziel der öffentlichen Gesundheit zu erreichen.

7. Den EWR-Staaten kann nicht die Möglichkeit abgesprochen werden, das Ziel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit durch die Einführung allgemeiner und einfacher Vorschriften zu erreichen, die von Einzelpersonen leicht verstanden und angewandt und von den zuständigen Behörden einfach gehandhabt und überwacht werden können. Solche allgemeinen und einfachen Vorschriften müssen mit den allgemeinen Grundsätzen des EWR-Rechts, einschließlich der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Rechtssicherheit, im Einklang stehen. Eine erhöhte finanzielle Belastung und verwaltungstechnische Schwierigkeiten sind in der Regel keine Gründe, die eine Beschränkung einer durch das EWR-Recht garantierten Grundfreiheit rechtfertigen können.
 8. In Anbetracht der Freizügigkeit kann es zwar kein legitimes Ziel sein, Menschen davon abzuhalten, ins Ausland zu reisen, um das Ziel der öffentlichen Gesundheit zu erreichen – wie den gesamten Infektionsdruck in einer Situation wie der im Ausgangsverfahren in Rede stehenden zu verringern –, jedoch unter Umständen ein gerechtfertigtes Mittel.
 9. Was die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne betrifft, so hat das vorlegende Gericht zu prüfen, ob die Maßnahmen unter Berücksichtigung ihrer etwaigen Auswirkungen auf die Freizügigkeit und die Grundrechte, die zu den allgemeinen Grundsätzen des EWR-Rechts gehören, im Hinblick auf das verfolgte Ziel der öffentlichen Gesundheit unverhältnismäßig waren. Daher darf das in Artikel 27 Absatz 1 und in Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 2004/38/EG genannte Ziel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit nicht durch eine nationale Maßnahme verfolgt werden, ohne dem Umstand Rechnung zu tragen, dass sie mit den von dieser Maßnahme berührten Grundrechte und Grundsätze in Einklang gebracht werden muss. Außerdem muss das dem Gemeinwohl dienende Ziel in angemessener Weise gegen die in Rede stehenden Rechte und Grundsätze abgewogen werden, um sicherzustellen, dass die durch die Maßnahme verursachten Nachteile in keinem unangemessenen Verhältnis zu den angestrebten Zielen stehen. Die Frage, ob eine Beschränkung der Freizügigkeit und der Grundrechte gerechtfertigt sein könnte, ist zu beurteilen, indem die Schwere des Eingriffs, den eine solche Beschränkung mit sich bringt, gemessen wird und indem geprüft wird, ob die Bedeutung des dem Gemeinwohl dienenden Ziels, das mit dieser Beschränkung verfolgt wird, in angemessenem Verhältnis zu dieser Schwere steht.
-



C/2024/4621

18.7.2024

Staatliche Beihilfen – Entscheidung, keine Einwände zu erheben

(C/2024/4621)

Die EFTA-Überwachungsbehörde erhebt keine Einwände gegen folgende Beihilfemaßnahme:

Tag des Erlasses der Entscheidung	5. April 2024
Nummer der Beihilfesache	91900
Nummer der Entscheidung	046/24/COL
EFTA-Staat	Norwegen
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Änderung der norwegischen CO ₂ -Ausgleichsregelung – erhöhter Mindestpreis
Rechtsgrundlage	Änderung von Artikel 6 und 10 der Verordnung über den CO ₂ -Ausgleich für das verarbeitende Gewerbe in Norwegen im Zeitraum 2021-2030, zu verabschieden vom Ministerium für Klima und Umwelt. Norwegischer Staatshaushalt, jährlich vom Parlament verabschiedet.
Art der Maßnahme	Regelung
Ziel	Umweltschutz
Form der Beihilfe	Direktzuschuss
Haushalt	2024: 6,4 Mrd. NOK (geschätzt) Insgesamt: 76 Mrd. NOK (geschätzt)
Beihilfeintensität	bis zu 75 %
Laufzeit	1. Januar 2021 – 31. Dezember 2030
Wirtschaftszweige	Sektoren und Teilsektoren aus Anhang I der Leitlinien der EFTA-Überwachungsbehörde für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Miljødirektoratet [Norwegische Umweltagentur] P.O. Box 5672 Torgarden 7485 Trondheim Norwegen

Die um vertrauliche Passagen bereinigte rechtsverbindliche Sprachfassung der Entscheidung befindet sich auf folgender Website der EFTA-Überwachungsbehörde:

<http://www.eftasurv.int/state-aid/state-aid-register/decisions/>



C/2024/4628

18.7.2024

BESCHLUSS DES RATES

vom 15. Juli 2024

zur Verlängerung der Amtszeit der Vorsitzenden von zwei Beschwerdekammern des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum

(C/2024/4628)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über die Unionsmarke ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 166 Absätze 1 und 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Verwaltungsrat des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) hat am 21. November 2023 beschlossen, dem Rat vorzuschlagen, die Amtszeit von Herrn Gordon HUMPHREYS als Vorsitzender einer Beschwerdekammer des EUIPO zu verlängern. Diese Verlängerung sollte, beginnend am 1. September 2024, um weitere fünf Jahre oder, wenn das Ruhestandsalter während der neuen Amtszeit erreicht wird, bis zum Eintritt in den Ruhestand erfolgen.
- (2) Am 4. Juni 2024 hat der Verwaltungsrat des EUIPO beschlossen, dem Rat vorzuschlagen, die Amtszeit von Frau Virginia MELGAR als Vorsitzende einer Beschwerdekammer des EUIPO zu verlängern. Diese Verlängerung sollte, beginnend am 1. April 2025, für weitere fünf Jahren oder, wenn das Ruhestandsalter während der neuen Amtszeit erreicht wird, bis zum Eintritt in den Ruhestand erfolgen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Amtszeit von Herrn Gordon HUMPHREYS als Vorsitzender einer Beschwerdekammer des EUIPO wird beginnend am 1. September 2024 für fünf Jahre oder, wenn das Ruhestandsalter während der neuen Amtszeit erreicht wird, bis zum Eintritt in den Ruhestand verlängert.

Artikel 2

Die Amtszeit von Frau Virginia MELGAR als Vorsitzende einer Beschwerdekammer des EUIPO wird beginnend am 1. April 2025 für fünf Jahre oder, wenn das Ruhestandsalter während der neuen Amtszeit erreicht wird, bis zum Eintritt in den Ruhestand verlängert.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 15. Juli 2024.

Im Namen des Rates

Der Präsident

NAGY I.

⁽¹⁾ ABl. L 154 vom 16.6.2017, S. 1.



C/2024/4632

18.7.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 9. MÄRZ 2020

(C/2024/4632)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2019-2020

Sitzung vom 9. März 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	3
6. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	3
7. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	3
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	3
9. Arbeitsplan	3
10. Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung: siehe Protokoll	5

Inhalt	Seite
11. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	5
12. Schluss der Sitzung	5
13. Schluss der Sitzungsperiode	5

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 9. MÄRZ 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 13 febbraio 2020.

Invito i parlamentari, visto che l'Aula non sarà affollata, a distanziare la loro presenza di almeno un posto, dove possibile, per le evidenti misure sanitarie.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.06)

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

6. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

7. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

9. Arbeitsplan

Presidente. – Possiamo ora all'ordine del giorno. Come vi ho comunicato giovedì scorso, la sessione plenaria di questa settimana si terrà eccezionalmente qui a Bruxelles per causa di forza maggiore.

Ho preso questa decisione sulla base del rapporto del Servizio medico del Parlamento, il quale, a seguito di un'accurata analisi sull'evoluzione dell'epidemia del COVID-19 (il coronavirus), ha stabilito che il trasferimento del Parlamento europeo a Strasburgo per la plenaria avrebbe rappresentato un rischio significativamente più alto per la nostra salute e per quella della popolazione locale.

Ho preso atto, quindi, che non sussistevano più le condizioni necessarie per garantire la sicurezza di tutti i partecipanti alla plenaria. La decisione di svolgere la sessione qui a Bruxelles è stata presa con lo spirito e l'intenzione di dare continuità ai lavori del Parlamento e di non interrompere l'attività legislativa.

Vorrei ringraziare le autorità francesi e tutti coloro che sono stati coinvolti in questo processo per la loro collaborazione. Vorrei ringraziare altresì l'amministrazione del Parlamento che, da settimane, segue questa vicenda.

Stiamo vivendo un momento difficile per la nostra Istituzione e deve essere impegno di tutti – di tutti i parlamentari e di tutti i gruppi politici – proteggere l'attività parlamentare, per consentire lo svolgersi della nostra vita democratica.

I nostri governi e la stessa Unione europea stanno chiedendo sacrifici ai nostri cittadini e anche noi siamo chiamati a dare il buon esempio: dobbiamo fare di tutto, fino a quando sarà possibile, per assicurare la continuità della funzione legislativa e di bilancio: le decisioni per combattere il COVID-19, per sostenere il lavoro e l'economia, che sono duramente toccati in questo momento, ma anche per proseguire il nostro lavoro sul *Green deal*, sull'immigrazione e sul quadro finanziario pluriennale. Tutto questo ci impone di restare al nostro posto.

La nostra vicinanza va in questo momento a tutti i colleghi che si trovano nelle zone rosse e che non possono muoversi. Per coloro che non sono nelle stesse condizioni, il mio invito è di seguire le raccomandazioni delle autorità e, al tempo stesso, considerare la possibilità, in questo momento, di rimanere a Bruxelles per ridurre al minimo gli spostamenti. Sappiamo che gli spostamenti, come abbiamo potuto accertare dalle verifiche che abbiamo fatto, sono un motivo di preoccupazione.

Dobbiamo onorare il nostro mandato parlamentare e rendere omaggio a tutti coloro che, in Europa e nel mondo, svolgono il loro dovere quotidiano per contenere il diffondersi della malattia. Sono convinto che con responsabilità ma anche con orgoglio saremo all'altezza di questa sfida.

Per queste ragioni oggi ho convocato una riunione straordinaria della Conferenza dei Presidenti e ringrazio tutti per la collaborazione e per lo spirito che hanno dimostrato in questa vicenda.

Abbiamo deciso di modificare il progetto definitivo dell'ordine del giorno di questa plenaria come segue: la tornata di marzo consisterà nella sola giornata di domani, martedì 10 marzo, e sarà così strutturata: dalle ore 9.00 alle ore 12.00, dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sull'epidemia di coronavirus. Naturalmente noi vogliamo che il Parlamento sia presente e sia un attore e un protagonista di questa battaglia.

Nel pomeriggio dalle ore 15.00 alle 18.00 ci saranno le dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sulle conclusioni della riunione straordinaria del Consiglio europeo sul quadro finanziario pluriennale: noi sappiamo che il Parlamento è un attore di questa vicenda. A seguire ci saranno le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla situazione migratoria alla frontiera greco-turca e la risposta comune che vuole dare l'Unione europea.

Queste modifiche sono state approvate nella riunione della Conferenza dei Presidenti e, naturalmente, come tutti capiscono, noi vogliamo che il Parlamento resti aperto e funzionante ma, naturalmente, abbiamo bisogno di tutte le precauzioni del caso e di ridurre all'essenziale la nostra attività.

Per questo motivo la seduta adesso è sospesa e i lavori riprenderanno domani alle ore 9.00.

Vi ringrazio per la collaborazione.

10. Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung: siehe Protokoll

11. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

12. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 17.16)

13. Schluss der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro conclusa la sessione 2019-2020 del Parlamento europeo.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. MÄRZ 2020

(C/2024/4633)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzung vom 10. März 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung der Präsidentschaft	3
4. Ausbruch des Coronavirus – Sachstand und Gewährleistung einer abgestimmten Reaktion der EU (Aussprache)	8
5. Wiederaufnahme der Sitzung	47
6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	47
7. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	47
8. Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 20. Februar 2020 zum mehrjährigen Finanzrahmen (Aussprache)	48
9. Tagungskalender: siehe Protokoll	63
10. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	63

Inhalt	Seite
11. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	63
12. Die Lage von Migranten an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei und die gemeinsame Reaktion der EU (Aussprache)	63
13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	87
14. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	87
15. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	87
16. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll	87
17. Petitionen: siehe Protokoll	87
18. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	87
19. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	87
20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	88
21. Schluss der Sitzung	88
22. Unterbrechung der Sitzungsperiode	88

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. MÄRZ 2020

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

1. Eröffnung der Sitzungsperiode

President. – I declare open the 2020-2021 session of the European Parliament.

2. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 9.02)

3. Erklärung der Präsidentschaft

President. – Before we move to our debate, I want to make two announcements.

We celebrate International Women's Rights Day in very difficult times. So please allow me to send our support and to thank all women that are facing the sanitary emergency of the Coronavirus in the European Union and throughout the world. They are researchers, doctors, nurses, healthcare workers, journalists, political leaders at all levels, mothers and sisters. These are difficult times and the emergency shows clearly the great importance of this work. We are proud of their engagement and we want them to be considered equal, not just in these emergency times but at all times.

40% of the Members of this Parliament are women, and since Parliamentarians are decision-makers at the heart of change for people, there is no just and fair society without gender equality and women's participation in all walks of life, and of course in politics.

On the occasion of the International Women's Rights Day, we must remember that only one quarter of all parliamentarians worldwide are women and that millions of women and girls are still discriminated against and prevented from fully developing their skills and playing their role in society, and this is also the case within our European Union.

Realising women's rights is not an option – it is a duty, and it is possible where there is political will. It's important that the Commission has presented an ambitious EU Gender Equality Strategy to achieve significant concrete progress by 2025, and Parliament stands ready to work on the legislative proposals, in particular on binding measures for pay transparency measures to be introduced by the end of 2020. We will give our full support and contribution, since equal pay is essential to strengthen our social model.

Let me continue on the same subject. This year marks the 25th anniversary of the Beijing Declaration and the Platform for Action, a comprehensive global policy framework with measurable outcomes in several areas. 25 years after these commitments and objectives, we see that progress is still lagging behind in many areas. Gender pay and pension gap and the unequal distribution of unpaid work remain big challenges. Investing in girls' education is essential and this is much more than just access to schooling. It is about support and freedom.

Also, gender-based violence continues to have devastating consequences and it is urgent that all Member States and the European Union ratify the Istanbul Convention. The European Union must remain a model in enhancing women's rights. Recently, the European Parliament called on the six Member States that have not yet ratified the Convention do so without delay, and we repeat that call today.

But women's rights face new challenges as well, related to digitalisation, migration and climate change. It is our common responsibility to act, for us all and for future generations.

To mark this day, we fully support the No Woman No Panel campaign, and indeed I try not to participate in any European Parliament panels or public events where women are not adequately represented.

Our European Parliament will maintain a clear and firm political commitment to strengthening gender equality and women's rights in the European Union and around the world. I sincerely hope that, in forthcoming International Women's Rights Days, we will be together celebrating new achievements for gender equality for the sake of our entire society.

(Applause)

Frances Fitzgerald, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I want to thank the Presidency for putting this item on the agenda at what is a trying and difficult time for all of our citizens. My thoughts this morning are of course with Italy and all Italian citizens, particularly the patients, the families and the healthcare workers, and those across Europe facing the Corona virus. These are indeed difficult times for families.

On Sunday, we marked a very special International Women's Day – 25 years since the Beijing Platform for Action. We in Europe and around the world have made considerable progress in advancing women's rights and it is important to celebrate the progress, but of course we also have to say it is not enough. We have to accelerate action. We have to harness the power and the potential of women across this continent and around the world.

On Thursday, I was glad to welcome the European Gender Equality Strategy through which we can reach further and go higher, but without action a strategy is just words. We need implementation across all of the institutions. We need strong political leadership in order to implement that Gender Equality Strategy and we do have much work to do. I only have a moment to mention some of the issues: women in Europe, 84 cents pay for every euro a man earns, and an extraordinary pension gap of 40%. Think of the implications of that for families, for children, for women, for old age. We do not have a critical mass in our parliaments, in our businesses, in our boards. That is important. Critical mass matters, as does, of course, the very serious statistic in relation to violence. One in three women in the EU has been a victim of physical or sexual violence since the age of 15. It is as simple as that. We need all Member States and the EU to ratify the Istanbul Convention. Just think about the level of violence we are seeing around the world against women, think about FGM, think about what's happening in Europe, and the recent UN report that says gender equality is on the slide. We must do more. We must not just aim to break the glass ceiling. We must shatter it now.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, a pesar de las dificultades y de la situación de excepción que estamos viviendo estos días, el pasado 8 de marzo muchas calles de Europa y de fuera de Europa también se tiñeron de morado. Muchas calles se llenaron de una voz que decía que queremos ser libres, queremos estar seguras, queremos tener derechos. Y es un mensaje que hoy debemos escuchar en esta Cámara, en este Parlamento.

Porque seguro que todos hemos escuchado muchas veces eso de que detrás de un hombre siempre hay una gran mujer. Pues nos hemos cansado de estar detrás. Queremos estar tomando decisiones. Queremos estar en los espacios donde se decide sobre nuestras vidas: en el ámbito de lo económico, en el ámbito de lo social y laboral, en el ámbito de lo político. Es el momento de las mujeres. Es el momento de construir una sociedad más igualitaria, donde pongamos encima de la mesa medidas urgentes para luchar contra los estereotipos. Contra estos estereotipos que nos han situado a las mujeres siempre en el espacio de lo privado, por lo que no hemos tenido la oportunidad de formar parte de la toma de decisiones en aquellos espacios que son fundamentales para nuestras vidas. Y cuando las mujeres estamos en esos espacios, las decisiones se toman de una forma más justa y más igualitaria.

Por eso queremos dar la bienvenida a la Estrategia para la Igualdad de Género que ha aprobado recientemente la Comisión y esperamos que eso suponga un paso adelante y firme en la defensa de una Europa más justa, en la defensa de una Europa más igualitaria y también de una Europa solidaria, que mire a las mujeres de otros espacios del mundo que están comenzando también a luchar por nuestros derechos. No es una opción, es una obligación. Porque tengamos clara una cuestión: si queremos avanzar de forma justa en el proyecto europeo, tenemos que tener en cuenta que Europa será feminista o no será.

Irène Tolleret, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, le 18 février dernier, lors de la première réunion du réseau pour l'égalité des genres du Parlement européen, notre président, le Président Sassoli, m'a vraiment beaucoup touchée par ses mots quand il a affirmé que l'égalité doit devenir un instrument de mesure de nos politiques. Nous sommes complètement d'accord. Les droits des femmes, l'égalité pour les femmes, c'est un sujet de droits de l'homme.

Aujourd'hui, nous sommes face à des urgences que nous comprenons. Cependant, j'aimerais m'assurer de votre soutien sur l'opportunité de reprogrammer un temps d'échange une fois l'urgence terminée. Il est essentiel que cet hémicycle puisse s'exprimer sur la nouvelle stratégie pour l'égalité des genres qui a été publiée jeudi dernier.

Je me félicite de l'adoption de cette stratégie, qui est tant attendue, qui représente le meilleur moyen de célébrer la Journée internationale des droits des femmes. Et je souligne l'engagement de la commissaire Dalli pour protéger et promouvoir les droits des femmes.

Je ne reviendrai pas sur ce que mes collègues ont déjà dit. Cette stratégie est très complète. Elle comprend des avancées importantes qui doivent permettre à toutes les femmes de vivre leur vie libres et égales, libres de violences, libres de stéréotypes, libres professionnellement, avec la carrière qu'elles veulent dans toute l'Union européenne.

Ces femmes, ce sont nos mères, nos filles, nos cousines, nos sœurs, nos voisines. C'est notre société. L'égalité des femmes, c'est un projet de société.

Une femme est à la tête de la Commission européenne. Une commissaire européenne se consacre exclusivement à la promotion de l'égalité et le Parlement européen dispose d'une ample majorité sur le sujet. Toutes les étoiles semblent alignées. Cependant, nous regrettons le fait qu'en 2020, le Conseil n'ait toujours pas de formation dédiée à l'égalité. Les ministres de l'agriculture, de la pêche, de l'emploi se réunissent périodiquement alors que les ministres en charge de l'égalité n'ont pas de forum spécifique pour se réunir. Il est urgent que le droit des femmes et l'égalité se retrouvent au sommet de l'agenda politique européen et qu'une formation du Conseil dédiée à l'égalité soit instituée.

Catherine Griset, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, «les femmes comme vecteur essentiel de changement», cet intitulé est révélateur. Incapables d'exister par elles-mêmes, les femmes auraient donc besoin de l'appui d'instances internationales, comme si elles étaient une minorité. La femme ne se résume ni à des droits ni à un statut de victime, elle est bien plus que cela. Elle n'est pas non plus un homme comme les autres.

À l'égalitarisme indifférencié vers lequel nous tendons, nous opposons égalité des droits et liberté de choix. La tradition européenne a toujours donné un rôle central à la femme et aucune civilisation n'a autant célébré la féminité que la nôtre. Mais cette place de la femme que nous tenions pour acquise dans notre art de vivre est menacée doublement. D'une part, sous l'effet de l'immigration et de l'islamisation de nos sociétés. D'autre part, par l'individualisme de nos sociétés libérales. Malheureusement, ces dangers ne sont jamais dénoncés par les mouvements féministes à indignation sélective. Mieux, ils sont encouragés. Ces lobbies communautaires prétendent défendre les femmes alors que le féminisme est avant tout un libéralisme qui pousse l'individu à s'émanciper des structures et valeurs collectives au détriment de l'éthique. L'un isole, l'autre est régressif, comme le prouvent les innombrables violences dont les femmes européennes sont victimes.

Parlons de changement. Qu'a changé, pour les femmes, l'élection d'une femme à la tête de la Commission? Les promesses sont-elles mieux tenues? Les quotas ou la parité imposés améliorent-ils les choses? Il est temps d'en finir avec cette lecture idéologique des rapports hommes-femmes et de montrer une fois pour toutes que les femmes n'ont nullement besoin de la protection tutélaire de l'État ou d'une institution pour être libres.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, unfortunately, on this Women's Day as on every other women's day, and as indeed on every day of all of our lives as women, we realise that equality is far, far away from being realised. Women's Day is not so much a day of celebration; it is a day to remind us of the struggle that has been done in the past, and on the struggle that still lies ahead of us. So much still needs to be done.

Since we're in a Parliament, I indeed want to remind us of the big lack of women in decision-making. Just because we might see one woman somewhere in a leading position, that just reminds us of the stark contrast of everyone else in the room usually being a man. That needs to change, but we can also all do something about that. All of our parties, all of our list elections, everyone can do something about it. It is not a natural phenomenon that women are under-represented. Everyone can, but also everyone has to contribute to this struggle.

While it takes forever, as we have seen, to break old problems, to break all old inequalities, new ones are rising by the day. For example, if we look at the online hate that people – women – are facing; the hate that we have received is an old problem but to see it so much multiplied in the online space is a new phenomenon. Also the bias of algorithms now coming up and soon having a very big influence – already having a very big, bad influence on our lives – is something that is a new phenomenon. So let's never ever for one day even think the fight is over. It is not over. It needs to be continued with women of all the regions, of all religions, no matter how they look, no matter whom they love, and let's not forget, either, the struggle of trans women, who are often overlooked.

Lucia Ďuriš Nicholsonová, *za skupinu ECR*. – Vážená pani predsedajúca, v 21. storočí by ženy radšej ako kyticu kvetov ocenili rodovú rovnosť, rovnosť v odmeňovaní a naozajstnú ochranu pred násilím a sexuálnym obťažovaním.

Medzinárodný deň žien je pre mňa o jednom posolstve. A netýka sa len žien v Európskej únii, ale žien na celom svete. Nie sme len estetické rebro Adama. Sme samostatne mysliace bytosti, ktoré majú právo na slobodný výber, ktoré majú právo na slobodnú voľbu.

Toto ale nie je realita vo všetkých členských štátoch Európskej únie. Sú krajiny, kde ženy nemajú prístup k službám reprodukčného zdravia. Najmä ženy zo sociálne najslabších vrstiev obyvateľstva nemajú prístup k antikoncepcii, tak ako napríklad ženy z rómskych osád. V niektorých členských štátoch sú ženy, ktoré nemôžu slobodne naložiť nielen so svojím životom, ale ani so svojou maternicou. Osobitnou kategóriou sú slobodné matky s deťmi, ktoré čelia nielen stereotypom spoločnosti, ale aj chudobe a patria medzi najohrozenejšie skupiny na trhu práce.

Ženy neustále čelia tlaku verejnosti, ktorá im hovorí, ako sa majú správať. Lebo keď žena politička buchne do stola, je hysterka, keď to urobí muž, tak je hrdina.

Ženám hovoria, že musia byť matkami, a potom im hovoria, ako majú byť dobrými matkami, lebo vo viacerých členských štátoch neustále prežíva stereotyp, že dobrá matka je iba taká matka, ktorá zostáva doma s dieťaťom.

Našou úlohou je robiť také politiky, aby mali ženy vo všetkých členských štátoch Európskej únie možnosť naozajstnej slobodnej voľby, aby boli rovnocenné s mužmi aj v právach aj v povinnostiach za rodinu, za výchovu detí a za domáce práce.

Sme samostatne mysliace osoby, ktoré majú právo na slobodnú voľbu. Nie sme len estetické rebro Adama.

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, pour cette intervention sur le droit des femmes, permettez-moi de m'adresser à vous habillée en Rosie la riveteuse, icône du combat féministe et symbole en France de la mobilisation actuelle des femmes.

Ce bleu de travail, ce foulard rouge et ces gants de ménage jaunes, nous sommes des milliers de femmes à les avoir portés dimanche dernier, pour la journée internationale des droits des femmes. Nous les avons portés pour refuser les 16 % d'inégalité de salaire entre les femmes et les hommes en Europe. Nous les avons portés depuis des mois déjà, pour dénoncer une réforme des retraites en France, dont les femmes seront les grandes perdantes. Nous les avons portés pour soutenir les femmes de chambre sous-traitées et invisibilisées des hôtels de luxe. Nous les avons portés pour pointer la double journée des femmes, qui consacrent près de deux fois plus d'heures au travail domestique que les hommes. Nous les avons portés pour protéger notre droit à disposer de notre corps, sévèrement menacé dans certains pays d'Europe, dont la Pologne. Nous les avons portés pour dénoncer les violences sexuelles et l'impunité dont jouissent les agresseurs protégés par les cercles de pouvoir. Nous les avons portés pour nous lever et nous casser, comme Adèle Haenel face au César de la honte, attribué à Polanski. Nous les avons portés pour hurler notre colère face au décompte insupportable et morbide des féminicides, dont 149 en France pour la seule année 2019. Nous les avons portés malgré

la répression policière qui s'est violemment abattue sur les marches féministes nocturnes organisées samedi dernier à Paris. Nous les avons portés aussi, quitte à nous faire traiter de petites connes par un député français sur les bancs de l'Assemblée nationale.

Nous les avons portés avec fierté, solidarité et combativité. Ce week-end, nous étions des centaines de milliers à déferler contre le patriarcat, partout en Europe. Alors, soyez prévenus, nous ne nous tairons plus et nous n'attendrons plus l'égalité qui nous est due. Et nous continuerons de reprendre en chœur l'hymne des femmes: «Levons-nous, femmes esclaves, et brisons nos entraves. Debout, debout, debout!»

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, allow me in these circumstances to add a brief word on behalf of the Council.

Many important and inspiring events have been organised around International Women's Day, on which we celebrate the strength, the achievements and the huge potential of women in Europe and all over the world. I would like to use and celebrate the acts of courage and determination of ordinary women and women like you and me, juggling the many roles that they play, and as we speak, throughout their everyday life – professionals, colleagues, wives, friends, managers, mothers, doctors, engaged citizens, daughters, teachers and grandmothers.

I would like us also to celebrate the acts of courage and the determination of ordinary women who have played an extraordinary role in the history of countries and our communities, women like Marie Curie, Jane Goodall, Maria Montessori, Frida Kahlo, Coco Chanel, Rosa Parks and many more.

I welcome the emphasis you had placed on the debate, which was foreseen on women's role as agents of change. Women's influence, their agency, is vital at this particular moment in time as we begin a new decade, as the European Union picks up a moment in the new institutional cycle and as the United Nations marks the 25th anniversary of this Gender Equality Agenda.

Last week, the Commission adopted its Gender Equality Strategy for the next five years, a road map for advancing the discourse for the benefit of citizens, businesses and societies, and I want to sincerely thank the Commission, and particularly President von der Leyen and Commissioner Dalli, for this step which honours the wishes of the Council and the European Parliament. With this Strategy for the next five years gender equality has a firm anchor hold in the Commission's agenda.

In the meantime, let me say that Parliament has always been energetic in keeping gender equality on the agenda and for this we sincerely thank you.

As a university professor, politician and a mother of two sons, I'm aware of how much women do every day at work and in their homes. I firmly believe that through their involvement, women are capable of advancing different aspects of society, academia, businesses and politics alike. I am therefore proud that I was appointed State Secretary on this very significant day on 8 March and happy that I can contribute to the work of my government, which remains strongly dedicated to strengthening the position of women in all walks of life, including in politics and international institutions.

President. – Thank you, Minister. Indeed, on this occasion it is interesting that the panel I sit on is currently 100% women. Can I just say that those of us who are visible – those women who are visible in this Chamber – must always pay attention to the majority that are invisible, but provide invaluable services and care to the many. So thank you for this really important debate.

(Applause)

If I may perhaps just acknowledge that there is a lady whose birthday is today: Commissioner Kyriakides. I wish you on behalf of my colleagues a very happy birthday.

(Applause)

4. Ausbruch des Coronavirus – Sachstand und Gewährleistung einer abgestimmten Reaktion der EU (Aussprache)

President. – Sadly, we move on to very serious matters.

The next item is the debate on the Commission and Council statements on the Coronavirus outbreak, state of play and ensuring a coordinated European response to the health, economic and social impact (2020/2591(RSP)).

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, the spread of the new coronavirus known as Covid-19 is evolving rapidly. The current situation proves that like all viruses, coronavirus has the ability to cross borders and continents. It is important to stress that only together, and in a coordinated, coherent manner, can we address this global outbreak in the most effective way. Before I continue, allow me to pay tribute to the victims in Europe and elsewhere, and express my sympathies to their relatives and loved ones.

Over the last five weeks the Presidency has taken a number of steps to coordinate the EU's response to the Covid-19 outbreak. The current scale of the outbreak, however, demonstrates that we need to further enhance the coordination of our actions in close cooperation between Member States, EU institutions, bodies and agencies such as the European Centre for Disease Prevention and Control and the European Medicines Agency, and with the international organisations such as the World Health Organization.

We have had numerous meetings, including at Council level, where we have intensively discussed various consequences of the Covid-19 spread in the European Union, and exchanged information on the level of preparedness of Member States in terms of the implementation of relevant protective measures.

The Health Security Committee established to coordinate risk and crisis communication and the responses of the Member States to serious cross-border threats to health has already met 10 times to exchange information on this outbreak.

The first action taken by the Presidency at the EU level was the activation of the first level of the integrated policy crisis response on 28 January, which we then escalated to full mode last Monday due to the worsening epidemiological situation. I'm sure that you are already aware of the large-scale efforts within the Union Civil Protection Mechanism to repatriate EU citizens first from Wuhan in China and now from other countries such as Japan and Iran. In this context, it should be noted that consular affairs fall under Member States' competences, but of course also here we are stronger if we cooperate.

As to the current situation, the Presidency, together with the European External Action Service, conducted local consular cooperation meetings with the Member States to update on changing needs to consular assistance in different third countries. The capitals are also in very close contact to coordinate and support each other on consular assistance to EU citizens.

Through the constant monitoring of the situation, I believe that we currently have a good overview of the spread of Covid-19 and I need to underline at this stage that the swift exchange of up-to-date information among us, and further coordination of measures taken, are crucial elements for an effective response to reduce the impact of the outbreak. To that end, we will convene an IPCR round-table meeting at ambassador level for detailed discussions on concrete measures necessary for an effective and coordinated response.

I will now give you more details about the coordinated response at Council level to the health, economic and social impact of the Covid-19 outbreak. On 7 February, the Presidency organised an informal, high-level video-conference with Member States' delegations. Together with representatives of the Commission and the European Centre for Disease Prevention and Control, they had an opportunity to exchange information on the implementation of protective measures taken and to compare experience concerning the activation of national systems for handling public health emergencies.

On 13 February, the EPSCO Council held intensive discussions in which Member States, the Commission, the WHO and the ECDC explored ways to further enhance communication and cooperation at EU level to efficiently tackle this public health emergency. They also focused on possible solutions to safeguard the sustainable supply of medicines and equipment on the EU internal market. We adopted conclusions that strengthened the coordinated approach and included a number of actions to be taken to protect public health in the European Union.

In light of the recent rapid increase of Covid-19 cases in the EU – where now all Member States have cases, with some counting hundreds, and, in the case of Italy, thousands of cases – the Presidency held another meeting of the EPSCO Council last Friday. The Member States had an opportunity to exchange views on the consequences of this rapid increase, to assess the effectiveness of measures in place and discuss ways to strengthen the response. That exchange of views suggested that at present our operational emergency mechanism and protective measures are functioning in a satisfactory and coordinated manner.

The key message expressed by the Council, which I would like to share with you, is above all we need to strengthen solidarity between the Member States, cooperation and exchange of information. Member States stand ready to further raise collective and individual awareness of the threat from Covid-19 and to establish coherent containment measures while maintaining the principle of freedom of movement in the European Union. We will further develop a coordinated approach to prevention and good practices for all people affected, including vulnerable groups such as the elderly.

Last but not least, Member States have identified a need for European monitoring of the supply of medicines and medical equipment. They share the same aim to secure production, stocking, availability and rational use of protective equipment in the European Union.

As regards the economic and social impact of this health crisis, we all realise that it is imperative to act quickly in order to prevent huge further costs. For that reason, finance ministers held an informal discussion last week to discuss appropriate countermeasures. They discussed the specific actions to adequately provide financial support to national civil protection systems in order to cope with this crisis. Next week, finance ministers will meet again to take stock of the situation and propose additional targeted measures if necessary. Specific sectors and regions of Europe are suffering disproportionately from this crisis and they will need all our support and solidarity to address the impact of the Covid-19 outbreak on society and the economy.

Furthermore, on Thursday, on the Presidency's initiative, the EU education ministers will hold a conference call to discuss an effective national response to ensure continuity of education in the light of the Covid-19 outbreak. As you probably know, President Michel convened a video-conference with leaders this afternoon to discuss how to coordinate EU efforts to respond to the outbreak in order to protect the health of our citizens. The meeting will be an opportunity for the leaders to exchange information, facilitate the coordination of efforts and to prepare the next steps.

I know that we can count on our robust European social model, ensuring adequate social protection and that citizens are not left behind in these precarious circumstances. Solidarity and a coordinated approach are the key in this situation. We welcome the support mobilised by the Commission so far, provided in a number of sectors such as public health, research and civil protection, and we will continue to work closely with the Commission to ensure that comprehensive support is delivered to the Member States. We remain convinced that the coordinated measures taken will help sustainably diminish the impact of Covid-19 in Europe and will minimise disruption to the continuity of social, economic and democratic life.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, Covid-19 has developed into a fast-moving and increasingly severe public health emergency that is affecting our citizens, our societies, and our economies. We have since yesterday confirmed cases in all Member States. Whilst the numbers vary from a few cases only to over 9 000, we know that the picture is changing exponentially and by the hour. Needless to say, the days and weeks ahead are critical.

I want here to take the opportunity to praise the European Parliament's decision to take effective measures. I know it was not an easy decision, but it was necessary. They are critical, the next few days and months will be critical for our response. Member States must still focus on efforts to aggressively contain the virus, particularly where there are few cases. Slowing down the virus must be our greatest priority in order to gain time for our health systems to function effectively, and for research and development to advance.

The measures we are seeing are impacting on our citizens, on their everyday lives, on the economy, on businesses. It is not an easy situation to live in, and the decisions taken by government are not taken lightly. But when necessary and justified, although tough these decisions need to be followed to the letter.

It is a time of critical communication with our citizens and here Parliament can be of great help in two ways. You need to be the voices that speak to citizens for them to take responsibility for their personal protection measures: washing hands, avoiding physical contact; but you also need to be the voices against false news and misinformation, because this is equally damaging to the efforts made and the impact of the virus itself.

This is a critical time for cooperation and solidarity. Without solidarity and Europe-wide solutions, we are not going to be able to deal with this public health emergency. We need solidarity between citizens, between countries, and within countries, and this was ensured in the outcome of the extraordinary Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council (EPSCO) last week.

We need to see solidarity in action. We need to share resources, share information, share expertise, share equipment. We need to share equipment protocols and testing protocols. Let me be absolutely clear, this cannot be business as usual. We are facing an exceptional situation, and under such circumstances everybody needs to stand up to their responsibilities.

Whilst the realities on the ground between Member States vary considerably, and whilst they are not all at the same scenarios, I have called on all of them to activate their preparedness plans and to share them with us. I have called on all of them to plan ahead, to be ready for the possible next scenario. From our side, we will continue to do our utmost to ensure that medical workers and those on the front line have the best means possible in order to face the outbreak. Complacency is not an option.

We have launched a joint procurement for personal protective equipment, and this morning we will know what response to this offer we have received. We are already looking at joint procurements for medical equipment, such as respirators and testing kits, which have been requested by Member States. With Commissioner Breton we are discussing how industry can scale up production to meet increased demands.

Yesterday I spoke with the European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) and the European Medicines Agency. We have established a video conference three times a week with myself, as Health Commissioner, and the Agencies, to be updated and coordinated in every way possible so that we can be proactive if possible. We are strengthening the operational support and advice of ECDC on the ground. An expert mission has already taken place in Italy and a second one is underway in Greece. We have increased funding for research and vaccine development, and we are also coordinating our border, visa and security measures.

In ending, I want to say that from day one, our priority has been to protect citizens from this virus and to support Member States in stopping the spread. We need to show a Europe that cares, a Europe of solidarity, and a Europe that protects, a Europe that offers added value to its Member States in their response to that challenge. I know that when under this kind of pressure everyone reacts in different ways, but this is not a time for fragmentation; this is a time for all of us – wherever we are positioned – to join our voices, because this is the only way we're going to be able to come out of this crisis – and that we will. And I'm sure we will have you with us in this effort.

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Madam President, on 28 January, President von der Leyen activated the Commission's crisis management system, and she tasked me, as the European Emergency Response Coordinator, to chair the coordinated effort for our response. Last week, this was bolstered by the setting-up of a specific coronavirus response team of five Commissioners, including Commissioner Kyriakides and myself. But also other Commissioners – all Commissioners – are heavily involved in this effort.

For the past six weeks, we have been coordinating the work of all Commission services to identify what needs to be done, by whom and when, and get it done. Let me give you a quick overview of this effort.

Through the Union Civil Protection Mechanism, we have coordinated the repatriation of hundreds of European Union citizens from China and Japan. We have coordinated the provision of assistance to China during the initial stage of the outbreak there. Since then, we have been working with the EU Member States to coordinate assistance between them via this mechanism. We have mobilised funding to the tune of almost EUR 270 million to boost global preparedness, prevention and containment of the virus with a combination of development, humanitarian and research funding.

In the area of border controls, we have issued guidance to Member States and organised weekly meetings of the Covid-19 information group on borders, which brings together the Member States, Schengen associated countries, the Council Secretariat and the European Border and Coast Guard Agency, so as to exchange information and best practices on measures taken by the Member States in view of the coordinated approach.

For transport-related measures, we have requested the development of specific advice for ship and aircraft operators, as well as the land transport sector, regarding preparedness and the response to the Covid-19 outbreak. This advice was recently published by the expert group.

In addition, we are working every day on contingency planning and preparedness measures for the EU on all aspects of this emergency, from health and research to civil protection and consular assistance, from transport and home affairs to the economy. We are assessing the impact on supply chains and working with Member States to ensure that they use the benefits offered by the single market rather than close it off to each other. Commissioner Breton is speaking directly to European manufacturers of personal protective equipment. Our aim is to make sure that the public health needs of all Member States are met and that adequate supplies get to where they are needed most.

There is no way around the fact that the economic cost of the coronavirus will be significant. We are working closely with Member States to assess the situation and coordinate the necessary economic measures. By coordinating them, we will maximise their impact. It is important that affected workers and businesses get the necessary support to weather this storm. On the fiscal front, European countries have powerful automatic stabilisers, which can cushion a good part of the shock. They can also intervene in terms of providing liquidity to small and medium enterprises, which are the most affected by this impact. In addition, our Stability and Growth Pact provides for flexibility to cater for unusual events such as this. Our letter to Italy is very clear on that.

We are well aware that exceptional times require exceptional measures, and this is such a time. We are committed to coordinating with Member States and using all appropriate policy tools to safeguard against the downside risks that are now materialising.

Finally, we have ramped up our public communication efforts with the launch of a dedicated Covid-19 webpage with daily updates.

There should be no doubt that this situation calls for a coherent response, and solidarity and cooperation are essential. Member States recognise this and the Commission has already been supporting them for weeks. In particular, the Emergency Response Coordination Centre, which is working 24 hours a day, seven days a week, remains available to them.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sind unsere Gedanken bei den Betroffenen – bei denen, die im Krankenhaus sind, die vom Virus betroffen sind – und bei den Angehörigen, die bereits Partner, Freunde, Angehörige verloren haben. Ich möchte im Namen der EVP-Fraktion auch zunächst danke sagen: bei Präsident Sassoli, bei unserem Generalsekretär Klaus Welle für die besonnenen Maßnahmen, die wir als Parlament ergriffen haben, und auch bei den Kollegen Fraktionsvorsitzenden, dass wir in der Konferenz der Präsidenten mit der Situation, denke ich, sehr verhältnismäßig umgegangen sind. Ich möchte danke sagen bei Ursula von der Leyen, bei Stella und bei Kommissar Lenarčič für ihre Aktivitäten. Wir alle hätten uns einen anderen Beginn der Kommissionsarbeit gewünscht, dass wir nicht sofort in Krisenzeiten aufwachen. Aber jetzt gilt es, diese Krisenzeiten anzupacken. Und ich möchte ausdrücklich auch danke sagen bei denen, die jetzt Verantwortung für die Patienten tragen. Wir haben viele Menschen, die im direkten Kontakt mit den Infizierten sind; bei den Krankenschwestern, den Pflegern und den Ärzten, und bei denen, die diese couragierte Arbeit machen, möchte ich mich im Namen der EVP-Fraktion herzlich bedanken.

Corona zwingt uns zu Schritten, die gegen unseren *European way of life* gehen: dass wir Hände schütteln, dass wir uns küssen, dass wir Reisen tätigen, dass wir Freunde treffen. Das ist die eigentliche Herausforderung, die vor uns steht: unser Leben ein Stück weit auf den Prüfstand zu stellen. Jeder kann helfen, jeder kann einen Beitrag leisten, um den Virus zu stoppen beziehungsweise zu verlangsamen. Entschiedenes Handeln ist notwendig, und es ist andererseits auch notwendig, Panik zu vermeiden.

Was ist die Aufgabe, die wir auf europäischer Ebene anpacken müssen? Zunächst gilt es, klarzustellen, dass die Hauptverantwortung auf nationaler Ebene verankert ist. Es sind die nationalen Gesundheitsminister, die die Verantwortung tragen. Aber Europa kann natürlich einen Beitrag leisten, den wir ambitioniert anpacken wollen. Das Erste ist ein gemeinsames Risiko-Assessment. Wir haben als Europäische Volkspartei bereits in der letzten Straßburg-Tagung vorgeschlagen, dass bei allen Reisenden, die in die Europäische Union hereinkommen, an allen Flughäfen des Schengen-Grenzraums eine gemeinsame Risikobewertung vorgenommen wird, mit gemeinsamen Zetteln, die verteilt werden, wo Bürger, die einreisen, angeben, woher sie kommen, ob sie mit Infizierten in Kontakt waren. Das hat leider Gottes sehr lange gedauert, bis das von den einzelnen Mitgliedstaaten übernommen worden ist; heute wird es besser gemacht.

Als EVP-Fraktion sind wir der Meinung, dass wir bei den Maßnahmen, die jetzt auf nationaler Ebene ergriffen werden, mit den Vorschlägen, die die Kommission macht, die unsere Experten machen, auf nationaler Ebene noch zu unkoordiniert umgehen. Beispielsweise werden Fußballspiele in einzelnen Ländern mit Zuschauern durchgeführt, in anderen Mitgliedstaaten werden sie ohne Zuschauer durchgeführt. Für viele Menschen bedeutet das Verwirrung. Und deswegen spricht für uns auch eines der Ergebnisse aus diesen Entwicklungen der letzten Tage dafür, dass wir unsere Agenturen, unseren Sachverstand in den nächsten Jahren stärken müssen.

Was Europa leisten muss, ist – und das wurde durch beide Kommissare deutlich gemacht: Wir brauchen Solidarität. Nach der Entscheidung Deutschlands und Frankreichs, beispielsweise für Schutzmasken ein Exportverbot auszusprechen, gab es einen Dominoeffekt auf europäischer Ebene, wo alle Mitgliedstaaten dieses Exportverbot ausgesprochen haben. Das ist nicht das Verständnis von Solidarität, das wir als EVP-Fraktion haben. Wenn Italien jetzt in einer Sondersituation ist und Bedarf an diesen Schutzmasken hat, dann sollten andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union bereit sein, zu helfen, und nicht national egoistisch nur auf die eigenen Herausforderungen schauen.

Wenn wir weiterdenken, dann glauben wir, dass die Frage der Forschung von zentraler Bedeutung ist. Die EU-Kommission hat jetzt 47 Millionen Euro bereitgestellt, um die Forschung am Coronavirus zu verbessern. Ich glaube, dass diese Mittel nicht ausreichen werden, um bei der Impfung und auch bei der Behandlung schnell Fortschritte zu erzielen, die von unseren Bürgern erwartet werden. Und wir werden als EVP-Fraktion auch über das Wettbewerbsrecht reden müssen. Medikamente – dass wir bei Medikamenten heute abhängig sind von chinesischen und indischen Subunternehmern, das verstehen die Bürger in Europa nicht. Das heißt, wir werden in zukünftigen Diskussionen über das Wettbewerbsrecht definieren müssen, welche Produkte wir eigenständig versorgen müssen.

Und zu guter Letzt brauchen wir ein Maßnahmenpaket für die Wirtschaft. Die EZB wird diese Woche tagen. Die *state aid rules* müssen überprüft werden. Die Flexibilität muss genutzt werden, um unsere Konzerne zu unterstützen; vor allem für die kleinen mittelständischen Unternehmen brauchen wir Cash, brauchen wir Darlehen, und der Stabilitätspakt muss flexibel angewandt werden. Wir sprechen uns gegen jede Änderung des Stabilitätspakts aus, aber wir wollen die flexible Anwendung des Stabilitätspakts. Das sind die Aufgaben, die vor uns stehen.

Die Situation, vor der wir jetzt stehen, ist keine Situation, die Parteipolitik erfordert, sondern Verantwortung. Sie ist keine Situation, die Panik erfordert, sondern entschiedenes Handeln. Und vor allem ist sie keine Situation, in der es um nationalen Egoismus geht, sondern um das Bewusstsein, dass es um eine Schicksalsgemeinschaft Europa geht, in der wir uns befinden.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, sin duda alguna estos días estamos viviendo una situación extraordinaria que está provocando incertidumbre y preocupación en la ciudadanía y por eso creo que es importante que hoy seamos capaces de lanzar desde aquí un mensaje de calma y de prudencia y actuar con tesón. Las decisiones que tomemos en los próximos días han de tener base científica y ser conformes con lo dispuesto en las recomendaciones de las autoridades sanitarias.

Hemos de ser conscientes de que algunos Estados miembros están siendo golpeados más severamente por esta crisis que otros y están tomando decisiones que son difíciles y duras. Y en estos momentos tenemos que ser constructivos para superar esta situación de la mejor manera posible.

Como representantes públicos que somos debemos actuar con firmeza y fomentando acciones razonables que eviten estragos innecesarios. Ante cualquier crisis necesitamos dotarnos de las herramientas necesarias para abordarla y ser conscientes de su envergadura. Al no estar hoy en condiciones de poder votar la resolución sobre la que nuestros grupos habían estado trabajando, sí que quiero trasladar cuáles son las cuestiones esenciales para mi Grupo político.

Los Estados miembros deben actuar de forma solidaria y garantizando una respuesta común y coordinada, proporcionada y efectiva en respuesta al virus. La Comisión y los Estados miembros deben establecer medidas de contención y planes de emergencia, por lo que recibimos gratamente el compromiso de la Comisión Europea de invertir en la investigación del desarrollo de una vacuna. De forma simultánea, debemos establecer medidas que alivien el impacto económico de esta crisis y sirvan también de estímulo a la economía europea.

En consecuencia, los Estados miembros deberían estar autorizados a implementar medidas fiscales adicionales, incluyendo medidas de flexibilidad fiscal. Instamos al establecimiento de políticas anticíclicas y medidas concretas que tengan como objetivo proteger el empleo.

El Banco Europeo de Inversiones debe utilizar las líneas de crédito para proveer a las pequeñas y medianas empresas de fondos de liquidez en situaciones de emergencia financiera. Debemos asegurar que la especulación de los precios y mercados paralelos no se beneficie de esta crisis.

No podemos ignorar el impacto social que el virus COVID-19 está teniendo. Pero ello no implica que no tengamos que garantizar los derechos laborales: tenemos que ser capaces de garantizar los derechos de los trabajadores y las trabajadoras. Y debemos mirar más allá de esta cifra.

Debemos priorizar el fortalecimiento de la seguridad social y de los sistemas de salud pública, que están demostrando en estos momentos una gran responsabilidad y capacidad de atender a estas cuestiones. La defensa de los sistemas de sanidad pública es una cuestión esencial, sistemas que en estos momentos están dando ejemplo.

Finalmente, quiero expresar mi más firme repulsa a los actos de racismo, discriminación y prejuicios contra personas de origen chino o con ascendencia asiática. Es intolerable cualquier tipo de racismo y menos en estos casos.

Por último, envío un apoyo a todas las víctimas, a las que quiero hacer llegar la solidaridad de mi Grupo, y un agradecimiento a todo el sector médico y personas que están trabajando para poder acabar con esta situación.

Frédérique Ries, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Commissaire, avant tout, j'aimerais avoir moi aussi, au nom du groupe Renew, une pensée émue et chaleureuse pour les victimes, pour les familles et pour les soignants de ceux qui sont touchés personnellement par ce coronavirus.

Notre débat, ce matin, est bien évidemment essentiel parce que nous avons un devoir d'exemplarité. Le Parlement fait comme tout le monde, il s'adapte à la propagation du virus et prend les mesures de vigilance nécessaires qui s'imposent avec cette plénière rapatriée à Bruxelles et limitée à sa plus simple expression: les débats d'aujourd'hui. En revanche, il n'est pas question de désertir comme il n'en est pas question pour les centaines de milliers de travailleurs qui, partout en Europe, restent à leur poste et continuent d'assurer le bon fonctionnement de pans entiers de notre économie.

Six semaines maintenant que ce virus est à la une de tous les médias, alors quelle est la valeur ajoutée de notre débat ce matin, dans les limites, disons très étriquées, que le traité accorde à l'Europe de la santé.

D'abord, entre minimisation et psychose, il faut placer le curseur à l'endroit juste. Oui, la situation est préoccupante, puisque 10 000 Européens ont été contaminés et que 500 décès ont été enregistrés (dans cinq pays seulement heureusement). Oui, une vigilance sans faille s'impose. Mais il faut aussi rappeler que seulement 5 % des personnes touchées doivent être soignées à l'hôpital.

Il faut dire aussi que l'Europe a réagi rapidement. Elle a notamment activé dès le 28 janvier, le mécanisme de protection civile pour rapatrier les Européens de Chine, d'Iran et du Japon. Elle a par ailleurs dégagé des crédits à hauteur de 100 millions d'euros pour la recherche, les futurs traitements et vaccins, les actions de prévention et la veille sanitaire. C'est là une preuve du savoir-faire de l'Europe et de la Commission. Mais qui le sait? Ce n'est pas une critique mais une petite suggestion à la Commission: il faudrait aussi activer vos compétences de «faire savoir», c'est essentiel. Et c'est aussi une arme, Madame Kyriakides, contre la désinformation.

Mais encore, face à la globalisation des menaces, c'est la quatrième épidémie en moins de vingt ans. L'Europe doit mieux anticiper et mieux se coordonner. Renew propose tout un plan d'action que je vous invite à découvrir par ailleurs. Et en ce qui concerne les impacts sociaux et économiques de cette pandémie: je laisserai la parole dans quelques instants à mon collègue Dragoş Pîslaru.

Silvia Sardone, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io mi chiedo: ma l'avete capito che ci troviamo di fronte a una situazione davvero straordinaria, paragonabile solo a una guerra?

Perché, io mi vergogno di questa Europa, che è totalmente incapace di rispondere adeguatamente a un'emergenza di queste dimensioni. Mi vergogno di un'Europa che da un mese discute di coronavirus e non fa nulla: avete creato una *task force* con cinque Commissari che non ha prodotto assolutamente nulla.

Mi vergogno di un'Europa che è disunita e certamente in ritardo. Mi vergogno di un'Europa inefficace e assente: che figura ci fa questa Istituzione di fronte ai tantissimi medici e infermieri in trincea oggi negli ospedali?

Mi vergogno di un'Europa che non ha protocolli unici per gestire questa epidemia: ci sono paesi che hanno fatto tanti tamponi, chi nessuno. Ci sono paesi che usano totale trasparenza e altri che nascondono i dati o minimizzano per evitare le conseguenze economiche.

Mi vergogno di un'Europa che abbandona paesi interi, come l'Italia, imprese, commercianti, cittadini. Mi vergogno, tantissimo, dei tanti paesi che hanno bloccato le esportazioni di macchinari per la terapia intensiva; mi vergogno di quei paesi che hanno requisito le mascherine e i materiali medici per l'Italia.

Mi vergogno che non ci sia un approccio solidale all'emergenza. Mi vergogno degli speculatori e mi vergogno altresì delle catene di distribuzione che hanno preteso il bollino «*coronavirus free*» sui prodotti alimentari italiani. Qualcuno evidentemente sta usando il virus per fare una guerra commerciale ai prodotti italiani.

Mi vergogno che, in un momento di tale emergenza, ci siano degli euroburocrati che pretendono l'approvazione del MES, invece di mettere al primo posto la questione del coronavirus. Mi vergogno di un'Europa che, di fronte al grido di aiuto dell'Italia, risponde solamente con la proposta di uno scomputo del deficit delle spese una tantum.

Non basta! Qui ci vuole un piano colossale di investimenti infrastrutturali e il superamento dei parametri troppo rigidi per affrontare una recessione, che si presenta drammatica.

Concludo: io mi vergogno di chi se ne frega delle ripercussioni sul settore turistico; mi vergogno di un'Europa che ipotizza di mettere a disposizione una cifra irrisoria. Ma mi vergogno anche di chi dice «più Europa» quando qua l'Europa non sta esistendo! Mi vergogno, infine, di un'Europa che discute e basta quando ogni giorno perso è un dramma!

Ska Keller, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, I very much want to thank all the health workers, all over the world, who are doing a tremendous job and will most likely have to continue doing a tremendous job and who we all rely on in times of emergency – I really want to thank them for all that they are doing.

And while we're following very closely what's happening with the Covid-19 spread and impact, I think what we also should be looking at is the wider impact and the wider effect it has on health systems. There are also other health problems around that might get worse when hospitals are very busy dealing with the coronavirus infections and health systems are often already at their limit.

And I think that should also encourage us to learn some lessons – I mean, there will be many more lessons to be learned in the future, but already at this point I think we can take and draw some lessons. One of them is to really strengthen the health systems, and not rely on there always being good and sunny days. We also need to have our health systems in shape for emergency situations.

I think another important thing is that we need to have social systems that enable people to indeed take sick leave, to stay at home when they're not feeling well, or even to stay in quarantine, and that's not possible if you're only paid by the hour. That's not possible when you're paid badly, if you don't get sick leave support, for example.

Another lesson, as has also been mentioned by colleagues, is that maybe it's not so smart to leave the production of vital goods to one country, one region alone – that we should spread production more widely and more economically in that sense and not just be reliant on very specific areas or very specific economies.

And while we need to listen to the medical experts and take note of the measures and emergency measures that Parliament should take – that everyone should take – it is also up to politics to draw those conclusions, to draw lessons and deal with them.

And, most importantly, I think I want to reiterate what the Commissioner said. We need to work together. A crisis can only be overcome if we all show solidarity. Exclusion and discrimination does not help anyone. It's the wrong way forward. We need to stand together in solidarity, especially when the going gets tough.

Joanna Kopcińska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Drugiego marca bieżącego roku Unia Europejska przeszła do pełnego aktywowania zintegrowanego uzgodnienia unijnego dotyczącego reagowania na szczeblu politycznym w sytuacjach kryzysowych, w wyniku czego zdecydowano między innymi zwołać na szóstej marca bieżącego roku kolejne nadzwyczajne posiedzenie Rady, podczas której ministrowie zdrowia mieli możliwość zapoznania się z bieżącą sytuacją.

Dla pełnej ochrony naszych obywateli musimy znaleźć najlepsze podejście do skoordynowanego reagowania na obecne rozprzestrzenianie się COVID-19 w Unii Europejskiej. Jak Komisja Europejska ocenia mechanizmy istniejące na szczeblu państw członkowskich w kontekście wyzwań, jakie stwarza rozprzestrzenianie się COVID-19 w Europie? Jakie działania dodatkowe może zaproponować Komisja, które byłyby pomocne w dalszej poprawie komunikacji i wymianie informacji?

Dostępne dane z całego świata pokazują też interesujące trendy. Z jednej strony mamy znaczący spadek zachorowań w Chinach. Czy to oznacza, że drastyczne środki stosowane przez chińskie władze przyniosły skutki? Pojawiły się również informacje mówiące o znaczącej różnicy w śmiertelności między krajami, od niecałego procenta potwierdzonych zakażeń w Korei Południowej do prawie 5% w jednym z krajów na terenie Unii Europejskiej. Czy tak jest faktycznie? Czy są takie różnice, a jeżeli tak, to jak Państwo to oceniać?

Jakie dodatkowe środki ochrony zamierza podjąć Komisja Europejska w przypadku, gdy pomimo wprowadzonych środków wirus COVID-19 będzie się nadal rozprzestrzeniał? Czy Komisja mogłaby zaproponować dodatkowe działania, które mogłyby być przydatne w pomocy państwom członkowskim w takiej sytuacji, w tym dodatkowe fundusze i wsparcie z Europejskiego Banku Inwestycyjnego, oraz czy rozważy finansowanie walki z koronawirusem z unijnego funduszu solidarnościowego?

Pragnę również podziękować wszystkim lekarzom, pielęgniarkom, ratownikom medycznym, wszystkim służbom zaangażowanym w walkę z koronawirusem.

Manon Aubry, au nom du groupe GUE/NGL. – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord exprimer, au nom de notre groupe de la gauche unitaire européenne, toute notre solidarité envers celles et ceux que l'épidémie de coronavirus touche le plus durement. Je pense aux plus vulnérables, aux plus âgés, à ceux que la maladie fragilise déjà et à qui nous devons assurer protection et soins. Je pense évidemment au peuple italien, violemment frappé par l'épidémie, et qui doit recevoir un soutien urgent de l'Union européenne.

Mes chers collègues, les crises mettent la réalité à nu. Elles écartent le superflu pour révéler le vrai visage de notre société, avec ses forces et ses faiblesses. Le coronavirus nous montre à quel point les dogmes du passé nous rendent fragiles, ébranlables, vulnérables, face aux crises que le marché est incapable de traiter.

L'austérité a mis à genoux nos hôpitaux publics. Partout en Europe, les soignants se mobilisent contre le délabrement généralisé de nos systèmes de santé. Et ce sont dans ces hôpitaux, déjà à l'asphyxie, que les médecins témoignent de l'atroce dilemme de devoir choisir entre deux patients, face à la pénurie de matériel et de personnel.

La mondialisation et le libre-échange nous ont privés de notre souveraineté. Le résultat, cela a été dit, est que 80 % des principes actifs de nos médicaments sont dorénavant produits hors d'Europe. Chaque crise mondiale nous met le dos au mur. La pénurie guette et nos états se retrouvent totalement dépourvus. La dérégulation laisse libre cours à une spéculation sans limite qui touche les biens les plus vitaux. Le prix des gels hydroalcooliques par exemple, a déjà triplé en quelques jours. Il aura donc fallu attendre le coronavirus pour que les libéraux découvrent les ravages de la course au profit et les vertus de l'encadrement du marché.

La financiarisation a confié les rênes de notre économie à l'irrationalité et à l'individualisme, alors que la situation appelle au sang froid, à la pondération et à la coopération. Les cours de la bourse s'affolent et les spéculateurs s'écharpent, ajoutant encore du chaos au chaos. Il faudra bien sûr tirer les leçons de l'incapacité de ce système économique à garantir à nos pays la stabilité, la protection et la résilience. Il faudra apprendre de cette épreuve pour reprendre le pouvoir sur l'argent fou qui nous met tous en danger.

Aujourd'hui, au cœur de la crise, nous sommes bien sûr tous unis. Mais dès demain et tous les jours qui suivront, nous devons réapprendre à être solidaires.

Piernicola Pedicini (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io concordo con quanto è stato detto poc'anzi dalla collega.

Credo che, purtroppo, questa crisi stia mettendo davvero a dura prova l'Unione europea e temo che l'Unione europea non reggerà all'urto. Non ce la farà se non verranno superate alcune assurde regole interne, se non verranno superate alcuni ipocrisie ed egoismi di alcuni Stati membri. Né reggerà alla crisi sanitaria se, a due mesi dai primi casi e dai primi focolai in Cina, qui non abbiamo ancora un protocollo unico o una linea guida condivisa ed europea.

E non ce la farà a superare la crisi economica: ieri la Borsa tedesca ha chiuso a meno 9%, quella spagnola a meno 9%, quella francese a meno 10%, quella italiana a meno 13,5 %, e i Commissari europei per l'economia sono riusciti soltanto a dire che verrà concessa la flessibilità permessa dai trattati.

La flessibilità? Qui stiamo andando di fronte a una crisi totale e noi parliamo soltanto di flessibilità? In questo momento bisogna fare cose coraggiose: bisogna che la BCE intervenga finanziando l'economia reale e le imprese direttamente a fondo perduto. Questa è l'unica cosa che bisogna fare per uscire da questa catastrofe.

Esther de Lange (PPE). – Voorzitter, natuurlijk zijn die twee minuten lang niet genoeg om in te gaan op alle uitdagingen waar het coronavirus ons voor stelt, en Manfred Weber heeft al aangegeven hoe wij de aanpak zien als EVP. En twee minuten zijn al helemaal niet genoeg om in te gaan op het verdriet van nabestaanden, op de angst van degenen die getroffen zijn of degenen die tot een kwetsbare groep behoren. Ik wil mijn spreektijd vooral gebruiken om degenen te bedanken die dag in, dag uit zorgen voor coronapatiënten en mensen die vrezen dat ze getroffen zijn door dit virus. Natuurlijk de artsen, maar vooral de verpleegkundigen die in al onze ziekenhuizen de frontlinie vormen tegen dit virus, en die vaak het onmogelijke doen – zeker in regio's waar de ziekenhuizen al boven hun capaciteit moeten functioneren, en die – dat mag ook hier wel eens gezegd worden, ook al is het geen Europese bevoegdheid – in de meeste landen veel te weinig betaald krijgen. Ik weet dat er in mijn eigen lidstaat nu ook mensen flippen dat ik dit durf te zeggen in het Europees Parlement, maar het wordt tijd dat we onze verpleegkundigen waarderen en daar hoort ook waardering op financieel gebied bij.

Ik wil de Europese Commissie bedanken voor het feit dat ze het voortouw heeft genomen daar waar zij dat kan. Ik zie een Commissie die in tegenstelling tot crises een aantal jaren geleden wél gemeenschappelijk mensen, Europeanen, uit andere delen van de wereld repatrieert, die op allerlei fronten het initiatief neemt. Waar het nu vaak mis gaat, is daar waar de lidstaten aan zet zijn. En dan is het natuurlijk van de zotte dat ik wel in de Bild-Zeitung kan lezen welke Duitsers er besmet zouden zijn in Noord-Italië, maar dat de Duitse autoriteiten die informatie – in welke hotels zaten deze mensen, in welke gemeente – niet delen met diezelfde regio in het getroffen gebied zodat ze maatregelen kunnen nemen. Dit is niet het Europa waar ik voor sta. In het Europa waar ik voor sta, wordt dat soort informatie gedeeld en in het Europa waar ik voor sta, trekken we ook lessen voor de lange termijn uit deze crisis. Dan gaat het om de afhankelijkheid die we nu hebben van grondstoffen van andere delen van de wereld voor onze medicijnen. Dat is voor de lange termijn. Nu moeten we optreden. En ja, commissaris, samen kunnen we dit maar zorgen we ook voor onderzoek als er geen crisis meer is, en in de rustige tijd, zodat we een volgende keer goed voorbereid en beter voorbereid zijn.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Herr och fru kommissionär! En dag som denna, och i dessa tider med corona, så går våra tankar förstås i första hand till alla de människor som insjuknat och till alla drabbade. Jag tänker också på det fantastiska jobb som vår vårdpersonal gör runtom i hela Europa, som ibland med risk för sin egen hälsa tar hand om alla dem som drabbats av viruset och kämpar för att hindra ytterligare smittspridning. Stort tack för ert arbete!

När samhället står inför den här påfrestande krisen och dess utmaningar, då måste vi alla dra åt samma håll. Jag glad över att flera av mina kollegor i plenum påtalar det. Med gemensamma krafter måste vi göra allt som står i vår makt för att minska smittspridningen, och vi måste med vetenskapen som grund och med lugn göra allt för att få kontroll över situationen. Att ge vård till de drabbade och hindra smittspridning måste vara vår första, andra och tredje prioritet. Europa här har ett stort ansvar att stå enade och med gemensamma krafter samarbeta så att vi ger bästa möjliga stöd till dem som har drabbats. Vi socialdemokrater, från den socialdemokratiska gruppen S&D, välkomnar att EU-kommissionen har avsatt drygt 230 miljoner euro i nödhjälp för att bekämpa epidemin. Det är mycket bra.

I vissa länder och regioner har man drabbats hårdare – och det har sagts här tidigare – av coronaviruset spridning. I går meddelade Italiens premiärminister Giuseppe Conte att Italien sätts i karantän. Det är givetvis en extraordinär åtgärd i ett väldigt allvarligt läge och våra tankar är förstås med det italienska folket i den tuffa prövning som man nu går igenom.

Sanningen är att vi i nuläget inte vet med säkerhet hur smittspridningen kommer att fortgå. De senaste dagarna har vi sett en väldigt stor ökning av antalet konstaterade fall runtom i Europa. Men oavsett hur situationen utvecklas framöver så råder det inget tvivel om att coronaviruset inte känner regions- eller landsgränser. Vi måste därför arbeta solidariskt och ta ett gemensamt grepp mot den här epidemin. Det gäller givetvis för Europas länder, men det gäller också utanför, det vill säga globalt. Vi har alla ett ansvar att göra det vi kan för att komma över den här krisen.

Jag vill bara avsluta med att säga att utsatta grupper är och kommer att bli mer drabbade också ekonomiskt, och där är det viktigt att vi alla ser vad som kan göras. Jag tänker i synnerhet på många av de kvinnor som kommer att bära kostnaderna för coronakrisen, inte minst genom att stanna hemma med barn och på olika sätt göra väldigt mycket av det som medför risk, men också tar hand om det här ekonomiskt. Det måste vi ha i våra tankar.

Dragoș Pîslaru (Renew). – Madam President, dear colleagues, first I say to you all: let's believe in Europe! Together we will act stronger and more effectively for the European citizens. This is our pledge. This is our mission. This is our purpose. We need an ambitious and coordinated response that's clear for everyone to limit the outbreak – especially in terms of economic and social impact. All Member States should act together focusing on citizens' well-being.

As part of Renew Europe, I would highlight the implementation of free actions to alleviate economic shocks. First, the Member States should use fiscal flexibility to ease the fiscal pressure on firms and self-employed workers affected by the crisis and postpone the deadlines for VAT payments and social security contributions. This should be the first oxygen given to them.

Second, we will, and we should, call for the European Investment Bank to become an essential partner that can make emergency liquidity available for SMEs to retail banks.

Thirdly, I sincerely hope that right now it's clear for everyone, in the light of the current crisis, the necessity for the EU to have a facility that would support the creation of employment schemes to help regions hit particularly hard by the crisis, to allow for the reduction of working hours, preserving jobs and avoiding business disruptions – similar to the *Kurzarbeit* scheme in Germany, and this is very important.

Time is upon us. Let's act together for the European citizens. Let's not leave anyone behind, especially because vulnerable people are the first hit in the crisis.

André Rougé (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, bien évidemment, je voudrais avant tout adresser un message de compassion à toutes les victimes du virus qui perturbe la vie de tout un chacun.

M. Bruno Le Maire, ministre de l'économie et des finances de la France, déclarait hier: «Il y aura un avant et un après cette épidémie sur l'organisation de cette économie mondiale. Nous voyons bien combien il est important de réfléchir à une meilleure organisation des chaînes de valeur et à une relocalisation d'un certain nombre d'activités.» Ces propos de notre ministre donnent corps au discours que Marine Le Pen tient sur le localisme depuis des semaines et des mois.

Mais, au delà de cet aveu de M. Le Maire, l'épidémie de coronavirus est pour l'Union européenne un révélateur de la primauté de l'Europe des nations. Quand la santé de la population est en danger, vers qui les peuples se tournent-ils? Vers les nations. Qui peut agir vite et efficacement? Les nations. Qui contrôle les frontières? Les nations. Qui décide du confinement? Les nations. Les nations et non pas l'administration de la Commission, ne vous en déplaît. Et cela, même si M. Lenarčič fait entendre sa voix. La France va manquer de masques. Elle a décidé, le 4 mars, de réquisitionner les masques produits chez elle. Le 6 mars, M. Lenarčič a critiqué cette initiative du président de la République française. Même si c'est légal, il y a un risque d'affaiblir notre approche collective et notre capacité collective de faire face à la crise, a-t-il dit.

En Italie, en Allemagne, en France et dans l'ensemble de l'Europe, les peuples sont inquiets. Alors laissez les nations coopérer entre elles et être efficaces chez elles.

Petra De Sutter (Verts/ALE). – Madam President, I first want to start by expressing my empathy for the communities and the families affected by the virus, and also for the healthcare providers that have been helping them.

Indeed, we should not panic. This virus may not be as deadly as we think or as other viruses, but it will have indirect effects on health systems if we do not take the measures that are needed – and that is something that I want to explain in my intervention today.

I think you have all seen the curves of how an epidemic usually takes place. Well, we have to take all the measures possible to flatten that curve so that people do not infect other people. Usually people infected with this virus infect two to three other people, as we have learned already from the epidemiology of the virus.

We have to bring these numbers down so that, in total, people in the population do not get infected because, and let's not forget this, there is no immunity in the population. So let's not compare this with influenza. This has nothing to do with influenza where there is a high background immunity. This is a really different virus and the real danger is that the health systems, the healthcare systems are being overloaded.

I think we've all read the newspapers. Today we've seen what is happening in the northern part of Italy. Hospitals where people do not get beds, where intensive care beds are lacking because they can't put the patients where they need to be. Indeed, we really have to do everything possible to contain that virus. I want to reinforce the call of the Commissioner that maybe we have to step up our measures to make sure that this virus is contained.

I'm not going to talk about the social and economic consequences. We all know these, but if we don't do what is necessary to contain the virus and to look at the health aspects – also the indirect effects of this epidemic – the social and economic consequences will be much worse than they would be otherwise. So this should be our first priority also in this House.

Alexandr Vondra (ECR). – Madam President, the coronavirus outbreak does not respect the borders in a free moving Europe, and what we have now seen in Italy we could easily see here in Brussels in two to three weeks. So there is no doubt that the EU can – and must – provide the added value to tackle this crisis in terms of a conditional and coordinated response in the area of temporarily limiting the free movement of people inside the EU as well as from the outside, or in the area of mobilising public and private financing and resources, but we not done so much on this.

For those who are expecting to have more Europe, there are two serious challenges in building trust from below, in projecting political power from above, and in proper management of the situation. Here is just one example. The Czech National Security Council, at Minister level, is dealing with this every morning, while the Commission is just meeting once a week. So wake up, wake up. It's a test.

José Gusmão (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a expressão que ouvimos mais da parte da Comissão no início deste debate foi a expressão «medidas concretas». No entanto, a única coisa de que não ouvimos falar foi de «medidas concretas». Ouvimos falar de palavras caridosas e de videoconferências.

A Europa tem duas grandes responsabilidades perante a epidemia do coronavírus: a primeira é impedir o mais possível a sua propagação no espaço europeu agindo preventivamente, a segunda é lidar com os efeitos económicos desta epidemia, que estão garantidos mesmo que ela não venha a ser tão grave do ponto de vista da saúde pública quanto aquilo que tememos, e esperemos que não.

No entanto, a Comissão Europeia, em vez de vir aqui dizer aos Estados-Membros que invistam preventivamente em todos os seus serviços públicos a começar pelos serviços de saúde, precisamente para que a epidemia não seja tão grave e não tenha tantos efeitos do ponto de vista da saúde pública, em vez de vir aqui dizer que todo esse investimento será protegido pela Comissão Europeia, que nenhum país será perseguido por não cumprir as metas do défice para prosseguir esses investimentos, para prosseguir políticas de investimento nos serviços públicos, que são também políticas económicas contracíclicas, a Comissão Europeia veio dizer que o Pacto de Estabilidade e Crescimento já é muito flexível, que não são precisas medidas adicionais e, portanto, a Comissão Europeia, o que nos trouxe aqui, são vacuidades e, se houver Estados-Membros que façam aquilo que é preciso fazer para proteger os seus cidadãos e investir nos seus serviços de saúde, eu quero ver se ainda vão ter que enfrentar a perseguição da Comissão Europeia a seguir.

Daniela Rondinelli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i dati ci dicono che l'epidemia che stiamo vivendo sta diventando una tragedia planetaria senza precedenti.

Se non interveniamo presto con misure forti, efficaci, proporzionate e condivise, tutta l'Europa crollerà.

Siamo consapevoli che gli Stati membri hanno la competenza in materia sanitaria ma l'Unione dovrebbe garantire i servizi aggiuntivi a tutti i cittadini europei, mentre oggi mancano misure minime europee condivise per bloccare la diffusione del virus

Il semplice scambio di informazioni tra Stati membri non è più sufficiente per risolvere l'emergenza: dobbiamo allora adottare un protocollo sanitario comune per individuare tutti i contagiati, prevedendo quindi misure atte a contrastare il contagio, gestire i malati e garantire a tutti cure adeguate.

Collegli, lo sapete che in queste ore i medici negli ospedali italiani stanno scegliendo quali malati curare, perché non ci sono letti sufficienti in terapia intensiva?

E poi vorrei chiedere alla Commissione e a noi tutti: ma perché non riuniamo la comunità scientifica europea per trovare un vaccino comune a livello europeo? Perché stiamo aspettando che il vaccino venga trovato e verrà fornito in Europa da Cina, Stati Uniti o Israele?

Dobbiamo assolutamente porre in essere misure urgenti a livello europeo per contrastare tutti insieme questa grave emergenza.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte zu Beginn zunächst meine Solidarität mit allen Betroffenen zum Ausdruck bringen und meine Wertschätzung für alle, die gegen diese Epidemie kämpfen – vor allen Dingen die Menschen in Italien.

Was in Italien gerade passiert, ist dramatisch. Wir haben über das Wochenende die Meldung von mehreren hundert Todesfällen erhalten, und das zeigt, es ist eben – wie Frau De Sutter und andere sagen – keine normale Grippe; es ist sehr, sehr ernst. Wir müssen alles tun, um dramatische Situationen in allen Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Dazu brauchen wir mehr Europa, eine stärkere europäische Antwort. Der deutsche Gesundheitsminister hat am Wochenende gesagt, das ECDC, unser Europäisches Zentrum, soll stark ausgebaut werden und mehr Kompetenzen bekommen. Diese Forderung müssen wir ganz schnell unterstützen und umsetzen. Rechtlich dauert das ein bisschen; aber ich appelliere an die Kommission und die Mitgliedstaaten, auf freiwilliger Basis schnell mehr Personal zur Verfügung zu stellen und einheitliche Empfehlungen – mit Hilfe des ECDC – auszuarbeiten.

Die meisten Empfehlungen sind bekannt. Aber ich möchte einen Punkt ansprechen und auch die Kommission bitten, das in ihre Kommunikationen aufzunehmen: Wir wissen, dass Menschen, die rauchen, sehr viel stärker vom Coronavirus befallen werden und dass es dadurch in dieser Gruppe auch sehr viel mehr Todesfälle gibt. Wer bisher noch keinen Grund gefunden hat, mit dem Rauchen aufzuhören, der hat jetzt einen, und dabei sollten wir die Menschen unterstützen.

Mein letzter Punkt: Natürlich ist Impfung wichtig, aber das kann dauern. Einige Patienten werden jetzt schon in den Krankenhäusern experimentell behandelt. Viren medikamentös zu behandeln, ist schwierig, aber es gibt Ansätze. Die Forscherinnen und Forscher, die das tun – in ganz Europa – sollten, alle Möglichkeiten finanzieller und sonstiger Art bekommen. Wir müssen alles tun, um sie zu unterstützen, damit die Erkenntnisse ganz schnell in ganz Europa verbreitet werden; damit die Patienten, die in Gefahr sind, die bestmögliche Therapie bekommen.

Heléne Fritzson (S&D). – Fru talman! Fru kommissionär! Antalet fall av coronavirus ökar och våra tankar i dag går till alla drabbade och utsatta medborgare. Både Världshälsoorganisationen och EU:s smittskyddsmyndighet säger och bedömer att det är sannolikt att viruset fortsätter att spridas. Läget förändras från dag till dag och det är viktigt att EU fortsätter arbetet med hög beredskap och nödvändiga åtgärder som baseras på kunskap och fakta. Kommissionens beslut att avsätta medel till forskning och att upprätta ett insatsteam är därför väldigt bra.

FN:s barnfond, Unicef, har delat en bild på sociala medier som riktas till alla barn. I bilden står det "Glöm inte". "Glöm inte att det finns många hjälpare därute som jobbar för att skydda dig – där finns familjen, lärare, sjuksköterskor och läkare". I bilden står det också "Det är inte ditt uppdrag att oroa dig, men tvätta dina händer".

Alla våra medborgare ska känna sig trygga i att EU har en god hälso- och sjukvård och att alla EU:s medlemsstater säkerställer beredskap, tar ansvar, visar solidaritet och samarbetar. Därigenom kan våra medborgare, och också alla barn, känna sig trygga i att det finns många hjälpare som tar sitt ansvar och gör sitt yttersta för att hindra smittspridningen. Och precis som på den där bilden som Unicef har delat på sociala medier och som riktar sig till alla barn, så ska vi se till att alla – verkligen alla – nu tar sitt ansvar och såklart tvättar sina händer.

Véronique Trillet-Lenoir (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, en ce jour de votre anniversaire, le moment viendra un jour pour l'Union européenne de dresser le bilan de cette épidémie: notre réactivité, notre capacité de coordination, notre souveraineté économique. Mais ce moment n'est pas venu. L'heure est à la prise de trois types de responsabilité politique.

L'exemplarité: des mesures fortes ont été prises dans ce Parlement européen pour limiter nos déplacements, qui sont un facteur important de propagation du virus, et ces mesures pourraient être renforcées.

La solidarité: car ce sont bien les plus vulnérables de nos concitoyens, les seniors, les patients atteints de cancer que nous voulons protéger d'un pays à l'autre et à l'intérieur d'un pays.

Et puis: la pédagogie et la communication que nous devons faire pour nos dirigeants et pour nos concitoyens.

Je n'ai pas le temps de détailler ce schéma extrait d'un dernier article du *Lancet*. Lisez-le. Il explique comment les mesures de protection intellectuelles et collectives permettent de juguler le pic épidémique tout en maintenant la soutenabilité des systèmes de santé et des économies.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 171, paragraphe 8 du règlement intérieur))

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Doamnă președintă, astăzi discutăm, într-o situație de criză, despre o problemă europeană. Nu credeți că ar trebui să știm concret de la Comisie, în afară de informarea generală, cu câți bani se suplimentează bugetul pentru a preveni, câți bani alocăm pentru materiale de prevenție, câți bani alocăm pentru medicamente, cum asigurăm securitatea granițelor în Uniunea Europeană?

Eu cred că acestea sunt măsurile cu care trebuie să mergem la noi în țară, să spunem guvernelor noastre să își asume responsabilitatea, dar și la nivel de Comisie Europeană trebuie să știm concret cât dăm la cercetare, cât dăm la prevenție.

Véronique Trillet-Lenoir (Renew), Réponse «carton bleu». – La prévention en matière d'épidémie infectieuse repose sur la vaccination. Les efforts de vaccination sont déjà financés par l'Union européenne, à hauteur de 10 millions d'un fonds spécial Horizon Europe et de 90 millions d'un fonds partenariat public-privé, soit 45 millions de la Commission européenne et 45 millions du privé. On peut toujours faire plus et il est possible que nous ayons la responsabilité de demander qu'Horizon Europe priorise la vaccination.

J'ai le temps de répondre à une seule question? Sur la sécurité des frontières... (La Présidente retire la parole à l'oratrice)

Elena Lizzi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signori Commissari, vi prego di dire alla Presidente von der Leyen che, dopo il coronavirus, nulla sarà come prima se l'Unione europea non darà risposte precise, puntuali, veloci, efficaci e solidali.

Ho sentito diversi interventi e molti di questi sono anche condivisibili, ma mi preoccupano alcuni aspetti, in particolare quello della solidarietà e quello dell'economia.

Io vengo da una terra che nel 1976 ha dovuto affrontare un evento tellurico che in sessanta secondi ha fatto mille morti e, anche se avevo otto anni a quell'epoca, io ho visto che cos'era la solidarietà, ho imparato che cos'è esprimere solidarietà e il popolo friulano ha manifestato solidarietà in tanti altri casi in cui altre popolazioni si sono trovate in situazione di bisogno.

Qui mi pare che si ritardi. Non voglio aggiungere tante cose a quanto è stato detto dai colleghi – le chiedo gentilmente di aspettare prima di azionare il martelletto – vorrei solo richiamare la necessità per gli Stati membri di poter incidere anche a livello economico per le piccole e medie imprese, che è quello che stanno chiedendo i governatori, che sono stati interrotti e tacciati anche di essere troppo...

(la Presidente toglie la parola all'oratrice)

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, tout d'abord je voudrais aussi exprimer ma solidarité vis-à-vis du personnel médical, parce qu'ils sont vraiment en première ligne, et toute ma peine vis-à-vis de ces très nombreuses victimes.

Concernant ce coronavirus, je dirais qu'il faut alerter sans alarmer. Alerter, il le faut, parce que c'est quand même une épidémie qui se propage dans plus de 100 pays. On voit même au niveau de l'Europe qu'on a de très nombreuses contaminations et on a aussi un taux de mortalité non négligeable.

Ce coronavirus est inconnu et ne dispose pas de traitements et de vaccins. Beaucoup de gens me parlent de vaccin, mais le vaccin, c'est au bout d'un an qu'on pourra l'utiliser après les essais cliniques. Le coronavirus touche au moins 15 % de personnes de façon plus ou moins sévère, dont 5 % nécessitent une réanimation et une assistance respiratoire, et quand on voit les taux de mortalité, ils varient entre 0,6 et 3,4 %. Mais ce qu'on ne dit pas, c'est qu'il y a plus de 80 % de gens qui développent une maladie bénigne. Ça, c'est important à dire.

Alors, est-ce que nous sommes prêts? C'est là que nous avons besoin quand même que la Commission interpelle les États. Parce que, quand on voit la situation en Italie et même aussi en France, on voit que nos systèmes sont vite saturés. À Milan, à l'heure actuelle, les systèmes sont saturés. Il faut vraiment encourager la mise en place de systèmes de réanimation pour faire face à ces nouvelles vagues de malades. En même temps, il faut interpeller tout le personnel médical. On appelle ça le plan blanc en France, où on fait appel aux réservistes parce que là, il y a véritablement urgence. Et je pense que les États ont mis un peu de temps à réagir. Il faut développer aussi la médecine ambulatoire pour les cas confinés à domicile.

Alors moi, j'ai une question à poser au Président du Parlement: qu'est-ce qu'on fait pour le Parlement? Parce qu'on est un véritable paquebot, avec des milliers de passagers. Et nous, nous sommes quand même des super-propagateurs. Je serais d'avis qu'on ferme le Parlement pendant un certain temps, qu'on suive la situation et ensuite qu'on revienne. Mais là, je trouve qu'on est dans une situation qui n'est pas tenable...

(La Présidente retire la parole à l'oratrice)

Anna Zalewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Myślę, że dzisiaj nie tylko jesteśmy z chorymi i ich rodzinami, ale również z lekarzami i pielęgniarkami, dlatego że oni potrzebują największego wsparcia, w tym wsparcia finansowego potrzebnego na sprzęt i lekarstwa. I to jest pierwsze zaangażowanie finansowe Komisji Unii Europejskiej, jakie powinno być. Drugie to informacja i komunikacja. Niestety ze strony Komisji Europejskiej nie słyszymy żadnych konkretów. Nie wiemy o żadnych procedurach i o tym, jak codziennie wygląda rzeczywistość dotycząca epidemii w Unii Europejskiej. Dobrze, że poszczególni ministrowie zdrowia, poszczególni szefowie państw wzajemnie się komunikują. Ale chcę powiedzieć, że powinniśmy też zwrócić uwagę na siebie. Dzisiaj jest z nami na sali człowiek chory. Jest to urzędnik. Widać go. Nie będę stygmatyzować jednocześnie. Nie ma ciepłej wody w żadnym kranie w Parlamencie Europejskim. Nie ma żadnej procedury, która obowiązywałaby parlamentarzystów i urzędników. I nie ma również wspólnych procedur dla wszystkich instytucji europejskich.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, v první řadě je třeba si uvědomit, že v mnoha členských státech po mnoho let docházelo ke zcela nezodpovědné a likvidační politice škrtů. Docházelo k podfinancování zdravotnictví a k přetěžování zdravotnického personálu. Proto fakt, že jednotlivá zařízení ještě pořád situaci zvládají, je spíše než vítězstvím vlád vítězstvím silné vůle personálu, kterému bychom měli být vděční. Díky nim a připravenosti ECDC a WTO není třeba panikařit. V tuto chvíli je zásadní prevence a objektivní informovanost. A co se týče agentury ECDC, ráda bych zde připomněla, že zde dlouhodobě volám po posílení této agentury jak v souvislosti s jejími pravomocemi, tak hlavně s jejím financováním. Protože jestli něco prokazuje její důležitost, je to právě tato epidemie a jsem moc vděčná, že jsem dnes od kolegů z PPE slyšela, že to také konečně pochopili.

Co je pro mě však podstatné, až usedne prach a epidemie skončí, je, abychom si z toho celého něco vzali. Zdá se totiž, že systém není nastaven tak, jak by měl. V první řadě nedostatek důležitého zdravotnického materiálu pro lidi v první linii, jako jsou lékaři, sestry a sociální pracovníci, je alarmující. Je zjevné, že jsme podcenili naše zásoby a schopnost tyto věci vyrábět. A to se musí do budoucna změnit a musí se toho změnit daleko víc a já pevně věřím, že až tuto krizi překonáme, jako že ji překonáme, čeká nás spousta práce na tom, abychom náš systém posílili.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στο πλαίσιο της υπεύθυνης στάσης απέναντι στην εξελισσόμενη επιδημία κορονοϊού ανήκει και η αποκάλυψη των τραγικών συνεπειών της πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης όλων των κυβερνήσεων που αντιμετωπίζουν την υγεία ως κόστος και ατομική ευθύνη, ως πεδίο κερδοφορίας για τους ομίλους μέσω της εμπορευματοποίησης.

Η ανησυχία της κυβέρνησης στην Ελλάδα να μη συμπέσει η όξυνση της γρίπης με τον νέο κορονοϊό μαρτυρά τη γύμνια σε ιατρικό νοσηλευτικό προσωπικό, μονάδες εντατικής θεραπείας και υποδομές. Αυτά δεν καλύπτονται από την υπερπροσπάθεια των υγειονομικών ούτε από τα μπαλώματα προσλήψεων με ολιγόμηνες συμβάσεις που εξαγγέλθηκαν. Επείγουσα ανάγκη είναι οι μόνιμες προσλήψεις, το άνοιγμα όλων των κλινών και υποδομών, η δωρεάν κρατική διάθεση υλικών προφύλαξης, εξετάσεων και φαρμάκων, καθώς και να παταχθεί η αισχροκέρδεια. Επίσης με κρατική απόφαση δεσμευτική για τους εργοδότες να υπάρχουν πλήρεις αποδοχές, ασφάλιση και εργασιακά δικαιώματα για όσους εργαζόμενους καλούνται να μείνουν στο σπίτι. Ο έγκαιρος σχεδιασμός πρόληψης, έρευνας, διάγνωσης, επιδημιολογικής επαγρύπνησης και προστασίας της δημόσιας υγείας συγκροτείται αντικειμενικά με τους νόμους του κέρδους και της ελεύθερης αγοράς.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, necesitamos más liderazgo y más coordinación y seguir trabajando con la evidencia científica para dar una respuesta eficaz a esta emergencia que pone a prueba todo lo que significa Europa.

Nuestro primer objetivo es contener la propagación del virus para proteger a la población, como ya lo están consiguiendo los países asiáticos.

Nuestro segundo objetivo es dar soluciones ante el impacto sanitario, social y económico. En el ámbito sanitario, debemos priorizar proteger a la población más vulnerable: mayores, enfermos crónicos y otros enfermos. También debemos proteger a todo el personal sanitario y de seguridad, porque tienen más potencial de riesgo. Debemos fortalecer con recursos económicos los sistemas sanitarios para garantizar sus plantillas y los servicios de emergencia, urgencia, atención primaria y atención domiciliaria, y también para continuar atendiendo a los pacientes de otras enfermedades. También debemos poner en marcha compras centralizadas de material de protección, de diagnóstico y de tratamiento.

El coronavirus no se frena con alarmismo ni con miedo, sino con inteligencia, unidad y responsabilidad. Por ello, para evitar una depresión económica con consecuencias devastadoras para el empleo, el Partido Popular ha presentado un plan de choque con medidas económicas y de conciliación para ayudar a las familias, a los trabajadores y a los sectores económicos más afectados, como son el sector servicios, el turístico, el hotelero, el industrial, los autónomos y las pymes. Exigimos al Gobierno de España, al Consejo, que se reúne esta tarde, y a la Comisión que hagan uso de todos los recursos financieros disponibles para paliar los efectos negativos en la economía y que ayuden a fortalecer los sistemas sanitarios y los sistemas de comunicación.

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nei momenti straordinari occorre il coraggio di mettere in campo azioni straordinarie.

Il mio paese, l'Italia, si è assunto la responsabilità di prendere misure drastiche senza precedenti per provare a formare l'avanzata del contagio. Ma l'allarme per l'impatto del coronavirus sulla salute dei cittadini europei e sulle nostre economie va preso molto sul serio in tutta l'Europa. Ognuno deve fare la sua parte: anche l'Europa.

Le prime mosse della Commissione sono state necessarie. Tuttavia l'esclusione delle spese per far fronte all'epidemia dal calcolo del deficit sono insufficienti: le nostre economie, già deboli, non reggeranno l'urto del coronavirus se l'Europa non si attrezza subito, con politiche strutturali di investimenti, necessarie per ripartire.

Ma sia chiaro: prima fermiamo il contagio e prima fermeremo il collasso economico. La Commissione appronti un programma di azione comune; prenda immediatamente ogni iniziativa utile a rafforzare il coordinamento fra Stati, avere protocolli comuni, spingere sulla ricerca e sullo studio del vaccino; costituisca una centrale d'acquisto europea per reperire e smistare i materiali necessari alla prevenzione e alle cure ed evitare, così, un'inutile e dannosa concorrenza fra Stati.

Il coronavirus è un'altra emergenza che ci dice che niente oggi può essere affrontato solo dentro i confini nazionali. Serve più solidarietà fra Stati.

L'immagine più significativa di questi giorni difficili è quella di un'infermiera di un reparto di terapia intensiva di un ospedale italiano che, dopo un turno estenuante di lavoro, appoggia la testa sulla scrivania e – con ancora i guanti, la mascherina il camice – crolla esausta.

Con quell'immagine negli occhi oggi guardo a questo Parlamento, guardo ai Commissari, guardo alla Presidenza del Consiglio: questo è il momento, per tutti, di scelte coraggiose! È il momento per tutti di scelte straordinarie!

Nicola Danti (Renew). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il coronavirus sta mettendo in pericolo la vita di tanti cittadini di tutti i paesi europei.

La tutela della salute è quindi una priorità assoluta: per raggiungere questo obiettivo le Istituzioni europee devono mettere a punto una strategia comune di contrasto alla diffusione, sostenere un rapido approvvigionamento dei dispositivi medici per la cura e finanziare la ricerca per la scoperta di un vaccino che possa debellare il virus.

Purtroppo all'emergenza sanitaria corrispondono già oggi pesanti conseguenze economiche: dobbiamo sostenere il sistema produttivo, avviare un grande piano di investimenti pubblici, permettere che gli Stati membri e gli operatori economici siano in grado di adottare misure straordinarie per difendere il lavoro, garantire liquidità, proteggere dalla speculazione i bilanci nazionali.

Signora Presidente, onorevoli colleghi, in questi giorni decine di migliaia di medici, infermieri e ricercatori stanno lavorando senza sosta per salvare vite umane, con turni massacranti e senza giorni di riposo. L'Europa, e noi, dobbiamo essere all'altezza della generosità, dell'altruismo e della professionalità di queste donne e di questi uomini.

Roman Haider (ID). – Frau Präsidentin. Das Coronavirus stellt unsere Gesellschaften weltweit auf eine Probe. Es wird sich zeigen, wie wir es schaffen, mit dieser Pandemie umzugehen. Es wird sich auch zeigen, was all unsere Notfallpläne wert sind. Es wird sich auch zeigen, inwieweit wir imstande sind, mit den negativen Nebenwirkungen dieser Pandemie umzugehen: Wie vermeidet man Panik und Hysterie, ohne untätig zu wirken? Wie gibt man der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit, ohne übertriebene Maßnahmen zu setzen? Wie hält man den Wirtschaftskreislauf und die Versorgung am Leben?

Kurz zusammengefasst: Es wird sich zeigen, wie hoch die Resilienz unserer modernen weltweit vernetzten Gesellschaft ist. Was man aber schon jetzt feststellen kann ist: Das Europäische Parlament hat diese Probe nicht bestanden. Die zweitgrößte demokratische Vertretung der Welt ist angesichts dieser Bedrohung ein Hort der Planlosigkeit, der Schnellschüsse und leider auch der Doppelmoral.

Mitarbeiter sollen einerseits einen Seite schon beim kleinsten Anzeichen einer Erkältung zu Hause bleiben, lokale Mitarbeiter dürfen überhaupt gar nicht erst anreisen, Besuchergruppen werden ausgeladen; und auf der anderen Seite werden wir Abgeordneten, wie gestern am Flughafen Zaventem geschehen, in Fünfundzwanziger-Bussen – bis auf den letzten Platz vollgepfertcht – durch die Gegend gekarrt; und dann dürfen wir uns bei Eröffnung der Sitzung vom Präsidenten anhören, wir sollen einen Meter Abstand voneinander halten.

Anstatt – und das ist die Krönung – uns in Ausschüssen mit dieser Pandemie zu beschäftigen, wird alles abgesagt – nur eines nicht: eine Anhörung zum Klimaschutz. Also hier wird wirklich Doppelmoral gelebt.

Präsident Sassoli hat in dieser Situation, muss man sagen, versagt. Ich hoffe, dass unsere nationalen Parlamente und unsere nationalen Regierungen mit dieser Bedrohung besser umgehen.

President. – President Sassoli is acting on the best advice from our medical services. This is an evolving situation and we all have personal responsibility to cooperate with the measures.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madame la Présidente, bonjour et bonjour à tous. Face au coronavirus, les réactions des États membres sont variées. Je ne crois pas qu'à ce stade, nous puissions déjà évaluer quelles ont été les bonnes ou les mauvaises, mais nous constatons que nous manquons de préparation et de moyens pour faire face à ce type de crise sanitaire.

La Commission a investi des millions d'euros dans la recherche et a tenté de coordonner les réponses des États membres. Mais les citoyens restent inquiets et se posent des questions. Et pour cause: nous ne savons pas si les mesures prises sont réellement proportionnées, nous ne savons pas vraiment quelles sont les indications données par la Commission et nous ne savons surtout pas si les soins donnés aux citoyens et citoyennes sont partout les mêmes. Quid de l'accès aux tests et des remboursements dans les différents États membres?

Cette crise est aussi une occasion de nous remettre en question, de remettre en question nos systèmes de santé, parce qu'ils sont fragilisés et incapables de réagir face à des épidémies d'une telle ampleur. Au nom de l'austérité, l'Europe n'a pas consacré de soutien ni d'investissements à des systèmes de santé coordonnés. Si cette crise nous enseigne quelque chose, c'est le besoin criant d'une Europe sociale qui investisse dans l'accès aux meilleurs soins pour toutes et tous.

Lucia Ďuriš Nicholsonová (ECR). – Madam President, I really think what we are doing right now is quite irresponsible. You encouraged MEPs from all over the Europe to sit in one room and discuss the coronavirus. We are politicians, not experts, and I truly believe that discussions about the coronavirus should take place at an expert level. We have also exposed everyone who works here to a big risk – the staff members, the drivers, the cleaners, the chefs who have to be here, because the MEPs are here.

Just one remark: in Slovakia, we have seven cases of corona, and most of schools and children's facilities are closing down. In the UK, they close their parliament. The numbers in Belgium are rising exponentially. But the European Parliament is talking about corona with 700 MEPs from all over the European Union, and the European schools and crèches continue operating together with our kids. I really think we need a serious discussion at expert level.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Madame la Présidente, la crise du coronavirus met durement à l'épreuve nos sociétés. Elle nécessite une réponse sereine et déterminée, débarrassée des polémiques politiciennes. C'est en effet là une condition pour que les consignes soient comprises et donc suivies, pour que nous parvenions ainsi à endiguer la propagation du virus. Mais cette crise montre aussi nos faiblesses.

C'est d'abord la situation préoccupante de nos systèmes de soins mis à mal par les politiques d'austérité de l'Union européenne. Je veux saluer ici la mobilisation exemplaire des personnels de santé, en regrettant que, souvent, l'on ne pense à eux ou à elles que dans les moments de crise.

C'est aussi le rapport de nos sociétés à leur environnement. Car nous savons désormais que la destruction des habitats naturels, la déforestation ou l'élevage intensif favorisent la diffusion de ce type de virus.

C'est enfin la question de notre souveraineté dans la production de médicaments, bafouée par une absence totale de vision stratégique qui a conduit à ce que 80 % des principes actifs des médicaments soient aujourd'hui produits en dehors de l'Union européenne.

Alors oui, répondons ensemble à l'urgence du moment mais tirons-en aussi des enseignements pour demain.

Mislav Kolakušić (NI). – Gospođo predsjedavajuća, poštovani kolege, mi se nalazimo u dosad nezabilježenoj kampanji širenja straha. Ta kampanja mora odmah stati. Podaci o oboljelima i umrlima prezentiraju se građanima Europe i građanima svijeta bez usporednih podataka s ostalim oboljenjima. Primjerice, četiri tisuće ljudi je do sada umrlo od zaraze koronavirusom. Svake godine prema podacima Svjetske zdravstvene organizacije u svijetu umre od 300 do 650 tisuća građana od gripe, što znači 150 puta više.

Pozivam vas na zdrav razum, da ne zatvaramo vrata Parlamentu jer time šaljemo poruku svima, znači zaposlenima u trgovinama hrane, ljekarnama, benzinskim postajama da i oni imaju pravo zatvoriti svoja radna mjesta. Time će svijet i Europa kakvu poznajemo nestati. Ne sudjelujemo u širenju straha, iznosimo činjenice onakve kakve jesu.

Edina Tóth (PPE). – Tisztelt Elnök asszony! Európában látványosan terjed a koronavírus. A megbetegedések és a halálozások száma napról napra nő. A vírus terjedése előre nem meghatározható, országról országra, óráról órára változik. Miközben mi itt a járványról beszélünk, újabb eseteket regisztrálnak az Unió számos tagállamában. Mi, politikusok ezekért az emberekért felelősséggel tartozunk, az emberek élete és biztonsága számunkra az első, ezért cselekednünk kell! Általánosságban elmondható, hogy az állampolgárok biztonságérzete meggyengült, és csak akkor fog újra helyreállni, ha ezt a kihívást helyesen kezeljük, a betegséget megfékezzük. A megoldás a vakcina lenne, de jelenleg ilyen sajnos még nincs, viszont bízom benne, hogy mielőbb lesz.

Továbbá szeretném felhívni a figyelmet a hiteles, naprakész információk fontosságára. Hazámban, Magyarországon a kormány létrehozott egy honlapot, valamint egy 24 órán elérhető, ingyenesen hívható ügyeleti központot is az emberek rendelkezésére bocsátott. Úgy gondolom, hogy ez jó példája a hatékony koordinációnak. Amennyiben a járvány elhúzódik, további kedvezőtlen folyamatok indulhatnak el. Az elhúzódó bizonytalanság, az üzleti bizalom romlása a fogyasztási és a beruházási keresletet csökkentheti, ami gazdasági visszaesést hozhat magával. Ezért is nagyon fontos, hogy támogassuk vállalkozásainkat, és kérem a Bizottságot és az Európai Beruházási Bankot, hogy nyújtson segítséget e rendkívüli helyzetben is a leginkább érintett ágazati szektorok részére.

Biljana Borzan (S&D). – Poštovana gospođo predsjedavajuća, cijenjene kolegice i kolege, nalazimo se u situaciji u kojoj se za sada ne nazire kraj. Izuzetno je bitno da Europska unija i države članice poslože prioritete.

Prvi prioritet iznad svih je naravno zaštita života i zdravlja ljudi. Drugo je poduzimanje mjera kako bi se ekonomska šteta svela na najmanju moguću razinu, a zadnje ali ne manje važne su lekcije koje ćemo kao društvo i unija izvući iz ovoga. Ovu situaciju treba shvatiti vrlo ozbiljno, ali je također važno ne širiti paniku i lažne vijesti. Kada sve ovo završi i život se vrati u normalu, potrebno je sagledati i istražiti slijed događaja koji je doveo do epidemije te mjere koje su poduzimale države članice i Europska unija – jesu li te mjere dale rezultate, koji su potezi povučeni prekasno koji prerano, što se propustilo da bi se širenje virusa obuzdalo.

Još jednom na bolan način pokazalo se da virusi ne poštuju državne granice i rampe. Toga su svjesni i naši građani koji u golemoj većini smatraju da Europska unija treba imati veliku ulogu u odgovoru na ovakve ugroze i situacije. Prema Eurobarometru, čak 90 % građana ima takav stav što svakako obvezuje. Europska unija može u skladu s ovlastima odigrati važnu ulogu u upravljanju ovom i sličnim krizama. Neki od aspekata krize poput opskrbe lijekovima su globalni kao i kao takvi zahtijevaju zajednički europski odgovor. Kada je odgovor na ekonomske posljedice krize u pitanju, apeliram na sve dionike da se što prije postigne dogovor oko novog višegodišnjeg proračuna. To je preduvjet da Unija mobilizira sve alate za podršku gospodarstvima u ugroženim državama članicama.

Zaključno, s obzirom koliko naših članova koristi slobodu rada i kretanja, smatram kako je iznimno bitno da se tijekom trajanja epidemije poštuju prava građana Europske unije, poput europske zdravstvene iskaznice te prava putnika na pomoć i odštetu. Ova situacija pokazat će kako ta europska postignuća funkcioniraju tijekom izvanrednih situacija.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, the Director-General of the World Health Organization (WHO) said yesterday that the threat of a pandemic has become very real, but that it would be the first pandemic that could be controlled. The measures we take therefore strongly influence the trajectory of the coronavirus.

Each Member State is doing the best it can to combat the coronavirus. But, in a continent where people can move freely, we must act together. While I am hesitant to draw any conclusions already, what remains clear is that we cannot address, prevent or delay this epidemic without coordinating at a European level. We need to establish regular communication to exchange information and best practices more efficiently, and we need a united response. The world has sadly not seen the end of this epidemic but, if Europe acts as one now, we will be able to make a difference and not be at the mercy of this virus.

Mara Bizzotto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sul coronavirus l'Europa è stata, ancora una volta, totalmente assente. Bruxelles non ha fatto nulla per combattere l'emergenza sanitaria ed economica scoppiata in Italia e in tutti i paesi europei. Anzi, invece di fermare subito gli arrivi dalla Cina, l'Europa ha trattato da appestati di italiani provenienti dal Veneto, dalla Lombardia e dall'Emilia Romagna: una vera e propria vergogna per la quale l'Europa deve chiedere scusa a tutti gli italiani.

Il coronavirus ha scatenato un cataclisma sanitario ed economico che va affrontato con misure eccezionali: ecco perché servono fondi straordinari e questi soldi servono subito, prima che sia troppo tardi.

Al diavolo i vincoli europei! Al diavolo il patto di stabilità! Al diavolo i vostri «zero virgola»: gli italiani non possono morire di virus o di fame per i vincoli di bilancio. Perché, se non lo avete ancora capito, qui è in pericolo la vita degli italiani e l'economia del nostro paese.

Noi useremo tutti i soldi che serviranno, perché abbiamo il dovere di salvare la vita di milioni di italiani e la vita di milioni di imprese. Cari burocrati europei, questa è la vostra ultima occasione per dimostrare che l'Europa esiste davvero.

(L'oratrice accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 171, paragrafo 8, del regolamento))

Ljudmila Novak (PPE), *Vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka*. – Gospa predsednica! Najprej bom izrazila moje sočustvovanje z vsemi, ki so zboleli za koronavirusom in še posebej vsem v Italiji, ampak že nekaj poslancev iz Italije sem slišala obtoževati Evropsko unijo, česa vse ni naredila. Jaz se pa vprašam, ali ste se vprašali, ali je Italija vse naredila, da se koronavirus ne bi tako širil. Vse obolele, skoraj vse, ki jih imamo v Sloveniji, ki smo na meji z Italijo, so prišli iz Italije, z italijanskih letališč in drugih območij, zato vas sprašujem, ali je Italija... *(Predsednica govornici odvzame besedo.)*

Mara Bizzotto (ID), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – L'Europa ha sottovalutato il problema: l'OMS aveva detto che il problema era grave, come quello del terrorismo, e l'Europa non ha fatto nulla per evitare l'arrivo del virus dalla Cina.

Doveva agire subito: dovevano essere bloccati subito i voli. Questo non è stato fatto e adesso stiamo pagando le conseguenze. Però, ve lo dico con il cuore in mano, dobbiamo tutti lottare per evitare che questo contagio raggiunga tutti gli Stati europei.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Madam President, first I extend my deepest sympathies to individuals and families affected by Covid-19 around the world. This is above all a human tragedy.

As anxiety grows and people's awareness of the challenges become coloured by panic and disinformation, ambitious, far-reaching leadership is needed. The EU can help, as we can here in the Parliament, with multifaceted, collective action, informed by the best science and policy available. Europe must acknowledge frontline medical teams, whilst acknowledging the precarity of the global economy. We need cross-sector protection and temporary support to areas such as crucial food distribution chains, industry and transport. With Covid-19 cases moving towards pandemic levels, leaders must not allow the virus to be outflanked by the very real power of fear.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, volksgezondheid is een bevoegdheid van de lidstaten. Crisismanagement is dat evenzeer. Ik hoop dat alle lidstaten naar behoren hun taak vervullen. Artikel 168 geeft een opdracht aan de Commissie, met name om de coördinatie te bevorderen. Dit is een grensoverschrijdende bedreiging en er is al veel gebeurd door de Commissie, waarvoor mijn dank. Maar ik vraag om nog meer te coördineren tussen de lidstaten, met name inzake preventie, resultaten van diverse behandelingen, ontsmetting, hoe om te gaan met massabijeenkomsten – dat is een zeer verschillende aanpak –, hoe om te gaan met quarantaine enzovoort.

Ten tweede stel ik vast dat wij afhankelijk zijn van derde landen voor ontsmettingsmiddelen, geneesmiddelen en dergelijke meer. Ik vraag met klem beleid te ontwikkelen om ervoor te zorgen dat ons half miljard inwoners in de toekomst niet afhankelijk is van geneesmiddelen en ontsmettingsmiddelen uit het buitenland.

Sira Rego (GUE/NGL). – Señora presidenta, es curioso cómo a veces los enemigos más pequeños son los que revelan nuestras grandes debilidades. Hemos visto cómo, sin un Estado fuerte, sin un sistema público de calidad, sin sistemas de salud públicos y universales, el control y la prevención son mucho más complicados.

Ayer veíamos cómo las bolsas se desplomaban; volvíamos a escuchar lo de la prima de riesgo; volvíamos a escuchar la guerra de los precios del petróleo. En definitiva, una histeria de los mercados ante cualquier cosa que afecte a los más ricos. Les recuerdo que algunos de los países todavía no nos hemos recuperado de la estafa de 2008.

Por eso, entendemos que ahora es un momento de sensatez, de poner los recursos en función del interés general, de huir de las recetas de quienes de forma obscena están aprovechando esta crisis para plantear más recetas basadas en los recortes y, sobre todo, de aprovechar el debate sobre el presupuesto europeo para respondernos a una gran pregunta: si queremos más recortes o si vamos a apostar por los servicios públicos para ser más fuertes frente a posibles crisis.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana gospodo potpredsjednice, prvo bih iskoristio ovu priliku da iskazem svoje suosjećanje sa svim onima pogođenim ovim virusom, a isto tako i podršku svim zdravstvenim radnicima u cijeloj Europi u svijetu koji se bore protiv ove bolesti.

Radi se o golemom problemu kako humanitarnom s više od 500 smrtnih slučajeva samo u Europi, više od petnaest tisuća zaraženih do sada, ali o nečemu što već sada ostavlja goleme i vrlo teške posljedice na gospodarstvo svih država članica, a nekih više nego drugih. Europska unija napravila je s obzirom na sve okolnosti ono što je mogla, kako Komisija tako i Hrvatska predsjedanjem Vijećem.

Međutim, ono što je pokazala ova kriza je to da nam je potrebna europska zdravstvena politika. Činjenica da članak 168. Ugovora ograničava europske ovlasti u ovom smislu, ali vjerujem da se i u okviru sadašnjih ovlasti može napraviti dosta, ali isto tako i da je potrebno razmišljati i o povećanju ovlasti Europske unije u području zdravstva. Mislim prvenstveno na zajedničke protokole. Mislim na veća ulaganja u istraživanje i razvoj. Isto tako, i ono što je spomenuto već prije rasprave, a to je ujednačavanje standarda pružanja zdravstvene zaštite u različitim državama. Ti standardi su danas jako različiti ovisno o financijskim mogućnostima, a mislim da Europska unija može učiniti mnogo kroz svoje financijske instrumente, kroz proračun, kroz Europsku investicijsku banku kako bi pomogla državama članicama da svi građani Europske unije imaju isti standard zdravstvene zaštite.

I na kraju, ono što je posebno bitno jest iskazati solidarnost s onima najteže pogođenima kako s Italijom, ali i s drugim državama koje će pretrpjeti veliku štetu. Tu spada i moja država Hrvatska koja već sada u turizmu, koji je jako važan za njeno gospodarstvo, trpi velike štete tako da nam je potrebna europska solidarnost. Pokažimo da Europska unija može učiniti razliku i pomoći svim građanima Europe.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghe e colleghi, l'avanzamento del coronavirus in tutti i Paesi europei sta procedendo a un ritmo preoccupante. Sbaglia chi ritiene l'Italia un caso particolare, visto che i dati degli altri paesi, come Francia e Germania, non solo mostrano un tasso di incremento identico dei casi, seppure con nove giorni di ritardo. Purtroppo temo che non tutti lo abbiano ancora capito.

Bisogna invece capire che l'Italia non è il paese colpito più di tutti ma colpito per primo e che da subito ha adottato misure drastiche, che saranno costretti a prendere tutti se non ci sarà subito una reazione comune estremamente forte.

Grazie per la solidarietà e il supporto per le prime misure che sono state prese ma non basterà: oggi avrà luogo una videoconferenza tra i capi di Stato e di governo ma in ampio ritardo rispetto all'urgenza e alla gravità della situazione.

Serve una risposta concreta, rapida e coordinata a livello europeo, in primis sulle misure in campo sanitario. Serve poi un pacchetto di stimolo fiscale per far fronte all'impatto economico negativo. Servono ampi margini di spesa per gli Stati membri per far fronte all'emergenza sociale. Parliamo di molti miliardi, per finanziare interventi a sostegno di imprese e famiglie, lavoratori dipendenti, autonomi e di gruppi vulnerabili come gli anziani soli.

Abbiamo bisogno di un consorzio europeo per la ricerca sul COVID-19, per sviluppare noi un vaccino e le cure, per sostenere la creazione di una centrale d'acquisto europea per reperire e smistare i materiali necessari alla prevenzione e alle cure, mettendo fuori gioco ogni possibile speculazione e tentativo di sciacallaggio.

Abbiamo bisogno di fare questo rapidamente, con un Parlamento europeo che già dalla prossima settimana ricominci a lavorare.

L'Unione europea oggi ha l'ultima chiamata per dimostrare che non è solo un progetto di integrazione, che ha visto la sua gloria nei decenni passati e che oggi è invece condannata alla rovina, per non essere stata capace di adattarsi a un mondo che cambia, anche in termini di minacce globali come queste.

Io invece credo a questo progetto: dobbiamo crederci e combattere insieme con azioni concrete e rapide come quelle che ho citato, per difendere il futuro degli europei e dell'umanità intera.

Nicola Beer (Renew). – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Coronavirus ist eine Gefahr für Gesundheit und Leben der Bevölkerung, aber er betrifft mittlerweile auch unsere Wirtschaft zunehmend hart. Reisen, Kongresse, Messen werden abgesagt, Lieferketten unterbrochen. Die Einnahmen fallen weg, aber die Ausgaben bleiben. Kurz gesagt: Auch kerngesunde Unternehmen sind jetzt in Liquiditätsnot, und zwar völlig unabhängig von ihrem Geschäftsmodell oder ihrer Leistung.

Meines Erachtens brauchen wir in dieser Situation zwei Sachen. Das Eine ist: Wir müssen die Arbeitnehmer schützen und dazu den Unternehmen, und zwar solchen Unternehmen, die unverschuldet in diese Lage geraten sind, eine Liquiditätsüberbrückung gewähren. Dafür brauchen wir Möglichkeiten, Kurzarbeit zu vereinfachen. Wir brauchen Steuerzahlungen und Sozialabgabenzahlungen, die über einige Monate gestundet werden. Überbrückungskredite müssen verfügbar gemacht werden, denn das billige Geld ist da. Aber solche Kreditentscheidungen müssen schneller getroffen werden. Und es braucht sicherlich zur Absicherung auch staatliche Bürgschaften. Und dann, wenn wir hier eine Notifizierung der EU dazu brauchen, dann muss auch dies schneller geschehen.

Als Zweites brauchen wir einen Wachstumspakt, damit wir in Wachstum investieren und den Mittelstand stärken und Bürokratie abbauen.

Alessandra Basso (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la poetessa Lamarque scriveva «Senti che tosse, che tosse infernale. La tosse del cuore, fa troppo male. La tosse del cuore non fa respirare.»

In questi giorni non c'è la tosse del cuore ma una tosse mortale. Il momento che stiamo vivendo è pieno di anomalie e ci impone una riflessione: in una società che prima viaggiava ad alta velocità questo nemico invisibile ci ha imposto uno stop.

Cerchiamo di vedere anche «i lati positivi»: in questi tempi, dove si pensava solo al proprio orto, il virus ci ha mandato un messaggio chiaro. Approfittiamo di questo momento buio per riscoprire il senso di comunità; riscopriamo la responsabilità condivisa e pensiamo che dalle nostre azioni dipendono le sorti delle persone più fragili vicine a noi.

In Italia gli ospedali sono messi alla prova, anche se tutto il personale sta tenendo duro. I problemi economici, che già in alcuni settori come il turismo, sono evidenti esigono una risposta immediata.

L'Europa poco ha fatto finora. L'Italia ha chiesto aiuto e mi auguro che questo appello troverà una risposta positiva. Dobbiamo evitare che, oltre ai morti in ospedale, ci si ritrovi con imprenditori che si impiccano in azienda, uccisi non dal virus ma dalla crisi.

President. – There is a blue-card request which I'm going to decline because of time purposes, so apologies for that.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank für diese Debatte, und sie zeigt sehr deutlich, warum wir eigentlich mehr Europa brauchen.

Wir haben zwar mit dem ECDC, dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, ein gemeinsames Zentrum für genau diese Situation. Aber das bedeutet ja leider noch lange nicht, dass sich alle Mitgliedstaaten gleichermaßen den Empfehlungen dieses Zentrums anschließen. Stattdessen erleben wir eine Kleinstaaterei in der Europäischen Union, wo jeder Mitgliedstaat seine eigenen Ideen propagiert. Sogar in meinem Heimatland – innerhalb der einzelnen Bundesstaaten – ist die Reaktion ganz unterschiedlich. Ich glaube, da ist noch Luft nach oben, da können wir besser werden.

Und zur Luft: Ich finde es unbegreiflich, dass wir in der Finanzkrise diese idiotische Regelung, dass eine Airline ihren Start- und Landeslot verliert, wenn sie ihn nicht zu 80 % der Zeit nutzt, problemlos aussetzen konnten. Jetzt antwortet GD MOVE auf eine dezidierte Anfrage einer Airline, ob das nicht auch im Fall von Corona angemessen wäre, und GD MOVE sagt: Nein, das ist nicht notwendig. Jetzt fliegen Flugzeuge leer durch die Gegend. Was für ein Quatsch ist das denn?

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zastanówmy się, z czym mamy do czynienia: czy koronawirus to realne zagrożenie, adekwatne do medialnej paniki? Oczywiście nie można go lekceważyć, ale trzeba sobie zdawać sprawę, że potencjalne niebezpieczeństwo w porównaniu z innymi chorobami-zabójcami nie jest aż tak duże. Co roku choćby na grypę umiera na świecie co najmniej pół miliona ludzi. Dziś wygląda na to, że wirus stanowi większe zagrożenie dla światowej gospodarki niż zagrożenie zdrowotne. Notujemy spadki na giełdach, traci turystyka, linie lotnicze, organizatorzy imprez.

Tymczasem w ostatnich dniach histeria przeniosła się z mediów również do naszej instytucji, odwołano znaczną część wydarzeń i wizyt gości, no oczywiście poza wizytą Greta Thunberg, zawieszono sesję plenarną, nawołuje się nawet do zamknięcia Parlamentu. Chaotyczne działania Prezydium w tym zakresie wynikają być może z obawy, że zamknięcie Izby wywoła niezadowolenie społeczne. Myślę jednak, że gdyby tak się stało, poza samym Parlamentem mógłby nawet tego nikt nie zauważyć. Oby nie okazało się, że pogromcą Unii Europejskiej okaże się nie brexit, nie sentymenty antyunijne, a koronawirus. Zachowujmy...*(Przewodnicząca odebrała mówczyni głos)*

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Επίτροπε Κυριακίδου, η αντιμετώπιση των εκτάκτων συνθηκών που προκαλεί η μετάδοση του κορονοϊού απαιτεί γενναία χρηματοδότηση, ισχυρή πολιτική βούληση και εμπλοκή όλων, μα όλων, των πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Σήμερα καλούμε την Επιτροπή και το Συμβούλιο να προχωρήσουν γρήγορα στην υιοθέτηση έκτακτης ευελιξίας στους κανόνες για τις κρατικές ενισχύσεις, προκειμένου τα κράτη μέλη να μπορούν να στηρίξουν τις επιχειρήσεις που πλήττονται. Στη χώρα μου, την Ελλάδα, ο τουρισμός δίνει το 25% του ΑΕΠ και οι επιχειρήσεις που σχετίζονται με τον τουρισμό πλήττονται πρώτες απ' όλους.

Γι' αυτό, ειδικά για την Ελλάδα, είναι απαραίτητο να υπάρχει ευελιξία και στο σκέλος των πρωτογενών πλεονασμάτων, δεδομένου ότι το ένα τέταρτο της οικονομικής μας δραστηριότητας χρειάζεται στήριξη τώρα και όχι αύριο. Είναι επίσης απαραίτητο να επιδεικνύουμε ως κράτη μέλη αλληλεγγύη στην πράξη και όχι να περιχαρακώνομαστε, όπως, για παράδειγμα, να απαγορεύουμε την εξαγωγή της ιατρικής μάσκας, αντί να ενισχύσουμε την παραγωγή της, ή να τις επιτάσσουμε. Είναι απαραίτητο και μπορούμε να το κάνουμε, να εξασφαλίσουμε την επάρκεια σε φάρμακα και σε απαραίτητα αλλά υποστηρίγματα, προκειμένου να αντιμετωπίσουμε τον ιό.

Είναι τέλος απαραίτητο, για να αντιμετωπίσουμε τις επιπτώσεις του ιού, να εμπλακούμε όλοι· να εμπλακούν τα εθνικά συστήματα υγείας και να ενισχυθούν. Στην Ελλάδα χρειαζόμαστε προσωπικό για 150 ακόμη κρεβάτια στις μονάδες εντατικής θεραπείας. Να εμπλέξουμε όλο το ιατρικό δυναμικό του ιδιωτικού τομέα, ενισχύοντας τα ιδιωτικά ιατρεία, ακόμη και όταν πρέπει να κλείσουν μετά την ανίχνευση περιστατικών. Είμαστε σήμερα εδώ για να αποτίσουμε τιμή στο νοσηλευτικό προσωπικό. Είναι όμως ανάγκη να αντιμετωπίσουμε το πρόβλημα συνολικά.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, mijn medeleven gaat uit naar de nabestaanden van de slachtoffers en mijn waardering gaat uit naar alle artsen en verpleegkundigen die de zieken terzijde staan. Inmiddels blijven miljoenen Europeanen binnen, zijn winkelstraten verlaten en vertrekken vliegtuigen halfleeg, terwijl klaplopers op een perverse manier willen profiteren door 45 euro te vragen voor een handgel.

De zorgen over de economie zijn groot. De OESO spreekt dan ook over de grootste dreiging voor de wereldeconomie sinds de financiële crisis, en dat geldt zeker voor de eurozone: de rente is laag en kan niet veel lager. Ik kijk dus niet naar Christine Lagarde, maar ik kijk naar de regeringsleiders. De ondersteuning van de economie moet volledig uit de overheidsbegroting komen om de klappen in aanbod en in vraag op te vangen.

Ondersteuning van bedrijven, maar ook van mensen. Want laten we lering trekken uit de vorige crisis, toen er werd geklaagd dat de banken wel werden ondersteund en mensen niet. Mensen verdienen ook ondersteuning, zeker de mensen met de laagste beurs die geen spaargeld achter de hand hebben. Juist zij moeten geholpen kunnen worden door verhoging van bijvoorbeeld de inkomens toeslag.

Tot slot, juist nu moeten de begrotingsregels niet in de weg staan, juist nu moet er een gecoördineerde Europese stimulering komen en juist nu hoop ik op Europese solidariteit waarbij landen die het zwaarst getroffen worden ook het meeste krijgen. Juist nu moeten de regeringsleiders aan de slag.

Pascal Canfin (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Commissaire, il y a maintenant deux dimensions très claires sur lesquelles l'Europe doit agir: la dimension sanitaire et la dimension économique.

Sur la dimension sanitaire, pouvez-vous nous dire que vous êtes passés d'un simple échange d'informations entre les différents pays, avec la Commission européenne, à des prises de position communes? J'ai l'impression que nous sommes encore dans la phase où vous apprenez par la presse ce que les gouvernements décident de faire. C'est pour cela que nous soutenons le fait qu'il y ait un Conseil européen sur le sujet, à distance bien évidemment, convoqué à l'initiative du président de la République française. J'espère que ce conseil va se tenir aujourd'hui et que cela permettra d'améliorer la réponse sanitaire au niveau européen.

Puis maintenant, il y a la réponse économique. Et là, il y a deux enjeux.

Le premier enjeu, est d'être capable à très court terme de débloquer des liquidités pour que les entreprises qui subissent des ruptures d'approvisionnement mais doivent payer leurs charges et leurs salaires, continuent à vivre et ne déposent pas le bilan.

Le deuxième élément, c'est à plus long terme: éventuellement, un paquet de relance budgétaire qui doit faire le lien avec le pacte vert pour l'Europe. J'insiste sur ce point, sinon nous serions nous mêmes incohérents.

Lucia Vuolo (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gli italiani non sono gli untori del coronavirus. Lo dico con forza da quest'Aula! Lo dico perché qui, e all'estero, da qualche settimana quando veniamo riconosciuti, ci allontanano.

L'Italia è il secondo paese al mondo per casi di COVID-19 ma penso che, con ritardo, il nostro Paese abbia reagito duramente: da ieri l'Italia tutta è in quarantena.

Nel frattempo, sempre ieri, c'è stata un'importante scoperta scientifica a Cagliari, in Sardegna. Sono certa che i dati ottenuti saranno messi a disposizione della comunità scientifica mondiale.

Purtroppo non vedo la stessa solidarietà da chi ci ha negato i dispositivi medici, come mascherine, guanti e macchine per terapia intensiva, ma su questi aspetti torneremo di nuovo.

Ora è tempo che ognuno faccia la propria parte: al popolo si chiede il rispetto delle regole e buon senso; alle nazioni d'Europa di essere membri dell'Unione europea.

Infine è necessario dare risposta ai settori produttivi, e in particolare al settore turistico, che ha registrato il più alto tasso di cancellazioni di prenotazioni.

Salima Yenbou (Verts/ALE). – Madame la Présidente, je remercie les professionnels du milieu médical qui travaillent pour assurer un service de santé. Face à cette crise, assurons-nous que, dans la majorité des pays européens, nous pouvons compter sur un système de santé juste et solidaire qui permet à toutes et tous, indépendamment des conditions de revenus, d'avoir accès à des soins adaptés. Dans certains pays, comme les États-Unis, ce n'est pas le cas puisque les plus pauvres doivent tirer un trait sur les dépenses médicales qu'ils ne peuvent se permettre.

Cette crise est un moment-clé pour notre société qui doit démontrer solidarité et civisme. Aujourd'hui, il faut accepter de renoncer à certains privilèges pour réduire tout danger de propagation. C'est le moment de rester unis et de faire attention aux plus fragiles d'entre nous. Demain, quand tout cela sera derrière nous, nous devons tirer les conséquences de ces mois difficiles.

Quand je vois les images des rayons vides dans les supermarchés, partout en France, je pense aux personnes qui n'ont pas la chance de manger tous les jours ni d'avoir un toit ou d'être sûrs que leurs proches vont bien. Je pense notamment aux réfugiés et aux sans-abri, aux sans-papiers et aux marginalisés de toutes sortes.

Souvenons-nous de cette crise et montrons plus d'humanité envers celles et ceux qui souffrent silencieusement tous les jours.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana gospođo predsjedavajuća, širenje koronavirusa jedinstveni je javnozdravstveni izazov.

Zaraza nije ograničena na jedno područje, već se brzo globalno proširila, a širenju panike doprinosi i činjenica da znanstvenici i liječnici još uvijek nemaju odgovore na većinu pitanja koja zanimaju javnost.

Različite regije i države imaju drukčije pristupe ograničavanju širenja zaraze pa bi se Unija trebala maksimalno angažirati u koordinaciji nadležnih nacionalnih tijela i pružiti im dodatnu podršku.

Pojedine članice trenutno ne dozvoljavaju iznošenje higijenske opreme izvan svojih granica pa tvrtke čija su središnja skladišta za cijelu Uniju u tim državama ne mogu osigurati distribuciju higijenskih proizvoda u ostatak Europe.

Europske institucije moraju zaštititi prava i interese svih građana Unije i takvoj lošoj praksi stati na kraj.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhora Presidente, a União Europeia deve ser muito mais do que uma união política e económica, deve proteger os seus cidadãos e zelar pelo seu bem-estar. Por isso, tem que ser decidida no combate ao Covid-19.

Exige-se, primeiro, uma maior coordenação nos esforços para conter a propagação do vírus, segundo, muito mais investimento na investigação científica incentivando a cooperação entre os centros de excelência na área. A parceria público-privada IMI tem de mostrar mais ações e mais resultados, só assim será possível à Europa contribuir para o esforço internacional de desenvolvimento de vacinas e terapêuticas contra o vírus. Os valores até agora apresentados pela Comissão nesta área são irrisórios. Terceiro, uma resposta articulada de apoio às empresas e à economia. Os efeitos colaterais deste problema de saúde pública já são evidentes em muitos setores. É urgente a adoção de medidas que permitam preservar postos de trabalho, evitar falências e preparar a retoma.

Celeridade e o mínimo de burocracia possível terão de ser os dois fios condutores desta resposta. Temos de evitar que uma crise temporária cause danos irreparáveis às pessoas, à economia e à sociedade.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Gerbiama Pirmininke, iš tikrųjų būtina realiai įvertinti koronaviruso grėsmę Europos Sąjungai ir jos galimas pasekmes žmonių sveikatai, jų gyvenimo kokybei ir mūsų ekonomikai, todėl Europos Sąjunga privalo solidariai ir koordinuotai rengti adekvačias priemones šitai epidemijai suvaldyti. Ir čia negalima delsti. Ir dabar iš visos širdies noriu padėkoti pasiaukojamai dirbantiems medikams, nes tik veikdami kartu galime nugalėti tą klastingą virusą. Būtina efektyviai koordinuoti informavimo, profilaktikos priemones, skirti reikiamas lėšas iš Europos Sąjungos biudžeto siekiant padėti valstybėms narėms, remti mokslinius tyrimus, kad kaip įmanoma greičiau kuriant reikalingas vakcinas.

Nerimą kelia, jog dėl koronaviruso nevaldomo plitimo kyla grėsmė dėl vaistų trūkumo, nes yra stipriai paveikta vaistų gamybos ir tiekimo grandinė. Ir čia Europos Sąjunga turi imtis koordinuotų veiksmų, siekiant užtikrinti nenutrūkstamą vaistų tiekimą ligoninėms ir pacientams.

Taip pat apie Europos Parlamentą. Europos Parlamentas tikrai privalo ir toliau diegti prevencines priemones, kurios padėtų apsaugoti čia, Parlamente, dirbančius žmones, įskaitant nuotolinį darbą, lankstesnį plenarinių sesijų ir komitetų posėdžių organizavimą. Ir sunku tikėtis, kad epidemijos grėsmė trumpalaikė, todėl reikėtų turėti veiksmų planą bent jau trims mėnesiams.

Jordi Cañas (Renew). – Señora presidenta, nos encontramos ante una crisis que nos enfrenta a una gravísima responsabilidad. Tenemos una afectación sanitaria, pero también tenemos una afectación económica que puede poner en riesgo el futuro de Europa.

Tenemos que demostrar que el conjunto de las instituciones europeas hemos aprendido de los errores del pasado, de cómo afrontamos la gran crisis del 2008, y que somos capaces de dar respuestas ágiles, decisivas, firmes, coordinadas, contundentes, necesarias, y de adoptar las medidas necesarias —temporales y estructurales— que permitan a nuestros ciudadanos afrontar el problema y la crisis con esperanza.

Tenemos que transmitir que somos capaces de coordinar las respuestas sanitarias frente a los retos que vamos a enfrentar, que estamos enfrentando, pero que también somos capaces de dar respuestas a nuestros pequeños empresarios, a nuestros autónomos, a nuestras empresas, con un objetivo: garantizar que esta situación temporal no provoca una recesión estructural.

No tenemos que avergonzarnos de Europa, tenemos que poner en valor que en estos momentos se necesita, más que nunca, más Europa.

Gianantonio Da Re (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nelle ultime settimane abbiamo assistito alla diffusione in Europa del coronavirus. Le regioni del Nord Italia, in particolare il Veneto e la Lombardia, si sono attivate immediatamente, adottando misure essenziali di prevenzione per evitare la diffusione del virus.

L'Unione europea è stata completamente assente: nessuna misura adottata e nessun gesto di solidarietà. Oggi evidenziamo il volto ipocrita dell'Unione europea, presente e severa quando c'è da chiedere ed assente nel momento in cui bisogna dare.

Ingenti sono i danni all'economia italiana ed europea: sono a rischio oltre 30 000 imprese e oltre 7 miliardi di euro di perdita nel comparto turistico, con un inevitabile impatto negativo a livello occupazionale.

Oggi pretendiamo dalla Commissione europea l'adozione di misure economiche immediate a sostegno delle nostre imprese e delle nostre famiglie. L'Unione europea deve fare la sua parte e deve fare di più.

Ringrazio il personale medico e paramedico in questa grande emergenza.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, según aumentan el número de afectados y muertos y la zozobra, hay que llamar a la responsabilidad y a la calma. A la responsabilidad en el esfuerzo de no contagiarnos para no contagiar y frenar la extensión del virus y a la calma porque el pánico puede causar más daño que el propio virus.

Hay que aprender de nuestra vulnerabilidad, que es abismal en Europa. Los gobiernos están desbordados —imaginen esto con un virus más letal o con armas biológicas: un ataque—. No hay coordinación ni planes. Mucha improvisación y contradicciones y quiebras en la solidaridad.

Ahora se ve la diferencia entre una crisis real y fabulaciones alarmistas, climáticas u otras, tan falsas como interesadas. El negocio no puede eclipsar criterios de seguridad y defensa. No pueden estar lejos y en manos de terceros producciones de eventual urgente necesidad.

Necesitamos fronteras seguras y cohesión nacional para la reacción unida y solidaria y, además, coordinación. El coronavirus recuerda lecciones básicas de la supervivencia que la larga paz y el bienestar nos habían hecho olvidar.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, v první řadě bych chtěl říci, že bychom měli být opatrní, ale nepodléhat panice. Tento virus ukazuje, že hrozby mohou na lidstvo zaútočit s poměrně až nečekanými výraznými účinky na zdravotní systém, na hospodářství, na cestování. My jsme se ve výboru ENVI opakovaně zabývali touto situací, a to i s naší evropskou agenturou ECDC sídlící ve Stockholmu. A ukazuje se, že skutečně nejsme dobře připraveni. Vidíme zde poměrně výrazné důsledky. Potřebujeme výraznou evropskou akci. Skutečně potřebujeme více Evropy. Epidemie nezná hranic a my jsme kontinent nyní spojený. Co je nutné? Samozřejmě hygienická a zdravotní koordinovaná opatření a také bezpečnostní opatření. Potřebujeme aktualizovat výrobní kapacity a rozpohybovat je, pokud jde o výrobu osobních ochranných pomůcek. Také samozřejmě léčiva. Zjistili jsme, jak jsme opět velmi zranitelní, protože výrobní kapacity v Evropě nedostačují. Já nejsem příznivce zavření hranic, nicméně je důležité, aby Evropská unie vedle těchto zdravotnických konkrétních opatření také realizovala konkrétní ekonomická stimulační opatření. A je důležité přijmout víceletý finanční rámec. To je skutečně naléhavý stimul. Já bych chtěl závěrem svého vystoupení poděkovat zdravotníkům a bezpečnostním složkám za jejich službu.

Sara Cerdas (S&D). – Senhora Presidente, estamos perante uma doença que já atingiu todos os Estados-Membros da União Europeia, o que permite conhecer os problemas e as dificuldades que temos para enfrentar um surto desta natureza, especialmente quando se trata de uma nova doença. O impacto faz-se sentir por toda a Europa, não apenas com a saturação dos serviços de saúde, mas também no setor económico, do turismo e demais setores. E mais uma vez são os mais vulneráveis socialmente que se encontram em maior risco perante uma situação que tem já importantes reflexos na economia, no emprego e na sociedade europeia.

A Comissão deve responder a estas necessidades prementes e preparar-se para futuras ameaças e, para isso, precisamos de um plano transsetorial de resposta a ameaças à saúde pública que dê uma resposta concertada e homogénea ao longo de toda a Europa e que envolva todos os setores. Desta forma estaremos mais protegidos e melhor preparados.

Para finalizar, uma palavra de profundo agradecimento a todos os profissionais de saúde que estão a lidar com o surto de COVID-19 por toda a União Europeia e além-fronteiras.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, laat me natuurlijk allereerst mijn medeleven betuigen met de getroffen families en vooral met de Italianen, en ook de waardering uitspreken voor hen die elke dag goede zorgen geven – dokters en verplegers – in moeilijke omstandigheden. Europa heeft enkel een ondersteunende en coördinerende rol, maar eerlijk gezegd, als je naar de omvang van de crisis kijkt, dan zeggen de Europese burgers terecht: “Europa, doe wat meer”.

Dit virus kent geen grenzen, en vandaar, mevrouw de commissaris, dank ik u voor de initiatieven die al genomen zijn. Maar ik zou ervoor willen pleiten om een versnelling hoger te schakelen, meer te coördineren, meer te ondersteunen op het vlak van gezondheidszorg. Versterk het Centrum voor ziektepreventie en -bestrijding, geef het meer middelen voor onderzoek naar dat noodzakelijke vaccin. Laten we met z’n allen meer samen gaan aankopen, zodat onze gezondheidswerkers tenminste in goede omstandigheden de zorgen kunnen verlenen aan hen die ziek zijn of denken dat ze ziek zijn. En tot slot de economische gevolgen: ook dat moet Europa opvolgen. *L’union fait la force*, samen sterk!

Patryk Jaki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Mamy dzisiaj wyjątkowy czas w Europie. Mianowicie po raz pierwszy musimy się skoncentrować bardzo mocno – tak, mocno na bezpieczeństwie. Nie tak jak mamy to w zwyczaju, na ideologii, tylko na bezpieczeństwie. Dlatego bardzo ważne jest to, abyśmy zredefiniowali nasze potrzeby, również finansowe, i zaczęli w dobie tak wielkiego zagrożenia przekazywać więcej środków na leki. Potrzebna jest pilna koordynacja w sprawie leków.

Szanowni Państwo! Dodatkowo na testy, które byłyby w stanie działać, które pomagają w działaniu prewencyjnym. Dodatkowo potrzebne jest wsparcie dla regionów najbardziej dotkniętych problemami z koronawirusem, dla przedsiębiorstw, które będą miały potężne problemy: turystycznych, gastronomicznych, eventowych. Dodatkowo instytucje europejskie powinny świecić przykładem. To jest bardzo ważne dla wszystkich. Dodatkowo instytucje europejskie powinny pośredniczyć w kontaktach i w dialogu z bankami, które powinny pomóc opanować ten kryzys, również – tak jak wspominałem – dla sektora gastronomicznego. I bardzo ważne jest to, aby pilnować, żeby nie pojawiały się firmy, które będą chciały wykorzystywać ten kryzys i podnosić ceny na kluczowe dla Europejczyków leki.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, face à cette épidémie de coronavirus, il nous faut une vraie réponse européenne pour mettre en œuvre des règles cohérentes qui permettent de rassurer les citoyens et de faire face à ce défi.

Sur la réponse à la crise, beaucoup a déjà été dit mais je voudrais aussi m’appuyer sur cette expérience pour pouvoir regarder notre avenir et constater ce qui n’a pas été fait. Si nous sommes aujourd’hui si inquiets, c’est aussi parce que nous nous sentons démunis face à cette crise.

Il y a trente ans, l’Europe importait 20 % des principes actifs utilisés dans les médicaments. En trente ans, nous sommes passés à 80 %, et ces produits proviennent aujourd’hui essentiellement de Chine ou d’Inde. Nous le voyons aujourd’hui, nous ne pouvons pas en rester à une simple doctrine de la concurrence qui nous pousse à externaliser la production de ces biens qui sont nécessaires à notre simple survie dans une crise comme celle-là.

Il nous faut une stratégie industrielle, il nous faut une stratégie sanitaire et il nous faut regarder notre avenir ensemble, en tentant de nous protéger face aux menaces qui se dessinent, plutôt que de réagir trop tard comme nous le faisons aujourd’hui.

Chers collègues, Madame la Commissaire, nous sommes aujourd’hui au pied du mur sur un sujet comme celui-ci. Si nous voulons garantir aux personnels de santé qui se battent aujourd’hui courageusement face à cette épidémie, notamment en Italie, il nous faut pouvoir leur apporter les moyens nécessaires à leur travail et à leur engagement.

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, e cod roșu de coronavirus. Niciodată nu ne-am mai confruntat cu astfel de situație. Eu sunt medic de urgență în Iași, România, Spitalul Clinic de Urgență și mie îmi pasă. Viața fiecărui cetățean european trebuie să fie protejată și de aceea am solicitat și am tras un semnal de alarmă încă din ianuarie privind această criză, solicitând un plan unic de intervenție la nivel european. Din păcate, nimeni este profet în țara lui, nici măcar în țara lui, și de aceea este clar că mai este doar o chestiune de timp până când pandemia actuală va fi și declarată.

De aceea e nevoie de un plan B cu măsuri clare, ferme privind suportul sănătății, suportul economic și combaterea discriminării și a infodemiei (acele informații false). Și vă solicit două lucruri astăzi extrem de importante: într-o parte, alertarea corpului medical european – am mai fost voluntar în situații de criză și mă ofer și astăzi voluntar – pentru că situația medicală din Italia riscă să fie depășită și oamenii de acolo să nu mai reziste la solicitări, personalul medical să fie depășit -, iar în al doilea rând, ca măsură de siguranță la nivel european, instituirea unor măsuri concrete pentru instituturile de microbiologie, finanțarea Institutului Cantacuzino din România, pentru că în astfel de situații de criză, avem nevoie de vaccinuri și de materiale sanitare produse la nivel european.

Irena Joveva (Renew). – Gospa predsednica! Ne bom govorila izključno politično, kaj vse moramo, ker se mi zdi v tem trenutku pomembnejše povedati, kaj je narobe in kaj je odveč ... (*izjava ob izklopljenem mikrofonu*)... tri različne skupine.

Prvič: vsi paniki so narobe in odveč. Zaradi novega koronavirusa ni konec sveta, če ne bo prevladala človeška neumnost. Poudarjam: če. Drugič: vsi brezbrizneži so narobe in odveč. A bi vam bilo še vedno vseeno, če bi se okužil kdo od vaših staršev, babic, dedkov. Jaz sem mlada. Virus bi najbrž prebolela, ampak kaj, če ga prenesem nekomu, ki ga ne bi. To je bistvo. Gre za odgovornost. In tretjič: samooklicani strokovnjaki so še najbolj narobe in odveč. Kar naenkrat vsi vse vejo. Samoizolacija je po mojem mnenju nujna tudi za te ljudi, ampak od družbenih omrežij v prvi vrsti.

Absolutno so razmere resne, ampak kdo sem jaz, da obsojam ukrepe, a so prestrogi, a so premili, a so prepozni. Ne vem, vem pa, da sem odgovorna in da zaupam stroki. Tisti pravi, da se razumemo.

Massimiliano Salini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, siamo di fronte a una situazione critica totalmente inedita: la nostra struttura delle politiche sanitarie a livello europeo non è più abituata alle malattie infettive.

Abbiamo riconcepito nei decenni una struttura e delle risposte a emergenze sanitarie di tutt'altra natura, quindi oggi mancano posti di terapia intensiva. Un posto in terapia intensiva costa 2.600 euro al giorno. In Italia il costo è questo: sono molti miliardi di euro. Rispondere a questa emergenza significa mettere a disposizione risorse smisurate.

In seconda battuta, la risposta di cui c'è necessità è di tipo economico – come si diceva – ma prima ancora che pensare al problema del deficit bisogna pensare al problema della liquidità: le imprese per non chiudere oggi, per non licenziare le persone, hanno bisogno di cassa. Ma chiedere risorse per cassa, oggi, costa moltissimo! Quindi bisogna derogare ai quei principi di Basilea che bloccano le banche a questo riguardo.

Sono molti i fronti, quindi una proposta: non è sufficiente avere un Commissario alle crisi – che comunque sta lavorando bene – come non fu sufficiente avere Commissari competenti su materie che riguardavano la Brexit. Ma ci vuole un commissario straordinario: un Commissario straordinario per l'emergenza coronavirus. Ci vuole UNA persona competente, che si occupi di questo dalla mattina alla sera, all'interno della Commissione, da subito!

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, ante el coronavirus: ciencia, prudencia y evidencia. No nos podemos dejar llevar por la irracionalidad, ni por recetas falsas, ni podemos abonar el campo a la desinformación. Es fundamental coordinarse en Europa y compartir conocimiento entre Estados miembros, porque no hay fronteras inmunes.

Ciencia, prudencia, coordinación e inversión en sanidad pública y universal. Es desagradable ver a aquellos que tanto daño han hecho con recortes abusivos lamentándose ahora de los efectos de esos mismos recortes sanitarios. Es el drama de haber tomado la salud como mercancía y no como derecho.

Además, ahora, en estos momentos, también me gustaría acordarme de los sanitarios, de los que pelean en las trincheras sanitarias cada día contra el virus y están anteponiendo la salud de sus conciudadanos a la suya. Ese es un ejemplo que debemos tomar en toda Europa. El fortalecimiento de la sanidad pública debe ser la lección que extraigamos de esta crisis.

Jan Huitema (Renew). – Voorzitter, het coronavirus brengt ernstige risico's met zich mee voor de volksgezondheid. Ik heb veel respect voor de hulpverleners die vooropgaan in de strijd, maar willen we de verspreiding van het coronavirus verder indammen, dan is Europese samenwerking keihard nodig. Ik roep dan ook op om te blijven coördineren tussen de Europese Commissie, de landen in de Europese Unie en ook het Europees Centrum voor ziektebestrijding en -preventie. Maar die samenwerking is alleen mogelijk als we ook solidair zijn in de landen hier in de Europese Unie. Het kan niet zo zijn dat een land bijvoorbeeld mondkapjes achterhoudt of andere medische hulpmiddelen en dat andere landen daar een tekort aan hebben.

Een ander punt waar ik me grote zorgen over maak, is het mogelijke medicijntekort voor sommige ziektes, maar misschien ook wel over een adequate bestrijding van het coronavirus. Het overgrote deel van de medicijnen die we gebruiken in de Europese Unie wordt gefabriceerd buiten de Europese Unie. Ik roep de Europese Commissie dan ook op te inventariseren waar de risico's zijn voor deze leveringszekerheid en ook te anticiperen, zodat we in de komende maanden geen tekorten krijgen aan medicijnen.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, first of all our empathy with all those who have been affected by the coronavirus both directly and indirectly, and especially solidarity with our Italian friends who are in total lockdown in the most affected country in Europe. And, of course, all countries in Europe have now been affected, and that said brings us to the need for a more coordinated response at European level.

I think it's fair criticism to say that the European Union has been slow to react, and now it needs to get its act together and bring all countries together to deal with this virus as quickly as possible. In my own country we have had 24 cases. I think the authorities have acted fairly quickly. Dr Tony Holohan, Chief Medical Officer, has outlined a plan to move from containment to delay to mitigation phase, and the government has committed up to EUR 3 billion to help employees, businesses and medical services to deal with the coronavirus. The same must happen at European level, both financially and also logistically.

Now, as many of you know, every year I host here, on behalf of IBEC, a St Patrick's Day party to which you're all invited. But that has to be cancelled next week. The good news, though, is that Guinness, Irish whiskey and Baileys do not go off that quickly, so hopefully when this virus is over we can reschedule and you'll all be invited.

Tiemo Wölken (S&D). –Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Immer öfter sehe ich auf sozialen Netzwerken Bilder von leeren Supermarktregalen. In Deutschland sind Nudeln ausverkauft, natürlich nicht die Vollkornnudeln. Es trendet der Begriff „toilet paper crisis“ in verschiedenen Ländern. Das französische Gesundheitsministerium muss auf Twitter davor warnen, dass Kokain nicht vor dem Coronavirus schützt.

Die Sorge vor einer Epidemie versetzt immer mehr Menschen in eine Panik und auch in Angst. Hamsterkäufe führen zu Engpässen von Mundschutz, Atemmasken, Desinfektionsmitteln und stellen Ärztinnen und Ärzte und Helferinnen und Helfer vor große Probleme. Daher an dieser Stelle vielen Dank an alle, die sich einsetzen und kranken Personen helfen. Aber diese Hamsterkäufe von essenziellen medizinischen Produkten führen zu einer Knappheit dort, wo sie dringend gebraucht werden. Es muss endlich aufhören!

Und deswegen müssen wir sehr transparent über echte Risiken aber auch Fake News informieren, und wir müssen als Europäische Union solidarisch an einem Strang ziehen. Es kann eben nicht sein, dass wir den Export von diesen wichtigen Produkten einschränken. An vorderster Stelle muss jetzt also die Zusammenarbeit und die Entschleunigung der Ausbreitung stehen.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Doamnă președintă, încep prin a transmite solidaritatea noastră fraților noștri italieni, dar noi astăzi ar trebui să facem mult mai mult pentru Italia decât să fim cu sufletul alături de ea. Noi ar trebui să putem ajuta astăzi cu echipamente medicale și cu materiale, cu ventilatoare, dar și cu doctori.

De aceea, am propus săptămâna trecută, în comisia ENVI, să avem rezerve strategice gata pentru astfel de situații. Azi avem nevoie de stocuri comune de medicamente și de echipament medical, de mobilizarea personalului medical din Uniune în zonele cele mai afectate, dar avem nevoie de *leadership*, de diseminare rapidă a informațiilor, de încredere.

Răspunsul la criza actuală nu este să limităm exporturile. Răspunsul nu este „scapă cine poate”. Criza aceasta ne privește pe toți și din ea nu putem ieși decât împreună. Așa că vreau, doamnă Kyriakides, să intervenim astăzi prin Mecanismul european de protecție civilă și prin clauza de solidaritate din tratat. Colegi, să nu lăsăm solidaritatea să fie doar o vorbă în vânt! Astăzi este momentul adevărului pentru noi toți.

Benoît Lutgen (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, toute crise révèle parfois le pire et le meilleur. Le meilleur, c’est la mobilisation du personnel soignant, les acteurs de santé, infirmières, médecins, etc. Le pire, c’est parfois des réflexes nationaux égoïstes comme la France et l’Allemagne, qui interdisent l’exportation des masques.

Toute crise révèle aussi nos faiblesses, cela a été relevé par François-Xavier, et je me joins à lui. Évidemment, notre dépendance médicale, à l’égard notamment de la Chine et de l’Inde, montre aux citoyens européens que l’Europe ne protège pas ses citoyens au cœur de la santé en Europe.

La crise économique et la crise sanitaire ne doivent pas être distinguées, puisque cette crise sanitaire et économique aura des conséquences sur la santé. La crise économique aussi, on l’a vu en 2008-2009: les budgets qui ont connu des diminutions importantes dans toute une série d’États membres, des personnes qui se soignent moins bien. Nous devons nous mobiliser pour faire en sorte que chacun en Europe puisse se soigner correctement et relever ce défi aussi au travers de cette crise économique.

Nous devons tout mettre en œuvre pour apporter ces politiques cohérentes, cette solidarité nécessaire entre les États membres, avoir une Europe qui protège, avoir une stratégie industrielle, c’est vrai, mais aussi sanitaire en matière d’énergie. Toute cette crise, j’espère qu’on pourra en tirer les conséquences et aussi les leçons. C’est ça le plus important.

Je terminerai en vous disant que j’espère qu’un jour on se mobilisera de façon aussi importante pour la sécurité routière, puisque, s’il y a eu 500 décès dus au coronavirus en Europe, dans le même temps, 2 500 personnes sont mortes sur nos routes.

Yana Toom (Renew). – Madam President, I’m not going to repeat all the wise things that have already been said. What I want to raise is the issue of social security.

We are calling on people to isolate themselves if there is a suspicion of the virus, but not everybody can follow the advice. Those who live in working poverty and those in precarious working conditions just cannot afford to stay at home. At the end of the day, they will, but at what cost? I believe that we will succeed and in the coming months will get rid of coronavirus, but we have to learn the lesson. Decent working conditions and affordable healthcare are not just slogans to win elections, and country-specific recommendations in the field of social policy are not just useless paperwork. We have to push Member States to follow them, and to ensure that each European feels safe, even during a crisis, to get real help when needed and not to depend on small amounts of money that they earn daily, while putting their own health and the health of their family members at risk. We have to stand up for those who are exploited right now and who are the most vulnerable, while we are doing everything to protect our own health.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, doamnă comisară, doamnelor și domnilor colegi, lumea întreagă și Uniunea Europeană se află astăzi în fața unei bătălii inestimabile, și anume aceea cu coronavirusul. Autoritățile medicale, care merită toate aprecierile noastre, sunt implicate la capacitate maximă pentru a-i trata pe cei bolnavi. Cercetarea medicală face eforturi uriașe în vederea identificării tratamentelor eficiente pentru combaterea acestuia.

Trebuie să înțelegem însă faptul că răspunsul în combaterea acestuia nu este doar la îndemâna autorităților. Fiecare dintre noi trebuie să conștientizeze importanța bătăliei cu acest virus, care nu cunoaște granițe și să respecte deciziile autorităților naționale. Este important ca populația să nu intre în panică și să aibă încredere în capacitatea de reacție a decidenților. Cu siguranță, economiile multor state membre vor fi afectate. Acest lucru nu trebuie să ne împiedice să fim solidari unii cu alții și să ne prioritizăm cheltuielile în domeniul medical, iar cercetarea medicală trebuie să fie intensificată cu resurse financiare puse la dispoziție de Comisia Europeană.

Suntem obligați, în același timp, să ne manifestăm deplina solidaritate cu zonele cele mai afectate de acest virus. Astăzi este Italia cea mai afectată, dar mâine poate fi foarte bine Germania, Franța sau România. Fie că vorbim de Mecanismul de protecție civilă, fie că vorbim de orice altă resursă financiară sau echipamente medicale puse la dispoziția zonelor afectate, trebuie să reținem un lucru: nimic nu poate fi prea mult atunci când vorbim de salvarea vieților omenești.

Catch-the-eye procedure

Franc Bogovič (PPE). – Spoštovana komisarka, spoštovani komisar Lenarčič! Gospa Kiriakides. Popolnoma se strinjam z vajinim poročilom in tudi sam trdim, da je potrebno, da smo odgovorni, da moramo ravnati učinkovito in pa tudi sorazmerno.

Nikakor se ne smemo prepustiti paniki, poiskati rešitve tako z vidika zdravstvenega stanja v Evropi, ki je v nekaterih delih alarmantno, v drugih še lahko pričakujemo, da se ta virus razširi. Prav tako pa ne smemo pozabiti tudi na naša podjetja, gospodarstvo, ki bo zagotovo utrpelo zelo veliko škodo.

Kot sem že dejal, ukrepi morajo biti najprej učinkoviti znotraj posameznih držav. Vsekakor pa rabimo tudi učinkovit, odgovoren evropski odgovor in verjamem, da ga bomo tudi storili v naslednjih tednih. Evropski parlament mislim, da prav, da obravnava to vprašanje in da tudi stojimo ob strani tistim, ki za naše ljudi veliko naredijo, največ zdravstveni sektor.

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, estamos no meio de uma grave crise de saúde pública. A prioridade é conter e travar os efeitos desta epidemia, mas temos que ter capacidade de ação para travar de imediato as consequências económicas e sociais da situação.

Aproveitar toda a margem da política fiscal conquistada nos últimos anos, evitar a perda de milhares de empregos por toda a Europa, agir agora com medidas temporárias, certas, salvaguardar o emprego – como começou já a fazer o governo português no meu país – e impulsionar a procura interna.

Sabemos que há uma década atrás as medidas fiscais mais eficazes foram as que se dirigiram aos rendimentos das famílias com um rendimento mais baixo e médio. Os sistemas públicos de abono de família e pensões permitem aumentar os rendimentos destas famílias e agir já. Não podemos pagar o preço da inação. Os governos europeus não podem escolher a imoralidade da inação.

Valter Flego (Renew). – Poštovana gospođa predsjednice, ja naime danas ne želim ovdje govoriti o zdravstvenom aspektu koronavirusa, ali želim se zahvaliti svima koji danonoćno rade na suzbijanju širenja ove zlokojne bolesti.

Ono o čemu želim danas govoriti je ekonomija. Želim zatražiti vrlo konkretne aktivnosti Vijeća i Komisije kako bi spasili mnoga radna mjesta. Naime, paralelno s borbom za sprečavanje širenja ove epidemije, trebamo itekako razmišljati o radnim mjestima jer me je strah da idemo u novu recesiju. Strah me da Europa ide u jednu novu veliku ekonomsku krizu.

Zato treba nam solidarnost, treba nam europska solidarnost za sprječavanja širenja, ali i za pomoć državama članicama, posebice onima ovisnim o turizmu poput moje Hrvatske. I zato pozivam Komisiju da vrlo konkretno i fondovima, ali i riječima s premijerima riješi ovu situaciju.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! Są powody do tego, żeby mówić odpowiedzialnie, ale nie powinniśmy popadać w panikę, po prostu powinniśmy działać. Ja myślę, że wszystkie straty gospodarcze, które są wynikiem tego dramatu, zostaną podliczone, ale dziś najważniejsze jest zdrowie i bezpieczeństwo ludzi, dlatego biznes i akcjonariusze przemysłu medycznego muszą zachowywać się odpowiedzialnie, i w ich kierunku właśnie Komisja Europejska powinna dać sygnał, że nie najważniejsze dzisiaj są zyski, ale dostarczenie na rynek niezbędnego sprzętu. Wyobrażam sobie taką sytuację, że jeśli w Europie żyje siedemset milionów ludzi, to można potrzeba sto milionów testów, może potrzeba dodatkowo jeden milion laboratoriów, i w tym kierunku powinny pójść działania Komisji Europejskiej. Pomyślmy zatem w pierwszym rzędzie właśnie o chorych, o personelu medycznym i o sprzęcie – to są realne działania Komisji Europejskiej.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, this virus is a demonstration of why neoliberalism is a broken system. China has achieved miraculous results thus far in its battle and they were only possible because of the size and power of their state institutions. They bought the rest of the world extra time, which we went on to squander. Decades of neoliberalism and privatisation have undermined the public health systems of every European country, and this is evidenced by the pressures on the systems in the affected countries now.

There is talk of saving younger patients due to the strain on resources. Commissioner, you said we need solidarity, we need to share resources and equipment, but countries like Italy do need more support and less criticism. We are one global family, yet the US has sanctions against 20 countries worldwide, nearly a third of the world's population, depriving people of essential medicines and hygiene supplies. The World Health Organisation (WHO) recently faced delays in supplying Iran with testing equipment. We are killing people.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Storia ha posto di fronte a noi una sfida esistenziale, la sfida di dimostrare che la parola «solidarietà» in Europa non è solo uno slogan ipocrita.

Vi propongo tre misure d'urgenza chiare e immediate: la prima, l'adozione di un protocollo sanitario unico in tutta l'Unione. Il virus non conosce frontiere!

La seconda, un piano straordinario europeo per la produzione non-stop e l'acquisto centralizzato delle attrezzature mediche necessarie per la terapia intensiva, a partire dai ventilatori polmonari. No allo sciacallaggio sulla pelle dei malati!

La terza, la sospensione immediata degli assurdi limiti del *fiscal compact*, per dare tutto lo spazio di bilancio necessario a ogni paese per proteggere l'occupazione e il rafforzamento dei fondi per l'accesso al credito delle piccole e medie imprese, al fine di scongiurare una recessione spaventosa, affinché chi viene curato non debba poi suicidarsi per la crisi.

Vere politiche anticicliche – perché la flessibilità da sola non basta – servono a sostenere subito la ricerca e un consorzio scientifico europeo per il vaccino; servono a comprare subito materiali. I veri eroi di questo...

(la Presidente toglie la parola all'oratore)

(End of catch-the-eye procedure)

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, there have been quite a number of interventions. I will try to summarise and answer as many as I can and pick up as many points as I can.

Several of you mentioned the need to strengthen the European Centre of Disease Prevention and Control. We are, at the moment, already working with them on this and they are maximising their outreach in terms of being able to respond to Member States with a specific response team. When called, they go on the ground to Member States to offer advice. This has already happened in at least two Member States and I trust that they will be able to respond to more as more requests come in.

The second point I want to pick up is that it was mentioned that the Commission should not be reading about measures in the newspapers or be waiting to hear what they need to do. Well I can assure you we do not read about daily events in the newspapers. We are briefed by the Health Security Committee and there is an early response warning and response system which is precisely there to exchange information and coordinate. We are in very close coordination with all the European health ministers. There was an emergency Health Council last Friday and I speak with health ministers at least on a weekly basis, trying to address here their needs and different problems.

I want to be absolutely clear – this is not a situation where any of us have the luxury of saying we're going to be reading about it in the press or as it comes along. This is an evolving situation and we are literally holding meetings at least two or three times a day to see how the situation is changing, and this is the only way we're going to be able to address the many challenges. But, there is no one-size-fits-all for this situation. Not all Member States are facing the same challenges so we need to be constantly on board with ministers and readdress the way that we are advising and helping them move along. Today there is a European Council with the Heads of State and it'll be held via teleconference.

Several of you mentioned the need and the problems that we have with possible medicine shortages. I want to assure you that what we have heard so far – and yesterday I had a video call with the European Medicines Agency – is that we have had no reports of medicine shortages, but it is something that is of concern to us and we are monitoring the situation very closely. We will be re-examining it several times a week with the European Medicines Agency. It is true that dependency on third countries is an issue and it's an issue that has been highlighted. This was already in my mission letter to come forward with a pharma strategy by the end of 2020 and we will be looking at that, but in terms of the day-to-day situation we're working very closely with the EMA on this.

Research. Significant funding has been put towards research for vaccine development, with a potential to reach almost EUR 140 million through Horizon 2020 and the Innovative Medicines Initiative. Last week funding of (EUR) 47.5 million was awarded to 17 projects with 136 research teams working across Europe. Since there was also mention of the international dimension, (EUR) 232 million has been allocated to different sectors to boost global preparedness, with EUR 114 million going to the WHO, EUR 15 million to Africa, EUR 100 million to urgently needed research and diagnostics, and over EUR 3 million to the Union's Civil Protection Mechanism.

Fake news. (This is a) huge area. I think that we can all agree in this plenary, in this Chamber, that fake news and disinformation is extremely dangerous. Last week the Commission convened a meeting with all the big social media outlets – they were all there – and Commissioner Jourová to address this problem. We're taking it extremely seriously and everyone – everyone – has a part to play in this, so we can all be sure that what is out there for citizens is scientifically-based responsible information.

Finally, containment. I agree with you, I agree with what many of you said – that containment is key at this point. There are very many unpleasant measures that have had to be taken, but these measures are important in order to be able to slow down the spread and to save lives. And as I said before, we need to make sure that – and this is the coordination that we are doing, almost on a daily basis – Member States are taking these measures, but, again, I repeat there is no one-size-fits-all approach for Member States.

And finally, I want to reiterate what has been said many times here today already. This is not a time for panic and we need to stress that. It is also not a time for complacency. It is a time for solidarity. It is a difficult situation for us all and the Commission is not meeting once a week – we are meeting almost on a daily basis, working in parallel and with Commissioner Lenarčič, we speak several times a day on a number of common issues, and this needs to continue. But we need to stay calm. We need to stay solid. We need to stay focused. And we need Members of the European Parliament to spread these messages to their governments as well. We are all in this effort together, we are going to get through this, but we need to get through this responsibly and effectively.

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Madam President, I am really grateful for this debate because it will help us steer the next step in facing this difficult challenge ahead.

Obviously, as the virus continues to spread, what is needed is that we collectively – Member States and EU institutions – step up our actions and the Commission intends to do so. Not everybody is affected in the same way at the moment. There are some who are hit harder and that's why we stress the need for solidarity among EU Member States in particular because, without solidarity, the mechanisms that we have simply do not work.

The Civil Protection Mechanism is a wonderful mechanism, but it is based on the contribution by Member States. If those contributions are not there, the mechanism doesn't work. Solidarity also has an impact on joint procurement, and so on. So, without solidarity, we are not going to get far. Why? Simply because the Commission doesn't possess its own stocks of protective equipment – masks and that kind of stuff. If we did have those things, Italy would be the first to get them from us, but we don't. We rely on Member States and their solidarity. So it's not an empty word: solidarity really matters. Without solidarity things aren't going to work.

The next point I want to make is that obviously we need to continue to work on preparedness and contingency. Obviously the capacities, in particular in the health sector but also elsewhere, are not sufficient in case of further propagation of the virus. We keep saying this, we have kept saying this for weeks and we will continue to say this.

Certain other aspects were highlighted. Let me say that we are working not only on vaccines, but also on diagnostics, tests, treatment and so on, and we added an additional EUR 37 million to this research area just last Friday. We are also looking into aviation, because aviation is obviously one of the sectors that are hardest hit. We are looking into that, and my colleague Commissioner Vălean is looking into that very closely, including with regard to the rules governing the usage of slots.

I will not go into further details, but I would like to assure you all that the Commission will not hesitate to propose additional measures as we face this challenge in the coming days and weeks. We will also not hesitate to find any additional funding that is available. But on this issue I would like to underline what was also said by some of the honourable Members. We are in the last year of the Multiannual Financial Framework. Reserves in the Commission's budget are meagre. This is one more reason, if ever one was needed, to have an early agreement on the next Multiannual Financial Framework. It's long overdue.

Let me close by thanking you as Members of this House for your interest and engagement. It is important that the message goes out to our citizens that the EU cares, that the EU is doing its part to address the situation, and that we will continue to do so until we win this battle. This is a time for EU solidarity. We need to stick together and support each other in fighting this outbreak at all levels – at local level, national level, European level and global level. I can assure you that the Commission will continue to play its role. We will continue to work on all fronts: on health aspects, civil protection aspects, economic aspects, transport aspects and all others. We'll do our best and we do count on your continued support.

Nikolina Brnjac, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, to conclude, I wish to thank you for the very useful debate we have had today. This is a situation of high concern to all of us – governments, politicians and citizens. We need to address the spread of Covid-19 in Europe in a coordinated and coherent manner. In order to achieve this we need to keep each other well informed about developments, cross-cutting impacts on different sectors and the measures taken. Only through close cooperation can we tackle this global outbreak in the most effective way.

It is a situation of high concern, but we must ensure that reliable information is widely available to our citizens and thereby prevent any undue panic. We need to remain vigilant and to combat misinformation and disinformation as well as discriminatory or xenophobic reactions, which are misleading the public and undermine the work carried out by our national authorities.

We also must exchange up-to-date information on preparedness plans and implementation of all measures, as this is important for our mutual security and for a coherent approach. We need to ensure that authorities and staff from relevant sectors, such as transport, health and social policy have the necessary information procedures and guidance on how to deal with cases.

We should all especially thank and support our health workers, who often work round the clock in their selfless efforts to save our citizens' lives.

It is particularly useful to hear your views and concerns and we fully share your sense of urgency. Needless to say, we take the Covid-19 outbreak very seriously. We will remain focused on a thorough implementation of measures in force in relevant sectors, be proactive in exchanging all of the necessary information on their effectiveness, and mobilise inter-sectoral coordination to develop a constructive approach in tackling various disturbances on the EU market.

As I stressed in my opening intervention, we need to strengthen solidarity, cooperation and exchange of information between all the Member States. This is why the Presidency has included discussions on the trade aspects of the Covid-19 outbreak at the Foreign Affairs Council in the trade format on 12 March, and a coordination of the Member States' efforts will be further discussed at the Justice and Home Affairs Council on 13 March, as well as the Ecofin Council on 17 March.

I can assure you that we are closely monitoring health, economic and social impacts in order to take further actions as appropriate in a coordinated manner.

President. – Thank you, Minister. Before I close this debate, colleagues, you know we are advised not to touch our faces during these times, and I know I have breached that rule, but I want to reassure you that I have been using sanitiser. I say this with great seriousness. For those who don't know what this is, it's a tissue. We are meant to use them for sneezing into and, if you don't have one, please use your elbows. You have two. These are serious times so we should listen to what the medical experts are saying.

My thanks to our Commissioners, our Council representatives and indeed to colleagues who participated in the debate. Those who couldn't can please send in a written contribution, which will be recorded.

The sitting is suspended until 3.00 p.m. We will vote on this important issue at the next part session.

Written statements (Rule 171)

Andrus Ansip (Renew), kirjalikult. – Loomulikult nõustun nendega, kes leiavad, et teadusuuringutesse, sh uuringutesse viiruste tundmaõppimiseks, tuleb Euroopa Liidul investeerida märksa rohkem ja et me peaksime tegema kõik endast oleneva, et viiruse levik peatada. Parlament on demokraatia sümbol. Euroopa Parlament peab kasutusele võtma vajalikud ettevaatusabinõud viiruse leviku takistamiseks, kuid parlament peab kindlasti jätkama tavapärase tööd. Mõistan neid, kes peavad igal nädalal Brüsselist koduriikidesse reisivaid saadikuid potentsiaalseteks nakkuse edasikandjateks. Selle ohu kõrvaldamiseks pole mõistlik katkestada parlamendi tavapärase tööd. Otstarbekam oleks teatud perioodi vältel parlamendiliikmetel koduriiki mitte reisida ja jätkata tööd Brüsselis.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew), por escrito. – El coronavirus es un problema global que solo superaremos juntos. En primera línea trabajan con sus conocimientos, medios y dedicación las y los profesionales sanitarios. Quiero expresar aquí mi solidaridad y reconocimiento hacia ellos y los sistemas públicos en que trabajan, en mi caso Osakidetza. Apoyemos su trabajo siguiendo sus recomendaciones en materia de higiene y profilaxis porque la responsabilidad individual es también una herramienta imprescindible contra esta crisis.

Una prevención eficaz exige también combatir a los emisores de falsas noticias y a los especuladores, que tratan de hacer negocio político o comercial con este problema. Los mejores antídotos contra estos comportamientos son la ciencia, la prevención, la solidaridad y la confianza en las autoridades que deben trabajar coordinadas y construyendo acuerdos globales.

Finalmente, hay que paliar los efectos de la crisis en la economía. La flexibilidad fiscal, y una línea a específica de apoyo financiero coherente y coordinada, para mantener la coherencia en el mercado interior es otra prioridad.

Milan Brglez (S&D), pisno. – Pred več kot mesecem in pol sem na Svet EU naslovil vprašanje za prioritarno obravnavo v zvezi z grožnjo pojava pandemije zaradi koronavirusa in oceno potreb za usklajene pristope držav članic za preprečitev njegove širitve.

Žal do danes na moje vprašanje nisem prejel odgovora, še bolj pa me skrbi, da je razen izmenjave informacij ukrepanje držav še vedno posamično in mestoma stihijsko. Posledica tega je, da okužene danes štejemo v številkah čez 100.000, mrtvih je že več kot 4.000 ljudi. Tega procesa ne moremo zaustaviti z ad hoc ukrepanjem, ampak z usklajenim pristopom držav in nacionalnih zdravstvenih zavodov. Primeri tovrstnih izrednih situacij kažejo na pomen javnega zdravstvenega sistema, ki je dostopen vsem in vsakomur, še posebej tistim najbolj izpostavljenim in tistim, ki si v nestandardnih oblikah zaposlitve preventivne odsotnosti z dela praktično ne morejo privoščiti. Vse druge možnosti so lahko dopolnilne.

Od držav EU in evropskih institucij pričakujem, da bodo storile vse, da bodo okrepile nacionalne javne zdravstvene sisteme s človeškimi in finančnimi viri. Za zagotavljanje zdravstvene oskrbe ob izrednih razmerah je na ravni EU nujno sprejeti izjemo od strogega fiskalnega okvirja. Finančna pravila ne smejo onemogočati zaustavljanja pandemije in pomoči tistim, ki jo najbolj potrebujejo.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – Konfrontacja z wirusem COVID-19 stawia nas wszystkich w obliczu ogromnego problemu i zagrożenia na skalę z pewnością europejską, a może już globalną. Najdotkliwiej jak dotąd konsekwencjami epidemii został dotknięty naród włoski, jednak aby podobny scenariusz nie powtórzył się w innych krajach, musimy działać w sposób zdecydowany i skoordynowany.

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej natychmiast dołożył wszelkich starań, by maksymalnie zminimalizować zagrożenie epidemiologiczne na terenie naszego kraju, jednocześnie inicjując działania na poziomie międzynarodowym, by aktywnie współpracować z pozostałymi krajami UE, między innymi na poziomie Rady Europejskiej. Pomagamy osobom dotkniętym wirusem, jak i tym, które są nim bezpośrednio zagrożone lub znajdują się w tzw. grupie ryzyka. Aktywnie i od dawna stosujemy czynną prewencję przed rozprzestrzenianiem się tej epidemii, począwszy od kontroli sanitarnej na granicach państwa, poprzez szereg działań na poziomie rządu i parlamentu krajowego.

Ta bezprecedensowa sytuacja powinna skłonić nas wszystkich do zrewidowania obecnych priorytetów, również na poziomie instytucji europejskich. Walczymy z bezprecedensowym zagrożeniem w sferze nie tylko zdrowia, gospodarki i ekonomii. Jest to niezbędne, by pokonać aktualne zagrożenia i być przygotowanym na podobne sytuacje w przyszłości.

Clare Daly (GUE/NGL), *in writing*. – The Commissioner stated that our response can't be 'business as usual.' The irony is that it is precisely 'business as usual' which has hampered our ability to respond. The marketisation of health care, spearheaded by the Commission – slashing health budgets, aggressive restructuring, layoffs of health workers, and medical research concentrated in the hands of multinational pharmaceutical companies for profit – have all led to a chaotic response from the EU. We should follow the advice of the WHO regarding travel and large public gatherings to contain the spread of the virus. Listen to science and factual information, not exaggeration. If people are not well or need to self-isolate they should stay at home. But for workers to do that, they have to be paid. Isn't it an indictment of our society and a reflection of the level of casualisation of labour that has taken place in recent years that the idea of workers going into work sick has become a social norm? We need to learn the lessons from this crisis: the market is incapable of responding to the health needs of European citizens and we really need to change how society is organised, putting universal health care centre-stage.

Fajon (S&D), *pisno*. – Menim, da je vsakršna panika popolnoma odveč. Prepričana sem, da so pristojni organi primerno, pravilno in učinkovito pripravili ukrepe, s katerimi bi dosegli kar najmanjšo možnost širjenja virusa.

Vsekakor pa je potrebna previdnost in upoštevanje navodila pristojnih, saj smo soodgovorni za svoje zdravje in zdravje bližnjih. Hvaležna sem medicinskemu osebju in vsem, ki v teh dneh skrbite za zdravje prebivalcev Slovenije, tudi na račun svojega lastnega zdravja. Zaščita zaposlenih in socialna varnost je ključna, kot tudi koordinacija med državami članicami EU, sprejemanje odločitev, ki jih ponuja stroka, delitev medicinskih zalog, podpora raziskavam za odkritje cepiva in investicije v naš zdravstveni sistem. Ob tem pa se mi zdi zelo pomembno, da bi o številu obolelih mediji poročali umirjeno in v primernem kontekstu, s čimer bi pomirili ljudi. Vedeti je namreč treba, da so za starejše in zdravstveno šibkejše ljudi izjemno nevarne tudi nalezljive bolezni, kot je gripa, zaradi njenih neposrednih ali posrednih posledic je v lanskem letu na svetu umrlo več kot pol milijona ljudi, v Sloveniji pa v prvih treh mesecih leta 2019 kar 160 ljudi.

Morda bo koronavirus na nek način pripomogel k temu zavedanju v prihodnje, povečal zavedanje o primerni higieni in drugih ukrepih in precepljenost populacije.

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – L'OMS ha dichiarato che l'Europa è il nuovo epicentro della pandemia Covid-19. L'Italia è il paese europeo più duramente colpito e ha adottato misure restrittive per arginare il contagio. La duplice battaglia che sta combattendo in campo sanitario ed economico richiede cooperazione e solidarietà, non iniziative che possano danneggiarla ulteriormente. Il quadro generale in Europa sta peggiorando e i medesimi problemi riguarderanno presto altri Stati Membri. L'UE ha un ruolo fondamentale in materia di coordinamento della preparazione e della risposta alle gravi minacce sanitarie transfrontaliere, ma una strategia comune sta tardando ad arrivare. Molti governi reagiscono in modo differente ad una minaccia che non conosce confini e che riguarda tutti. Oltre agli aiuti di natura economica attraverso i diversi fondi europei, tra cui quello di Solidarietà, è indispensabile garantire che forniture di apparecchiature e materiale medico/ospedaliero possano giungere a chi ne ha bisogno, evitando speculazioni di ogni genere. Assicurare ad ogni cittadino il diritto alla salute e cure adeguate deve essere la priorità. In questa grave emergenza, aiutando l'Italia e gli altri Stati che ne hanno bisogno, aiuteremo l'Europa.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O surto epidémico do COVID-19 coloca-nos, no imediato, dois tipos de exigências: o reforço de medidas de prevenção no domínio da saúde pública e a criação de condições e de meios para a resposta clínica necessária.

É necessária uma correta articulação entre os vários países e as respetivas autoridades de saúde no domínio da prevenção, na diminuição de riscos de contágio e na vigilância epidemiológica. Mas é necessário também cuidar de reforçar os sistemas públicos de saúde, que são o único e real instrumento para uma resposta adequada, universal e pronta à situação. A resposta ao surto do COVID-19 soma-se à resposta que os serviços de saúde já tinham de dar e que continuam a ter de dar a um vasto conjunto de outras situações. Percebemos melhor agora o impacto das orientações da Comissão Europeia para que se corte no financiamento dos serviços públicos de saúde. Agora, que todos os hospitais de referência são públicos e que os seguros de saúde privados se desresponsabilizam dos doentes, percebemos melhor o perigo da ideologia que faz da saúde um negócio. Percebemos melhor que quando as regras do défice se sobrepõem a direitos fundamentais o resultado só pode ser mau. Respondamos à urgência do momento sem esquecer as necessárias lições para o futuro.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – În situația de criză creată de coronavirus, dezbatem în Parlamentul European ceea ce se poate face. Regret că așa târziu, când deja avem țări precum Italia, aflată în întregime în carantină. Personal, am adresat o scrisoare Comisiei Europene, încă din 27 ianuarie, în care întrebam cum se organizează Comisia Europeană pentru a evita o răspândire a virusului.

Suntem în luna martie și vedem că încă nu există o abordare coordonată la nivelul UE, nu există bugete suficiente pentru cercetare, măsuri de prevenire și de tratament (paturi suficiente în spitale) pe tot teritoriul UE. În plus, nu s-a lansat, concomitent, un plan de măsuri pentru contracararea efectelor asupra economiei, IMM-urilor, în special în domeniul ca turismul, transportul și producția.

Nu toate statele membre au luat măsurile cele mai exigente de control la frontiere al cetățenilor ce vin dintr-o altă țară. Solicit măsuri de control la toate frontierele terestre, asigurarea stocului de medicamente, materiale, aparatură pentru toate statele membre și renunțarea la impunerea de deficite bugetare sub 3 % statelor membre, pentru a putea investi în sistemele sanitare, cercetare și infrastructură.

Łukasz Kohut (S&D), *na piśmie*. – Czas pandemii to moment, kiedy życie mówi „sprawdzam” i pokazuje, na ile jesteśmy solidarni, jak wytrzymałe są nasze instytucje, jak skuteczne są nasze procedury. COVID-19 zaraża coraz więcej osób, państwa wprowadzają coraz ostrzejsze środki prewencyjne i doraźne. To dobrze – mamy sytuację zagrożenia i musimy ją traktować poważnie. Nie możemy jednak ulegać panice, to byłby najgorszy scenariusz. W debacie publicznej pojawiają się głosy, że Unia Europejska robi za mało dla walki z wirusem. Są to najczęściej głosy tych, którzy oponują ściślejszej integracji europejskiej. Czyli chcą więcej Unii i równocześnie tego nie chcą. To podejście absurdatne. Dziś widzimy – tak, potrzebujemy więcej Unii. Wirusy, katastrofy klimatyczne, ekologiczne – czy one przejmują się granicami? Nie. Czas to zrozumieć. W ramach swoich uprawnień Unia robi już bardzo wiele, m.in. w ramach Unijnego Mechanizmu Ochrony Ludności, Europejskiej Agencji Leków, Europejskiego Centrum Zapobiegania i Kontroli Chorób. Są pieniądze na walkę ze skutkami pandemii. Plus Wspólny Mechanizm Zamówień UE. Niestety dobrowolny, skutkiem czego niektóre kraje – pozostając na własne życzenie poza mechanizmem – nie przystępowały w ostatnim czasie do unijnych przetargów na medyczne środki ochrony osobistej, tak ważne w tym momencie. Taka dobrowolność to nie suwerenność, to działanie na szkodę europejskiego pacjenta.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A vírus terjedése kapcsán a legfontosabb dolog a hiteles és akadálymentes tájékoztatás, mert az állampolgárok csak akkor érzik magukat biztonságban, ha időszerű és pontos információkat kapnak. Veszélyhelyzetben különösen fontos, hogy gondoljuk a hátrányos helyzetű csoportokra, köztük a fogyatékkal élőkre: Külön oda kell figyelnünk a mozgássérültekre, akik kevésbé mobilisak, a látássérültekre, akik az írott információkhoz nem férnek hozzá és a siketekre, nagyothallókra, akik számára jelnyelvi tolmácsolással és feliratozással kell ellátni a betegségről szóló tájékoztatásokat. Örövendetes, hogy egyes tagállamok, köztük Magyarország ennek eleget tesz – az operatív törzs napi sajtótájékoztatóján jelnyelvi tolmácsolás biztosított – és felkérem az Európai Bizottságot, hogy az akadálymentes tájékoztatás fontosságára emlékeztesse a tagállamokat.

Leszek Miller (S&D), *na piśmie*. – Najważniejszym wyzwaniem stojącym obecnie przed Unią Europejską i jej państwami członkowskimi jest niewątpliwie walka z epidemią koronawirusa. Niezbędne jest jednak również równoległe planowanie działań zaradczych, które pozwolą przeciwdziałać negatywnym skutkom ekonomiczno-społecznym tego kryzysu w Europie. W tym celu, Komisja Europejska powinna zaproponować pakiet doraźnych działań i inicjatyw legislacyjnych, które uchronią przed upadłością tysiące małych i średnich przedsiębiorstw zmuszonych do czasowego wygaszenia swej działalności; udzielić też wsparcia pracownikom, którzy w związku z koniecznością kwarantanny lub leczenia stali się bezrobotni lub utracili dochody. Kluczowe w tym względzie wydaje się wdrożenie inicjatyw dotyczących m.in. systemu ubezpieczeń zdrowotnych i bezrobocia, jak również uelastycznienie procedur budżetowych, by w pełni zmobilizować unijne zasoby budżetowe na sfinansowanie pilnej reakcji państw członkowskich na kryzys (m.in. poprzez dopłaty do wynagrodzeń, możliwość zawieszenia płatności niektórych podatków i składek na ubezpieczenia społeczne lub bezpośrednie wsparcie finansowe dla konsumentów). Kompleksowy program przeciwdziałania skutkom kryzysu wywołanego epidemią koronawirusa w Europie i jego efektywne wdrożenie we współpracy z państwami członkowskimi pozwoli odsunąć ryzyko głębokiej recesji gospodarczej. W moim przekonaniu, da ponadto odpór ponawianym ostatnio nader często tezom mającym przekonywać o niewydolności instytucjonalnej Unii oraz niecelowości wysiłków na rzecz pogłębiania procesu integracji europejskiej.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *în scris*. – Solicit Comisiei Europene asigurarea unui răspuns european coordonat și a unei strategii clare, aplicată de toate statele membre, care să limiteze cât mai mult răspândirea virusului, astfel încât să evităm o presiune dificil de suportat de către sistemele de sănătate și să putem câștiga timp până când condițiile meteorologice pot limita răspândirea virusului și până când oamenii de știință vor crea un vaccin.

Totodată, solicit sporirea finanțării și a colaborării public-private dintre autoritățile publice din domeniul sănătății, industrie și centrele universitare de cercetare în vederea dezvoltării cât mai rapide a unui vaccin și a unui tratament al coronavirus, precum și dezvoltării de diagnostice și antivirale. Pandemia COVID-19 nu respectă granițele, tocmai de aceea doar o acțiune europeană bine coordonată poate genera eficiența necesară gestionării acestei situații extraordinare.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Nu am să ascund astăzi nemulțumirea mea față de răspunsul CE la coronavirus.

Solicit din nou instituțiilor europene să dezvolte o acțiune comună, coerentă și mai puternică pentru a gestiona criza. S-au făcut prea puține lucruri și mult prea târziu. La nivel european putem trece peste această situație doar împreună! Sunt în total peste 100 de mii de bolnavi la nivel global și 4 000 de victime. Virusul a ajuns în toate statele UE, iar peste jumătate din victimele din afara Chinei sunt în Europa. Sute de europeni și-au pierdut viața pentru că nu a existat un răspuns coordonat la această criză.

În România, oamenii sunt îngrijorați. Transmit gândurile mele de bine pentru prietenii italieni, personalul medical din toată lumea și pentru românii din alte țări care privesc situația cu îngrijorare. Mă aștept din partea CE să comunice și, mai ales, să acționeze. CE trebuie să asigure activ coordonarea între statele membre atât pentru limitarea fluxului de persoane, cât și pentru asigurarea medicamentelor și aparaturilor medicale. Ne trebuie campanii de informare și prevenție specifice. Avem nevoie de un răspuns activ la scăderea burselor europene și un mecanism de sprijin pentru industriile și sectoarele economice afectate.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Šiandieninė situacija gerai iliustruoja, ką mums visiems gali reikšti valstybės gebėjimas savarankiškai apsirūpinti maistu. Šias galimybes reikia įvertinti, nes tai – didžiulis saugumo garantas mūsų piliečiams. Šiai dienai turėtume būti labai dėkingi savo šalių ūkininkams, kad, nepaisant didelių sunkumų, o neretai tokiose šalyse kaip Lietuva, dirbant nelygiomis konkurencinėmis sąlygomis Europos Sąjungos rinkoje, jie bando išlaikyti žemės ūkio sektorių gyvą. Man aišku viena, mes jokių būdu negalim leisti ūkininkams atsisakyti dirbti žemę – paprasčiau sakant – gaminti maistą. Nes maistas yra gyvybiškai būtina prekė bet kokioje situacijoje: ar tai būtų ramūs valstybės klestėjimo, augimo laikai, ar tai būtų visiškai krizinė situacija. Šiandien kaip niekad pasimatė, kad žemdirbių išlikimas turi rūpėti ne tik patiems ūkininkams, o ir skirtingų šalių gyventojams, kurie tiesiogiai neturi nieko bendro su žemės ūkiu.

Alfred Sant (S&D), in writing. – Beyond expressions of solidarity with each other on the coronavirus epidemic, we need to be clear about the implications of what has been happening for ordinary citizens, including those not affected by the corona disease. Over the years, we have promoted globalisation. In Europe, we have constructed a single market for goods, services and the free movement of people. Our citizens have grown accustomed to considering these developments as good in and of themselves. Now we understand that they can bring in their wake the swift transmission of new diseases. For this we are unprepared... and not just in Europe. The coronavirus epidemic is scary not simply because it is a 'new' disease, but because it has also travelled so quickly. On the medical front, the new and perhaps unforeseen problems that now confront us are apparent. Can medical research be geared up to match the pace of corona's travels? But there are other fronts where similar developments could occur. Are there any other unforeseen consequences of globalisation, apart from epidemics, that might hit our citizens directly and quickly? These questions might seem to be academic at this point in time. Answers to them, though, will impinge drastically on the quality of life of our citizens.

Michaela Šojdrová (PPE), písemně. – Zdraví je přednější než politika, na tom se asi shodneme všichni. Bohužel v případě epidemie koronaviru tomu tak neplatí. V Číně byly z politických důvodů zamlčovány informace o epidemii. Symbolem se stal lékař, který zemřel a před virem svého času varoval. Flagrantním případem neakceptovatelného politického postoje je blokování ze strany Číny účasti Tchaj-wanu ve Světovém zdravotnickém shromáždění. Toto téma se snažíme nanést na plénum již dlouho, ale vždy je někdo proti tomu ze strachu či ohledů vůči Číně. Tchaj-wan může a chce pomoci, jak dokazuje tento plakát. V této epidemii i v jiných případech. Má vědecké kapacity a jeden z nejlepších zdravotních systémů na světě. Je blízko zasaženým oblastem v Asii a je vystaven riziku epidemie koronaviru. Podle predikcí měl být velmi zasažen, neboť v Číně se nalézalo téměř půl milionu jeho občanů. Díky efektivním opatřením se ale podařilo na ostrově šíření nákazy držet pod kontrolou. Tchajwanské know-how, které se datuje již od epidemie SARS, bychom měli využít i v rámci WHO.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Azonnali válságmenedzselést és célzott források megteremtését kérem a turisztikai szektor számára a koronavírus okozta károk enyhítése érdekében. Nincs lehetőség a késlekedésre, a turizmus több mint huszonötmillió embernek ad munkát és az európai GDP több mint tíz százalékát termeli meg. Csak az elmúlt nyolc hétben több mint kétmillió kínai turistát veszített az európai ágazat és már most milliós nagyságrendben tudunk olaszországi foglalás-lemondásokról is. A szigorítások és járatfoglalások miatt ez a száma ráadásul jóval magasabb lesz.

Az európai intézmények öt uniós biztos bevonásával már felállítottak egy döntéshozói csoportot, amelyben azonban a turizmus ügyét felügyelő Thierry Breton belső piacért felelős uniós biztos egyelőre még indokolatlanul nem kapott helyet.

A koronavírus okozta pánik és az azt övező gazdasági dominóhatás egyre nagyobb méreteket ölt, a turizmus ágazatban pedig felmérhetetlen károkat okoz. Már most tudunk olyan kis- és középvállalkozásokról, családi vállalatokról, amelyek csődhelyzetbe kerültek a vírus miatti korlátozásoknak köszönhetően. A turisztikai szektor különösen sebezhető és a koronavírus egyik legnagyobb áldozata lehet, ha nem cselekszünk időben és felelősen.

Mielőbb védelmi mechanizmusokat kell kialakítani a munkahelyek és vállalkozások védelmében. Erre a leghatékonyabban és leggyorsabban egy átfogó, központi uniós válságkezelés tud megoldást nyújtani.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Koronavirus leviää Euroopassa nyt nopeasti, eikä sitä todennäköisesti pystytä pysäyttämään kokonaan. Epidemian vakavuuden kannalta olennaista kuitenkin on, kuinka nopeasti tauti leviää ja riittääkö terveydenhuollon kapasiteetti. Hitaasti ja pahimman influenssakauden ulkopuolella leviävä koronavirus on vähemmän vaarallinen kuin äkkinäisenä tautipiikkinä Eurooppaan rantautuva epidemia. Euroopan on vastattava viruksen uhkaan yhdessä ja yhtenäisenä. Kyse on ennen kaikkea vakavasta terveyskriisistä, mutta seuraavassa vaiheessa myös vaikeasta talouskriisistä. Jos viruksen torjuntatoimissa onnistutaan, jokin olemassa olevista hoidoista osoittautuu tehokkaaksi, talouden rattaat pyörivät suuressa osassa maailmaa ja epidemia rauhoittuu, talouden poikkeustila jää väliaikaiseksi. Kaikissa muissa skenaariossa sen vaikutukset ovat vakavia: useat sektorit kärsivät pitkäkestoisesti, globaalit hankintaketjut katkeavat monella alalla, taloudellinen toimeliaisuus hidastuu merkittävästi ja koko maailma vajaa negatiivisiin kasvulukuihin. Epidemian vaikutukset tuntuivat vakavina kaikkialla Euroopassa. Kriisin keskellä luottamuksen merkitys korostuu. Meidän on luotettava siihen, että alan parhaat ammattilaiset tekevät oikeita suosituksia oikeaan aikaan. Salaliittoteorioiden levittäminen, perusteeton paniikin lietsonta tai poliittisten irtopisteiden repiminen viruksen varjolla toimivat kaikki tätä tavoitetta vastaan. Koronaviruksen vaikutukset maailmaan ovat kaikissa tapauksissa merkittäviä. Tällaista tilannetta emme ole aiemmin kohdanneet. Haasteen edessä on syytä pysyä päättäväisenä, rauhallisena ja solidaarisena, vaikka ihmisluontomme ajoittain muuta vaatisikin.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Răspândirea epidemiei de coronavirus a generat deja o criză de sănătate publică în întreaga UE. Răspunsul la această criză trebuie să fie coordonat la nivel european. Măsurile care se iau la nivelul statelor membre trebuie să fie armonizate cu acțiunea europeană, iar solidaritatea este imperativă.

Criza de sănătate publică va induce încă două crize în UE, o criză economică și una socială. Într-o economie globalizată este foarte important ca UE să protejeze persoanele vulnerabile, dar la fel de important este să susțină companiile europene afectate. Conform estimărilor globale, ne vom confrunta în scurtă vreme cu o criză comparabilă cu criza financiară globală din 2008.

De aceea, răspunsul UE trebuie să fie la fel ca atunci, unul consistent și bine ținut. Avem nevoie de un plan european de stimulare economică bazat pe bugetul UE. În 2008, *European Economic Recovery Plan* a mobilizat 200 de miliarde de euro, adică 1,5 % din PIB-ul UE, la care s-au adăugat zeci de miliarde de euro disponibilizate la nivel național de majoritatea statelor membre. Prin flexibilizarea Pactului de stabilitate și creștere trebuie finanțat acest plan european care să ajute economiile europene să depășească efectele epidemiei de coronavirus, protejând astfel companiile, locurile de muncă și cetățenii europeni.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – A epidemia global de coronavírus constitui um forte desafio à capacidade de resposta da União Europeia e dos Estados-Membros, num contexto de grande incerteza, dado o caráter disruptivo da ameaça. Cooperação e solidariedade são as palavras-chave para mitigar os impactos na saúde e económicos e sociais.

As medidas já tomadas de colaboração na troca de informação, no acesso aos medicamentos e outros instrumentos profiláticos e na criação de um fundo de emergência são importantes, mas devem rapidamente evoluir para uma cooperação reforçada, aproveitando todas as sinergias entre os recursos dos Estados-Membros e os recursos da União. A solidariedade e a cooperação são também fundamentais para assegurar acesso gratuito aos testes e aos tratamentos e a cobertura das perdas salariais ou similares decorrentes da prática da quarentena. O brutal impacto económico e social do surto não pode ser suportado de forma agravada pelos mais desfavorecidos. A União Europeia tem, perante este surto, a obrigação de, em nome dos seus valores humanistas, dar prioridade aos cidadãos, empresas e instituições mais expostas na afetação dos recursos técnicos e financeiros de que dispõe. Bater-me-ei por isso.

(The sitting was suspended at 12.21)

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.02 Uhr wieder aufgenommen.)

6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

7. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

8. Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 20. Februar 2020 zum mehrjährigen Finanzrahmen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 20. Februar 2020 zum mehrjährigen Finanzrahmen (2020/2575(RSP)).

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Herr Präsident des Rates – herzlich willkommen! – dieser Sitzung nur 30 Minuten beiwohnen kann. Wir sind aber froh, dass Sie da sind.

Charles Michel, President of the European Council. – Madam President, first of all I would like to thank you for giving me this opportunity to take the floor again and to have this opportunity to exchange with the European Parliament. Thank you also for your understanding, because this afternoon we will have an important video-conference with the 27 Member States about coronavirus, and we need to prepare for that meeting. That is why I will be unable to stay more than 30 minutes with you in the European Parliament, but of course I will follow the different points of view expressed by the Members of the European Parliament. One word if I may, first of all, about coronavirus.

Tout d'abord, un mot sur le coronavirus. Pour commencer, je voudrais, au nom du Conseil européen, exprimer tout notre soutien aux personnes affectées directement ou indirectement par cette situation, vous dire que le Conseil européen prend très au sérieux la situation à laquelle font face aujourd'hui l'Union européenne, les États membres et le monde.

Je voudrais aussi vous dire que, dans le cadre de la visioconférence qui aura lieu tout à l'heure, nous allons discuter avec les États membres de ce qui est à mes yeux une nécessité, à savoir celle de renforcer considérablement les capacités européennes de coordination et de coopération.

Pour relever ce défi, nous avons besoin de davantage d'Europe présente et mobilisée aux côtés des États membres et de l'ensemble des acteurs, que ce soit pour tenter de coordonner l'action afin de contenir et de faire reculer ce virus. Il faut tenter d'être plus solidaires, de s'entraider s'agissant des équipements médicaux et des produits nécessaires pour faire reculer cette menace. Il faut se mobiliser pour faire progresser la recherche et l'innovation et pour découvrir le vaccin qui nous permettra de remporter cette bataille.

Il faut aussi mentionner les conséquences économiques, mais également les mesures que l'on peut prendre dès aujourd'hui, pour réduire au maximum l'incidence économique et donc sociale de cette crise sur nos citoyens.

Le Conseil entend être extrêmement mobilisé avec l'ensemble des partenaires: le Parlement, bien sûr, mais aussi la Commission, la BCE et la BEI, car lorsque l'Union européenne fait face à un défi de cette ampleur, la seule option, c'est de se mobiliser et de se serrer les coudes. C'est le message que je veux adresser pour commencer cette après-midi.

One word about the next European budget. As you know, I made a promise to the European Parliament to try as much as possible to cooperate with them in this difficult political process and whether it would be possible to reach an agreement as soon as possible on the next European budget.

We had a meeting – a summit – a few weeks ago in February, and unfortunately it was not possible to reach an agreement, because between the Member States I had to recognise and to observe that there are different opinions at the moment. On the one hand, for some Member States, it's important to stick with the idea that we have to maintain 1% of the GNI over a level for the next European budget, for other Member States it's not enough, while for other Member States it's important to have a guarantee that it will be possible in the future to continue significant support for the convergence policy, like cohesion and agriculture.

The modelisation of the budget is also an important topic. I think it's very important not to oppose – or to avoid – the traditional policies, more economic and, as a result, social convergence at the European level and, at the same time, to be able to face the new challenges we need to face, like climate change, like the digital agenda, like migration, like security, like defence. It means that we need to continue all the political efforts, and I will continue the consultations with the different Member States in order to appreciate, to assess, when it is possible to come back to a new summit with the goal of trying to reach an agreement.

Some other points. Conditionality rule of law – an important signal for the European Parliament, although not only for the European Parliament but for many Member States. In my negotiating box that I put on the table I have proposed organising a link between the rule of law and conditionality, between the rule of law governance and the next European budget, but we need to continue this situation, for example about which kind of majority we need to take a country decision.

Regarding resources, this is also on the table, and I know that in the European Parliament you had many decisions on this topic. In my negotiating box I have made some concrete proposals regarding the possibility to take a decision regarding plastic waste distribution or regarding the possibility to enlarge at European level the ETS system. Also in my proposal I gave other examples of possible measures we can take and we can discuss with the different actors and especially with the European Parliament. For many Member States the plastic waste contribution is possible, for some Member States the ETS system remains something very complex, very difficult, and we will continue decisions on these different topics.

One last piece of information – one last important point in my opinion: I've also put on the table a proposal to increase the capital of the European Investment Bank. I am very clear. In my opinion, it doesn't replace the role of the next European budget, but it's something more in order to give the possibility in the future for the Digital Agenda, for example, or for climate change to use the European Investment Bank more. In my negotiating box you have probably seen that I've proposed strengthening the possibility for the European Parliament to cooperate, to be more involved, in order to be an important player, in order to identify what the possible priorities would be if the Member States would agree to increase sooner or later the capital of the European Investment Bank.

Voilà quelques éléments. S'agissant de ce projet de budget européen, j'ai eu, à plusieurs reprises, l'occasion de débattre très directement notamment avec les parlementaires responsables du groupe de contact pour le cadre financier plurianuel (CFP). Je leur ai indiqué que je leur présenterais le cadre de négociation, ce qui a été fait avant le sommet européen.

J'ai eu l'occasion, ensuite, de débattre à la conférence des présidents et mon intention est de maintenir le lien avec le Parlement européen. Vous savez qu'il faut l'unanimité au Conseil européen pour prendre une décision. Mais je n'oublie pas que le Parlement doit s'exprimer sur ce sujet, aussi bien sur les chiffres de ce cadre de négociation mais également sur les processus législatifs qui y sont liés, pas simplement sur la question des ressources propres d'ailleurs.

Enfin, un tout dernier mot, Madame la Présidente. Nous devons faire front à plusieurs problèmes en parallèle. Ces derniers jours, nous avons aussi été mobilisés avec le président du Parlement et avec la présidente de la Commission pour tenter d'agir sur la question de la migration.

Vous avez vu que les tensions ont augmenté, il y a une dizaine de jours, à la frontière entre la Grèce et la Turquie, raison pour laquelle nous nous sommes rendus sur place. Il nous semblait important d'aller voir la situation sur le terrain et d'agir. Cela veut dire que nous avons exprimé notre soutien aux autorités grecques qui protègent les frontières grecques, qui sont aussi celles de l'Union européenne, et nous devons le faire dans le respect du droit international, de la dignité humaine et des droits de l'homme. C'est un message très net que j'ai eu l'occasion d'exprimer à la frontière entre la Grèce et la Turquie.

J'ai aussi eu l'occasion, la semaine passée, de me rendre très rapidement en Turquie pour rencontrer le président Erdogan afin de discuter avec lui du retour à la mise en œuvre de l'accord entre la Turquie et l'Union européenne, qui date de 2016.

Suite à cet entretien, nous avons tenté d'encourager une baisse des tensions aux frontières avec la Grèce, avec Chypre également, avec la Bulgarie. Et nous avons eu, hier soir, une réunion à Bruxelles, la présidente de la Commission et moi-même, ainsi que nos équipes avec la délégation turque, emmenée par le président Erdogan. Il a été décidé de poursuivre le dialogue dans les prochains jours pour s'assurer que nous étions mobilisés pour mettre en œuvre cet accord de 2016. C'est ça, la priorité, avant de regarder de quelle manière nous pouvons, à l'avenir, continuer à coopérer en matière de migration avec ce pays, comme probablement avec d'autres.

Voilà, Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les parlementaires, les quelques messages que je voulais vous indiquer. Je regrette de ne pas être présent plus longuement cette après-midi avec vous. Mais, bien entendu, mes conseillers ne manqueront pas de me faire rapport des messages qui sont adressés et, dans le respect des responsabilités imparties sur la base des traités aux institutions, je renouvelle mon souhait politique de coopérer loyalement avec votre institution qui représente les citoyens européens au travers de votre élection au suffrage universel.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, it's my honour to deliver these remarks on behalf of the President of the Commission, Ms Ursula von der Leyen, who is in urgent contact with the Heads of State and Government to coordinate their response to the current coronavirus crisis. As President Michel has just mentioned, I would also like to assure you that the Commission is working flat out to find the best solution to tackle not only the health aspects, but also the economic and financial aspects of the current crisis.

It would of course be excellent, and in the interest of European citizens, if today we could discuss the achievement of the European Council in reaching agreement on the long-term budget, to allow you to scrutinise the results and move forward. We all know that this was not to be, and this is of course disappointing. The failure to agree will now, in any event, mean that many programmes can at best only be implemented very partially next year.

However, looking at the history of the Multiannual Financial Framework (MFF), it has always needed at least two European summits to find an agreement. It will therefore be crucial to make the second summit a success and to do it quickly. We, the European Commission, call on leaders to draw lessons, not just from their deliberations but also from your contribution and, most of all, from the challenges in the real world that have been intensifying in recent days and have been on stark display on the borders of the European Union. It is time for realism, reason and responsibility.

Realism first. I have seen how difficult the discussions are. It is therefore now high time that all deepen their sense of some of the realities that should govern our work. That requires recognising the following things. First, we are facing a financial gap caused by Brexit of EUR 75 billion euros. This means that we all need to face up to this reality. Member States' contributions to the budget will have to rise, while expenditure will have to be constrained. Secondly, like the European Parliament, the Commission is also convinced that we need a budget tailored to achieving our common goals with a sufficient overall size. Follow this logic and we will fail to deliver on what citizens expect, while national budgets will simply end up having to pay these costs. We know that this is the road that leads nowhere.

Crucially, we cannot close our eyes to the challenges in the real world that we need to address together. The challenges for migration and borders, for treating people in wretched circumstances with a minimum of human dignity, need no further illustrations after last week's events. Leaders from right across the Union have pleaded for the European approach. Yet, in the negotiations on the MFF, these very same leaders are limiting funds available for borders, migration and external action. This is simply not acceptable. The MFF is not an accounting exercise or a simple numbers game. This is about equipping the Union with the resources needed to solve real-life problems and, may I add, save real lives. That reality will need to sink in much deeper as we approach the next round, and we in the Commission will not accept an outcome that does not reflect this.

Having our common priorities in mind, we have no time to lose. It is truly time for reason and cool-headedness. At this moment we have three options: the better, the suboptimal and the worst. The better option is reaching a balanced agreement very soon. This is still possible, but we are already very late. Last time we achieved a deal in the Council in early February and the final agreement only in December. Therefore, 2014 meant a lost year for some programmes, something we need to avoid this time. But that also implies that, even in our best case scenario, we are already under massive time pressure. Many of our policies will at best restart at the end of 2021. The better scenario therefore is already one that will come with serious challenges.

The suboptimal option would be a contingency plan, rolling forward existing budget programmes for another year. I know that many of you have been asking for this since it would buy more time. But let me be very clear about the consequences. It would mean additional 'mini' MFF negotiations running in parallel with all the contentious issues on the table, the very same things that are blocking progress on the MFF. Attempting to find a solution along these lines would therefore absorb everyone's time, energy and focus, while we need all efforts to find a good agreement on the actual long-term budget soon. It might well fail, in which case we end up with no result. Even if it didn't fail, what type of answer to structural challenges such as climate change, digitisation and external policies could we give with a one-year budget? What would this do for the credibility of the European Union? Worst of all, it would result in a budget without response to the new challenges: No Just Transition Fund, No InvestEU, no defence and digital agenda, and a lower climate ambition.

The third option is the worst-case scenario. No agreement would have severe consequences for all Europeans since it would leave us with a budget on life support, only allowing a limited number of policies to be funded. How could we explain to students that there is No Erasmus? How could we tell the regions that there is no cohesion money? How would we explain to the citizens that Europe is unable to act when it comes to climate and digital challenges, or that it lacks the means to protect our common borders effectively? No agreement in time would damage us all. Now is therefore the time for responsibility, to do everything to reach a good agreement as soon as possible.

To achieve this we need to work together. As the Commission, we engaged with you from the beginning and we encouraged the Member States to listen to the European Parliament. We also agree with you that we need new resources to fund our ambitions. They are the win-win solution which might help to find a compromise.

When President von der Leyen presented the agenda for a Europe that strives for more, you, as well as the Member States, promised the necessary support. Now is the time to give Europe the means to strive for more and to equip ourselves with sufficient shared resources. It is the time for everybody to recognise this and to stand up for realism, reason and responsibility. We need an agreement on the next long-term EU budget to secure the necessary funds to be able to act together, and we need this agreement fast. We in the European Commission know that we can count on you. Let us work together with the European Council to make this long-term budget a success for Europe and all Europeans.

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, o Parlamento Europeu rejeitaria a proposta que estava em cima da mesa, e desse ponto de vista até é positivo que o Conselho não tenha chegado a acordo. O Parlamento Europeu não pode trair os cidadãos da União Europeia, não pode aceitar uma proposta que seja contra eles.

Sr. Charles Michel, eu peço-lhe: peça também aos líderes europeus para falarem verdade aos cidadãos. Os nossos líderes fazem muitas proclamações, traçam muitos objetivos, mas depois não dão os meios financeiros para se atingir esses objetivos.

Todos defendem a coesão, a investigação, uma alimentação segura e saudável, o reforço das fronteiras, o apoio aos jovens. Depois cortam na Política de Coesão, cortam na Política Agrícola Comum, cortam no Erasmus +, cortam no Frontex, cortam na investigação. Como é que é possível ter, dessa forma, uma União Europeia competitiva? Onde é que está a União geopolítica que nós defendemos?

Com a vossa proposta, a União Europeia seria irrelevante e o coronavírus prova que não há coordenação, que não somos capazes sequer de ter os medicamentos suficientes. O que se passa ao nível da migração é uma vergonha: não temos uma proposta, uma solução comum e os meios suficientes. Quanto é que custa não termos a investigação que devíamos ter? Aliás, há números da Comissão: uma redução de 10 mil milhões de euros no programa de investigação significa um decréscimo de 110 mil milhões de euros em termos do rendimento nacional bruto. Os líderes sabem isto. Então por que é que querem cortar na União Europeia?

O Conselho Europeu não pode ser a soma dos 27 egoísmos nacionais e por isso preparem-se para uma coisa: se a proposta não for positiva, se ela quiser tornar irrelevante o Parlamento Europeu e a União Europeia, nós chumbaremos. E nós somos sempre a solução. Nós queremos um plano de contingência para haver previsibilidade, queremos recursos próprios para podermos ter um nível suficiente e estamos à espera do Conselho desde novembro de 2018.

Continuaremos à espera, mas a urgência de que a Comissão Europeia fala, e vou terminar, nós estamos à espera, mas nós não podemos ter um orçamento que não seja um orçamento capaz, um orçamento suficiente. Não podemos ter um orçamento que seja contra a vontade e as expectativas dos cidadãos.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor Michel, gracias por estar hoy aquí. Sabemos de las circunstancias especiales de la agenda de hoy y esperamos que esa reunión que se producirá en breve a nivel del Consejo con el resto de jefes de Gobierno sea fructífera.

Hemos tenido esta mañana un debate aquí, en el Parlamento, sobre la situación del coronavirus y simplemente, de forma muy rápida, quiero reiterar dos mensajes. Por un lado, la necesidad de que haya una coordinación a nivel europeo en cuanto a las medidas, pero respetando las medidas distintas que se tienen que tomar a nivel de los Estados miembros por la intensidad de la situación en cada uno de ellos. Y, por otro lado, un mensaje con respecto a intentar mitigar los efectos en materia económica y es que desde las instituciones europeas se tendrán que tomar decisiones al objeto de establecer una mayor flexibilidad en el Pacto de Estabilidad, para permitir que se pueda hacer frente a esta situación y mitigar el efecto económico y social que puede existir al respecto.

Con respecto al marco financiero, evidentemente sabe perfectamente lo que piensa nuestro Grupo y lo que piensa la mayoría de este Parlamento. Es decepcionante no haber conseguido un acuerdo, porque creo que todos somos conscientes de que este debate va mucho más allá de las cifras. Este debate va sobre qué Europa queremos construir. Y no puede ser que estemos en el inicio de una legislatura hablando de cómo lideramos la lucha contra el cambio climático, cómo fortalecemos el pilar social europeo, cómo mantenemos las políticas que van dirigidas a nuestro territorio, como la política agrícola común o la política de cohesión, y cómo nos adaptamos a nuevas políticas que tienen que ponerse en marcha, por ejemplo, migraciones... Hoy tenemos un caso claro encima de la mesa.

Bueno, pues lo que es imposible es hacer más con menos recursos. Y eso es lo que algunos están planteando. Y por lo tanto creo que debemos ser conscientes todos de que necesitamos el tiempo suficiente para poder conformar un acuerdo y un consenso. Sé que es difícil, pero también creo que las prisas no pueden condicionar nuestro trabajo.

Evidentemente, lo deseable, como decía el señor Šefčovič, es que en breve haya un acuerdo. Pero yo creo que muchos de los que estamos aquí pensamos que es preferible un no acuerdo antes de un mal acuerdo. No podemos permitirnos un mal acuerdo en el marco presupuestario. Necesitamos un presupuesto fuerte y sólido para afrontar el proyecto político de Europa. No podemos permitirnos un no acuerdo porque un no acuerdo significará hacer frente a retos y desafíos que hoy ya están esperando a estas instituciones. Así que pongámonos manos a la obra y seamos capaces de ser conscientes de que es necesario un acuerdo fuerte, sólido y con el presupuesto suficiente.

Dacian Cioloș, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, je souhaite saluer tout d'abord la détermination de Charles Michel et sa présence aujourd'hui ici au Parlement, qui nous prouve son intérêt de collaborer avec le Parlement – je sais que ce message a été transmis aussi aux chefs d'État et de gouvernement – et sa détermination aussi de trouver un accord sur les perspectives budgétaires.

Mais une décision finale crédible suppose de prendre au sérieux les attentes exprimées ici au Parlement. Et je souhaite le dire très clairement, il y aura un budget annuel européen seulement quand il sera à la hauteur de nos ambitions politiques exprimées maintes fois par les États membres au Conseil autour des priorités européennes. On ne peut pas avoir des ambitions sur le *green deal*, sur la transition numérique si cette ambition n'est pas accompagnée par une vraie vision budgétaire et d'investissement. En outre, la politique agricole commune et la politique de cohésion doivent sortir de ce marchandage intergouvernemental et rentrer dans une ère de modernisation. Et les deux doivent être vus comme des solutions et non pas de problèmes au niveau du budget.

Notre débat sur les perspectives budgétaires aujourd'hui prend une nouvelle dimension politique dans le contexte de cette crise de coronavirus. Parce que la question n'est pas de savoir si cette épidémie aura un impact sur notre économie, mais plutôt quelle sera son ampleur. Cette crise du coronavirus va passer tôt ou tard et j'espère avec le moins de victimes possibles. Mais la question clé est de savoir comment l'économie européenne va s'en sortir et dans quelle mesure, au lendemain de cette crise, le budget européen jouera pleinement son rôle de levier d'investissement et de relance de l'économie.

Pour aider nos entreprises et nos salariés à passer ce cap difficile, nous devons avoir la prédictibilité, c'est un mot clé dans cette situation de crise. C'est pour cette raison qu'une décision rapide sur le budget, orientée vers l'investissement, vers la création d'emplois, fait partie des éléments indispensables de visibilité pour l'avenir au niveau européen, puisque le budget européen est un élément d'orientation et de prédictibilité.

Ce qui se passe à la frontière gréco-turque nous montre une fois de plus que notre politique de sécurité des frontières, mais aussi de solidarité, suppose un Frontex avec des ressources, mais aussi avec un budget pour faire de la solidarité une réalité sur le terrain. Les semaines et les mois qui viennent sont déterminants pour prouver que l'Europe post-Brexit est capable d'offrir cette stabilité et cette prédictibilité et une vision. Car une Europe géopolitique et une Europe à la pointe de l'économie ne se décrètent pas. Cela se construit avec de la détermination, mais aussi avec des moyens.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion.* – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bereits vor vier Wochen haben wir in Straßburg über den mittelfristigen Finanzrahmen gesprochen; damals funktionierten die Mikrofone noch. Meinem Rat, sich mit dem Spatz in der Hand, also mit dem Ratsvorschlag von 1,07 % des Bruttonationalprodukts, zu begnügen und nicht der Taube auf dem Dach, also den 1,3 % des Parlaments, nachzuträumen, sind Sie offensichtlich nicht gefolgt. Jetzt stecken die Verhandlungen in einer Sackgasse, denn – wie man bei uns sagt – beim Geld hört die Freundschaft auf. Guter Rat ist nun teuer.

Ich sehe folgendes Szenario, und nur eines: Die tapferen, sparsamen Vier, nämlich Dänemark, Schweden, Niederlande und Österreich, werden weiterhin die Agenda bestimmen, und Gott sei Dank werden sie aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips ihre Position nachhaltig vertreten können. Auch die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr wird meines Erachtens keine Einigung über den mittelfristigen Finanzrahmen erreichen. Dann tritt Artikel 312 Absatz 4 des AEUV in Kraft. Wir sind dann wiederum bei den Obergrenzen und sonstigen Bestimmungen des bisherigen MFR mit höchstens 1 % des gesamten Volkseinkommens, aber ohne Rabatte. Das ist deutlich weniger als der Spatz in der Hand mit 1,07 %. Oder spekulieren Sie darauf, dass Zahlmeister Deutschland den gewaltigen EU-Hunger nach Geld wiederum stillen wird? Wir von der AfD hätten nichts dagegen, wenn Sie passend zur Bundestagswahl 2021 beim deutschen Steuerzahler in Erklärungsnot geraten.

Rasmus Andresen, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Türkisch-griechische Grenze – EU gibt Athen 700 Millionen Euro. Es droht eine neue Wirtschaftskrise. Coronavirus. Spahn spricht sich für größere EU-Seuchenbehörde aus. Wenn wir am meisten gefordert sind, brauchen wir eine starke EU. Umso enttäuschter sind wir vom Scheitern des Ratsgipfels. Statt großer Beschlüsse gab es kleinkariertes Gefeilsche. Mitten in der Klimakrise und am Beginn einer neuen Wirtschaftskrise können wir uns diese nationalistischen Machtkämpfe aber nicht mehr leisten. Vor allem die Niederlande, Österreich, Schweden, Dänemark und die deutsche Bundesregierung stehen hier in der Verantwortung und haben alles dafür getan, dass der Gipfel scheitert. Das ist unverantwortlich!

Wer jetzt wie Gesundheitsminister Spahn fordert, dass die EU-Seuchenbehörde besser ausgestattet werden muss, hat zwar Recht, kann aber nicht gleichzeitig dafür eintreten, dass die EU die Verwaltung zusammenkürzen muss. Wer möchte, dass wir europaweit gemeinsam ein Medikament gegen den Coronavirus entwickeln, kann nicht gleichzeitig Milliarden bei EU-Forschungsprogrammen kürzen. Wer jetzt sagt, dass Soforthilfe für Griechenland und für die vielen Geflüchteten notwendig ist, hat Recht, kann aber nicht gleichzeitig Milliarden bei den EU-Migrationsprogrammen kürzen. Und wer eine neue Wirtschaftskrise fürchtet, muss jetzt für gemeinsame Investitionen eintreten.

Wir brauchen mehr Mut von den Mitgliedstaaten, aber auch von der EU-Kommission. Was ist aus Ihren Versprechen geworden, Frau von der Leyen? Wie finanzieren Sie Ihren Green Deal? Wo ist die Verdreifachung der Erasmus-Programme abgeblieben? Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Verlassen Sie die Zuschauerrolle und stehen Sie gemeinsam mit dem Parlament für Investitionen ein! Wir brauchen sie dringend nötig. Wir brauchen einen starken Finanzrahmen. Der jetzige Zustand kann so nicht weitergehen.

Roberts Zīle, *ECR grupas vārdā.* – Priekšsēdētājas kundze, komisāra kungs! Eiropas Konservatīvo un reformistu grupa, protams, vienmēr ir respektējusi dalībvalsts intereses, tai skaitā arī budžeta jautājumos. Tai pašā laikā mums ir svarīgs kopējais Eiropas Savienības stiprums. Un tāpēc mēs arī darbojamies Eiropas Parlamentā šajā sarunu grupā un kontaktgrupā. Un tā arī turpināsim.

Taču, ja mēs vērtējam Eiropadomes februāra sanāksmi, pats par sevi fakts, ka nav rezultātu pirmajā raundā, nav nekas būtisks. Bet jautājums, kādā mērcē, kādi signāli tiek sūtīti gan Eiropas pilsoņiem, gan arī, protams, globāliem konkurentiem vai geopolitiskiem konkurentiem.

Viņi redz, ka nevar vienoties par īsumā nelielu budžeta daļu no tā, ko valsts pārdala no ienākumiem. Tas ir tikai 1 % no nacionālā produkta. 7 % radītais *Brexit* caurums, izrādās, ir tik liels, ka arī to nevar aizpildīt. Un nauda galu galā ir tas, kas parāda nolūku vai prioritāšu nopietnību. Un šajā gadījumā, ja mēs redzam, ka militārās mobilitātes izdevumi no Eiropas Komisijas sākotnējā 6 miljardu skaitļa ir pašlaik labākā gadījumā pusotrs miljards, tas neliecina par geopolitisku nopietnību būt reaģējošiem un aizsargāt Eiropas Savienību. Un vēl citi skaitļi, kas attiecas uz kopējo lauksaimniecības politiku, uz lielo samazinājumu, no otrā pīlāra pārnesot naudu uz, iespējams, *Just Transition* fondu, un šajā gadījumā arī uz kohēzijas valstīm, kuras vairākos gadījumos zaudē mīnus 20 % pret pašreizējo finanšu perspektīvu.

Šis ir ļoti, ļoti vājš signāls, un tas parāda mūsu vājumu. Īstenībā šīm tehniskām ķībelēm ir zināms simbolisms, runājot par daudzgadu budžetu Parlamentā.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, ακούγοντας τον κ. Charles Michel, που μόλις έφυγε από την αίθουσα, και τον κ. Šefčovič, σκέφτομαι ότι έχουμε μια ευρωπαϊκή ηγεσία κατώτερη των περιστάσεων, γιατί την ώρα που μαίνεται μια κρίση στα σύνορα της πατρίδας μου, της Ελλάδας, και της Τουρκίας, που είναι και ευρωτουρκικά σύνορα, δεν ακούσαμε τίποτα για την ευρωπαϊκή πολιτική ασύλου που ζητούν εδώ και δύο χρόνια το Ευρωκοινοβούλιο και η Επιτροπή και η οποία μπλοκάρει στο Συμβούλιο, γιατί βλέπουμε μια ευρωπαϊκή ηγεσία που τηρεί ίσες αποστάσεις απέναντι στον Ερντογάν και ένα κράτος μέλος της, την Ελλάδα, και γιατί δεν ακούσαμε τίποτα για τη δίκαιη μετεγκατάσταση των προσφύγων σε όλα τα ευρωπαϊκά κράτη μέλη.

Ο κ. Κουρτς είπε: «Δεν δέχομαι ούτε ασυνόδευτα παιδιά ούτε γυναίκες, γιατί αν έρθουν τα παιδιά και γυναίκες θα έρθουν και οι άντρες». Αν, κύριοι της ευρωπαϊκής ηγεσίας, πιστεύετε ότι μπορείτε με λίγα εκατομμύρια ευρώ να μετατρέψετε την πατρίδα μου, την Ελλάδα, στην πίσω αυλή της Ευρώπης, για να μην έχετε προβλήματα με την άκρα δεξιά των χωρών σας, είστε γελασμένοι. Με αυτό τον τρόπο καταστρέφετε την Ευρώπη και τρέφετε την Άκρα Δεξιά.

Για τον ευρωπαϊκό προϋπολογισμό για τα επόμενα χρόνια τα πράγματα είναι απλά. Όλες οι πολιτικές Ομάδες πρέπει να παραμείνουν δεσμευμένες σε αυτό που έχει πει ο Πρόεδρος Sassoli: Απορρίπτουμε την πρόταση του Συμβουλίου, και πρέπει εσείς κ. Ciolos να πείσετε τον κ. Rutte και να μη σας αναγκάσει ο κ. Rutte να εγκαταλείψετε τη θέση της Renew Europe, ο δε κ. Weber, που δεν είναι εδώ, πρέπει να πείσει την κυρία Merkel και να μη γίνει το ανάποδο. Δεν θα ψηφίσουμε έναν απαράδεκτο προϋπολογισμό με το πιστόλι στον κρόταφο.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, mi ne možemo odvojiti višegodišnji finansijski okvir i proračun Europske unije od druge strane priče, a to je koliko koja država ima finansijske koristi od djelovanja na zajedničkom tržištu. Najbolji primjer je Njemačka.

Dakle, Njemačka je u proteklih deset godina više uplatila u proračun Europske unije – 115 milijardi EUR. Međutim, Njemačka je, po istraživanju njemačkog nezavisnog instituta, imala koristi u istom tom razdoblju od 860 milijardi EUR. Mora doći do povećanja postotka izdvajanja u odnosu na BDP jer je to najpoštenije.

Dakle, države koje zarađuju više putem većeg postotka od BDP-a moraju više doprinosti proračunu Europske unije. To je jedino pravedno i jedino pošteno.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, in June 2019, the European Council adopted the strategic agenda for the next five years. What have the Heads of State and Government promised in that document? Let me quote: ‘effective control of the external borders’. What does Council President Charles Michel propose in his MFF for the next several years? A 43% cut to the European Border and Coast Guard Agency.

The Heads of State and Government speak about guaranteeing the security of our citizens, and Charles Michel proposes cutting the Internal Security Fund by 23%. The Heads of State and Government also propose strengthening the Single Market, and they commit to it. President Charles Michel proposes cuts of 31% to the Single Market programme. Achieving digital sovereignty is also an objective of the Heads of State and Government. President Charles Michel proposes 18% cuts to the Digital Europe Programme.

The proposals of President Charles Michel do not respect the promises of the European Council, the Commission or of the Parliament. This is why our answer needs to be ‘No’ to this proposal. We expect a new proposal on the basis of our promises, so that we can deliver to the people of Europe in the short-term crisis, which we see appearing, and also on their expectations over the next several years.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Presidente do Conselho Europeu, Senhor Comissário Šefčovič, este Conselho Europeu foi mais uma oportunidade perdida, uma desilusão, mas infelizmente a falta de acordo dentro de Estados-Membros da União não foi uma surpresa. A falta de acordo significa que estão em risco os beneficiários dos programas, os cidadãos europeus, em 1 de janeiro de 2021.

Porque sejamos claros: desde maio de 2018 que os cidadãos conhecem a proposta da Comissão Europeia. Desde outubro de 2019 que os cidadãos conhecem a posição e a ambição deste Parlamento. Mas ninguém sabe o que quer o Conselho, e a nossa resposta, face aos desafios climáticos, demográficos, digitais e internacionais tem de ser mais Europa. Mais Europa para solucionar a crise das fronteiras, mais Europa para concertar uma solução europeia para o Covid-19. E nos próximos 7 anos temos de estar conscientes de que surgirão mais desafios inesperados e a Europa não pode dizer, como disse nas crises de 2007-2008, que não estamos preparados.

Temos de dotar o orçamento da União da capacidade para responder coletivamente a desafios que não conhecem nacionalidade, fronteiras ou línguas, que são desafios europeus e que necessitam de uma solução europeia, e é por isso que este Parlamento continua e continuará a lutar por um orçamento ambicioso e coerente, capaz de responder aos objetivos previsíveis e imprevisíveis. É urgente, como o era a 20 de fevereiro, que o Conselho adote a sua posição sobre o Quadro Financeiro Plurianual e comece a negociá-la com este Parlamento.

Enquanto este acordo não chega, o Parlamento usará todos os instrumentos de que dispõe para acautelar que os cidadãos europeus e as economias europeias possam beneficiar dos programas e respetivo financiamento no orçamento da União em 1 de janeiro de 2021.

Moritz Körner (Renew). – Frau Präsidentin! Warum ist die Einigung auf diesen mehrjährigen Finanzrahmen so schwierig? Weil mit Großbritannien ein großer Nettobeitragszahler weggefallen ist. Es ist also von vornherein klar: Alle werden mehr bezahlen und weniger rausbekommen aus diesem Haushalt. Das ist ein Denken, das die Mitgliedsstaaten leider immer haben. Sie schauen nur darauf, was zahlen sie ein, was bekommen sie raus. Das sind nicht nur die sparsamen Vier, die egoistisch sind, sondern alle. Alle schauen nur, was wird reinbezahlt, was kriegt man raus.

Und das Symbol dafür war Frau Thatcher, die irgendwann ihre Tasche auf den Tisch geknallt und gesagt hat: „*I want my money back*“. Ich finde, es ist jetzt Zeit für Frau von der Leyen, ihre Handtasche auch mal auf den Tisch zu knallen und nicht zu sagen, „*I want my money*“, sondern „*We need our money*“, und zwar für einen starken, einen modernen Haushalt, der die zukünftigen Herausforderungen wirklich möglich macht.

Wenn jetzt alle davon reden, dass Grenzschutz und die Unterstützung für Migration gestärkt werden, dann kann es nicht sein, dass zuletzt über Kürzungen von 14 Milliarden Euro im Vergleich zum Kommissionsvorschlag diskutiert wird. Das ist lächerlich, und ein Europäisches Parlament wird einem Haushalt nicht zustimmen, der in den zentralen Zukunftsherausforderungen nicht anständig finanziert ist.

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, le cadre financier pluriannuel va déterminer les choix financiers de l'Union européenne pour les six prochaines années. C'est dire que son adoption va constituer une décision essentielle. Je souhaite rappeler ce qui constitue à mes yeux deux priorités à respecter.

Tout d'abord, il faudra préserver le budget agricole, en particulier celui prévu au titre du premier pilier. Nos agriculteurs ont besoin des aides européennes. Si l'Union les réduit, elle prendra délibérément la responsabilité de sacrifier beaucoup de petites et moyennes exploitations qui ne pourront plus résister à la concurrence internationale suscitée par le sacrosaint libre-échange.

Ensuite, il faudra parvenir à cet objectif en faisant des économies dans d'autres domaines et non en augmentant le budget global de l'Union. L'accueil des migrants et la défense européenne sont deux domaines dans lesquels nous pourrions faire de substantielles économies.

Aider notre agriculture, c'est préserver la souveraineté alimentaire de nos États. Voilà qui devrait faire réfléchir à une époque où l'on prend conscience qu'un virus est capable de paralyser la mondialisation économique.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Es gibt Menschen – und das haben wir auch heute gehört –, die sagen, nach dem Austritt Großbritanniens sei die EU kleiner geworden und brauche einen kleineren Haushalt. Das kommt aber darauf an, welches Europa wir wollen. Ein Europa, das sich klein und schwach und technologisch von den Großmächten USA und China abhängig macht? Oder wollen wir denn nicht lieber ein starkes Europa, das mit einem starken Haushalt Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit vorantreibt, das die digitale Agenda und das *Digital-Europe*-Programm ausfinanziert? Das ist es doch, was wir wollen. Ein starkes Europa mit Spitzentechnologie, und die gibt es nicht umsonst.

Zu einem ehrgeizigen Haushalt gehört aber auch ein Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, der kein zahnlöser Tiger ist. Europäische Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass korrupte Oligarchen sich nicht mit EU-Fördermitteln finanzieren, und da erwarten wir mehr vom Rat.

Wir begrüßen dagegen die – wenn auch zaghafte – Öffnung des Rates für das *Gender Budgeting*. Solides Haushalten geht nur, wenn wir wissen, welche Menschen genau die Mittel erhalten und wie sie dadurch gefördert werden. Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung, ihnen gehört die Hälfte der Macht und die Hälfte des EU-Haushaltes.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, over het MFF is al veel gezegd en er zal nog heel veel over gezegd worden. Ik zou van deze gelegenheid gebruik willen maken om twee specifieke punten te maken.

In het voorstel van president Michel zijn er bovenop hetgeen al in de Finse voorstellen stond heel veel besparingen en enkele daarvan zelfs zeer drastisch. Ik denk bijvoorbeeld aan het Europees Defensiefonds, min 39 %, de faciliteit voor militaire mobiliteit, min 74 %. Ik denk dat we ons de vraag moeten stellen of, als je dat soort besparingen gaat doen, wat er nog rest van dergelijke programma's zinvol blijft, of je niet onder een bepaalde drempel zakt waaronder de efficiëntie van dergelijke programma's komt te vervallen.

Tweede punt. Er zitten ook besparingen rond innovatiebestedingen in. Nu, als er één soort uitgaven van de Europese Unie is die hun deugdelijkheid bewezen hebben, die ook inzetten op de gemeenschappelijke toekomst, en die ook thuishoren op het Europees vlak omwille van de schaalvoordelen, dan zijn het wel die innovatie-uitgaven.

Ik denk dat het niet gepast is om daarop in deze tijden van zeer sterke technologische evolutie te besparen, en ik denk dat we die twee elementen in de komende besprekingen over het MFF zeker moeten meenemen.

(De spreker stemt ermee in te antwoorden op een “blauwe kaart”-vraag (artikel 171, lid 8, van het Reglement))

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”. – Neînțelegerea între cele trei instituții europene, Comisie, Consiliu și Parlament, sigur că a dus la nedefinirea noului cadru financiar. Ați enumerat și dumneavoastră: piața internă suferă, cercetarea suferă, politica agricolă suferă. Dumneavoastră credeți că este just în fața cetățenilor? Cetățenii își sporesc încrederea în aceste instituții care nu ajung să se înțeleagă la un buget de peste șase luni. Cum putem să transmitem în țara noastră încredere cetățenilor pentru proiecte în Uniunea Europeană când, iată, șefii de stat și de guverne nu sunt în stare să ia o decizie?

Johan Van Overtveldt (ECR), blue-card answer. – I totally agree with your argument that of course we need to get the budget in order, and I think it is certainly not the fault of the Parliament that at this moment in time we are not further ahead in these negotiations.

I would like to make a further point on what you said. I think it's also time that we got to work on a contingency plan because, if nothing is done, certain programmes will end at the end of this year, full stop. So a contingency plan on the part of the Commission is greatly needed.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le discussioni di queste settimane e le ridicole battaglie per i decimali e gli «zero virgola» rivelano la doppia morale di chi dice, a parole, di volere un'Europa ambiziosa ma, appunto, solo a parole.

In questo momento, con la proposta attuale, non vinceremo neanche una delle sfide globali: né il *Green deal*, né la lotta ai cambiamenti climatici, né la digitalizzazione delle nostre economie e né, tantomeno, la sfida migratoria, e penso alla Grecia.

Soprattutto non faremo abbastanza per la ricerca in un momento in cui, ad esempio, abbiamo bisogno di stanziamenti straordinari per creare un consorzio scientifico europeo che possa trovare il vaccino per il coronavirus.

Ecco perché dobbiamo agire subito, sbloccando le risorse proprie, a partire dalla *common corporate tax base* (CCTB) e dalla *web tax*, e ancora dalla cancellazione del vergognoso privilegio degli sconti e dei *rebates* di cui beneficiano ancora i paesi più ricchi dell'Unione e che oggi, invece, non vorrebbero rinunciarvi.

Con l'uscita della Gran Bretagna non c'è più alcuna giustificazione: io dico che voglio un'Europa ambiziosa e questa Europa ambiziosa deve avere un bilancio ambizioso, altrimenti ci stiamo solo prendendo in giro.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Doamnă președintă, domnule președinte Michel, oriunde vă găsiți în acest moment, dumneavoastră nu respectați Tratatul european. Nu Consiliul European trebuie să negocieze cu Parlamentul MFF-ul, ci Consiliul de Miniștri. Niciodată nu s-a întâmplat acest lucru, este pentru prima oară când se întâmplă.

Noi, Parlamentul European, ar trebui să negociem dosarele orizontale. Acolo avem putere, putere de decizie, și nu ar trebui să renunțăm, sub nicio formă, la propunerea pe care a făcut-o Parlamentul în noiembrie, o propunere foarte, foarte bună. Cred eu că ar trebui să ne uităm și la ce-ar însemna un atac la Curtea Europeană de Justiție, pentru că este evident că cei de la Consiliu nu respectă Tratatul și cred că la astfel de acțiuni trebuie răspuns cu acțiuni de același mod.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señora presidenta, yo hoy no voy a hablar de cifras ni de programas —primero porque ya se ha hecho aquí y además porque esa posición es de sobra conocida—, pero sí que me gustaría añadir cuatro puntos que también son importantes para la negociación.

Primero: flexibilidad. Sí o sí. Y me preocupa mucho ver que el Consejo no solo no avanza en flexibilidad, sino que en cada papel que tiene encima de la mesa cada vez hay menos. Lo hemos visto con la crisis económica, lo hemos visto con la crisis de refugiados. Necesitamos flexibilidad en el presupuesto para adaptarnos.

Segundo: plan de contingencia. Ya no es una opción, sino que es una necesidad, porque vamos con un retraso evidente y, desde luego, no será por culpa de este Parlamento, que lleva dos años esperando para negociar. Así que, ahora, no valen prisas, no valen urgencias y, desde luego, no valen presiones. Tomémonos nuestro tiempo y tengamos un buen acuerdo. Y es evidente que, además, las circunstancias que estamos viviendo ahora hacen todavía más necesarios la flexibilidad y un plan de contingencia, porque nos vamos a tener que seguir adaptando.

Tercero: recordar al Consejo y a su presidente —aunque se ha tenido que ir— que un acuerdo en el Consejo no es el final de ningún proceso, sino que es el principio. Y que, desde luego, si van por donde van sus discusiones, van a tener muy difícil empezar a negociar con este Parlamento porque no nos gusta nada esa propuesta y la rechazaríamos.

Y, por último: caja de negociación y todo el contenido que hay dentro. Antes, el señor Michel decía que ligamos el Estado de Derecho al marco financiero —es muy loable—, pero desde luego no tienen competencias para decidir ni cómo ni quién toma esas decisiones, y así en muchos programas. Así que les recuerdo que tienen codecisión con este Parlamento.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, ik heb reeds bij een vorige gelegenheid gewezen op het feit dat u Charles Michel niet ernstig moet nemen. Ja, hij was de ideale kandidaat voor Emmanuel Macron: Franstalig en op een slaafse manier gedienschtig aan de fanatieke federalisten Merkel en Macron. Maar dat hij daarom ook een goede vertegenwoordiger zou zijn van de lidstaten als hoofd van de Europese Raad is een complete misvatting. Nog afgezien van de immorele onzin om de begroting van de Europese Unie nog te willen optrekken in plaats van in eenklank en met wat de burgers willen de agenda te matigen nu het Verenigd Koninkrijk zijn geld aan eigen mensen eerst en niet meer aan de Europese Unie gaat besteden, is Charles Michel wel de laatste die u een begroting moet toevertrouwen. Aan het hoofd van de laatste Belgische regering die dan nog zogenaamd sociaal-economisch en budgettair orde op zaken moest stellen en daarvoor de politieke hervormingen van het land mocht uitstellen, heeft Michel een ware budgettaire puinhoop van tussen de 12 en 15 miljard euro op jaarbasis achtergelaten: het omgekeerde dus van wat was gepland. U bent gewaarschuwd.

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin! Ich habe Herrn Michel deutlich zugehört. Was ich ihm dazu sagen wollen würde, wäre: Einigt euch doch bitte im Europäischen Rat auf irgendeine Zahl für den europäischen Haushalt, aber einigt euch zuvor darauf, welche EU ihr eigentlich wollt, und dann finanziert sie bitte eben auch auskömmlich! Wir erleben doch seit Jahren immer dieselbe Situation: Am Sonntag, in den Sonntagsreden wird mehr Innovation gefordert, mehr Grenzschutz, mehr Begegnungen, mehr Leistungen für den Klimaschutz, und jetzt auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Am Montag sind die Mitgliedstaaten nicht bereit, das Geld dafür bereitzustellen. Aber am Dienstag heißt es dann wieder, wie schlimm das eigentlich ist, dass die EU die Probleme nicht gelöst bekommt.

Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir brauchen einen Haushalt, der die gemeinsamen Ziele finanziert. Wir brauchen einen Haushalt, der ausreichend geschützt ist. Daher brauchen wir auch eine Bindung an rechtsstaatliche Verhaltensweisen in den Mitgliedstaaten, und da war der letzte Vorschlag von Herrn Michel alles andere als tauglich. Und wir brauchen eine veränderte Situation bei den Einnahmen.

Norbert Lins (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir müssen aufpassen, dass wir beim Budget keine Einschnitte riskieren, welche unsere großen europäischen Ziele für die nächsten Jahre gefährden. Als Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses schaue ich natürlich genau aufs Agrarbudget. Schauen wir uns mal die Zahlen an, die Präsident Michel vorgelegt hat: Wir gehen von 382 Milliarden zwischen 2014 und 2020 auf knapp 330 Milliarden für 2021 bis 2027 zurück. Es wird also um über 53 Milliarden gekürzt, und das bedeutet 14 % Kürzungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht hinnehmbar. Wie sollen wir dann die Ziele des europäischen Grünen Deals erreichen? Wie sollen wir die *Farm to Fork*-Strategie umsetzen? Wie bleibt eigentlich Biodiversität in Europa erhalten? Das müssen wir doch mit den Landwirten machen und nicht gegen sie. Deswegen brauchen wir da ein auskömmliches Budget, damit die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten kann.

Δευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, ανήκω σε αυτούς που πιστεύουν στο ευρωπαϊκό όραμα που νοιάζομαι και αγαπώ την Ευρωπαϊκή Ένωση, γι' αυτό θέλω μια ισχυρή δυνατή, περήφανη, ηγέτιδα δύναμη στην ανθρωπότητα Ευρωπαϊκή Ένωση. Θέλω μια Ευρωπαϊκή Ένωση που θα μπορεί να ισχυροποιήσει τα σύνορά της, δημιουργώντας την ενιαία άμυνα και ασφάλεια και τον ευρωπαϊκό στρατό, για να μπορεί να υπερασπίζεται από την κυριαρχία της μικρής Κύπρου μέχρι και την κυριαρχία όλων των χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Γι' αυτό θέλω μία Ευρωπαϊκή Ένωση με ισχυρό κοινωνικό πρόσωπο, με ενιαία ψηφιακή αγορά, με πολιτικές που θα έχουν να κάνουν με την πράσινη ανάπτυξη, με την καταπολέμηση του καρκίνου, με πολιτική που θα δημιουργεί συνθήκες εργασίας για τα νέα παιδιά, μια Ευρωπαϊκή Ένωση που θα ανταποκρίνεται στα οράματα και τις προσδοκίες.

Ας μη γελιόμαστε: Πρέπει να μιλήσουμε με καθαρές κουβέντες στους Ευρωπαίους πολίτες. Ισχυρή Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να υπάρξει, αν δεν υπάρξει ισχυρός προϋπολογισμός, και ισχυρός προϋπολογισμός θα υπάρξει, αν επιτέλους αντιληφθούν οι χώρες μέλη ότι δεν μπορούν να έχουν ισχυρή Ευρώπη με τα λόγια αλλά καταβάλλοντας ισχυρή χρηματοδότηση. Τελειώνοντας, κυρία Πρόεδρε, θέλω να πω ότι οι Ευρωπαίοι πολίτες ανησυχούν, όταν τα χρήματά τους δίνονται σε χώρες και σε αυτούς που δεν εφαρμόζουν τις αρχές και τις αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και μια χώρα που παίρνει αυτά τα χρήματα, και διαμαρτύρονται οι Ευρωπαίοι γι' αυτό, είναι η Τουρκία, η οποία δεν πρέπει να λαμβάνει ούτε ένα ευρώ από τον ευρωπαϊκό προϋπολογισμό και από το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο.

Spontane Wortmeldungen

Mairead McGuinness (PPE). – Madam President, the minds of our leaders are naturally focused on the challenge of dealing with the virus, the coronavirus, but they have to make space for this issue about the future budget. I've been through several years where the debate on the budget has been tense and extremely difficult. I think this time it's worse, and I suppose the UK departure is being used partially as an excuse to do less rather than more.

All of us who deal with citizens in the Member States know that people come to us looking for support, looking for money for many projects, and we have policies that need to be funded. The Chair of the Committee on Agriculture and Rural Development, Norbert Lins, has already identified the issue for farmers, and there are serious threats to the agriculture budget from the various proposals on the table. This is not acceptable, because we want farmers to do more in the coming years rather than less, but if there is not sufficient funding it will be very difficult for them to do that. We need the leaders to act and to act now.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, yo estoy de acuerdo con lo que han dicho muchos diputados, incluidas la presidenta de mi Grupo y la portavoz de mi Grupo en esta materia, pero querría empezar haciendo una reflexión de carácter institucional por la dimensión constitucional que tienen la negociación del marco financiero plurianual y el funcionamiento del Consejo Europeo.

Nos encontramos en una situación en la que cuatro Gobiernos han tratado de imponer su voluntad al resto del Consejo Europeo y lo han hecho, en parte también, con una cierta connivencia por parte del presidente del Consejo Europeo y de la presidenta de la Comisión, que han aceptado su chantaje. Y esto lo que pone de relieve es que la regla de la unanimidad sigue paralizándolo Europa e imponiendo, en algunos casos, o facilitando la imposición de la voluntad de una minoría de Estados al conjunto de la Unión. Esto no es aceptable y por tanto tenemos que actualizar el funcionamiento de nuestras instituciones, aprovechar las pasarelas en el Tratado de Lisboa y también plantear la reforma del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señora presidenta, señor comisario, la acción pública, para ser creíble y eficaz, necesita proyectos y voluntad política, liderazgo y presupuestos. Los problemas a los que tratamos de responder desde la Unión —el cambio climático, la transformación de nuestro modelo productivo y energético, la transformación de la energía lineal en circular, las crisis de la inmigración— necesitan una acción concertada. Y sin un acuerdo razonable para este marco financiero plurianual dejamos a las instituciones europeas sin herramientas.

Luego, es muy fácil. Cuando un problema nos supera, es mucho más fácil echar la culpa de todo a Bruselas. Sin presupuesto, sin herramientas, sin instituciones europeas sólidas, la inacción, los errores propios, la incapacidad para llegar a acuerdos, las miserias y los egoísmos nacionales son más fáciles de endosar a la Unión Europea. Este Parlamento que codecide —no lo olvidemos— no va a aceptar un mal acuerdo.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Wir reden heute über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, und ich finde, da muss man auch sagen: Wir verlieren in der EU jedes Jahr viele Millionen Euro Steuergelder an Korruption. Wir haben in einer Reihe von Mitgliedstaaten ein systematisches Problem. Transparency International hat zum Beispiel aufgezeigt: Millionen von EU-Steuergeldern fließen an den Milliardär und Premierminister Babiş. Und gleichzeitig sehen wir eben auch im Budget, dass wir viel zu wenig Geld für die Institutionen ausgeben, die genau das verhindern sollen: Korruption, Betrug, Missmanagement. OLAF, Eurojust, die Europäische Staatsanwaltschaft – alle haben zu wenig Ressourcen, und gleichzeitig binden wir die Mitgliedschaft bei diesen Institutionen, gerade bei der Europäischen Staatsanwaltschaft, nicht an das europäische Budget. Das heißt, die Einhaltung der Grundregeln, der Kampf gegen Korruption wird nicht mit der Auszahlung von EU-Geldern verknüpft. Ich finde, das geht nicht, das ist ein Verrat an unseren Werten. Wir brauchen einen funktionierenden Rechtsstaatsmechanismus, der endlich dafür sorgt, dass Korruption bekämpft wird, dass die Grundwerte eingehalten werden. Das muss die Bedingung für EU-Gelder sein.

Ruža Tomašić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, izlaskom Ujedinjene Kraljevine iz Europske unije nastala je poprilična proračunska rupa koju neće biti lako zakrpati.

Migracijski izazovi, epidemija koronavirusa i slični globalni izazovi tu zadaću čine još težom. Pri donošenju Višegodišnjeg financijskog okvira moramo jedno imati na umu. On mora održavati europski duh solidarnosti i ambiciju dugoročnog ravnomjernog razvoja Unije. U protivnom neće ispuniti svoju zadaću i stvoriti ćemo samo dodatne podjele. Postoji opasnost da slabije razvijene članice ostanu zakinute za sredstva za koheziju i poljoprivredu.

Bio bi korak u pogrešnom smjeru i jasna poruka sadašnjim i budućim članicama da članstvo u Uniji više ne donosi vrijednosti kakvu je nekad donosilo onima koji kaskaju u razvoju i vjerujem da bi to dodatno oslabilo međusobno povjerenje i stvorilo preduvjete za nove podjele koje bi u konačnici stabilizirale Uniju.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, for me, the discussion around the MFF really exposes what European values are, because the problem isn't that agreement hasn't been reached or that some programmes will be cut – the real problem is the areas of expenditure that are being prioritised by the Commission and the Council.

This is a budget defined more than anything else by an enormous domination of expenditure on security and defence and on border management. The obscenity that the same arms companies that benefit from the wars that make people refugees are going to benefit from the contracts in us reinforcing our borders to keep them out. We've seen it in the decision last week to give EUR 700 million to Greece as a shield – a shield for Europe and not a single word about the adherence to international law, the right to asylum, the need for a new migration pact. The pursuit of militarism in this EU will not meet the expectation of citizens and it's a failure for all.

Loránt Vincze (PPE). – Madam President, the failure to reach an agreement on the MMF in February was brushed off by many as a necessity for talks to succeed later on, but the negotiation also had to fail because it started from a totally wrong premise – that Europe is divided between generous benefactor countries and poor ones living off handouts. It failed to consider how closely the EU budget is interlinked with the Single Market that everybody benefits from. It overlooked all the dividends for all the Member States from the internal market, as well as the indirect benefits they receive from the implementation of the cohesion funds.

In reality, the EU budget is not a financial burden, it is an investment tool. In reality, it is not fair that today Member States benefiting from rebates contribute less to the EU budget as a share of GNI than others. The non-transparent and unfair system of rebates has no reason to exist in an EU which wants to be strong, cohesive and relevant.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, cetățenii europeni s-au săturat de acest joc în jurul bugetului european. Avem nevoie de un viitor cadru financiar multianual de calitate, avem nevoie de un buget acum, care să răspundă nevoilor pe care le au cetățenii europeni. Avem nevoie să începem viitorul program rapid, să nu mai existe o întârziere de un an sau chiar de doi și avem nevoie, practic, de continuitate.

Avem nevoie din partea instituțiilor europene să reacționeze într-o manieră coerentă. Pe de o parte, Comisia Europeană ar trebui să fie mai implicată, mai activă. Nu este normal că a acceptat propunerea lansată de Președintele Consiliului European. Nu este normal că nu a apărut suficient cetățeanul european în aceste negocieri. De cealaltă parte, Președintele Consiliului European a venit cu o propunere inacceptabilă și a pus pe masă o propunere care nu a fost discutată cu Parlamentul European, pe care noi nu o putem accepta și acest lucru este clar din dezbaterea de astăzi.

Nu vorbim de bani alocați Uniunii Europene, vorbim de bani pe care noi îi alocăm, statele membre, pentru a dezvolta această Uniune Europeană, pentru a răspunde la crizele majore cu care suntem confrunțați și trebuie să gândim acest buget într-o manieră constructivă, axat pe dezvoltare, axat pe dezvoltare sustenabilă.

Valter Flego (Renew). – Poštovana predsjedavajuća, izrada proračuna nikad nije jednostavan posao. To vam mogu reći i kao bivši gradonačelnik i kao bivši župan, ali ako nešto radite s puno puno iskrenosti i dobre vjere, onda je moguće postići dogovor, ali da biste to učinili onda treba različita ega smiriti, treba definitivno dvoličnost ukloniti i treba vjerovati u jasne prioritete.

Zato i kažem, proračun mora biti zamašnjak i digitalizacije i borbe protiv klimatskih promjena i sigurnosti i poljoprivrede, a sve to skupa ja trenutno u ovom prijedlogu proračuna ne vidim. Iz tog razloga želim poručiti odavde da ovaj Parlament, dok ne vidi takav prijedlog proračuna, reći će ne, a da bismo došli do jednog kvalitetnijeg, jasnijeg prijedloga proračuna, odnosno aktivnosti sljedećih sedam godina, molimo vas, budite solidarni ne samo na riječima nego i u eurima.

Franc Bogovič (PPE). – Gospa predsednica! Hvala za besedo. Evropski svet se je na zadnjem zasedanju osredotočil zgolj na procente in pokazal različna stališča neto plačnic, neto prejemnic. Vendar je proračun dosti več.

Proračun je tako na eni strani odgovor na koronavirus in izzive, ki jih bo ta virus povzročil, na drugi strani ima Evropa velik pritisk na evropske meje. Ne vem, če je sedaj realna ocena Sveta, da bi zmanjšal za skoraj 40 procentov število ljudi, ki branijo evropske meje. Pritiski se bodo nadaljevali. Vojaška ogroženost je na nek način podobna zadeva: čutimo, kaj se nam dogaja na turški meji.

Pozabili smo na samooskrbo, kar se tiče kmetijstva. Kaj bomo storili za to, da se ne bodo izseljevali ljudje iz enih delov Evrope, iz revnejših se selili v druge. In na vse to je treba pomisliti pri sestavi proračuna in takšnega proračuna, kot je sedaj, sam zagotovo ne bom podprl.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, domnule comisar, eu cred că prelungirea unei decizii este o rușine. Nu înțeleg cetățenii cum trei oameni, patru oameni, chiar 27 de șefi de stat să fie mai mult decât reprezentanții cetățenilor, Parlamentul European, reprezentanții cetățenilor, până la urmă, prin comisari.

Domnule comisar și doamnă președintă, îmi pare rău că nu avem aici Consiliul prezent, când noi discutăm ce au decis ei în 20 și ce vor să facă. Eu sunt vicepreședintă a Comisiei pentru piața internă; nu se poate ca la piața internă să acceptăm o tăiere de 31 %. Nu se poate, la digitalizare, la IMM-uri, la cercetare, la Orizont, la politica agricolă comună. Despre ce buget vorbim noi aici?

Eu cred că trebuie, așa cum s-a mai spus aici, să acționăm, pentru că nu putem să așteptăm să decidă cele 27 de state acum, când avem încă două crize: migrația și criza cu coronavirusul. Vă mulțumesc și sper, domnule comisar, că veți transmite acest mesaj.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Madam President, I would like to reassure Ms Grapini that I will definitely inform the President and the College of Commissioners about the debate, which I think was marked by two very important elements, underlined in almost all interventions in this House.

The first was a sense of urgency, and here I could not agree with you more. We need to get the budget as soon as possible; in my introductory remarks I already described to you the dire consequences of acting late. Therefore, we have also called on the President of the European Council to work closely with the Parliament and the Commission to hold the summit as soon as possible – this time hopefully with a positive outcome.

Second, I think a very important element, which I felt in all interventions, was the sense of ambition, that we simply want a Europe that strives for more, despite the fact that our British friends are leaving us. It was underlined in the interventions by Madame García Pérez that we need a budget of a sufficient overall size, and that – as Mr Fernandes and Mr Lins underlined – we need a budget which would enable us to respond to the challenges ahead because, as Ms McGuinness has said, if we don't have proper funding, how are we going to convince our farmers that we need to invest more in a Farm-to-Fork Strategy? How are we going to create that huge investment fund which we want to use to modernise Europe, to invest in the Green Deal project and to prepare the industry for this important twin transition – digital and green – that we are going through? We also need to be much better prepared for contingencies. I think it was underlined in the interventions by Ms Marques and Mr Ciolos that we need to have some flexibility in the budget to respond adequately to all the challenges and unexpected emergencies we have to face.

Almost all of you referred to the situation at the Turkish-Greek borders and to the coronavirus. These are exactly the situations where European citizens expect us to act and act fast. I think that on both occasions we did our utmost and my dear colleague Ylva Johansson is here to debrief you on the details of the visit of the three Presidents to the Greek borders and on all the contingency planning we are doing in the Commission.

I think that what is very important right now is to focus on the deal – to focus on the agreement – because I believe none of us want to disappoint our young generation and tell them that next year there is simply No Erasmus. Nobody wants to disappoint the citizens who came out to vote in such large numbers and who sent us a clear message to prepare Europe for the important Green Deal transition because, put simply, we need to lead by example and we are in the best position to do so.

So all these are tasks which we have to deal with. We therefore hope that, together with you, in the spirit of the close cooperation we have had, we will be able to push for an ambitious budget – a budget which responds to the expectations of our citizens. We agree with you that there is no time to lose. So thank you very much for your support. Let's cooperate very closely on this until we get the ambitious budget that Europe needs.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Mi, a FIDESZ–KDNP európai parlamenti képviselői is ambiciózus költségvetést szeretnénk Európának, legyen az EU GNI 1,3%-a a hétéves pénzügyi keret! A Parlament állásfoglalásában világosan kimondtuk, a következő hét évben sem csökkenhetnek a tradicionális EU politikák, a közös agrárpolitika és a regionális fejlesztési politika keretei. Az Európai Parlament kiáll a „Kohézió Barátai”-ból az „Ambiciózus Európa Költségvetése” csoporttá alakult 17 ország törekvése mellett, ne a gazdagabb országok fukarsága határozza meg Európa jövőjét. A legnagyobb és a legkisebb költségvetési javaslat között háromszázötven milliárd euró a különbség, ami talán soknak tűnik, de valójában azt jelenti, hogy az európai állampolgároknak havi kilenc euróval kellene többet befizetniük a közös költségvetésbe. Ennyit megér az európai jövő. Az állam és kormányfők tárgyalását figyelve megbukni látszik az elképzelés, amely összekötné a jogállamiság ügyét az uniós kifizetésekkel. Véleményünk szerint itt elvi kérdésről van szó. A helyzet az az, hogy az európai történelem legrosszabb hagyományait felelevenítő módon, meglévő politikai véleménykülönbséget a jog eszközeivel, egy önkényes alapon kiróható durva jogi büntetés kilátásba helyezésével akarják megoldani. Ez nem európai módszer. Ez ellentétes az európai demokráciával. Tehát a demokráciát védő megközelítésből utasítjuk el ezt a politikai okok miatt kiróható büntetés elvére épülő elgondolást. Ilyen megoldás nem elfogadható Magyarország számára.

Rovana Plumb (S&D), in writing. – Talking about the budget means talking about the EU's future. Sufficient funding is key to achieving common ambitions such as fighting climate change, the digital and ecological transformation, dealing with the social consequences of the later and continuing to support regions and cities, farmers, young people, researchers or entrepreneurs. The European Parliament adopted its position in November 2018 and re-confirmed it in October 2019. Unfortunately, the Council, as co-legislator has not been able to agree on a position yet. The proposal of reducing the funds for cohesion policy is unacceptable. How can we strengthen economic and social cohesion by reducing disparities in the level of development between regions if we reduce the funds for cohesion policy? Therefore we need a budget proposal that will not leave people and regions behind.

Susana Solís Pérez (Renew), por escrito. – Estamos en un momento clave para el futuro de Europa, en el que se va a decidir el próximo presupuesto europeo, que tendrá que hacer frente a los grandes retos que tiene la UE: la transformación digital, la lucha contra el cambio climático y la migración. La salida del Reino Unido ha dejado un agujero en los presupuestos que no puede traducirse en recortes en partidas fundamentales, para conseguir una Europa fuerte que no deje a nadie atrás.

En España estos recortes pueden tener un gran impacto, especialmente en las zonas rurales, ya que la política agrícola común sufriría un recorte del 14 % y el desarrollo regional uno del 12,7 %. Es decir, afectarían directamente a nuestros agricultores y pymes.

Para que el presupuesto tenga el tamaño adecuado es urgente una reforma de los ingresos de la UE. Los nuevos recursos propios son una oportunidad para combatir la elusión fiscal de las grandes empresas y para hacer pagar a los grandes contaminantes por su deterioro del medio ambiente.

9. Tagungskalender: siehe Protokoll**10. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll****11. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll****12. Die Lage von Migranten an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei und die gemeinsame Reaktion der EU (Aussprache)**

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Lage von Migranten an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei und zur gemeinsamen Reaktion der EU (2020/2594(RSP)).

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Madam President, I would like to thank you for this very timely debate. Since the start of our Presidency, this is the third time that we are discussing in the plenary the situation at our external borders. This shows the importance this Parliament gives to this issue, and we fully endorse it.

Let us start with the situation on the Greek borders, which is indeed the most pressing one. Greece has been under considerable pressure since 27 February 2020, following the announcement of Turkish authorities on opening borders towards the EU. According to some reports, there were some 20 000 persons inside the border area on the Turkish side trying to move towards the Greek sea and land borders. However, due to the timely reaction, both on operational and political levels, massive illegal border crossings did not take place. Despite certain incidents, we can say that the current situation is stable, both on land and sea borders.

Last week, Home Affairs Ministers met for an extraordinary Council meeting to discuss the situation at the EU's external borders with Turkey. In line with the strong statements made by the Presidents of the EU institutions the day before their visits to the Greek-Turkish border, the Ministers expressed strong solidarity with Greece, but also with other Member States which might be similarly affected in other efforts to manage the EU's external borders. The Ministers sent a clear message that, while we acknowledge the increased migratory burden and risk that Turkey is facing on its territory, and the substantial efforts it has made in hosting 3.7 million migrants and refugees, we strongly reject Turkey's use of migratory pressure for political purposes. The EU and its Member States remain determined to effectively protect the EU's external borders, and illegal crossings will not be tolerated. In this regard, the EU and its Member States will take all necessary measures in accordance with EU and international law.

The current situation at our external borders is not acceptable. We express clearly our expectations that Turkey will continue with the full implementation of the 2016 Joint Statement. The Joint Statement produces tangible results in both the EU and Turkey, and we are therefore in favour of the continuation of this cooperation and commitment. The EU wants to continue supporting refugee communities in Turkey, as it has been doing for the past years.

Migrants should not be encouraged to endanger their lives by attempting illegal crossings by land or sea. The Council called upon the Turkish Government and all actors and organisations on the ground to relay this message and counter the dissemination of false information. Linked to this is the thriving business of organised crime networks and opportunistic migrant smugglers, which we will continue to fight actively. These messages were again clearly stated by our Foreign Ministers following the Foreign Affairs Council on 6 March, which took place in Zagreb.

As you know, yesterday, President Michel and President von der Leyen met President Erdoğan. The leaders discussed bilateral relations, the implementation of the EU-Turkey statement as well as the crisis in Syria. President Michel said, after the meeting, that it had been a step in the right direction, as both Turkey and the EU need to work on the full implementation of the EU-Turkey statement on migration in order to de-escalate the situation.

The leaders decided to task High Representative Borrell and the Turkish Minister for Foreign Affairs with working over the next few days on clarifying the implementation of the deal between Turkey and the European Union. President Michel noted that the meeting had clarified a number of aspects relating to the implementation of the statement, and, in particular, had provided an opportunity to show how the EU has implemented its financial commitments, including the pledge to mobilise a total of EUR 6 billion to support refugees in Turkey.

Coming back to the situation in Greece, our response has so far been the following: last week, Frontex launched two calls for rapid intervention upon Greece's request – one for the sea border and one for the land border. Deployments of additional staff under the rapid reaction pool, and technical assets under the rapid reaction equipment pool, are taking place. Greece also activated the Union Civil protection mechanism for equipment that will help them provide arriving migrants with basic non-food items such as medical equipment, shelters, tents, blankets and other necessary supplies.

Member States have been very responsive and quick in their reaction, and the Commission has been efficient in coordinating efforts. The Commission has offered immediate assistance of EUR 350 million to Greece, which is available to support border and immigration management. The Commission also announced an additional EUR 350 million to further support the Greek authorities. The European Asylum Support Office will issue the call for 160 experts to be deployed in Greece, as soon as discussions with Greek authorities have been finalised.

In addition, it is important to further strengthen regional and operational cooperation with our partners. The Commission has proposed to further develop its coordination mechanism with the Western Balkan countries, the pending status agreement between the Western Balkan partners and Frontex should be completed as a matter of priority and quickly implemented.

All these actions are a strong expression of our solidarity with Greece. They show we are firm, united in our commitment to protect the external borders. We will continue to closely monitor the situation at the EU external borders and ensure coordination between all those involved through the relevant channels.

In a similar vein, the Presidency will continue the cooperation with the Western Balkan partners in addressing migratory challenges. The Justice and Home Affairs Council will meet on 13 March to follow up on the EU's response to the migratory situation. The Council and the Commission will continue to monitor the situation and coordinate EU action.

On the border between Bulgaria and Turkey, we were informed the situation is stable. There is no increase in the number of illegal border crossings. However, the situation has to be closely monitored and we should increase our level of preparedness.

Concerning the western and central Mediterranean routes, we have not observed deterioration in the overall migratory situation, but we remain vigilant on all routes. I will let the Commission elaborate on the specific points of this action plan, presented last week, for the comprehensive assistance that the EU provides to improve the situation at the Greek-Turkish border.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Mr President, we are faced with an urgent and serious situation at our external borders. I am worried about the situation and I know that I share these concerns with you.

It is absolutely necessary that we, the European Union, protect our external borders, but it's also absolutely necessary that we defend our fundamental rights and values, including the right to asylum. It's our legal and moral duty to do both and I can hear sometimes in the debate that there should be a contradiction between these two, and that's not true. It's absolutely possible both to defend our external borders – of course it's not Turkey that decides about the EU's external borders – but it is also possible to combine this with the right to asylum and to stand up for fundamental human rights and for our values.

I think that our most urgent concern is people, human beings. We need to support and protect people who are, right now, living under unacceptable conditions. In this situation, there are three things that we need to deliver at a European level. First, as I mentioned, support for people. We have a lot of people who are already in a difficult situation, who have been brought to the border under false pretences and are now in a very difficult situation. Even worse, I should say, is the situation for people on the islands, on the Greek islands, people in *[inaudible]* hotspots, living in unacceptable conditions and who have been doing so for quite a long time, vulnerable people. Also families with children; unaccompanied minors; people with sickness and disabilities. But let me also mention the islanders themselves, Greek citizens that are also under high pressure living on the islands.

Second, support for Greece of course. Greece manages entry at our common EU border, and we are now facing politically-motivated pressure at the European external border. It's necessary that we support Greece, and we are supporting Greece, and we are now taking urgent measures in all these areas. And third, of course we must share responsibilities for supporting Syrian refugees, also in Turkey.

As you all know, last week the Presidents of the European Parliament, the European Council, the Council and the Commission visited the Greek-Turkish and Bulgarian-Turkish borders, stressing our unity, commitment and solidarity.

Last week also, the Commission presented an action plan on measures to be taken by the Union and the Member States together to provide critical support to Greece. As a result, together with the Member States and our agencies, we agreed on a number of concrete steps.

First, we agreed to support Greece and other countries to handle this situation, to protect our external borders and support people. Greece is obliged to protect its borders and the EU external borders, but it also has to do this with proportionate measures. With the launch of two rapid border intervention operations by the European Border and Coast Guard at the land and sea borders between Greece and Turkey, an additional 100 border guards will be deployed as well as assets like helicopters and boats. Frontex stands ready to coordinate a new programme for the quick return of irregular migrants from Greece to countries of origin.

The European Asylum Support Office is also ready to accelerate the deployment of experts to support in Greece. At the request of Greece, the Civil Protection Mechanism has been activated; 16 Member States have so far pledged support to Greece. That, I think, is European solidarity in action and in action quite quickly. Member States are assisting Greece by sending medical equipment, medical teams, shelters, tents, blankets, and a lot of other items that are needed.

We also need to give financial support. The Commission will immediately make available EUR 350 million with a possibility to increase this by another 350 million through an amending budget, and this will be used to increase the reception capacity and the living conditions for the migrants on the islands and on the mainland. It will be used to support the provision of services such as healthcare, food provision and transportation, to support the Greek asylum service, and to strengthen the ongoing voluntary return programme.

Tomorrow evening I will go to Greece and on Thursday I will meet with the Greek Minister and the authorities to discuss how we should implement this action plan, and of course I will also ask the Greek Government how they will act now to make sure that they comply with EU law and the right to asylum, and also with the principle of *non-refoulement*.

Second, our relationship with Turkey. The EU-Turkish statement remains valid. We must continue our dialogue, we must de-escalate the rhetoric and decrease the tension. That involves finding a path forward with Turkey.

The lines of communication with Turkey remain open and active. With Turkey, we share a joint responsibility for refugees and a joint commitment to the statement. That is why we're continuing a constructive engagement. As you all know, yesterday evening President von der Leyen and President Michel had a constructive dialogue with President Erdoğan. The two Presidents expressed very clearly to President Erdoğan their commitment to move forward with a perspective for migrants and stability in the region. On our side we are delivering on our commitments in the EU-Turkey statement by having provided safe and legal pathways to Europe for over 26 500 Syrian refugees, and by supporting schools, healthcare and basic services for Syrian refugees in Turkey.

We must relieve the pressure that has been brought on the border, and the main way to do that is, of course, a dialogue together with Turkey, but we also must ensure that the right to asylum is respected.

To conclude, let me say that the situation at the European external border towards Turkey is worrying, but I also must say that this is not 2015. We are much better prepared now to manage the situation because we know better what to expect. We have reinforced our agencies, we have strengthened, we now have Frontex, we have the European Asylum Support Office. We have more willingness to cooperate between Member States and we have stronger structures between the Member States. That's why it is possible for the European Union to react so quickly in support to Greece and to the external borders of the European Union.

But let me also say that, even if we are much better prepared in 2015, we are not well prepared enough, and what we are lacking is a common European migration and asylum system. This is really a problem for us and this has been my task since I took office. I have had constructive dialogues with all the 27 Member States and a lot of dialogues here in this Parliament on this topic to find a compromise forward for a common approach so that we together will be better prepared to face migration and asylum together in the European Union.

And I must say that these dialogues have been constructive. We all know it's a difficult task, of course, but at least I'm more optimistic now than before I started the dialogues and I'm preparing now the proposals and you can expect them to be presented after Easter.

Let me conclude with one aspect; I think I share it with many of you. It is the situation for children and maybe especially those that are without their parents – unaccompanied children, minors, teenagers. One third of all children arrive in Greece without parents or family, around 5 500 children and teenagers in total according to Europol; 10% are younger than 14 years old. They face violence, abuse and exploitation.

Many of them just disappear from their asylum reception centres and we don't know where they are. I'm afraid that many of them fall into the hands of criminals. Sometimes the same criminals who traffic migrants also traffic people for sexual exploitation. Just imagine being a 15-year-old, fleeing, searching for a better life. Imagine how afraid you would be alone under these circumstances and at risk of being a victim for abuse and trafficking.

My mission, together with the Greek Government, is to put in place a process to protect and care for these vulnerable children and teenagers. I want to find solutions that will help unaccompanied migrant minors, in particular on the Greek islands, with relocation to other Member States, with medical aid, with housing, with safety, protecting them from being victims of trafficking.

On Thursday, I will be in Greece together with President von der Leyen. This is the aim of our purpose: to continue or to develop new ways to protect these unaccompanied minors. I call on all Member States to help these children and these youngsters and to welcome them. That's the spirit of solidarity we need that will see us through these difficult times.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kommissarin Johansson! Sie haben ja gemerkt, dass wir Schwierigkeiten mit der Mikrofonanlage haben. Wir versuchen, sie zu stabilisieren. Es sieht so aus, dass diejenigen, die aus der ersten Reihe sprechen, mit einem drahtlosen Mikrofon sprechen, während die in der zweiten Reihe – wir versuchen es zumindest mal – nach dem bisherigen System sprechen können und die normale Anlage benutzen können.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ist das Lagebild wichtig, das wir an der griechisch-türkischen Grenze haben. Ich bedanke mich dafür, dass sowohl Rat als auch Kommission hier ein klares Bild gezeichnet haben: Erdoğan benutzt das Leid der Menschen für seine politischen Interessen. Das ist die Realität an dieser Grenze. Und die andere Realität ist, dass Kyriakos Mitsotakis mit seiner griechischen Regierung das europäische Recht an dieser Grenze umsetzt. 2015 darf sich nicht wiederholen, Europa lässt sich nicht erpressen! Das ist die Realität an dieser Grenze; deswegen hat zunächst einmal die griechische Regierung volle Unterstützung verdient. Und wenn wir es noch mal mit 2015 vergleichen, dann darf schon gesagt werden: Wir haben heute eine andere Lage an der Grenze, weil wir heute in Athen eine Regierung haben, die in der Lage ist, die Grenze zu sichern. Das war 2015 mit Tsipras nicht der Fall. Das ist die Realität, und deswegen ist es richtig, dass wir das unterstreichen.

Ich möchte Danke sagen bei den drei Präsidenten, die nach Griechenland gefahren sind und die griechische Regierung unterstützt haben. Die Europäische Union steht an der Seite Griechenlands. Und wir als EVP haben auch volles Vertrauen in die handelnden Beamten. Diejenigen, die dort vor Ort tätig sind und ihren Job durchführen, wollen keine Gewalt anwenden. Und alle griechischen Beamten, die dort tätig sind, werden europäisches Recht auch respektieren.

Was ist jetzt zu tun? Erstens: Bevor wir einen Dialog mit der Türkei starten, der notwendig ist, muss Erdoğan deeskalieren, das heißt, an der griechisch-türkischen Grenze dafür sorgen, dass wir wieder zu geordneten Verhältnissen kommen.

Zweitens: Griechenland braucht unsere Unterstützung – mit Geld, mit Frontex, mit Zelten, so wie das bereits jetzt am Laufen ist.

Drittens: Wir sind bereit für ein erneuertes Abkommen mit der Türkei. Aber die Zahlungen sollten weiterhin direkt an die Hilfsorganisationen gehen. Wir als EVP sind nicht bereit, das türkische Staatsbudget zu finanzieren, aber wir sind bereit, die Flüchtlinge in der Türkei zu unterstützen. Und wir sollten auch nicht vergessen, dass auch Libanon und Jordanien weiter hohen Bedarf an Unterstützung haben. Es sollte nicht nur die Türkei im Mittelpunkt stehen.

Viertens: Wir brauchen eine Lösung für die Menschen in Lesbos. Frau Kommissarin, Sie haben auf die unsägliche Situation vor allem für die unbegleiteten Kinder hingewiesen. Deswegen begrüßen wir, dass es jetzt endlich den Willen für eine Koalition der Willigen auf europäischer Ebene gibt, die bereit sind, auch Menschen in Not aufzunehmen. Es ist dringend notwendig, das anzupacken.

Das Fünfte: Die Entwicklung ist ein Weckruf für die Europäische Union, jetzt bei der mittelfristigen finanziellen Vorausschau, die wir vorhin diskutiert haben, endlich ehrlich zu sein. Vor zwei Wochen haben die Staats- und Regierungschefs beschlossen, Frontex zu kürzen. Sie haben beschlossen, dem Grenzschutz weniger Geld zu geben. Das ist indiskutabel! Die Mitgliedstaaten müssen sich endlich ehrlich klar machen: Wollen wir einen gemeinsamen Außengrenzschutz? Dann müssen die Staaten auch bereit sein, die notwendigen Gelder bereitzustellen. Und wir brauchen einen Durchbruch bei der legislativen Vorlage. Frau Kommissarin, wir warten da auf Ihre Vorschläge, die ja nach Ostern dann kommen sollen. Und wir werden Sie konstruktiv begleiten. Wir brauchen einen neuen Aufschlag, um voranzugehen.

Die eigentliche Ursache der Entwicklungen ist natürlich Syrien, wo Erdoğan zu Recht sagt, dass Europa endlich aktiv werden und nicht nur kommentieren soll. Und deswegen: Europa braucht mehr Ambition, geopolitisch zu handeln, und Kyriakos Mitsotakis braucht unsere volle Unterstützung. *We stand by Greece!*

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en los últimos días hemos sido testigos de la actitud temerosa del presidente de Turquía al utilizar la vida de seres humanos vulnerables en búsqueda de su propio beneficio político. Pero, a pesar de esta conducta inmoral, tenemos la obligación de actuar con responsabilidad.

Debemos prestar todo el apoyo a Grecia. Grecia merece nuestra responsabilidad. Porque Grecia está siendo víctima de la falta de responsabilidad del Consejo ante el bloqueo de la reforma de Dublín. Y permítame, señor Weber: me parece muy irresponsable por su parte que haya hecho esa referencia al cambio de gobierno en Grecia, porque las mismas dificultades que encuentra hoy el Gobierno para ser capaz de actuar ante esta situación las tuvo el anterior Gobierno. Es muy irresponsable hacer una utilización política de esta cuestión, mucho. Pongámonos de acuerdo en lo que tenemos que hacer y no usemos esta desgracia de muchas personas para atacar a un gobierno nacional.

Siendo conscientes de ello, los socialdemócratas no podemos dejar de lamentar que el debate haya girado únicamente en torno a la protección de nuestras fronteras, mientras que olvidamos a los miles de personas, en campos de refugiados o en tierra de nadie, que están sufriendo las consecuencias. Las imágenes que hemos visto en la frontera de Grecia con Turquía son estremecedoras. Sí, los Estados miembros tienen el derecho de ejercer un control efectivo de sus fronteras, pero dicho control debe realizarse en estricto cumplimiento del Derecho internacional.

No sé si la presidenta Von der Leyen piensa lo mismo, porque, cuando visitó Grecia y tuvo una reunión con su Gobierno, defendió con orgullo que ese Gobierno, que el Gobierno de Grecia actúe como escudo de Europa. ¿Escudo de qué? Los escudos se utilizan para protegernos de las armas, y estamos hablando de la vida de personas, de seres humanos, de seres vulnerables. Escudos no, protección.

Nos gustaría escuchar qué piensa la Comisión ante la decisión unilateral por parte del Gobierno griego de suspender todas las solicitudes de asilo durante un mes. ¿Esto significa que la Comisión Europea ignora la Convención de Ginebra? Me gustaría recordar su papel como guardiana de los Tratados, porque el artículo 78, apartado 3, del TFUE establece que cualquier medida en este sentido requiere una decisión del Consejo a propuesta de la Comisión y previa consulta del Parlamento Europeo.

Si queremos acabar con este drama, debemos trabajar en todos los frentes. Porque no habrá solución a esta crisis humanitaria si no se pone fin a la contienda civil en Siria. La Comisión y el Consejo tienen una responsabilidad crucial. La señora Johansson hoy nos ha anunciado la presentación de este paquete, que estamos esperando, porque es urgente y necesario. Tenemos que tener en cuenta que la solidaridad con Grecia no puede ser incompatible con el respeto a las leyes internacionales. Actuemos con esa responsabilidad... *(el presidente retira la palabra a la oradora)*.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I would like to thank the Council and Madam Commissioner for her very heartening speech.

Today we are facing the consequences of four years of inertia: the government leaders who've been sitting on their hands since 2015 are now crying big crocodile tears because they've been cornered by Mr Erdoğan, which cannot come as a surprise. Europe has abandoned its citizens and Europe has betrayed its values. So now let's try and use this crisis to do better. I think that our adjusted work schedules should not be a reason for not doing our parliamentary job as a co-legislator and a budget authority.

Firstly, we urgently need to relocate people from the islands, with priority for unaccompanied minors and families with children. I find the refusal of most Member States – fortunately not all – to relocate people from the islands an absolute disgrace. I would like to praise the local authorities, who have been a lot more generous and welcoming – and very often wiser – than their own national governments. Yes, Europe also has to renegotiate with Mr Erdoğan. Not a statement, which is basically no more than a press release, but a proper international, enforceable agreement under EU law and under the scrutiny of this House. But, more importantly, Europe needs its own asylum and migration policy and we're very interested to see what the European Commission will propose. But let's be clear: we're not in the business of rubber-stamping here. We will play our full role as a co-legislator and not sign on the dotted line.

As for the EUR 700 million which have been so generously promised by the Commission and Council, we would like to know, again as the budget authority, what the money is for before we sign up for the EUR 350 million.

Finally, all allegations of violence by the authorities – and that includes Frontex – will have to be investigated by an independent authority.

Colleagues, let's use this crisis to end the paralysis and let's show the citizens that we can deliver.

(Applause)

Annalisa Tardino, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, signora Commissario, la situazione degli hotspot in Grecia, di cui avevamo già discusso invano, ha assunto tratti ancora più drammatici, a causa della debolezza dell'Europa di fronte ai ricatti di Erdoğan.

Isole con presenze superiori sei volte la capienza ordinaria, bambini in condizioni disumane nei campi profughi, frontiere aperte e milioni di immigrati in arrivo dalla Turchia: una fotografia desolante! La Grecia è sola, come lo era l'Italia.

E l'Europa che cosa fa? Incontra Erdoğan, come se non fossero già troppi i miliardi di euro erogati sino ad oggi, mentre tagliamo i fondi per l'agricoltura e mentre ancora la Presidente von der Leyen deve valutare se sostenere economicamente l'Italia di fronte all'emergenza coronavirus. Invece che sanzionare la Turchia, noi negoziamo. Questa è l'Europa che non ci piace!

Abbiamo ascoltato parole come difendere i confini europei: la Grecia è il nostro scudo, bene, complimenti! Noi della Lega lo sosteniamo da anni che difendere i confini è la soluzione, così come indichiamo da anni il problema turco.

Passate ai fatti: il tempo a vostra disposizione si è esaurito, così come la pazienza dei cittadini europei.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, what we're witnessing here is a humanitarian catastrophe in many dimensions. We have one catastrophe of a humanitarian dimension at the Greek-Turkish border, but we also have one on the Greek islands, and we have one – let's not forget about that – in northern Syria around Idlib. It's the fate of those women, of men and children – that is the crisis, and that is what we need to care about.

It is shocking that Europe will only care about refugees when they pose a problem at our own borders. It is shocking how Europe answers people in need with tear gas, with breaking the law and with suspending human rights. Is that what we really want to be?

Those who are fleeing from a war, those who need protection, and those who are living in unbearable conditions on Greek islands or anywhere else, they need our solidarity. The EU needs to support the Member States on the borders, but it completely fails if this support is understood as just more policing and keeping people out. Rather, the EU should support Greece with applying international law by a rapid redistribution of the people trapped on the islands or at the border. The EU should focus on safely distributing the refugees. Hundreds of municipalities all across Europe have volunteered to accommodate refugees. They are real heroes, and those communities deserve our praise and they deserve our support. Europe cannot just turn a blind eye if it wants to be worth anything. It needs to help because we are all human beings and we are all equal.

Εμμανουήλ Φράγκος, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, τις τελευταίες μέρες οι Έλληνες βιώσαμε και βιώνουμε έναν υβριδικό πόλεμο από την Τουρκία στα σύνορά μας στον Έβρο. Έναν πόλεμο στον οποίο δεν έχουμε ως θύματα λαθρομετανάστες, όπως δυστυχώς προσπαθούν να μας παρουσιάσουν οι πολιτικοί της Αριστεράς, ανάμεσά τους και οι Έλληνες, αλλά έχουμε ως θύτες μισοδοφόρους τζιχαντιστές, οι οποίοι ακολουθώντας τις εντολές του Ερντογάν προσπαθούν να εισβάλουν παράνομα στην Ελλάδα. Είναι ντροπή που λόγω και των πολιτικών της Ευρωπαϊκής Ένωσης τέτοιου εντολοδόχου κατακλύζουν σήμερα τα ελληνικά νησιά και την ελληνική ενδοχώρα και συντηρούνται από μια σειρά ΜΚΟ των οποίων βασικός χρηματοδότης είναι ο Σόρος. Για τον λόγο αυτό καλούμε την ελληνική κυβέρνηση να σταματήσει να ακολουθεί τις οδηγίες αυτής της Ευρωπαϊκής Ένωσης και να ακολουθήσει τις τρεις βασικές προτάσεις της Ελληνικής Λύσης για το λαθρομεταναστευτικό, οι οποίες είναι σφράγισμα των ελληνικών συνόρων, μεταφορά όλων των λαθρομεταναστών σε ακατοίκητα νησιά και απέλασή τους και κλείσιμο όλων των ΜΚΟ.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 171 παράγραφος 8 του Κανονισμού)).

Πέτρος Κόκκαλης (GUE/NGL), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Κύριε Φράγκο, διαφωνείτε νομίζω με τον κύριο Weber, ότι θα πρέπει να χρηματοδοτούμε μη κυβερνητικές οργανώσεις. Πιστεύετε ότι η χρηματοδότηση που στήριξε αυτούς τους ανθρώπους τα τελευταία χρόνια δεν προήλθε από αυτή την αίθουσα αλλά προήλθε από τον κύριο Σόρος;

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR), απάντηση σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Εμείς πιστεύουμε ότι συγκεκριμένη χρηματοδότηση προέρχεται από συγκοινωνούντα δοχεία και είναι ένας από τους άμεσους λόγους της κατάστασης που επικρατεί στα ελληνικά νησιά. Οι ΜΚΟ για μας είναι μια από τις βασικές αιτίες που έχουν φέρει τα ελληνικά νησιά σε αυτή την κατάσταση και απαιτούμε να κλείσουν όλες.

Cornelia Ernst, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich als Allererstes von dem Vorredner und dem, was er gesagt hat, distanzieren. Das ist eine Schande für dieses Haus! Und ich will auch eines klar sagen: Ein freiwilliger Helfer hat zu dem, was wir an der EU-Außengrenze erleben, eines gesagt, ein Wort verwendet: Apokalypse. Das kommt aus dem Griechischen und heißt Enthüllungen, im Christentum heißt es Offenbarung. Und die Offenbarung vom Rat und im Übrigen auch von Herrn Weber ist ganz offensichtlich eines: Erst die Grenze sichern, und irgendwann dann kommen die Menschen.

Da kann ich nur sagen: Nein, da machen wir nicht mit. Und die Offenbarung, von der ich hier sprach, bedeutet auch: Statt die dort festsitzenden Menschen unverzüglich in die Mitgliedstaaten zu verbringen, dem Aufruf der solidarischen Städte zu folgen – allein in Deutschland sind es 138 Städte, die sofort Flüchtlinge aufnehmen würden – tolerieren Sie, der Rat allen voran, Unmenschlichkeit und Gewalt. Ihnen sind Pakte mit Diktatoren viel wichtiger als das Leben der Menschen vor den Toren der EU. Das ist die Wahrheit. Das nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte individuelle Asylrecht gerät unter die Abrissbirne.

Und ich sage auch ganz klar an die Adresse der Kommissarin: Auch Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Der Präsident. – Ich weise darauf hin, dass ich keine blauen Karten zulassen werde, wenn ich dem jeweiligen Redner wegen Überschreitung der Redezeit das Wort entzogen habe bzw. entziehen musste.

Nein, ich habe es genau dokumentiert, Frau Kollegin Ernst. Der Herr Kollege Weber hat bei 3 Minuten 26 Sekunden überzogen, die Frau Kollegin García Pérez hat bei 2 Minuten 30 30 Sekunden überzogen, die Frau Kollegin In't Veld bei 2 Minuten 19 Sekunden. Die anderen waren in der Zeit. Sie haben bei 1 Minute 15 Sekunden, also im Anteil am allermeisten überzogen, deshalb werde ich Sie nicht mit einer blauen Karte belohnen.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι Ηνωμένες Πολιτείες, το NATO και η Ευρωπαϊκή Ένωση ανταγωνίζονται τη Ρωσία για τον ενεργειακό έλεγχο, οδηγώντας σε διάλυση της Συρίας και σε κύματα ξεριζωμένων προσφύγων. Στηρίζουν την Τουρκία στην εισβολή της στη Συρία, στις απαράδεκτες διεκδικήσεις της στο Αιγαίο, στην Κύπρο και στη Λιβύη ως ανταλλάγματα για την απόσπασή της από την επιρροή της Ρωσίας. Η αστική τάξη της Τουρκίας επιχειρεί να επωφεληθεί με μοχλό τα θύματα αυτών των σχεδίων· τους κατατρεγμένους προσφυγές, τους οποίους Δουβλίνο και Δήλωση Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας εγκλωβίζουν στα ελληνικά νησιά πριμοδοτώντας τις ακροδεξιές συμμορίες. Η ελληνική κυβέρνηση στηρίζει το να γίνει η Ελλάδα φυλακή της Ευρωπαϊκής Ένωσης, περιφρονώντας τη μαζική εξέγερση των νησιωτών, και εμπλέκεται στα μπερλιαριστικά σχέδια, ενώ καλεί ξένες στρατιωτικές δυνάμεις τύπου Frontex στα σύνορα.

Να καταγγελθούν τώρα το Δουβλίνο και η συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας αλλά και τα σχέδια νεκρανάστασής της! Να κλείσουν τα hot spots και, με ευθύνη της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του ΟΗΕ, να οργανωθούν διαδικασίες ασύλου μέσα στην Τουρκία με πλήρη σεβασμό στα δικαιώματα των προσφύγων και άμεση μεταφορά στις χώρες τελικού προορισμού τους.

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, Turquía está provocando a la Unión Europea usando vidas humanas. Nuestra primera preocupación debe ser siempre la vida de todos los que se encuentran en la frontera. Los inmigrantes no son culpables, son las víctimas. Y debemos estar también con el Gobierno y el pueblo de Grecia, que están haciendo todo lo posible para que esta crisis no vaya a más.

El Gobierno griego se encuentra ante la difícil situación de proteger la frontera de todos utilizando los recursos de uno solo de los 27 Estados. Grecia necesita nuestra solidaridad, necesita el apoyo real y directo de la Unión Europea. Lo que está ocurriendo no es un problema griego, es un problema europeo.

Por eso, mi Grupo ha propuesto el despliegue inmediato de 2 000 agentes de la Guardia de Fronteras y Costas, la activación del Mecanismo de Protección Civil de la Unión y una ayuda financiera de 1 000 millones de euros para ayudar a las autoridades de Grecia y de Bulgaria en la gestión de la crisis migratoria.

Y, sobre todo, necesitamos acabar de una vez por todas con la improvisación y los medios a corto plazo. Necesitamos una política migratoria común para toda la Unión Europea; una política que aborde problemas reales de la emigración, que salve vidas, que proteja nuestras fronteras y en la que todos los Estados miembros participen por igual, es decir, compartiendo los mismos derechos, las mismas obligaciones y las mismas responsabilidades respecto de los inmigrantes que llegan a Europa.

Por último, este Parlamento debe exigir a Turquía que ponga fin inmediato a esta escalada que solo sirve para poner en riesgo miles de vidas humanas y es una escalada cruel e inhumana.

Kati Piri (S&D). – Mr President, if there's one thing we know for sure, it is that after nine years the war in Syria is not over. Only in the last weeks we have seen one million people fleeing from Idlib. And what did the EU do during the last four years?

We stopped relocating people from Greece. We were not able to fulfil all the promises made to Ankara in 2016, of course partly due to the human rights situation in Turkey, but also because No EU leader was willing to put money on the table to continue financing 3.7 million Syrians living in that country. We failed to set up a real asylum system and we looked away from the misery in Syria.

Finally, last week EU leaders acknowledged the urgency of this crisis. Ursula von der Leyen spoke at the Greek border about Greece being the shield that protects Europe. A shield from what? The misery of vulnerable people fleeing war? We don't need a shield for that, we just need to close our eyes – something we have been doing for way too long. It's time to act, strike a new agreement with Ankara, and help the real people on the Greek islands.

Malik Azmani (Renew). – Mr President, yesterday, the EU and Turkey started evaluating the 2016 migration deal and talked about the way forward – finally, Commissioner!

Many doubts have been raised over this deal, but let's not forget that Turkey has provided shelter to millions of refugees and migrants for the last few years. Without this Agreement, many would have come to the EU.

However, that migrants are now being used to start dialogue, to bring pressure to bear, is unacceptable. We need to return safely the people stuck at the Turkish-Greek border, and help especially those in Idlib, and also help to de-escalate the situation over there. Moreover, we urgently need a comprehensive approach on migration. We need a full assessment at the external border of those likely to be allowed to stay and those who are not. We need also to have more sustainable partnerships with safe third countries.

The EU presented the solution two months ago. When will the Commission act?

Thierry Mariani (ID). – Monsieur le Président, la Grèce est une fois de plus l'épicentre des errements de l'Union européenne. Après avoir subi de plein fouet les méfaits d'une organisation financière irrationnelle et les diktats des agences européennes, la Grèce est laissée pour compte face à son vieil ennemi ottoman.

Aujourd'hui, l'Union européenne se satisfait d'inviter M. Erdogan alors qu'il nous agresse, utilisant la misère humaine pour servir son ambition expansionniste et violente. Une ambition servie par un islamisme conquérant qui agit aujourd'hui jusqu'au cœur de nos nations.

Le rôle des parlementaires européens est d'être aux côtés du peuple grec, mobilisé pour défendre son pays. C'est ce qu'a fait la délégation française du groupe Identité et démocratie, puisque nos collègues Jordan Bardella et Jérôme Rivière sont en ce moment à la frontière gréco-turque.

Nous ne pouvons accepter cette agression turque, qui est d'autant plus lâche, qu'elle est orchestrée avec des immigrés transformés en mercenaires involontaires du président Erdogan. Madame la Commissaire, vous voulez continuer le dialogue, le seul langage que comprend M. Erdogan, c'est le rapport de force.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Mr President, at the Greek-Turkish border, we are facing a humanitarian crisis as a result of four years of Member States shifting their responsibility towards refugees and failing to find a common solution. Men, women and children are now stuck in a no-man's land in horrific circumstances, refused access from both sides, treated with violence and even run the risk of being shot at. Governments have failed to act. They declare that our borders are under threat, but what about our refugees who are stuck at the border and on the Greek islands? Isn't that our common responsibility as well? If we are serious about a common European asylum policy then let's act now. And that means that all Member States should organise the relocation of asylum seekers, starting with the vulnerable ones, with local communities showing the way.

At the same time, we need to ensure that the Greek Government fulfils its obligations. The Commission has to clearly denounce the suspension of asylum requests, as it is a violation of EU law. Commissioner, I urge you to use the financial and material support to enforce access to an asylum procedure, legal aid and all necessary services and to bring an end to the violence at the border. It's our common and essential duty to guarantee that asylum seekers are not a victim of any political game.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Przez ostatnie lata mieliśmy do czynienia z sytuacją niejednokrotnie kuriozalną, swoistego rodzaju kohabitacją grup przestępczych i również NGO-sów. Nieodpowiedzialna polityka socjalistów europejskich, również Komisji Europejskiej, doprowadziła do sytuacji, jaka jest dzisiaj na granicach Grecji i Turcji. I sytuacja w Grecji wymaga solidarności, prawdziwej, niepozorowanej, idącej w kierunku zaspokojenia rzeczywistych potrzeb i skutkującej przywróceniem stanu bezpieczeństwa dla obywateli Unii Europejskiej. Dlatego polski rząd, osobiście premier Mateusz Morawiecki, podjął decyzję o wyrażeniu solidarności rzeczywistej. Gotowi jesteśmy wesprzeć Grecję siłami naszych funkcjonariuszy granicznych oraz policji w liczbie 1500. Odbędzie się to poprzez wzmocnienie agencji Frontex oraz bezpośrednio naszych greckich przyjaciół, jeżeli tylko wyrażą taką potrzebę. Skala naszej solidarności jest bezprecedensowa i daje obraz, jak poważnie Polska podchodzi do bezpieczeństwa naszych wspólnych granic. Niech wezmą to pod uwagę krytycy polityki prowadzonej przez Polskę w odniesieniu do migracji i bezpieczeństwa i wskażą w Unii Europejskiej państwa, które chociaż mają zbliżoną do Polski skalę oferty solidarności z Grecją.

Κωνσταντίνος Αρβανίτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Weber, την ξέρουμε την αγάπη σας για την Ελλάδα! Τη ζήσαμε στο πετσί μας πάρα πολύ άγρια, αλλά το θέμα είναι αλλού. Σήμερα ζούμε στιγμές απόλυτης υποκρισίας. Ο Ερντογάν εργαλειοποιεί τον ανθρώπινο πόνο για να εκβιάσει την Ευρωπαϊκή Ένωση – κύριε Weber, δεν είπατε κάτι για τον Ερντογάν. Κράτη μέλη πιάζουν για πολιτικά παιχνίδια στη Συρία και στην ευρύτερη περιοχή και η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν καταδικάζει την πολιτική Ερντογάν. Αντιθέτως, στις δηλώσεις της η ηγεσία της μιλάει για «φίλη χώρα».

Η κυρία von der Leyen και ο κύριος Σχινάς προσφέρουν στην Ελλάδα 700 εκατομμύρια ευρώ για τη δημιουργία κλειστών κέντρων κράτησης. Χωρίς απόφαση των οργάνων της Ευρωπαϊκής Ένωσης αλλάζει η πολιτική στο προσφυγικό. Καθιστάτε τη χώρα μου φυλακή κατατρεγμένων. Διά της πλαγίας οδού φέρντε την πολιτική των κλειστών κέντρων κράτησης, χωρίς να πείτε κουβέντα για την αποσυμφόρηση της Ελλάδας και την ισότιμη αναλογική μετεγκατάσταση προσφύγων στα κράτη μέλη. Δεν συγκαλείτε Σύνοδο Κορυφής. Γιατί; Τα κορυφαία στελέχη της Επιτροπής δεν είπαν κουβέντα και την αναθεώρηση του Δουβλίνου, κουβέντα για την παραβίαση της Συνθήκης Γενεύης και του δικαιώματος στο άσυλο. Μετατρέπετε την πολιτική του Βίσεγκραντ σε πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Αυτή τη στιγμή είναι μεγαλύτερη από ποτέ η ανάγκη για τη δημιουργία ενός προοδευτικού δημοκρατικού μετώπου για την Ευρώπη της ειρήνης και της αλληλεγγύης. Πήραμε κουράγιο από τους Σοσιαλιστές και τους τους Πράσινους.

Ιωάννης Λαγός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, πριν από τέσσερις μέρες περίπου είχα την τιμή και τη χαρά να είμαι στα σύνορα μαζί με τους Έλληνες στρατιώτες, μαζί με τους Έλληνες αστυνομικούς και μαζί με τους Έλληνες πολίτες, οι οποίοι περιφρουρούν τα σύνορα της Ελλάδας και της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πρέπει να τονίσουμε και να είναι ξεκάθαρο ότι ακούμε ωραία λόγια εδώ πέρα από την Ευρωπαϊκή Ένωση για τη βοήθεια που θα δώσει στην Ελλάδα, όμως τα πρώτα δύσκολα εικοσιτετράωρα δεν είδαμε τίποτα και δυστυχώς ήμασταν μόνοι μας εκεί. Όπως δεν πρέπει να ξεχνάμε ότι το λαθρομεταναστευτικό ζήτημα δεν ξεκίνησε τώρα και δεν το βλέπουμε τώρα να το αντιμετωπίσουμε. Έχει ξεκινήσει σε ένα βάθος πενταετίας τουλάχιστον και η Ελλάδα όχι μόνο έμεινε σε αυτό μόνη της αλλά εξαναγκάστηκε επί της ουσίας να δεχτεί όλους αυτούς τους λαθρομετανάστες. Έτσι λοιπόν σήμερα φτάσαμε σε αυτό το σημείο. Έχουμε φτάσει στο σημείο ο Ερντογάν να μας κουνάει το δάχτυλο και να απειλεί ουσιαστικά την Ευρώπη ότι θα ανοίξει τις πύλες εισόδου, πράγμα που έχει κάνει, και το έχει κάνει με λεφτά που του δίνει Ευρωπαϊκή

Ένωση.

Πρέπει να σταματήσετε λοιπόν να δίνετε λεφτά στον Ερντογάν και στην τουρκική κυβέρνηση, γιατί μόνο έτσι καταλαβαίνουν και μόνο έτσι θα αντιμετωπιστεί η κατάσταση. Αν λέτε ότι η Frontex πρέπει να έρθει και να βοηθήσει στα σύνορα της πατρίδας μας, τότε η Frontex θα πρέπει να περιπολεί στα τουρκικά σύνορα, μέσα στην Τουρκία και όχι στην Ελλάδα. Από 'κει ξεκινούν οι λαθροδιακινήσεις και κάνουν όλη αυτή την ιστορία.

Βαγγέλης Μεϊμαράκης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, ο κύριος Weber με την ομιλία του έθεσε σωστά το πλαίσιο της συζήτησης και των κινήσεων που πρέπει να κάνουμε και το προσυπογράφω απόλυτα, διότι η κρίση στα σύνορα της Ευρώπης, με αποκλειστική ευθύνη της Τουρκίας σήμερα, αποτελεί μια πρωτοφανή καταπάτηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των αξιών που χαρακτηρίζουν την Ένωσή μας και που υπερασπίζεται σήμερα η ελληνική κυβέρνηση μαζί με την αντιπολίτευση, διότι και ο κύριος Τσίπρας κι ένα πολύ μεγάλο μέρος της αντιπολίτευσης έχει συμφωνήσει με τις κινήσεις της σημερινής κυβέρνησης. Αποτελεί όμως και ιδανική συγκυρία για την Ευρωπαϊκή Ένωση, προκειμένου να τηρήσει τις δεσμεύσεις της· να δείξει έμπρακτα ότι απέναντι σε προκλητικούς ηγέτες μπορεί να σταθεί ισχυρή, χωρίς να εκβιάζεται από προκλητικές συμπεριφορές και ενέργειες.

Το προσφυγικό μεταναστευτικό λοιπόν απειλεί την ύπαρξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Έχουμε επανειλημμένα αποδείξει ότι κατανοούμε τα προβλήματα της Τουρκίας και βοηθούμε στην επίλυσή τους, με γνώμονα όμως το διεθνές δίκαιο, το οποίο απαξιώνει ο Ερντογάν, ο οποίος πρέπει να καταλάβει ότι στις πλάτες απελπισμένων ανθρώπων και με απάνθρωπες συμπεριφορές δεν μπορεί να γίνουν διαπραγματεύσεις και δεν είναι συνομιλητής μας, εάν δεν αλλάξει συμπεριφορά και τακτική.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσεις σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 171 παράγραφος 8 του Κανονισμού)).

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), ερώτηση με γαλάζια κάρτα. – Κύριε συνάδελφε, σωστά σημειώσατε ότι η αξιωματική αντιπολίτευση στηρίζει την προσπάθεια της Ελλάδας απέναντι στον γεωπολιτικό εκβιασμό Ερντογάν. Σας ερωτώ όμως: Πώς κρίνετε το γεγονός ότι η ελληνική κυβέρνηση δεν ζητά δίκαιη μετεγκατάσταση των προσφύγων σε όλη την Ευρωπαϊκή Ένωση, ότι η ευρωπαϊκή ηγεσία ήρθε και είπε πάρτε λίγα χρήματα αλλά δεν είπε θέλουμε να μοιραστούν...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Βαγγέλης Μεϊμαράκης (PPE), απάντηση σε ερώτηση γαλάζια κάρτα. – Είναι αλήθεια καταρχήν ότι η κρίση του 2015 είναι διαφορετική από τη σημερινή. Σήμερα λοιπόν έχουμε ένα διαφορετικό πλαίσιο με μια προκλητικότατη και απάνθρωπη συμπεριφορά εκ μέρους του κυρίου Ερντογάν, ο οποίος πρέπει να καταλάβει ότι αυτές οι εικόνες που βλέπουμε είναι δική του ευθύνη, γιατί η Ελλάδα πρέπει να υπερασπιστεί αυτές τις αρχές και τις αξίες και πρέπει να υπερασπιστεί τα σύνορα της Ευρώπης. Κατά συνέπεια, εφόσον η συμφωνία που εμείς ζητούμε να εφαρμοστεί από τον Ερντογάν αυτή τη στιγμή είναι νεκρή με δική του ευθύνη...

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, ante la enormidad y complejidad de este drama, no bastan simplificaciones, ni basta con señalar culpables. Lo primordial son las víctimas, que son los miles de seres humanos que se hacían en las islas griegas en condiciones infernales, y hay que exigir, renunciando al ritual de indignación, respuestas de los responsables: inmediatas y en el medio plazo.

En lo inmediato: Grecia no es un país tercero. Grecia somos nosotros. Es la Unión Europea y su frontera es la nuestra. Como lo es la de Chipre, la de Malta, la de Italia o la de España. Y, por tanto, Grecia exige solidaridad. Pero eso no equivale a convalidar las prácticas brutales de neonazis griegos con violencia xenófoba, ni tampoco a aceptar la suspensión unilateral del derecho de asilo, ni tampoco la invocación unilateral del artículo 78, que requiere la participación de todas las instituciones y también del Parlamento Europeo. En lo inmediato: hacen falta corredores humanitarios, realojamientos vinculantes para niños menores no acompañados, pero también para personas vulnerables, y, por supuesto, la movilización del Fondo de Asilo, Migración e Integración.

Pero en el medio plazo: el pacto sobre migración y asilo, que esperamos con solidaridad vinculante y responsabilidad compartida... *(el presidente retira la palabra al orador).*

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident! Natürlich stehen wir in dieser schwierigen Situation an der Seite von Griechenland. Das ist für mich völlig außer Frage, denn wir dürfen uns von Präsident Erdoğan nicht erpressen lassen. Und insbesondere dürfen wir nicht das machen, was er gerne möchte, nämlich dass wir das Geld aus dem Deal direkt in die türkische Staatskasse überweisen. Vielleicht müssen wir uns auch fragen, ob wir dieses Geld nicht besser direkt in Syrien investieren, da, wo es wirklich gebraucht wird. Denn die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, und in Syrien können wir zeigen, dass wir diese Werte auch anwenden. Ich finde es auch richtig, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt mehr Personal von Frontex und von EASO nach Griechenland schicken. Die können dann übrigens, wenn sie dort im Einsatz sind, dafür sorgen, dass Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte auch an allen Seiten der europäischen Grenze angewandt werden und von allen. Klar ist aus meiner Sicht auch, dass die Situation in den Flüchtlingslagern in Griechenland für einen Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht akzeptabel ist, und das muss sich dringend ändern. Ich hoffe, dass sich möglichst viele Mitgliedstaaten daran beteiligen, insbesondere die Schwächsten der Schwachen, die Kinder, dort rauszuholen.

Peter Kofod (ID). – Hr. formand! EU-systemet burde være tynget af skam. De ydre grænser har aldrig fungeret, og de ydre grænser kommer aldrig til at fungere. Der er simpelthen ikke villighed til det i EU-systemet. Tyrkiske Erdogan har de facto taget magten over de ydre grænser, som hænger i laser, og flertallet af uansvarlige politikere i det her parlament betaler ham endda for det med milliarder af euro betalt af skatteborgerne. Jeg synes, det er væmmeligt! Systemet har taget grundlæggende fejl. Tyrkiet er ikke nogen ven, det er en fjende. Erdogan er ikke bare en præsident, men en diktator og en slyngel. Og mange af de migranter der kommer til Europa, er ikke reelle flygtninge. Det eneste, der til fulde har levet op til sit ry og rygte, er EU, der har opnået at udstille sin egen inkompetence og impotens i forhold til at løse kontinentets største problem: den islamiske masseindvandring fra Mellemøsten og Afrika.

(Taleren accepterer at besvare et blåt kort-spørgsmål (forretningsordenens artikel 171, stk. 8))

Morten Løkkegaard (Renew), Blåt-kort-spørgsmål. – Jeg deler sådan set analysen fra hr. Kofod omkring Erdogan, og jeg tror ikke, der er mange her, der har lyst til at forsvare det, Erdogan gør. Jeg er bare nødt til at stille et spørgsmål til hr. Kofod: Al denne skælden ud på EU-systemet og os, der ikke kan finde ud af at lave løsninger – hvad er alternativet, hr. Kofod? Hvad er det, som ID-Gruppen har lyst til at komme op med af forslag, der kan afklare den her ulykkelige situation, hvis ikke det er en eller anden form for europæisk fællesskab?

Peter Kofod (ID), Blåt-kort-svar. – Tak til hr. Løkkegaard for spørgsmålet. For mig at se er svaret ganske klart: Vi har brug for lukkede ydre grænser og for at gennemføre det, der bliver kaldt for en australsk model, altså at man ikke kan få beskyttelse i Europa, men har man behov for beskyttelse, kan man få det et andet sted. En stor del af de mennesker, der kommer hertil, har jo ikke krav på beskyttelse. Der er tale om migration. Der er ikke tale om mennesker, der lider, eller som måtte have et aktuelt behov for beskyttelse, men der er tale om mennesker, der tager hertil af økonomiske grunde, og de kan jo ikke komme til Europa, og det skal vi bremse helt for.

Damien Carême (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je suis écœuré. La Grèce et l'Union européenne sont dans l'illégalité la plus totale.

L'article 2 du traité dispose que l'Union est fondée sur le respect de la dignité humaine et des droits de l'homme. L'article 78 précise que l'Union respecte le principe de non-refoulement, conformément à la convention de Genève. Or, voici ce qui se passe aujourd'hui: suspension du droit d'asile, refoulement aux frontières, usage d'armes. En plus d'être inhumain, tout cela est donc parfaitement illégal. Mais ces embarcations de migrants que l'on tente de couler, c'est le naufrage de l'Europe, chers collègues!

Écœuré aussi par cet accord avec la Turquie que nous dénonçons et qui nous revient comme un boomerang.

Écœuré enfin par le bal des faux-culs des dirigeants européens qui souhaitent accueillir aujourd'hui des mineurs isolés alors qu'il y a trois mois, aucun pays n'a répondu à l'appel au secours de la Grèce.

Nos dirigeants sont une bande de lâches qui font le jeu de l'extrême droite en prétendant la combattre. En endossant leurs costumes de militaires et en fermant les frontières, ils alimentent la peur et lui préparent un boulevard pour arriver au pouvoir. C'est de la plus belle manière que l'on combat l'extrême droite: en restant aligné sur ces valeurs humanistes auxquelles on croit, en disant la vérité, en prenant ses responsabilités au lieu de se défaire en faisant un chèque à Erdogan. Ça suffit maintenant, retrouvons nos valeurs fondatrices de solidarité et d'humanisme!

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, колеги, много хора днес тук в тази зала трябва да се срамуват. Колеги отляво, в ляво от мен: в годините назад всички вие оправдавахте и прикривахте турския диктатор Ердоган. Правихте се, че не виждате, че това е един диктатор, който използва човешкото нещастие за своите лични политически цели. Вие бяхте тези, които казахте: „Wir schaffen das“ — ние ще се справим. Ами не, не се справихте. И нямаше как да се справите. Сега чувам колеги, които призовават да се отворят отново границите, и ги питам: кой от вас, от тези които се изказаха в подкрепа на нелегалната емиграция, е приел в своя дом поне един нелегален имигрант от Афганистан, от Иран или от Еритрея? Ако има такъв, нека вдигне ръка и аз ще призная, че съм сгрешил, но знам, че това не е така. Знам, че никой от вас не би и не е приел нито един нелегален имигрант, но продължавате да ни учите на ум и разум. Това, уважаеми, е лицемерие и трябва да се срамувате.

(Ораторът приема да отговори на въпрос „синя карта“ (член 171, параграф 8 от Правилника за дейността))

Mick Wallace (GUE/NGL), blue-card question. – Given that Europeans have supported wars against peoples in these countries where the refugees have come from, and given that we – both militarily and economically – have absolutely destroyed their communities and their lives, do you not think that we should take some responsibility for these refugees, and do you not think that all European states should play their part? And yes, I've had an Afghan refugee in my house for over a year and a half and I've had an Iraqi Kurd in it.

(Applause)

Ангел Джамбазки (ECR), отговор на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта. – Много екзотично, много интересно — благодаря Ви. По отношение на въпроса, обаче, уважаеми колега, ще си позволя да Ви преподам кратък, много кратък и бърз, урок по международно право. Бежанецът идва от война. Турция е сигурна държава, на територията на Турция не се води война, от територията на Турция в България и в Гърция не може да дойде бежанец. Това е нелегален имигрант и когато вие заблуждавате или, веднага казвам лъжете, че тези хора са от Сирия — не, не са. Ще Ви подаря глобус.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Dzhambazki! Ich will Ihnen auch sagen, dass ich vorhin gerade gezögert habe, Herr Kollege Dzhambazki. Sie sind um einen Ordnungsruf nur deshalb herumgekommen, weil Sie die Kollegen pauschal als Heuchler bezeichnet haben und nicht einen Kollegen in Person.

Malin Björk (GUE/NGL). – Herr talman! Kommissionen och rådet fortsätter att prata om att skydda Europas gränser, när ni vet att det sker med våld och brutalitet. Ni berömmar kustbevakningen, när den sänker båtar i stället för att rädda liv. Det är inte bara uppochnedvända världen. Det är olagligt, och det är fullständigt och djupt oanständigt. Vad vi borde prata om – alla av oss – är hur vi ska skydda människor. Skydda människor på flykt, skydda asylrätten, skydda rättsstaten, rädda det som finns kvar av medmänsklighet och skydda oss alla mot den växande fascism som kommer att plocka bort oss en efter en.

Vi ska öppna Europas gränser och vi ska fördela ansvaret för ett värdigt mottagande och vi ska göra det nu. Vi ska sluta att göra upp med despoten Erdoğan, som bara genererar mer krig och mer förtryck. Vi kommer aldrig att acceptera ett Europa som dansar efter Orbáns pipa. Vi kommer att stå upp för ett Europa för mänskliga rättigheter, för asylrätten och för vår värdighet. Vi står i solidaritet med dem som flyr.

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, the situation at the Greek-Turkish border is critical. My message is clear: we stand with Greece. We will not allow Turkey and President Erdogan to try to blackmail Europe by using some of the most vulnerable people on the planet as pawns in a geopolitical power play. It is unacceptable and it is irresponsible. We can be proud that Europe has stood together in what is a very trying and volatile time.

That said, Europe must and will fulfil its obligations. Long-standing overcrowding is being addressed and, as we've heard, thousands of unaccompanied minors will be relocated from, hopefully, as many participating Member States as possible. Of course, we need to reform Dublin, and ensure a new pact on migration and asylum. But we need to take those decisions without threats from across the border.

At the same time, we need to do all we can to support the Greek authorities, and that means ensuring the presence of all the Frontex border guards and European Asylum Support Office (EASO) personnel required immediately, and providing any and all financial assistance.

To conclude, migration challenges are a global phenomenon that need a global response, and Turkey and the EU must be part of that approach. It is time for cool heads, de-escalation and serious discussions.

(Applause)

Pietro Bartolo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi rivolgo a quest'Aula in una situazione che non è quella consueta, ovviamente.

L'Europa sta vivendo un momento difficile, ma dobbiamo continuare a lavorare e dobbiamo farlo anche per coloro che si trovano al confine tra la Turchia e la Grecia e per coloro che sono da mesi, a volte anche addirittura da anni, intrappolati nelle isole greche.

È stato l'egoismo dei nostri Stati membri a causare tutta questa sofferenza, a portare bambini a gesti di autolesionismo e addirittura al suicidio. Servono misure di solidarietà immediata nei confronti di coloro che si trovano bloccati lì.

Non abbiamo bisogno di difendere le nostre frontiere ma dobbiamo invece stabilire un meccanismo di ricollocamento di emergenza, prima di tutto dei minori non accompagnati. Non è pensabile lasciare dei bambini in quelle condizioni!

Dobbiamo essere vicini alla Grecia, certo! Ma dobbiamo anche chiedere in modo chiaro e senza ambiguità che il governo greco ristabilisca il pieno rispetto dei diritti umani ai suoi confini, perché le immagini dei giorni scorsi mi hanno fatto vergognare come essere umano prima e come europeo poi.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente, esta mañana he escuchado que pagamos en Europa lo que pasa en Siria. Me parece que es un verdadero error de análisis. Somos una potencia internacional en un mundo globalizado y no somos una potencia militar. Lo que ha caracterizado a Europa —nuestra aportación al mundo— ha sido precisamente lo humanitario. Nuestra aportación a la solidaridad. Al menos así era.

Y ahora lo que nos encontramos es que hay muchísimas personas escapando de Idlib que son refugiados reales —no imaginarios— y no les estamos apoyando. Y los que crearon el Derecho internacional humanitario después de la Segunda Guerra Mundial —los que crearon la Convención de Ginebra— pasaron por circunstancias muchísimo peores que las que nosotros estamos sufriendo. Estamos abandonando lo que es el corazón de lo que somos como europeos. Y nuestra debilidad está en ponernos en manos de Turquía. Nuestra debilidad está en no tener corredores humanitarios, en no tener una política común de asilo. Esa es nuestra debilidad.

Jaak Madison (ID). – Austatud istungi juhataja! Esiteks, neid lahendusi, mida pakuti välja migratsioonikriisi puhkedes aastatel 2015/2016, me nägime. Angela Merkel kutsus üles avama piirid kõigile. Tekitati massiline kaos, mida üritati lahendada kvootidega, ühtsete lahendustega. Ja mille see tekitas? See tekitas Euroopa Liidu kriisi. Minu sõnum on see, et igasugune surve kvootidele või jagamistele viib Euroopa Liidu lõpuni. See tekitab Euroopa Liidu lõpliku kriisi.

Teiseks, ma olen korduvalt käinud pagulaslaagrites Kreekas Ateenas ja Lesbosel ning nimetada kõiki migrante pagulas- teks on otsene valetamine. See on valetamine. Üle 80 protsendi inimestest aastatel 2015 ja 2016 ei olnud Süüriast, sõjapiirkonnast. Tegemist oli majandusmigrantidega ja meil, Euroopa rahvastel eri riikides, puudub igasugune kohustus lahendada neid probleeme, mille on tahtlikult tekitanud vasakäärmuslikud jõud üle Euroopa, nt Saksamaal. Ma tulen Eestist ja esindan oma rahvast, kellest 65 protsenti ei toeta ühtset migratsioonipoliitikat. Seega unustage ära!

(Sõnavõtja nõustus vastama sinise kaardi küsimusele (kodukorra artikli 171 lõige 8).)

Mairead McGuinness (PPE), *blue-card question*. – Mr Madison, I have known you for some time on the Conference of Parliamentary Committees for Union Affairs of Parliaments of the European Union (COSAC). I know what you're against, but I'm never certain what you are in favour of. So, instead of telling us what you're against, could you tell me how you might resolve this problem? What about the real humanitarian situation of refugees and migrants? They're all people. Who do you put first, people or borders?

Jaak Madison (ID), *blue-card answer*. – Thank you, Ms McGuinness. I know you very well, and I know that you're a very nice person. My solution is also that we have to protect refugees in their own home countries and neighbourhoods. I was in Jordan in 2015, where about 80 000 refugees were stuck in the refugee camp and they got help from the EU.

They didn't want to come to the EU. They wanted to stay in a neighbouring country and go back home as soon as possible. That's the first solution; we have to help neighbouring countries in the Middle East, like Jordan. The second is a solution like Australia

(The President cut off the speaker)

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, la decisión de convertir nuestra relación con Turquía en una relación mercenaria es lo que hoy permite a Erdogan chantajear a Europa a través de la vida de miles de refugiados. Por el camino muere el derecho de asilo. La decisión del Gobierno griego de suspender *de facto* la Convención de Ginebra y los aplausos de la presidenta de la Comisión suponen una página negra en la historia de la Unión. La presidenta ha degradado hasta extremos inimaginables el cargo que ostenta, avalando una flagrante vulneración del Derecho Europeo.

Hoy pagamos la inacción de los últimos años en dos frentes: nuestra pasividad en Siria y el bloqueo de la reforma del sistema europeo de asilo.

En lo inmediato, solo hay un camino posible. Exigimos a los Estados miembros que abran urgentemente vías de reubicación. Celebro que algunos se hayan mostrado dispuestos a acoger menores, pero es totalmente insuficiente. Relanzar la reubicación desde Grecia, el reasentamiento desde Turquía y un escrupuloso respeto de los derechos de las personas que llegan a nuestras fronteras son hoy la única solución para librarse del chantaje de Erdogan, pero también para cumplir a la vez nuestros compromisos internacionales en materia de derechos humanos.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! To jest oczywiste, że musimy bronić granic europejskich przed szantażem tureckim, musimy być tutaj zjednoczeni, ale nie możemy zapominać o tym, skąd wziął się problem z nielegalną migracją w Europie. Od nieodpowiedzialnych liderów europejskich, którzy zaprosili ich i powiedzieli: „Będziecie tutaj mieli wszystko, czego będziecie chcieli”. Wtedy były dwa kraje: Polska i Węgry, które mówiły, że to jest zły kierunek, że skończy się tak, jak to dzisiaj widzimy, mówiły, że trzeba pomagać na miejscu. No i kto miał dzisiaj rację z tej perspektywy? Szanowni Państwo, to jest tak, że w 2015 roku Viktor Orban mówił, że ten problem trzeba rozwiązać tak: zabezpieczyć granice, wzmocnić ochronę, powstrzymać falę nielegalnej imigracji. Właśnie odbył się szczyt ministrów spraw zagranicznych Unii Europejskiej, który przedstawił jaką receptę na problem na granicy grecko-tureckiej? Zabezpieczyć granice, wzmocnić ochronę, powstrzymać falę nielegalnej imigracji. Czas na refleksję, Wysoka Izbo.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 171 ust. 8 Regulaminu))

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *blue-card question*. – Mr Jaki, some of the thousands of refugees that are in the border areas of Greece, my country, are coming from Iraq. After this devastating, catastrophic war in which more than one million people have died, your country was one of the alliance of the willing under George Bush that invaded Iraq and destroyed the country. Why are you not taking more political responsibility as a country for the disaster you created?

(Applause)

Patryk Jaki (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Proszę teraz nie udawać, że wszystkie osoby, których dotyczy problem, pochodzą właśnie z tego miejsca. To jest oczywista manipulacja. I my nie mówimy, żeby nie pomagać. Proszę zobaczyć, jak Polska pomaga. Polska pomaga, inwestuje gigantyczne środki, żeby pomagać na miejscu. Bo tutaj chodzi o to, żeby problem rozwiązać kompleksowo, a nie tymczasowo, jak państwo próbuje nam dziś wskazać. I chcę panu powiedzieć, że to jest oczywiste, że trzeba szanować każdego człowieka i próbować mu pomóc. Różnica polega na tym, jak efektywnie pomóc. Naszym zdaniem efektywnie można pomóc na miejscu.

Γιώργος Γεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, την πραγματική κατάσταση αναφορικά με το προσφυγικό την περιγράφει πολύ προφητικά ο μεγάλος Έλληνας νομπελίστας Γιώργος Σεφέρης στην «Ελένη» του, λέγοντας «τόσα κορμιά ριγμένα στα σαγόνια της θάλασσας, στα σαγόνια της γης· τόσες ψυχές δοσμένες στις μυλόπετρες, σαν το σιτάρι». Έτσι αλέθονται οι άνθρωποι εκεί στην Ανατολική Μεσόγειο· ανάμεσα στις μυλόπετρες· χυδαία και προκλητικά. Και εσείς δώσατε το κλειδί στον κύριο Ερντογάν, ο οποίος μας empaίζει εμφανιζόμενος ως προστάτης των προσφύγων. Και αυτή τη στιγμή θα του δώσετε, φαίνεται, και νέα δώρα ρίχνοντας τα τεράστια βάρη στην Ελλάδα και την Κύπρο.

Πάρτε κι εσείς κι οι χώρες σας όσους πρόσφυγες σάς αναλογούν. Ο κύριος Weber, αντί να κριτικάρει την προηγούμενη ελληνική κυβέρνηση, καλά θα κάνει να μας πει τι κάνει ο ίδιος, η χώρα του και το κόμμα του. Να συμπεριφερθείτε επιτέλους με αξιοπρέπεια και αλληλεγγύη. Να καταργήσετε το Δουβλίνο. Να αλλάξετε την εταίσχυντη συμφωνία με την Τουρκία του Ερντογάν, γιατί εκεί, στον Έβρο, κρίνεται η δημοκρατία στην Ευρώπη.

Kris Peeters (PPE). – Voorzitter, tienduizenden migranten proberen Griekenland binnen te komen en het is begrijpelijk en terecht dat Griekenland nu Europese steun vraagt om deze migratiecrisis aan te kunnen. Wij hebben gelukkig die steun ook toegezegd en moeten meer dan ooit solidair zijn met de landen aan de Europese buitengrenzen. Maar vergis u niet, door de grenzen te bewaken los je het probleem natuurlijk niet op. We moeten ervoor zorgen dat de noodmaatregelen die in 2016 zijn getroffen en die voor een deel zijn uitbesteed aan Turkije, dat 3,7 miljoen migranten opvangt, natuurlijk tijdelijk en gedeeltelijk zijn geweest. We moeten absoluut gaan voor een gemeenschappelijk Europees asiel- en migratiebeleid. Het Europees Parlement nam zijn verantwoordelijkheid. Maar, mevrouw de commissaris, hoelang moeten we nog wachten voordat er met de andere instellingen eindelijk een doorbraak komt?

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, ο Ερντογάν χρησιμοποιεί την τραγωδία της Συρίας και τον πόνο χιλιάδων προσφύγων και μεταναστών ως πεδίο διαπραγμάτευσης. Η γκαϊμπελική πρακτική ανακοινώσεων και ψευδών στοιχείων του υπουργού Εσωτερικών, Σοϊλού, δείχνει το πολιτικό αδιέξοδο που τους οδηγεί σε επικίνδυνα μονοπάτια. Η Ελλάδα κάνει το καθήκον της και προστατεύει τα εξωτερικά σύνορα της Ευρώπης διατηρώντας ακέραια τη ζώνη Schengen και οφείλουμε να συνεχίσουμε να το κάνουμε με απόλυτο σεβασμό στα ανθρώπινα δικαιώματα. Χρειαζόμαστε όμως περισσότερη βοήθεια από τη Frontex και πλήρη ανάπτυξη των δυνάμεων RABIT.

Η προσφυγική μεταναστευτική κρίση δεν υπάρχει όμως μόνο στον Έβρο. Φαίνεται να ξεχνάτε πολλοί εδώ μέσα, ιδιαίτερα κάποιοι από τα δεξιά έδρανα, ότι υπάρχουν σαράντα χιλιάδες πρόσφυγες και μετανάστες εγκλωβισμένοι στο βορειοανατολικό Αιγαίο. Αποδείξετε λοιπόν την αλληλεγγύη σας, όχι μόνο στο πώς θα περιφρουρήσει η Ελλάδα τα σύνορά της, αλλά και στο πώς θα υπάρξει επιτέλους πρόγραμμα μετεγκατάστασης, για να φύγουν πρόσφυγες από την Ελλάδα προς τα υπόλοιπα κράτη της Ευρώπης και πώς επιτέλους θα αναθεωρήσουμε με ένα δίκαιο τρόπο το Δουβλίνο, ώστε να μη σηκώνουν το βάρος μόνο οι πρώτες χώρες εισόδου.

Dragoș Tudorache (Renew). – Domnule președinte, iată că ne găsim din nou, la cinci ani de la primele semne ale crizei din 2015, confrunțați cu aceleași provocări și riscuri și, din păcate, cu aceeași lipsă de soluții structurale pentru a le răspunde. S-a vorbit timp de cinci ani de nevoia de solidaritate, de o gestiune strategică a relațiilor externe cu țările de origine și tranzit, de securizarea frontierelor și, în general, de nevoia acută de politici europene comune și corelate în materia migrației. Am stat toți acești ani într-un blocaj politic rușinos.

Avem acum cu toții – Comisie, Consiliu și Parlament – o ocazie și o datorie istorică de a găsi soluții. Ni s-a spus că ele se vor regăsi în Pactul privind migrația. Sper să fie acolo și sper ca pactul să fie prezentat cât mai rapid. Până atunci sunt câteva măsuri imediate pe care le consider esențiale: în plan diplomatic trebuie să ieșim din logica de șantaj a președintelui Erdogan. Da, UE nu poate ignora criza umanitară din nordul Siriei, dar ea nu poate fi o contrapartidă pentru ca Erdogan să-și controleze frontiera cu Grecia.

Revenirea asupra acestei decizii trebuie să fie necondiționată. Și, în plan intern, trebuie acționat imediat în Grecia în spiritul solidarității, dar ajutând-o. E esențial, să înțelegem de ce taberele arată la fel ca acum cinci ani și procedurile sunt atât de încurcate ca acum cinci ani.

Harald Vilimsky (ID). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst den griechischen Sicherheitskräften meinen Dank aussprechen, dass sie diesen Ansturm illegaler Migranten auch entsprechend effizient abwehren. Warum spreche ich hier von illegaler Migration? Wir wissen aus den über 700 000 Asylanträgen, die vergangenen Jahr in der Europäischen Union gestellt wurden, dass zwei Drittel – zwei Drittel – weder dem Status eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen noch dem eines subsidiär Schutzberechtigten. Das heißt, zwei Drittel kommen und drängen in die Europäische Union unter Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Und so sehr ich den Griechen auch Danke sage dafür, dass sie diesen Ansturm abwehren, so sehr möchte ich das verurteilen, was Herr Erdoğan und die Türkei gegenüber Europa macht. Das ist eine Erpressungsmethode, die man sich nicht gefallen lassen darf. Ich fordere: Dieser faule Deal mit der Türkei gehört beendet, der Beitrittsstatus der Türkei für die Europäische Union muss entsprechend beendet werden, und die Heranführungshilfen sind ebenfalls zu beenden. Hier muss endlich ein Schlusspunkt gesetzt werden.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 171 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Roberta Metsola (PPE), *blue-card question*. – So dear colleague, if I understood you correctly, you are admitting that a number of the persons who are currently in Greece are benefiting from refugee status. Would you therefore agree that there has to be an agreement for the redistribution of those people, including to your country, or would you conveniently try to pretend that those are not refugees?

Harald Vilimsky (ID), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kollegin, ich kann keine Ferndiagnose vornehmen, wer jetzt vielleicht den Status eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention oder eines subsidiär Schutzberechtigten hat. Ich habe Ihnen aus dem Jahr 2019 die Zahlen genannt: Von über 700 000 in der Europäischen Union gestellten Asylanträgen sind zwei Drittel negativ beschieden worden, und das ist schon eine klare Sprache, dass hier zwei Drittel falsche Tatsachen vorgespiegelt haben, um in die Europäische Union zu drängen. Warum? Weil diese Leute wissen, auch wenn negativ beschieden wird, bleiben diese Leute hier

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, julgo que esta grave crise que estamos a passar na fronteira entre a Grécia e a Turquia deve ser essencialmente resolvida em 3 pilares. Um é o pilar humanitário, para acorrer no local, nas ilhas gregas, na zona de fronteira, em campos de refugiados que existam na Turquia, às situações mais prementes, e para isso tem de haver mobilização de fundos e até de recursos humanos da União Europeia.

A segunda frente é uma frente também urgente: a defesa das fronteiras europeias. A fronteira da Grécia é uma fronteira europeia. Nós temos todas as condições para deslocar pelo menos mil a dois mil efetivos da Frontex para apoiar o Governo grego na defesa das fronteiras europeias.

E, finalmente, o terceiro pilar é, naturalmente, o do médio prazo, com o Pacto sobre Asilo e Imigração.

Haverá, porventura, uma quarta frente, que é a frente da guerra na Síria e é a frente de fazermos oposição a esta tentativa de Erdogan, e também de Putin, de condicionarem a estabilidade da vida europeia.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, cinq ans ont passé et l'Europe est face à une nouvelle crise migratoire et humanitaire. On l'imaginait, on savait qu'on devait trouver des solutions mais, malheureusement, nous avons attendu que M. Erdogan nous rappelle notre inertie.

Madame la Commissaire, nous n'avons plus d'excuses. Il faut agir. J'appelle le Conseil à cesser d'ignorer la position du Parlement. Qu'il prenne ses responsabilités et revienne à la table des négociations. Je demande à la Commission de proposer rapidement un nouveau pacte européen pour l'immigration et l'asile. Il n'y a plus de temps à perdre. La Grèce (Grèce de la crise économique, Grèce de la crise migratoire) donne des leçons d'humanité depuis des années. Mais comme vous pouvez le voir, comme Atlas, elle ne peut plus porter seule sur ses épaules la responsabilité de 27 pays. Je termine en grec.

Η Ελλάδα δεν έχει ανάγκη από φιλοδομήματα. Έχει ανάγκη την αλληλεγγύη των εταίρων της.

Željana Zovko (PPE). – Poštovani predsjedavajući, dragi kolege, pozdravljam pravovremeni i koordinirani odgovor Europske unije na čelu s hrvatskim premijerom Plenkovićem da zaštiti europsku vanjsku granicu od orkestriranog pokušaja prodora u Europsku uniju putem masovnih, neregularnih migracijskih tokova koji dolaze iz Turske. Duboko sam razočarana što turske vlasti nisu poštovalе sporazum koji im je osigurao znatnu količinu sredstava za smještaj velikog broja izbjeglica tijekom sirijskog rata. Tursko poticanje migranata na marš u Europsku uniju bilo je pogrešno sredstvo za pregovaranje o situaciji koja se mogla dogovoriti bez uplitanja i iskorištavanja ljudske bijede.

Ohrabrujuće je vidjeti usklađeni pristup i zajednički dogovor svih europskih partnera o nedopustivosti neregularnih migracija. Možemo biti ponosni što je u ovoj prilici mehanizam civilne zaštite iskorišten pri odgovoru na rastuću potrebu za pomoći tamo gdje se kriza razvijala.

Na kraju se moramo usredotočiti na druge posljedice koje bi se mogle pojaviti ako se ovaj pokušaj nastavi i trebamo osnažiti zemlje zapadnog Balkana s dovoljno kapaciteta da njihove granice budu sigurne. Oni su naši ... *(predsjedavajući je govornici oduzeo riječ)*

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, εδώ και μια εβδομάδα η Ευρωπαϊκή Ένωση εκβιάζεται ωμά από τον πρόεδρο Ερντογάν, ο οποίος εργαλειοποιεί μετανάστες και τους προωθεί κατά χιλιάδες στην Ελλάδα. Η ηγεσία της Ένωσης διαπίστωσε επιτόπου την κατάσταση και αποκάλυψε τη χώρα μου ασιδία, λόγω της αποτελεσματικής φύλαξης των ευρωπαϊκών συνόρων. Ο υβριδικός πόλεμος του Ερντογάν με προπαγάνδα, fake news και παραπληροφόρηση έχει αποτύχει, όμως η απειλή υπάρχει. Έχουμε καθήκον να απαντήσουμε δυναμικά στην πρόκληση. Η Δήλωση Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας πρέπει τώρα να αναθεωρηθεί. Να οριστούν κοινές περιπολίες με τη Frontex και στα τουρκικά χωρικά ύδατα και επιστροφές μεταναστών από τα ελληνικά νησιά αλλά και από την ενδοχώρα. Ζητούμε την καταδίκη της Τουρκίας. Να υποχρεωθεί να αλλάξει την εκβιαστική πολιτική της με άμεση απομάκρυνση των μεταναστών που έχει μεταφέρει στον Έβρο. Επιπλέον να εξετάσουμε τη λήψη έκτακτων μέτρων με βάση το άρθρο 78 παράγραφος 3 της Συνθήκης, για να αντιμετωπιστεί η σοβαρή αυτή κατάσταση. Σήμερα αυτό είναι πιο αναγκαίο από ποτέ.

Spontane Wortmeldungen

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Situationen ved den græsk-tyrkiske grænse og Erdogans forsøg på at presse flere penge ud af EU og uden om dem, der løfter den vigtige humanitære opgave, afslører, at grænseagentur Frontex endnu ikke fungerer, som det skal. Det handler ikke kun om at stille 10 000 grænsevagter. Det handler heller ikke om at sende flere penge. Frontex fungerer i sin struktur, sine redskaber, sin organisering og i sine samarbejdsmodeller med de nationale grænsevagter ikke godt nok! Det skrev jeg til dig, kommissær Johansson, på din første arbejdsdag i december måned 2019. Derfor vil jeg gerne spørge dig igen: Hvad vil du gøre for, at Frontex bliver redesignet og gjort til den attraktive arbejdsgiver og samarbejdspartner, der gør europæerne sikre på, at vores ydre grænser bevogtes, og menneskesmuglerindustrien bliver stoppet?

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, nous l'avons entendu: la Grèce, bouclier de l'Europe. Protéger nos frontières, décourager les migrants, mais quelle honte! Priver les personnes en danger de la protection est tout simplement illégal. L'Union est donc dans l'illégalité.

Quel mensonge de faire croire aux Européens que dresser nos frontières face à la détresse serait la solution efficace. Quel cynisme de proposer plus d'argent encore à M. Erdogan qui n'est pas la solution mais qui est le problème.

Il faut agir: priorité à la protection des êtres humains; une coalition des États volontaires; arrêter de sous-traiter à des pays tiers; modifier Dublin; appliquer la directive de 2001. Il y a des solutions, il faut des volontés politiques.

Bernard Guetta (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, avec humanité ou sans humanité, avec ou sans intelligence de la situation, nous venons d'évoquer un drame qui n'est rien à côté de ce qui va se passer dans quelques semaines ou quelques mois au plus, quand le compromis passé entre la Russie et la Turquie se brisera sur les réalités. À ce moment-là, un million, deux millions, trois millions de personnes voudront passer en Turquie. La situation deviendra totalement intenable.

Nous devons, mes chers collègues, nous préparer, nous les pays européens, car l'Union en tant que telle ne le peut pas. Mais nous, les États membres, nous le pouvons. Nous devons nous préparer à organiser une «no fly zone» au dessus d'Idlib pour protéger ces populations, éviter une catastrophe et marcher vers un accord de paix.

Gilles Lebreton (ID). – Monsieur le Président, le président turc Erdogan vient d'adresser à l'Union européenne une véritable déclaration de guerre migratoire. Au mépris de ses engagements de 2016, il a lancé vers la frontière grecque des milliers de migrants.

Il faut bien sûr manifester notre solidarité avec la Grèce mais cela ne suffit pas. Il faut aussi montrer notre détermination à résister à l'agression d'Erdogan. Or, qu'a fait l'Union jusque là? Rien de sérieux à mes yeux. Elle a aimablement accueilli Erdogan à Bruxelles et s'apprête à lui verser la rançon qu'il réclame. Nous n'avons même pas été capables de renvoyer le moindre ambassadeur turc en Turquie. Et bien entendu, nous osons encore moins rompre définitivement le processus d'adhésion de la Turquie à l'Union.

Cette agression a au moins le mérite de montrer que seuls les États sont capables de défendre leurs frontières. Frontex est une hôtesse d'accueil des migrants. L'Armée grecque fait quant à elle son devoir et nous montre l'exemple à suivre.

Katrin Langensiepen (Verts/ALE). –Herr Präsident! Die Situation an der türkisch-griechischen Grenze ist ein humanitäres Desaster. Was wir aber in dieser Debatte nicht vergessen dürfen und betonen müssen, ist, dass der Grund dafür eigentlich der Krieg in Syrien ist. Revolution und Krieg gehen mittlerweile ins neunte Jahr. Dieser völkerrechts- und menschenrechtswidrige Krieg darf hinter der Debatte um die – Zitat – „Aufrechterhaltung der Ordnung an unseren Außengrenzen“ nicht vergessen werden. Wir brauchen daher dringend humanitäre Korridore für Idlib, um den Menschen vor Ort jetzt in ihrer Not zu helfen, und es muss endlich aufgehört werden, dieses Land in Schutt und Asche zu bombardieren.

Gleichzeitig gilt es, die Kriegsverbrechen dieses Krieges zu dokumentieren und NGOs dabei zu unterstützen. Die Europäische Union muss ihre Kapazitäten zur Verfolgung von Kriegsverbrechen ausbauen. Sie muss die Einrichtung eines internationalen Kriegsverbrechertribunals vorantreiben. Die EU und einzelne Mitgliedstaaten müssen die Phase dieser fragilen Waffenruhe auch nutzen, um in multilateralen Formaten alle direkt und indirekt beteiligten Akteure an den Verhandlungstisch zu bringen ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Özlem Demirel (GUE/NGL). – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vergangene Woche war ich an der türkisch-griechischen Grenze. Dort habe ich verletzte Menschen gesehen, erschöpfte Menschen, die von einer Seite zur anderen Seite gejagt werden. Ich habe Menschen gesehen, die entwurzelt sind und entheimatet wurden, Menschen, die vor Kriegen und Waffen – auch *made in Europe* – fliehen. Ich habe Kinder gesehen – Kinder, die weinen und spielen zugleich. Das, was ich dort gesehen habe, ist eine Schande für die Europäische Union.

Als Linke haben wir die ganze Zeit vor dem Flüchtlingspakt mit Herrn Erdoğan gewarnt. Er benutzt Geflüchtete für seine dreckige Politik. Doch die EU hält derzeit weiterhin an diesem dreckigen Pakt fest. Was hier gespielt wird, wird nicht in meinem Namen gespielt.

Es gibt nicht nur jene, die immer wieder tatenlos zuschauen wollen. Viele Städte, viele Bürgerinnen und Bürger in Europa sind bereit, Menschen aufzunehmen und den Menschen zu helfen. Und jetzt ist eine Notsituation ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel! Frau Kollegin Demirel, ich habe gesagt ich bin sehr streng. Sie haben nicht mehr das Wort. Ich rufe Sie zur Ordnung. Sie haben nicht mehr das Wort, und es wird der Nachwelt leider verborgen bleiben, was Sie gesagt haben, denn wenn ich Ihnen das Wort entziehe, können auch die Dolmetscher nicht mehr dolmetschen.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in questi giorni la Turchia sta nuovamente conducendo azioni ostili contro uno Stato membro dell'Unione europea, spingendo profughi e richiedenti asilo disperati, in fuga dalle bombe di Idlib, a forzare i confini con la Grecia.

Collegli questo ci deve spingere a fare due riflessioni fondamentali. La prima: ridefinire i nostri rapporti – come Unione europea ma anche come membri della NATO – con la Turchia, che sotto la guida di Erdoğan e la sua politica neo-ottomana rappresenta ormai sempre di più un pericolo per la nostra sicurezza e i nostri interessi. Altro che un alleato e una risorsa!

Questi fatti costituiscono solo l'ultimo di una serie di comportamenti scellerati, aggressivi e irrispettosi degli impegni della sicurezza collettiva – penso al caso Saipem, agli accordi con Al-Sarraj, all'intervento militare in Libia – che la Turchia ha ormai assunto verso paesi membri dell'Unione europea e della NATO.

La seconda riflessione riguarda noi come Unione europea e il modo in cui la nostra incapacità di adottare la riforma di Dublino e di gestire i flussi migratori, nonché l'esternalizzazione del problema alla Turchia, ha conferito a quest'ultima un enorme potere di ricatto. Il nostro fallimento sta causando...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Traian Băsescu (PPE). – Domnule președinte, aș vrea să mulțumesc grecilor și celor care apără frontiera și celor care suportă zecile de mii de migranți care au venit în casele și în localitățile lor din insule, dar este surprinzător că așteptăm de la Erdoğan să ne rezolve problema.

Uniunea Europeană trebuie să facă ceea ce are de făcut, adică să negocieze acorduri de readmisie cu țările furnizoare de migranți, să negocieze cu guvernele statelor de tranzit și să neutralizeze rețele de crimă organizată și, cu flotele de la Mediterana, flotele militare, să întoarcă ambarcațiunile care au migranți ilegali. Altfel, vom sta la mâna lui Erdoğan încă 20 de ani de acum înainte.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, εάν το ζητούμενο είναι μια κοινή ευρωπαϊκή απάντηση, όπως είναι το θέμα της σημερινής συζήτησης, η απάντηση υπάρχει: Μετεγκατάσταση όλων των ασυνόδευτων παιδιών και των προσφύγων. Αλλά αυτό που βλέπουμε σήμερα, ιδιαίτερα στον Έβρο, είναι ένα οργανωμένο έγκλημα κατά της ανθρωπότητας και κατά της Ευρωπαϊκής Ένωσης από έναν εγκληματία, τον οποίον όλοι ξέρουν, αλλά δυστυχώς κατάφερε να μας διχάσει. Αντί να αντιμετωπίσουμε τον εγκληματία, αλληλοκατηγορούμαστε εμείς οι ίδιοι.

Κλείνοντας, θα πω το εξής χαρακτηριστικό στην Επίτροπο. Γνωρίζουμε όλοι μας και το είδαμε σε βίντεο: τουρκικό τεθωρακισμένο όχημα χρηματοδοτούμενο από τα λεφτά μας, τα λεφτά του Ευρωπαίου πολίτη, επιχείρησε να διασπάσει τα ευρωπαϊκά σύνορα στην Ελλάδα. Έχετε να πείτε κάτι επ' αυτού; Αυτόν ανταμείβουμε. Το εγκληματικό καθεστώς του Ερντογάν στην Τουρκία!

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή).

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señor presidente, Grecia somos todos y no solamente para ir una mañana a decir que la Unión Europea les apoya en el uso de la fuerza en la defensa de las fronteras. Grecia lleva sola mucho tiempo. Nos lleva esperando cinco años, esperando una política de reubicación y de reasentamiento para que los refugiados no se hacinen en campos en condiciones inhumanas como se encuentran en el campo de Lesbos.

Claro que hemos dejado sola a Grecia, y Grecia somos todos. Pero, para esto es importante que las fronteras de Grecia, que son las europeas, se defiendan aplicando el Derecho internacional, los derechos humanos. Un Derecho internacional que no se suspende, se aplica. Y, desde luego, no permitiendo que a las puertas de Europa se mueran niños que han sobrevivido a nueve años de una guerra fratricida.

Gianantonio Da Re (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel marzo 2016 l'Unione europea e la Turchia hanno siglato un accordo scellerato che prevedeva, da parte della Turchia, il blocco del flusso dei migranti verso l'Europa in cambio di 6 miliardi di euro. Nelle scorse settimane il dittatore Erdoğan ha deciso di non rispettare tale accordo, scatenando l'esodo di oltre 100 000 migranti verso la Grecia.

Ieri si è tenuto qui a bruciare un incontro tra Erdoğan e la Presidente della Commissione, von der Leyen. Il dittatore Erdoğan ha forse chiesto all'Unione europea ulteriore denaro pubblico, ancora di più di quello che abbiamo dato?

L'Unione europea non deve cedere al ricatto di un dittatore e deve immediatamente interrompere il processo di adesione della Turchia all'Unione europea: la Turchia non è l'Europa e l'Europa non vuole la Turchia e chiudiamo pure anche Frontex.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señor presidente, la situación vivida esta semana en la frontera de Grecia y Turquía atenta contra los derechos humanos de los inmigrantes y pisotea los valores democráticos que, supuestamente, deberían prevalecer en la Unión Europea. Esta situación es el resultado de años de inoperancia de las instituciones europeas y de los Estados miembros. Es el resultado de pactos de la vergüenza con terceros países, a los que se les paga para que asuman de forma cruel e inhumana lo que Europa debería haber asumido de forma solidaria y humanitaria.

Se ha tratado una crisis de la gestión del asilo en Europa como una amenaza al estilo de vida europeo. Este error de enfoque da alas a movimientos reaccionarios y neofascistas. En Lesbos es alarmante la violencia y la impunidad con la que actúa la extrema derecha contra los refugiados, periodistas, ONG. Si la Comisión y el Consejo quieren encontrar una respuesta común al contexto migratorio actual, les pediría que dejaran la hipocresía a un lado... *(el presidente retira la palabra a la oradora).*

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η πατρίδα μου, η Ελλάδα, δέχτηκε ασύμμετρη απειλή με μαζική πίεση από ανθρώπους, στην πλειονότητά τους παράτυπους μετανάστες που θέλουν να περάσουν στην Ευρώπη. Η Τουρκία εργαλειοποιεί τους απελπισμένους είτε προέρχονται από την εμπόλεμη Συρία είτε θέλουν να αναζητήσουν την τύχη του στην Ευρώπη. Στην Ελλάδα φυλάττουμε ευρωπαϊκά σύνορα, κύριε Πρόεδρε, και ζητάμε αποκλιμάκωση με κοινή δράση και έμπρακτη αλληλεγγύη. Πρώτα απ' όλα είναι απαραίτητο να μετεγκατασταθούν οι πρόσφυγες και, κυρία Johansson, η ελληνική κυβέρνηση σας έχει ήδη στείλει από τις 27 Ιανουαρίου σχετικό αίτημα, το οποίο δεν έχει διαβιβαστεί στα κράτη μέλη για να ξέρουμε τις αντιδράσεις τους. Είναι επίσης απαραίτητο να ενισχυθεί η FRONTEX, η επόμενη συνοριοφυλακή ή ακτοφυλακή. Είναι επίσης απαραίτητο να αναστήσει η Τουρκία την κοινή δήλωση Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας μέσα από τα κομμάτια τα οποία δεν έχει εφαρμόσει.

Bettina Vollath (S&D). – Herr Präsident! Die gute Nachricht zuerst: Wir müssen uns nicht entscheiden, entweder unsere Grenzen mit Gewalt und Verletzung von Menschen- und Grundrechten dicht zu halten oder sie zu öffnen und Zigtausende Menschen ohne Kontrolle und Registrierung nach Europa einreisen zu lassen, sondern es geht darum, dass Einigkeit unter den Mitgliedstaaten darüber hergestellt wird, dass an unseren Grenzen nicht Sicherheitskräfte mit Tränengas und Knüppeln darüber entscheiden, wer in Europa Schutz erhält und wer nicht, sondern dafür ausgebildete Beamte in rechtsstaatlich basierten Verfahren. Und es geht auch darum, dass die EU endlich Griechenland solidarisch und tatkräftig zur Seite steht, und zwar nicht nur beim Schutz der Grenzen, sondern auch darin, die Menschen endlich ordentlich zu versorgen, die Verfahren zu beschleunigen, die besonders Schutzbedürftigen herauszuholen und so mit menschenwürdigen Lösungen allen Erpressungsversuchen entgegenzutreten. Erst wenn wir das alles schaffen, haben wir aus 2015 etwas gelernt.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council. – Mr President, let me thank the House for this debate. The input coming from this discussion is important in finding efficient and appropriate answers to current challenges. There is no doubt the situation at the Greek-Turkish border is very serious from a humanitarian and political point of view. We must address it jointly and in a comprehensive and timely manner, in accordance with EU and international law. Let me assure you that the Croatian Presidency will keep working towards this goal, as it has done so far.

Many EU Member States – Croatia included – have expressed readiness to accept unaccompanied children and minors living in camps on Greek islands. Those children need our special protection. Member States will discuss this pressing issue next week after the Commissioner returns from her visit to the Greek islands.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for this debate. We are, for sure, in a difficult and worrying situation and I'm sorry to say there are no simple solutions. But there are concrete and possible ways forward, and the EU and the Member States have acted quite quickly in solidarity with Greece and in support of those people in need in Greece, and I'm quite proud that we have been able to do that.

I will not repeat what I said in my introductory speech because many of you have asked the same questions that are actually addressed there, but let me just say these things. We need secure external borders. They must be staffed well and managed well. Therefore, Frontex has an important role to play, and it's important that the standing corps become a reality.

With Member States supporting Greece, the European Union can stand strong because we stand together, but the reason that we can stand strong is because of our values. We must show that the EU holds fast the fundamental rights even in difficult times. The circumstances that the Greek border is under a serious and exceptional, but the right to asylum is a fundamental right and enshrined in the EU Treaty and international law. I expect Greece to comply with fundamental rights and with the right to access the asylum process.

As already mentioned, I'm going to Greece to hold discussions with the Greek Government on Thursday, and the following day the Justice and Home Affairs Council will meet to discuss further initiatives to be taken together. I was asked here about the extra money that we would like to allocate if needed to the Greece Action Plan, and this is of course something that we need to discuss together with Parliament. If necessary, it would be aimed at providing even more money than the first EUR 350 million. Hopefully we can achieve a more stable situation, but we have to be prepared, because what we need is de-escalation, dialogue and concrete actions.

I hear many of you argue for a new deal on migration and asylum to be presented soon – arguing for the importance of getting out of the impasse that we have been in for many years in Council – and for agreement to be reached on a sustainable common European migration and asylum policy with the right balance between solidarity and responsibility. I fully agree with this. Since the von der Leyen Commission took office on 1 December, I have worked very, very hard to find a fresh start for this new agreement that I hope to present after Easter. I have been in dialogue with all 27 Member States – this has involved a lot of travelling but was before the coronavirus, so it was easier – and I have lots of dialogues with Parliament, and I hope for more good dialogue to find a solution that is sustainable for a common European approach, because this is what we really need.

To conclude, I would like to say this. Many of you have stressed the importance of relocation of vulnerable (people), especially from the overcrowded camps on the Greek islands. I do share this view. It's of fundamental importance. Member States have shown strong solidarity (with) and support for Greece that is now under pressure to protect its external borders with Turkey, which are also EU external borders and therefore very important. I now call on the Member States – on all Member States – to show the same solidarity and support towards the vulnerable, the minors, in refugee camps that need to be relocated and welcomed in other Member States.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Dominique Bilde (ID), par écrit. – Insigne aveu d'impuissance de l'Union européenne, réduite à quémander au Président turc le respect de l'accord sur le contrôle des migrants qui aura coûté quelque six milliards d'euros. Sans compter les 3,2 milliards d'euros perçus depuis 2014 au titre de l'Instrument d'aide de préadhésion. Une générosité qui n'empêche pas le Président turc d'avoir le verbe haut et la parole acerbe. En témoignent ses propos indignes assimilant sans ambages le gouvernement grec au régime hitlérien. Un tel mépris n'étonnera toutefois guère, quand l'Union européenne n'a pas même la décence de faire preuve de solidarité envers ses propres États membres. Je me réfère en particulier au commissaire Ylva Johansson, qui aura préféré pointer du doigt les autorités grecques, plutôt que de préconiser les mesures d'urgence aux frontières permises par l'article 78(3) du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, et qui s'imposent désormais de façon aussi évidente qu'impérieuse. Cette crise aura en tout cas servi de révélateur. Car à l'instar de Viktor Orbán, seuls les dirigeants animés du sentiment national auront su prendre les décisions de rigueur: celles qui consistent à renouer avec les frontières nationales, et pour tout dire, avec le bon sens.

Andor Deli (PPE), írásban. – A görög határhelyzet megmutatta, hogy hová fajulhatnak a dolgok, ha a politikusok a problémákat a szőnyeg alá söprik. A migráció és a határok védelme pontosan egy ilyen kérdés volt. Az európai vezetők nem akartak vele foglalkozni, ezért Törökországra bízta Európa kapuinak védelmét a 2016-os egyezményrel. Magyarország kormánya volt 2015-ben az egyedüli, amely kiállt a határok védelme mellett, még annak árán is, hogy alaptalan kritika és durva támadás érte miatta. Úgy tűnik, hogy az európai vezetők végre megértették a határvédelem és a biztonság fontosságát annak érdekében, hogy az oly sokat hangoztatott európai szabadságjogok, értékek és életmód megmaradhasson. Jobb később, mint soha! Mindazonáltal a magyar néppárti delegáció teljes mértékben támogatja a görög kormány lépéseit a határvédelem érdekében.

Εύα Καϊλή (S&D), γραπτώς. – Αυτή δεν είναι μια ακόμα συζήτηση για το μεταναστευτικό, ούτε διαγωνισμός αλληλεγγύης στα λόγια. Οι Έλληνες έχουμε αναλάβει μια τεράστια ευθύνη που καμία χώρα μόνη της δεν αντέχει. Έχουμε υβριδικό πόλεμο στα σύνορα της Ευρώπης με τις τουρκικές αρχές να εξοπλίζουν το μεταναστευτικό χωρίς σεβασμό στα ανθρώπινα δικαιώματα. Είμαστε πολιτικοί για να δίνουμε λύσεις άμεσα! Να απαιτήσουμε να περάσει η αναμόρφωση του Δουβλίνου από το Συμβούλιο, να σταλεί η FRONTEX στην Τουρκία, να ανοίξουν οι πρεσβείες της Ευρώπης στην Τουρκία για αιτήσεις ασύλου έτσι ώστε να υπάρξουν νόμιμες οδοί εγκλωβισμένων προσφύγων, κρατώντας έτσι ασφαλή τα σύνορα της ΕΕ με σεβασμό στα ανθρώπινα δικαιώματα. Όσο είμαστε απόντες από τις εξελίξεις στη γειτονιά μας, τόσο θα αφήνουμε χώρο σε εθνικά συμφέροντα, λαϊκιστές και ακραίους. Και όχι, δεν αρκεί να ανοίξει το πορτοφόλι της η Ευρώπη για να μεταθέσει τις ευθύνες της. Απαιτείται λύση στη ρίζα του προβλήματος! Κοινή και Ευρωπαϊκή!

Elżbieta Kruk (ECR), na piśmie. – Istniała nadzieja, że kryzys migracyjny zakończy się w 2016 r, wraz z podpisaniem porozumienia między Unią Europejską a Turcją. Był to optymizm przedwczesny. Spodziewać się można nowej fali imigrantów i powtórzenia kryzysu imigracyjnego z lat 2015-2016. Nadszedł czas na pragmatyczne, całościowe podejście do migracji, zarówno w wymiarze wewnętrznym, jak i zewnętrznym.

Po pierwsze, niezbędne jest udzielenie przez odpowiednie agencje UE wsparcia dla wysiłków państw członkowskich znajdujących się obecnie pod presją migracyjną, w celu wzmocnienia bezpieczeństwa granic i zwalczania grup przemytników ludzi. Do niedawna potępiano Grecję za twarde stanowisko wobec imigrantów znajdujących się na jej granicach, obecnie nazywana jest „tarczą” Europy. Dziś europejscy politycy przybywają do Grecji w akcie solidarności. Dobrze, że elity unijne zmieniły zdanie, bo do niedawna nawoływali do solidarności w przyjmowaniu migrantów. Szkoda, że ponieważ, kiedy już doszło do zagrożenia bezpieczeństwa.

Po drugie, współpraca z Turcją musi pozostać jednym z kluczowych elementów polityki europejskiej. Istnieje konieczność utrzymania w mocy zobowiązań wobec Turcji wynikających ze wspomnianego porozumienia. Ankarę należy wesprzeć również jako sojusznika NATO i państwa stowarzyszonego z Unią. Dlaczego dla przedstawicieli liberalno-lewicowej ideologii współpraca z Turcją stanowi problem? Brak współpracy i wsparcia dla Turcji jest wbrew interesom całej Unii. Najwyższy czas wyciągnąć wnioski z przeszłości.

Antonio López-Istúriz White (PPE), por escrito. – Las fronteras externas de la Unión son las fronteras de todos y todos los Estados miembros tienen que solidarizarse con el Gobierno griego.

El Gobierno de Erdogan usa vidas humanas para presionar a la Unión. La actuación coordinada de los tres presidentes y su viaje a la frontera entre Grecia y Turquía han demostrado claramente la determinación de la Unión en tener una respuesta común a la presión migratoria provocada por el Gobierno de Erdogan.

Como vicepresidente del Intergrupo sobre los Derechos del Niño en el Parlamento Europeo no puedo dejar de llamar la atención sobre la preocupante situación de los niños no acompañados en nuestras fronteras. Hay más de 5 000 niños no acompañados en los puntos críticos y muchos no tienen acceso a sus derechos más básicos, como refugio, agua, alimentos, atención médica y psicológica. Comparto la preocupación del Gobierno griego por su situación y me sumo a su pedido de apoyo a los demás Estados miembros de la UE para reubicar voluntariamente a los niños no acompañados. Nos falta un pacto a medio plazo para la gestión común de migración y asilo. Esto es una prioridad de la presidenta de la Comisión, a la cual doy todo mi apoyo.

David McAllister (PPE), schriftlich. – Die Europäische Union ist sich der Anstrengungen der Türkei bei der Aufnahme und Verpflegung syrischer Flüchtlinge bewusst und unterstützt daher das Land seit 2016 enorm. Die Europäische Union darf sich jedoch nicht unter Druck setzen lassen. Die flüchtenden Menschen dürfen kein Spielball geopolitischer Interessen sein. Entscheidend ist: Wir brauchen Humanität und Ordnung an der türkisch-griechischen Grenze. Derzeit fehlt es an beiden. Eine Situation wie 2015 darf sich nicht wiederholen. Das bedeutet vor allem eines: Keine unkontrollierte Migration nach Europa. Um Ordnung sicherzustellen, müssen wir für einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen sorgen. Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass die Europäische Union in ihrem Denken und Handeln sowie in ihrer Kommunikation nach außen stärker, geeinter und strategischer auftreten muss. Es ist höchste Zeit, dass die EU einen humanen, wirksamen und umfassenden Ansatz für die Migration findet. Es ist ungemein wichtig, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Dialog mit dem türkischen Präsidenten wiederaufgenommen hat. Ziel muss es sein, Migration zu ordnen, zu steuern und zu reduzieren.

Janina Ochojska (PPE), na piśmie. – Sytuacja na granicy grecko-tureckiej jest krytyczna. Nie zapominajmy jednak, że jest to przede wszystkim granica Unii Europejskiej, pod którą koczują tysiące migrantów i łamane są prawa człowieka. Stali się oni zakładnikami przepychanek geopolitycznych.

Mówimy o tym, że Grecja potrzebuje realnego wsparcia. Zgadzam się. Jednak nie chodzi tutaj o kolejne miliony euro przeznaczone przez UE na wzmocnienie granic, ale na tworzenie korytarzy humanitarnych i stworzenie mechanizmu relokacji oraz opieki dla nieletnich. Turcja nie powinna otrzymać dodatkowych środków po to, żeby zatrzymać migrantów u siebie. W przeciwnym razie za jakiś czas znowu złamie postanowienia umowy i będzie szantażować UE. Rozwiązaniem jest przeznaczenie środków dla organizacji pozarządowych, które pomagają na miejscu w obozach dla uchodźców w Turcji, oraz zapobieganie nierównościom na świecie. Ciągłe zapominamy o tym, że migracje są przejawem nierówności, niezależnie czy dotyczą rozwoju ekonomicznego, bezpieczeństwa, przestrzegania praw człowieka, czy zagrożenia klęskami żywiołowymi i zmian klimatu. Tak długo jak te nierówności będą występowały, tak długo będziemy musieli mierzyć się z kryzysem uchodźczym.

Na próżno uniemożliwiamy przekroczenie granic migrantom, bo koszt ludzki jest zatrważający. Szacunkowo 35 000 migrantów na świecie straciło już życie w poszukiwaniu lepszej przyszłości. Bądźmy solidarni z Grecją i nie dopuśćmy do klęski humanitarnej tuż pod samą granicą UE.

Sandra Pereira (GUE/NGL), por escrito. – Falamos de seres humanos que fogem da guerra e da fome e ninguém abandona o seu lar e o seu país de ânimo leve. A UE tem dupla responsabilidade nesta situação: primeiro, apoia e participa na agressão e desestabilização de países terceiros, alimentando guerras que obrigam as pessoas a abandonar os seus países; depois, a UE, que se arvora paladina dos direitos humanos, convive hipocritamente com a situação desumana nestes campos de concentração e faz acordos vergonhosos com países como a Turquia.

No nosso entender, é necessário: i) condenar a agressão turca à República Árabe da Síria, dando-lhe todo o apoio no combate ao terrorismo e na defesa da sua integridade territorial e soberania, no respeito pelo direito internacional, ii) rejeitar a consolidação do conceito de UE fortaleza, que criminaliza aqueles que procuram ou oferecem ajuda, iii) defender o direito internacional, nomeadamente o direito de asilo, e iv) promover políticas genuínas de cooperação para o desenvolvimento que assegurem direitos, progresso social e paz.

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – През последните две седмици сме изправени пред нова бежанска вълна от Турция. Близко 35 000 души са на прага на Европа. Сред тях има и много деца, повечето от които – непридружени. Макар фокусът на всички да е обърнат към Гърция, аз искам да припомня, че България също дели обща външна граница с Турция, която и преди се е използвала като маршрут към западните страни. Риск от нахлуване на нелегални мигранти има и на границата между България и Гърция, която е на 30 км. от турско-гръцката граница. Предвид това аз приветствам отпуснатата финансова и техническа помощ за Гърция за справяне с кризата, но искам да призова ЕК да обърне внимание и на трудностите, пред които е изправена България предвид рисковата ситуация. Европа се нуждае от незабавно преразглеждане на Дъблинския регламент и законодателството, свързано с убежището. ЕС е отговорен партньор, придържащ се стриктно към поетите ангажименти. Като такъв се надявам да се прояви и Турция и да продължи да изпълнява своята част от споразумението с ЕС, без да извива ръце. Вярвам, че сега е моментът да покажем своята солидарност и да предприемем всички необходими действия, в дългосрочен и краткосрочен аспект, за да постигнем нова амбициозна политика за миграцията, отговаряща на днешните предизвикателства.

Андрей Слабаков (ECR), в писмена форма. – Комисията обяви, че ще предостави до 700 милиона евро на Гърция като помощ за справяне с кризата. Наричате го знак на солидарност, доказателство, че Европейският съюз е единен. Не е. Това е просто поредният опит да решите проблема с пари. Наливането на пари в Гърция няма да промени нищо, също както наливането на пари в Турция само отложи кризата. Проблемът е, че веднъж щом дадем на изнудвача това, което иска, той ще продължи да иска още и още. Турция прие парите, усвои ги и ги използва за да финансира войната си в Сирия. Ердоган обеща да използва финансовата помощ само за проекти, свързани с бежанците. Това си беше безочлива лъжа! Всеки който разбира от бюджетни финанси ще ви каже, че тези пари позволиха на Ердоган да закупи повече ракети и дронове, с които да атакува кюрдите. Стига лицемерие. Трябва да спрем да се зальгваме, че Турция е наш стратегически партньор. В най-добрия случай Ердоган е съперник, а в момента се държи като наш враг и изнудвач. Трябва да прекратим всички финансови взаимоотношения с Турция и да им наложим ембарго. Спрете му парите и до час Ердоган ще е на телефона, съгласен да прави компромиси.

Sylvia Spurek (S&D), na piśmie. – Od kilkunastu dni docierają do nas zdjęcia i filmy, na których widać, jak służby Unii Europejskiej na granicy grecko-tureckiej prowadzą wojnę ... z kobietami, dziećmi, rodzinami, z ludźmi, którzy zmuszeni są uciekać przed wojną z własnego kraju. Gdzie są wartości Unii Europejskiej? Jeżeli zapominamy o naszych wartościach, o prawach człowieka, to zapominamy, po co tutaj jesteśmy, jakie są nasze cele, na straży czego powinniśmy stać!

Ta sytuacja to efekt zaniedbań poprzednich władz Unii. Ale to już historia i nowa Komisja, nowa szefowa Komisji, nowy szef Rady Europejskiej muszą zacząć działać – ale zgodnie z unijnymi wartościami. Wspólnota musi podjąć natychmiastowe i zdecydowane działania. I nie chodzi tylko o pomoc na granicy grecko-tureckiej, a tym bardziej – o ochronę granic przed uchodźcami i uchodźczyniami. Konieczne jest wdrożenie systemu relokacji migrantów i migrantek. I, jak mówiła przewodnicząca S&D Iratxe García Pérez, traktowanie tych ludzi z godnością to nie tylko moralny obowiązek, ale również, a może przede wszystkim, kwestia przestrzegania prawa.

Przed Komisją stoją obecnie trzy wyzwania: ochrona praworządności, walka z kryzysem klimatycznym oraz rozwiązanie kryzysu migracyjnego. Komisja musi wykazać się w każdym z tych obszarów zdecydowaniem, potwierdzając, że wartości wskazane w artykule 2 Traktatu nie są tylko pustymi słowami.

Loránt Vincze (PPE), írásban. – Európa számos országa küzd a koronavírus járvánnyal, a járvány terjedésének lehetséges megfékezése és gazdasági következményeinek mielőbbi kezelése mellett a görög-török határon történetekre is figyelniünk kell. Számomra a feladatok egyértelműnek. Elengedhetetlen az európai határok védelme. A kialakult válsághelyzetre konkrét válaszokat kell adnunk. A tagállamoknak segítséget kell nyújtaniuk – lehetőségeikhez képest – rendfenntartók, határőrök és szükséges eszközök formájában a görög határt elérő menekültáradat megállításában. Hasonlóképpen erősítésre vár a Frontex uniós határvédelmi ügynökség állománya és eszközei, hogy az megfelelően kezelni tudja a kialakult helyzetet. Végül a diplomácia útján az EU-török viszonyban, egyenértékű felekként a tárgyalóasztalnál kell megoldást keresni. A törökországi, de hasonlóképpen a közel-keleti menekültáradatokban szinte tarthatatlanná vált a helyzet és ezzel kapcsolatban érdemes elgondolkodni azon, hogyan lehet segíteni Törökországot abban, hogy a származási országukba küldje vissza menekültábráiból azokat, akik nem a háború elől menekülnek, illetve hogyan lehet előkészíteni azt, hogy a háborús menekültek visszatérhessenek Szíria biztonságos régióiba? Nem várhatjuk azt, hogy magától megszűnjön az EU határain lévő migrációs nyomás, az Európai Uniónak cselekvő félként részt kell vennie a válságkezelésben.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Η κατάσταση στα ελληνοτουρκικά σύνορα αποδεικνύει περίτρανα ότι ο Ερντογάν δεν καταλαβαίνει ούτε από διάλογο ούτε από διεθνές δίκαιο. Επί χρόνια κάποιои προσπαθούσαν να μας πείσουν ότι η Τουρκία είναι αξιόπιστος σύμμαχος. Η πραγματικότητα όμως για μια ακόμη φορά τούς διαψεύδει. Η αμυντική στάση που κράτησε η ΕΕ το προηγούμενο διάστημα έφερε, δυστυχώς, αυτά τα αποτελέσματα. Πρέπει επιτέλους να βρούμε εμείς στην επίθεση, ανοίγοντας άμεσα τη συζήτηση για: Πάγωμα της τελωνειακής ένωσης με την Τουρκία και κατάργηση των αδασολόγητων εισαγωγών τουρκικών προϊόντων στην ΕΕ. Η Τουρκία δεν πρόκειται να συμμορφωθεί διαφορετικά. Κλείνοντας, θα ήθελα να ευχαριστήσω τους άντρες και τις γυναίκες των ελληνικών ενόπλων δυνάμεων και της ελληνικής αστυνομίας, καθώς και τους πολίτες των συνόρων μας, που σηκώνουν όλο το βάρος αυτή τη στιγμή, γιατί τα ελληνικά σύνορα είναι τα ευρωπαϊκά σύνορα. Και θα τα υπερασπιστούμε με όλες μας τις δυνάμεις.

13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

14. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

15. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

16. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll

17. Petitionen: siehe Protokoll

18. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

19. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

20. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**21. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 18.28 Uhr geschlossen.)

22. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. MÄRZ 2020

(C/2024/4634)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzung vom 26. März 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	4
2. Eröffnung der Sitzung	4
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	4
4. Tagungskalender	4
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	4
6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	5
7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll	5
8. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	5
9. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	5
10. Petitionen: siehe Protokoll	5

Inhalt	Seite
11. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	5
12. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	5
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
14. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	5
15. Arbeitsplan: siehe Protokoll	5
16. Abstimmung über Dringlichkeitsanträge (Artikel 163 GO)	5
17. Wiederaufnahme der Sitzung	6
18. Erklärung des Präsidenten	7
19. Abgestimmte Reaktion der EU auf die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 (Aussprache)	7
20. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung über die Anträge auf Beratung im Dringlichkeitsverfahren (Artikel 163 GO)	56
21. Wiederaufnahme der Sitzung	57
22. Abstimmung über Änderungsanträge	57
23. Wiederaufnahme der Sitzung	58
24. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung über Änderungsanträge	58
25. Schlussabstimmung	58
26. Wiederaufnahme der Sitzung	58
27. Bekanntgabe der Ergebnisse der Schlussabstimmung	58
28. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	59
29. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	59

Inhalt	Seite
30. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	59
31. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	59
32. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	59
33. Schluss der Sitzung	59
34. Unterbrechung der Sitzungsperiode	59

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. MÄRZ 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Con la tornata straordinaria di oggi dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta martedì 10 marzo 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 10.00)

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Tagungskalender

Presidente. – In considerazione della gravità della situazione e del significativo aumento dei casi di Covid-19 nell'Unione europea, la Conferenza dei presidenti ha deciso, giovedì 19 marzo, su proposta del Presidente di modificare ulteriormente il calendario delle attività del Parlamento del 2020, per motivi di forza maggiore e come misura di sicurezza e di tutela della salute pubblica.

In vista dello svolgimento di una tornata straordinaria oggi, giovedì 26 marzo, è annullato lo svolgimento delle tornate precedentemente previste per il 1° e 2 aprile, il 22 e 23 aprile, il 3 e 4 giugno a Bruxelles. La tornata inizialmente prevista dall'11 al 14 maggio a Strasburgo, si svolgerà il 13 e 14 maggio a Bruxelles; la tornata inizialmente prevista dal 15 al 18 giugno a Strasburgo, si svolgerà il 17 e 18 giugno a Bruxelles; la tornata inizialmente prevista dal 6 al 9 luglio a Strasburgo, si svolgerà l'8 e il 9 luglio a Bruxelles.

La situazione sarà naturalmente riesaminata dalla Conferenza dei presidenti alla luce dell'evoluzione della pandemia di Covid-19. Il calendario provvisorio rivisto è disponibile sulla pagina web della plenaria.

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

6. **Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll**
7. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll**
8. **Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll**
9. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**
10. **Petitionen: siehe Protokoll**
11. **Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll**
12. **Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll**
13. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
14. **Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll**
15. **Arbeitsplan: siehe Protokoll**
16. **Abstimmung über Dringlichkeitsanträge (Artikel 163 GO)**

Presidente. – Il primo punto all'ordine del giorno reca la votazione sulle richieste di applicazione della procedura d'urgenza, avanzate dalla Commissione in base all'articolo 163 del regolamento.

Voteremo su tre richieste:

— assegnazione di bande orarie negli aeroporti della Comunità: norme comuni;

— misure specifiche volte a mobilitare gli investimenti nei sistemi sanitari degli Stati membri e in altri settori delle loro economie in risposta all'epidemia di COVID-19 (Iniziativa di investimento in risposta al coronavirus);

— assistenza finanziaria agli Stati membri e ai paesi che stanno negoziando l'adesione all'Unione europea pesantemente colpiti da una grave emergenza di salute pubblica.

Prima della votazione possono essere ascoltati soltanto l'autore della richiesta, un oratore contro e il presidente o il relatore della commissione competente.

Qualcuno in Aula desidera prendere la parola?

(Nessun deputato desidera intervenire)

Le informazioni relative allo svolgimento della votazione sono state distribuite lunedì per mail a tutti i deputati. Due votazioni di prova hanno già avuto luogo lunedì e ieri per dare modo a tutti i deputati di familiarizzarsi con la procedura.

Il turno di votazioni sulle procedure d'urgenza sarà aperto dalle 10.00 alle 11.00

Tutte le votazioni della giornata odierna saranno per appello nominale. I deputati potranno verificare la loro votazione e i risultati stessi della votazione nel documento che sarà pubblicato oggi sul sito della plenaria.

Ricordo ai deputati le istruzioni per la votazione:

I deputati riceveranno adesso dalla casella di posta elettronica «plenaryvote@europarl.europa.eu» la scheda per la votazione sulla procedura d'urgenza ai sensi dell'articolo 163.

I deputati sono invitati a:

- stampare la scheda di voto;
- scrivere il loro nome e indicare il loro voto (favorevole, contrario o astensione) sulla scheda (vi saranno tre votazioni sulla stessa scheda, una per ciascuna proposta messa in votazione);
- firmare la dichiarazione solenne sulla scheda di voto;
- effettuare una scansione o una fotografia della scheda;
- inviare la scansione o la fotografia della scheda firmata alla casella di posta elettronica plenaryvote@europarl.europa.eu.

Se i deputati non sono riusciti a procurarsi una stampante, sono invitati a chiedere al loro assistente locale di stampare la scheda di voto e di consegnargliela, in modo che i deputati possano firmarla e inviarla.

Solamente nel caso in cui ciò sia impossibile, i deputati possono copiare a mano la scheda di voto in modo chiaro e leggibile, compresa la dichiarazione solenne che si trova in calce alla stessa, indicare chiaramente il loro nome e firmarla.

Solo le schede di voto inviate dall'indirizzo ufficiale del Parlamento del deputato e che recano il nome del deputato e il voto in forma leggibile con relativa firma saranno considerate voti espressi.

Saranno prese in considerazione soltanto le schede di voto ricevute nella casella di posta elettronica entro la chiusura della votazione (alle ore 11.00).

I deputati che saranno presenti nell'emiciclo voteranno secondo le stesse modalità degli altri deputati, vale a dire a distanza.

La votazione è aperta. Vi invito a votare entro e non oltre il termine delle 11:00.

I risultati delle votazioni sulle richieste di procedura d'urgenza saranno comunicati alle 12.30.

Le dichiarazioni di voto potranno essere presentate per iscritto. Eccezionalmente, saranno accettate dichiarazioni di voto di un massimo di 400 parole.

(La seduta è sospesa alle 10.10)

17. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 10.33)

18. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – Care colleghe e cari colleghi, signora Presidente, benvenuta in Aula. Vi rivolgo il mio saluto in questo momento così difficile e delicato per l'Europa e per i nostri cittadini. Mi auguro che voi, le vostre famiglie e i vostri cari siate tutti in buona salute.

Stiamo vivendo una situazione straordinaria e inaspettata, che ci ha condotto in queste settimane a prendere delle decisioni senza precedenti, anticipando spesso la rapida evoluzione delle circostanze, con l'obiettivo di proteggere la salute del nostro personale e dei deputati e, allo stesso tempo, garantire la vita democratica della nostra Istituzione.

Abbiamo dovuto rallentare, certo, ma nessuno si è fermato e credo che questo sia il segnale più importante, perché la democrazia non può essere sospesa, soprattutto nel mezzo di una crisi così drammatica.

È nostro dovere, anzi, proprio in questi tempi così difficili, essere al servizio dei nostri cittadini che tanto stanno soffrendo; dare loro una guida e una speranza per affrontare questo momento buio e i momenti che verranno. Come legislatori noi abbiamo i mezzi, la possibilità e il dovere di essere utili.

Oggi siamo qui vicini, seppur lontani, riuniti con questo formato inedito del Parlamento europeo, straordinario, ma determinati tutti a dare il nostro contributo nella lotta a questa pandemia, garantendo la nostra funzione democratica e la continuità dei lavori del Parlamento, perché è solo così che possiamo rendere un servizio alle persone, alle nostre comunità, ai nostri Paesi, al personale sanitario che si sta sacrificando nelle corsie dei nostri ospedali in tutta Europa.

Qualche giorno fa questo orribile virus ci ha colpito molto da vicino, portandosi via anche una giovane vita: un ragazzo che lavorava proprio qui con noi al Parlamento europeo. Alla famiglia del caro Giancarlo vanno le nostre più sentite condoglianze, così come vanno alle famiglie di tutte le persone che hanno perso la vita a causa della Covid-19.

Voglio rivolgere un pensiero a tutte le persone che questo virus lo combattono quotidianamente con coraggio e determinazione, alle persone malate, prima di tutto, al personale medico che in tutta Europa lavora senza sosta, e un saluto a tutti i nostri cittadini che, con il loro comportamento responsabile e disciplinato, saranno decisivi per debellare questa pandemia.

C'è bisogno di tutta la nostra forza, di tutta la nostra energia e collaborazione e di anche un po' di pazienza, naturalmente, per far sì che questa giornata di plenaria straordinaria del Parlamento, così particolare e atipica, si possa svolgere serenamente, perché con le nostre decisioni potremmo dare ossigeno a chi in questo momento è in prima linea nell'affrontare quest'emergenza.

19. Abgestimmte Reaktion der EU auf die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 (Aussprache)

Presidente. –Care colleghe e cari colleghi, l'ordine del giorno reca «Dichiarazioni del Consiglio e della Commissione: risposta coordinata europea all'epidemia di Covid-19 (2020/2610(RSP))».

Ricordo agli onorevoli deputati che per questa discussione non sono previste le consuete procedure del *catch-the-eye* o del cartellino blu.

Vi informo che la Presidenza del Consiglio, non potendo partecipare ai nostri lavori, mi ha trasmesso una dichiarazione scritta che provvederò a inviare a tutti i deputati.

Dò il benvenuto alla Presidente della Commissione europea, la signora von der Leyen, a cui dò subito la parola.

Ursula von der Leyen, présidente de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je tiens tout d'abord à remercier tous ceux qui ont rendu possible cette séance extraordinaire, dans ces conditions tout aussi extraordinaires.

Il est difficile de réaliser à quel point et de quelle façon le monde a changé depuis notre dernier rendez-vous. En un clin d'oeil, un virus qui apparaît à l'autre bout du monde devient une pandémie tueuse aux conséquences tragiques ici aussi en Europe.

D'un jour à l'autre, nos modes de vie ont changé. Nos rues se sont vidées. Nos portes se sont fermées. Et nous sommes passés de la routine quotidienne au combat de notre vie. Pendant ce temps, nous avons vu la fragilité de la vie mise à nu sous nos yeux. Et nous avons vu une tragédie au cœur de l'Europe, d'une ampleur inimaginable il y a quelques semaines encore.

Je suis de tout coeur avec toutes les victimes et tous leurs proches et nos pensées, nos meilleurs vœux vont à ceux qui luttent pour leur vie en ce moment où ils sont malades chez eux.

Mais si le virus frappe fort, les citoyens européens sont aussi puissants. Je tiens à rendre hommage aux hommes et aux femmes qui mènent ce combat. Je pense aux infirmières, aux médecins et aux aides-soignants en Italie, en Espagne, dans toute l'Europe, qui ont couru vers le danger sans se poser la moindre question. Ces héros qui mettent tout en jeu jour après jour pour sauver nos parents, pour sauver nos grands-parents, les amis et les collègues, les voisins et les étrangers.

L'Europe vous doit à tous une dette de gratitude. Aux remplisseurs de rayons et aux ramasseurs de poubelles, aux assistants funéraires et aux assistants d'éducation, aux camionneurs et aux nettoyeurs, aux ouvriers et aux boulangers, à tous ceux qui aident notre monde à tourner, l'Europe vous doit à tous une dette de gratitude.

But what is unique about this fight is that every single one of us has a role to play. Every single one of us can help repay that debt – by keeping our distance, we can slow down the spread of the virus.

The numbers in the last few days have shown that we can bend the trend, but only if we all do our share. Yes, it is painful to stay away from our family, especially when we are worried about their physical and their mental health. And, yes, it is painful for those for whom home is not a happy or a safe place to be. It is painful for those who have plans put on hold, or things they worked so hard for, cast into doubt.

But this is why I am convinced that while we may be sitting further apart than usual, we must work closer together than ever before. We must look out for each other. We must pull each other through this because if there's one thing that is more contagious than this virus, it is love and compassion.

And, in the face of adversity, the people of Europe are showing how strong that can be. Small acts of kindness, compassion, solidarity are helping to spread hope through all Europe.

From volunteering, to balcony singing; from sending postcards, to the lonely to shopping for the elderly; from hotels offering their beds for free, to restaurants donating their food; from luxury perfumes and vodka producers making sanitising gel; to car makers and fashion houses producing masks.

This is the example that the European Union must follow. By each doing our little bit, we can truly help each other a lot. And our role as Europe's institutions, policy-makers and leaders is to show that same trust, that same unity and that same leadership. We all share this responsibility. None of us can do it alone. And, certainly, no Member State can handle this crisis on their own. Because in this crisis, and in our Union more generally, it is only by helping each other, that we can help ourselves.

But the story from the last few weeks is partly a painful one to tell. When Europe really needed to be there for each other, too many initially looked out for themselves. When Europe really needed an «all-for-one» spirit, too many initially gave an «only-for-me» response. And when Europe really needed to prove that this is not only a fair-weather union, too many initially refused to share their umbrella.

But it was not long before some felt the consequences of their own uncoordinated action and this is why over the last few weeks, we took exceptional and extraordinary measures to coordinate and enable the action that is needed. Since then, things are improving, and Member States are starting to help each other to help themselves.

Europe is now really stepping up, but the people of Europe are watching what happens next. And we all know what is at stake.

What we do now matters for today, as well as for the future. The outbreak of the Corona virus is first and foremost a public-health emergency and we will stop at nothing to save lives. To do that, we are lucky to have, and to be able to rely on, the best health-care professionals in the world – from Milan to Madrid and beyond. They are producing miracles every single day. But as we have seen, both there and elsewhere, the scale of the outbreak is stretching them to breaking point.

They urgently need equipment, the right equipment, they need the right amount of it and they need it right now. But instead of that, what we saw was crucial equipment stuck in bottlenecks or at borders for days, and this is why we had to take matters into our own hands, as far as we could, to relieve these blockades.

This is why we are creating the first ever European stockpile of medical equipment, such as ventilators, masks and lab supplies. The Commission will finance 90% of this stockpile through rescEU. This is why we launched several joint procurement with Member States for testing kits, ventilators and protective equipment.

Twenty-five Member States joined the latter and there: good news. Since Tuesday, we know that their demands for masks, gloves, goggles and face shields can be matched by the producers. The first deliveries should start in the coming weeks. And because knowledge saves lives in a pandemic, we set up a European team of scientists – experts to help us come up with coordinated measures that we all can follow.

I personally chair these discussions twice a week. Doing so has only deepened my conviction that we will need to draw on all that makes us strong to get through this together and then to get back on our feet again. We have no stronger asset for this than our unique single market.

A successful European response can only be coordinated if our internal market and our Schengen Area work the way they should. A crisis without borders cannot be resolved by putting barriers between us. And yet, this is exactly the first reflex that many European countries have. This simply makes no sense, because there is not one single Member State that can meet its own needs when it comes to vital medical supplies and equipment. Not one.

The free movement of goods and services is therefore our strongest and, frankly, our only asset to ensure supplies can go where they are needed most. It makes no sense that some countries unilaterally decided to stop exports to others in the internal market. And this is why the Commission intervened when a number of countries blocked exports of protective equipment to Italy.

It is why we issued guidelines for border measures to protect health and keep goods and essential services available. It is why we are calling for priority green lanes for transport of goods. These will ensure that crossing the border takes no more than 15 minutes, and they will help ensure that goods and supplies can go where they are needed, and we all can avoid shortages.

It pains me that we had to do this, but our coordinated approach is now bearing fruit. The internal market is already functioning better, and we all welcome the news that hospitals in Saxony and took patients from Lombardy while others from the Grand-Est in France are now being treated in the Grand Duchy of Luxembourg. This only goes to prove that it is only by helping each other that we can help ourselves.

The whole set of measures that we have taken reflects the unprecedented situation we're all in. But as I said earlier, the people of Europe are watching what happens next. And they, of course, want us to do everything we can to save as many lives as we can, but they are also thinking about the day after.

They are thinking about what job will they have to go back to, what will happen to their business and to their employers? What will happen to their savings and their mortgage? They will worry about their parents, their neighbour, their local community. They will know that their governments had to make difficult decisions to save lives, yes.

But they will also remember who was there for them and who was not. And they will remember those that acted and those who did not. And they will remember the decisions that we take today, or those we will not. The point is that sometime soon there will be a day after. And our job is to make sure, that on that day, and on all that follow it, the European Union is there for those who need it.

What do we do now really matters and this is why we launched the Corona virus response investment initiative to help direct EUR 37 billion to mitigate the impact of the crisis, to save lives, jobs and businesses. This is why we adopted the most flexible ever temporary rules on state aid: to enable Member States to give a lifeline to their businesses.

The first cases were approved in record time within a matter of hours. This is why, for the first time in our history, we have activated the general escape clause in the Stability and Growth Pact. That means that Member States can use all the firepower they have to support those in work, or those out of work, to support businesses, small and big, and to support people through these tough times.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das ist das Europa, an das sich die Menschen am Tag danach erinnern sollen: ein Europa, das im Schnelldurchlauf arbeitet, wenn es sich so anfühlt, als hätte die ganze Welt auf Pause gedrückt. Ein Europa, das für seine Menschen und Mitgliedstaaten da ist, wenn sie es dringend brauchen. Ein Europa, das Einfühlungsvermögen hat und Mitgefühl über alles andere stellt. Ein Europa, das in Zeiten der Not widerstandsfähig und selbstlos zugleich ist. Das ist das Europa, das ich mir wünsche.

Es ist exakt jenes Europa, von dem unsere Gründungsväter und Gründungsmütter in der Asche des Zweiten Weltkriegs träumten. Als sie diese Union aus Menschen und Nationen schufen, stand ihnen schmerzlich vor Augen, wohin Selbstsucht und übertrieben nationales Denken führen können. Es ging ihnen darum, ein Bündnis zu schmieden, in dem aus gegenseitigem Vertrauen gemeinsame Stärke wächst – das war ihr großer Gedanke, aus dem binnen Jahrzehnten eine einzige Gemeinschaft in Freiheit und Frieden entstand: unsere Europäische Union.

Und heute, angesichts eines unsichtbaren Feindes, werden diese Grundwerte unserer Union auf die Probe gestellt. Wir müssen uns alle aufeinander verlassen können! Wir müssen uns wieder alle gegenseitig durch die harten Zeiten helfen. Im Augenblick ist es unsere allererste Pflicht und Priorität, das Leben und die Existenzgrundlagen der Europäerinnen und Europäer zu retten. Aber der Tag wird kommen – und ich hoffe, in nicht allzu ferner Zukunft –, an dem wir nach vorne blicken und gemeinsam den Aufschwung gestalten müssen. Und dann werden wir Lehren ziehen und entscheiden müssen, was für eine Europäische Union wir künftig wollen.

Und wenn wir das tun, dann sollten wir uns nicht auf die falsche Debatte einlassen, ob wir mehr oder ob wir weniger Europa brauchen. Wir sollten uns lieber darauf konzentrieren, wie wir diesen Sturm nutzen können, um sicherzustellen, dass wir dem nächsten besser standhalten können. Denn der Wunsch nach einer widerstandsfähigen und einer lebenswerten Heimat Europa eint uns doch alle – ob Nord oder Süd oder Ost oder West. Und seien wir uns bewusst: Die Entscheidungen, die wir heute treffen, die werden lange in Erinnerung bleiben, und sie werden das Fundament unserer Europäischen Union von morgen prägen.

Wir stehen an einer Weggabelung: Wird uns dieses Virus endgültig in Arm und Reich spalten, in die Wohlhabenden und die Habenichtse, oder werden wir ein starker Kontinent bleiben, ein ernst zu nehmender Akteur auf dieser Welt? Können wir aus dieser Lage vielleicht sogar stärker und besser herauskommen? Können wir unsere Gemeinschaften angesichts der Krise näher zusammenrücken lassen? Können unsere Demokratien an Ansehen gewinnen?

Und wenn man sich die vielen Akte der Zuwendung, der Freundlichkeit und des menschlichen Anstands in ganz Europa anschaut, dann sieht man, dass wir allen Grund haben, optimistisch in die Zukunft zu schauen. Unser Europa hat alles in der Hand, was nötig ist. Und wir sind bereit, alles zu tun, was nötig ist, um diese Krise zu meistern!

Verehrte Abgeordnete, in den letzten Tagen haben viele von Ihnen das Zitat von Jean Monnet über das Schmieden Europas in den Zeiten der Krise verwendet, und das gilt auch heute! Aber es gibt ein weiteres Zitat von einem anderen Gründungsvater, das meiner Meinung nach ebenfalls zusammenfasst, wo wir heute stehen. Konrad Adenauer sagte: «Geschichte ist auch die Summe der Dinge, die man hätte vermeiden können.» Liebe Freundinnen und Freunde, die Geschichte schaut auf uns. Lassen Sie uns gemeinsam das Richtige tun, mit einem großen Herzen und nicht mit siebendzwanzig kleinen! Lang lebe Europa! Vive l'Europe! Long live Europe!

Presidente. – Come vi dicevo, era previsto l'intervento della Presidenza del Consiglio che però non ha potuto partecipare ai nostri lavori. La Presidenza mi ha trasmesso una dichiarazione scritta che provvederò a inviare a tutti i deputati.

Permettetemi naturalmente di rivolgere anche un saluto agli amici croati che sono stati colpiti dal terremoto: a loro la nostra solidarietà, la nostra amicizia e la nostra vicinanza.

Statement by Nikolina Brnjac, President-in-Office of the Council, on behalf of the Council of the European Union at the extraordinary Plenary Session of the European Parliament

(in writing)

President, Honourable Members, first, I wish to thank the European Parliament for this extraordinary session today so that important measures can be adopted.

I regret that I cannot be with you in person on such an important occasion, and I would like to thank President Sassoli for granting me this opportunity to address you in writing from Zagreb during this extraordinary plenary.

Allow me to begin with a few words about the terrifying earthquake of 5.5 magnitude on the Richter scale, which hit my capital Zagreb and its surroundings this Sunday. It was the strongest earthquake in this area in the last 140 years. Our homes, hospitals and churches, even the Cathedral, sustained extensive material damages.

Newborn babies and their mothers with masks were carried into the freezing hospital yards, people were physically injured and traumatized with fear and uncertainty, and most tragically, one young life was lost.

Since then, Zagreb and its surroundings have been hit by more than 80 smaller earthquakes and aftershocks; we had strong winds and snow showers. Zagreb could not stay at home even in the midst of the COVID-19 epidemic.

I would like to use this opportunity to praise our citizens who exhibited incredible feats of courage, solidarity and togetherness, our public services, our military and police, our firemen and engineers and our media who all worked tirelessly and patiently to assist and inform people in these terrible circumstances.

I also wish to thank everybody for their messages of support, solidarity and friendship, as Zagreb witnessed these two simultaneous emergencies.

Our fight against COVID-19 pandemic continues, and strict measures introduced to contain its spread and slow down the epidemiological curve remain our priority in Zagreb and the whole of Croatia.

Moreover, we remain aware of our responsibilities as the Presidency of the Council of the European Union in these difficult moments and we shall keep performing them to the best of our abilities.

Allow me therefore another comment outside the designated subject :

I am proud that in these exceptional circumstances, we have managed to reach a true Enlargement policy milestone, by deciding to open accession negotiations with the Republic of Albania and the Republic of North Macedonia.

Coming back to our main subject: The coronavirus is a global crisis. But right now, that crisis is hitting hardest in Europe and the situation has been worsening by the hour. For the moment, we are the continent that has the biggest number of people that are infected and the highest number of fatalities.

Before I continue, I would like to pay tribute to the victims, in Europe and elsewhere, and express my deepest sympathy with their relatives and loved ones. I also wish to acknowledge and praise the outstanding efforts and hard work by the healthcare services throughout Europe and the world in these difficult times. They are on the front line, tirelessly fighting the spread of the virus.

I also wish to express our solidarity with all those who are ill, in intensive care or in quarantine. And we should not forget those who are doing their utmost to ensure we continue to have the basic goods and services that we all need in our everyday life. We must help and support each other throughout this pandemic and I believe we will come out of it stronger.

The coronavirus is not only an unprecedented health crisis, but it is also a serious threat to the EU economy and society, which build on free movement. In response, the members of the European Council have identified five key priorities for the EU and its Member States.

These are: limiting the spread of the virus, measures to secure access to medical equipment, promoting research, tackling socio-economic consequences and helping EU citizens stranded abroad to return home.

As regards public health, our focus has been and will continue to be on minimizing human suffering, people falling ill and dying. We need to reduce the number of active cases as much as possible so that our health care systems have a sufficient number of places for treatment, including intensive care.

This is why the EU and its Member States took very drastic measures to achieve social distancing. These have been difficult decisions aimed at reducing the infection rate, but although necessary and justified, they have immense impact on our citizens, their private, professional and social life. Since those measures were introduced some 10 days ago, we hope soon to see the number of daily new cases diminish.

The free movement of goods is in normal times the cornerstone of our prosperity and growth. In this time of crisis, swift and undisrupted access to essential goods must also be guaranteed. To this aim the internal market must function properly.

It is time now to show solidarity with those who are at this point in time the most affected and in need of life-saving equipment. We therefore welcome the concrete measures that the European Commission has taken in cooperation with Member States to ensure the supply of medicines and medical equipment.

We support the Commission's efforts to improve the situation as regards access to Personal Protective Equipment, through joint public procurement initiatives, engagement with the industry and purchases via the Civil protection framework.

In order to be able to tackle cross-cutting issues, the Croatian Presidency is also making full use of the Integrated Political Crisis Response (IPCR), which provides for efficient information exchange between Member States, including at ministerial level whenever needed.

It is impossible to overstate the significant impacts that this health crisis will have throughout the globe on many sectors of our economy. Given the interconnectedness of our economies, close coordination of fiscal and monetary policies will be key to tackling this crisis. We stand ready to act if the situation worsens, always keeping in mind the need to ensure proportionality and flexibility in our response.

Over the years, we have built robust yet flexible rules in domains such as fiscal policy, financial regulation and state aid. Staying within the boundaries of such frameworks, while exploiting their flexibility to the full extent, will allow us to provide the adequate immediate relief, while at the same time ensuring credibility and sustainability in the long term.

In concrete terms, with the support of Member States, the Commission will use the general escape clause of the Stability and Growth Pact, allowing Member States to undertake measures to deal adequately with the crisis, while departing from the budgetary requirements that would normally apply under the European fiscal framework.

Then, in order to minimise the damage on the productive fabric of our societies, also linked to the necessary containment measures taken in these weeks, massive liquidity support for firms have been announced by many Member States, amounting to exposures of several percentage points of GDP.

In parallel, our financial regulators have already expressed their willingness to provide the maximum flexibility to banks and credit institutions to channel and complement public support, while the Commission has announced a temporary relaxation of state aid rules to ensure and expedite approval of public support schemes for enterprises facing difficulties, especially in sectors and regions most directly affected by the crisis.

Finally, all Member States have announced important social measures to support the employment status and income of affected workers, in the form of reinforced automatic stabilisers and ad hoc measures to ensure the widest coverage of the measures taken.

Furthermore, beyond creating the framework of regulatory conditions to allow Member States to implement these targeted support policies, EU institutions have also set up important Europe-wide initiatives. I would mention the Commission's Corona Response Investment Initiative; the EIB's announcements on working capital lending for European firms and catalysing additional investments in SMEs and midcaps; and the ECB Governing Council's announcement of a €750bn Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP).

Honorable members, as you know, the formal Council meetings had to be postponed due to the rapid spread of the COVID-19 pandemic. The Croatian Presidency, in an effort to ensure the necessary continuation of the Council's work, initiated changes to the Council's Rules of Procedure which enable the use of a written decision-making procedure within the Council, as well as regulating the issue of holding and preparing video conferences, which entered into effect on March 23rd.

A number of informal ministerial meetings were held via video conferences in the last weeks.

On March 18th, the EU transport ministers debated the implications of COVID-19 on transport and agreed cooperation to ensure a smooth flow of goods (food, medicines, medical equipment) with an emphasis on safeguarding freedom of movement across borders; as well as health and safety measures for transportation workers.

On 19th March, an exchange of views of EU social and employment ministers took place on the impact of COVID-19 on social policy and employment across 3 topics: i.) possible reallocation of EU funds to new 'corona' initiatives; ii.) measures to mitigate the impact of COVID-19 on SMEs and the self-employed; iii.) alternative childcare solutions (for working parents), and other vulnerable groups.

On 20th March, an informal high-level videoconference of Ministers responsible for Internal Market and EU Competitiveness was held on the impact of COVID-19 on the EU economy, with an exchange of views on: i.) ways to ensure a sufficient level of production capacity for medical equipment to meet the needs of all MS ; ii.) measures taken regarding the economic consequences of the pandemic; iii.) ways of enabling free movement of the functionality.

On 23 March a teleconference of EU Ministers of Economy and Finance was held, with a focus on: i.) the economic impact of the COVID-19 crisis; ii.) the flexibility of the Stability and Growth Pact; iii.) the impact of COVID-19 on the European Semester 2020. They took stock of the situation and proposed additional targeted measures as necessary.

A teleconference of foreign ministers was held on March 23, discussing: i. repatriation of EU citizens; ii.) international cooperation; iii.) public diplomacy and misinformation issues; and iv.) geopolitical and economic implications of repatriation, especially for EU citizens who are not residents of third countries (students, tourists, etc.). The ministers also discussed the medical equipment issues and inaction among MS, which creates fertile ground for the intervention of third countries.

COVID crisis was also discussed at video conferences of Ministers for European Affairs on March 24th and Ministers of Agriculture on March 25th, and will be discussed at the upcoming meeting of Ministers responsible for Regional and Cohesion Policy on March 27th.

The key message expressed by the Council, is that above all we need to strengthen the solidarity between Member States, cooperation and exchange of information.

Moreover, the Council mandates for the proposals on Corona Investment Initiative Regulation and for a proposal to amend the European Solidarity Fund Regulation, as well as for the proposal amending the Slot Regulation, were urgently discussed and adopted on March 18th and 20th, respectively.

There is thus an impressive set of national and Europe-wide initiatives with a significant amount of resources mobilised, in the context of an adjusted regulatory framework to ensure a smooth deployment of the instruments.

To conclude, we are constantly monitoring the situation, to be able to react as swiftly as needed. We are now in the epicentre of the crisis, and it is only through solidarity, unity, and close cooperation among all of us that we can contribute to diminish the impacts of this global outbreak in the most efficient way.

Today, the members of the European Council will follow-up, by video-conference, on the EU's response to the crisis. They will focus on the main strands of action, notably: limiting the spread of the virus; the provision of medical equipment; promoting research, and tackling the socio-economic consequences of the outbreak.

In the face of this unprecedented challenge, we are determined to continue the joint work of the European institutions and the Member States in a coordinated, swift, responsible and united manner to find effective solutions to address many serious problems that now arise.

I would like to thank the European Parliament for taking the steps that will allow our two institutions to act quickly on the Commission proposals in the light of these exceptional circumstances, and for its good cooperation on these proposals, on which you will vote later today.

I wish you a fruitful debate and I extend to you my heartfelt desire that you and your loved ones stay safe.

I look forward to addressing you at the plenary as soon as the situation permits.

Esteban González Pons, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, we welcome your resolution to get things done, like the joint procurement of personal protective equipment. Those are positive steps. Now we need to go further.

In the short term we need a lot more resources in health-care industry to fight against the Corona virus. We need to guarantee the free flow of goods and medicines across borders. We need to guarantee pensions and salaries. No one must be left behind. We need to secure the functioning of our critical services, both physical and digital.

In the long term, we need a relaunch of the industrial production of medical equipment in Europe. We need to invest more in medical research and in the fight against diseases, and we need to address the economic impact of the crisis. We want our economies to survive the crisis. Our workers and our small and medium-sized enterprises, our fishermen, our farmers must survive this crisis.

I will continue in my mother tongue.

En Italia, en España, en Francia muchos se están preguntando dónde está Europa. En estos tiempos se considera desleal criticar a los Gobiernos nacionales o regionales, pero sigue siendo aceptable criticar al Gobierno europeo, como si la Comisión no fuera también el Gobierno de cada uno de nosotros.

Yo quiero aclarar, primero, que la Comisión está haciendo todo lo que le permiten las competencias; y, segundo, que ningún Gobierno nacional le ha pedido que haga nada más que lo que le permiten las competencias.

Frente a un único problema, los Estados miembros europeos han dado veintisiete respuestas diferentes, más de cincuenta si se tienen presentes las regiones con competencias en Sanidad, como si el virus se detuviera ante cada frontera. No están fallando las instituciones europeas, está fallando la solidaridad entre los Gobiernos europeos. No falla la Unión Europea, falla el europeísmo de los líderes nacionales europeos.

La Organización Mundial de la Salud ha tratado el virus como lo que es, una pandemia, una enfermedad contagiosa de alcance planetario. Pero los Gobiernos europeos lo siguen tratando como si se tratara de veintisiete infecciones nacionales diferentes, incluso de infecciones regionales.

Hoy el virus se está cebando con Italia, España y Francia, pero no sabemos cómo evolucionará mañana. No sabemos si se va a extender igual por otros países europeos y cuándo. No sabemos si volverá en otoño y por dónde. No sabemos si explotará en África, Oriente Próximo o Rusia, y qué consecuencias tendrá entonces para nosotros. La verdad es que no sabemos qué va a pasar.

Por eso es preciso tener presente que la solidaridad que hoy demos es la solidaridad que mañana recibiremos. De eso va ser europeos.

Hoy contemplamos dos Europas diferentes, la del Consejo —que se reúne esta tarde— y la que cada noche, a las ocho, sale a los balcones a aplaudir a los médicos y enfermeras de Europa. Este Parlamento debe ser de la Europa que, pese a estar confinada, habla el mismo idioma de balcón a balcón, y no de esa otra Europa que, pese a tener traductores, es incapaz de entenderse. Este Parlamento no debe cerrar durante la crisis, porque el Parlamento es la casa de la esperanza.

En mi país, con menos de cincuenta millones de habitantes, llevamos más muertos que en China, que tiene más de mil millones de habitantes. Estamos viviendo un infierno. En mi país, más de cinco mil médicos, enfermeras, auxiliares y personal de ambulancias se han contagiado. En mi país, muchos hospitales están desbordados. En mi país, los pacientes de coronavirus mueren solos, sin un familiar que les cierre los ojos. Y se les entierra solos.

Esto no es una guerra. Esto es una epidemia. Los médicos no nos piden medallas al valor ni arcos de triunfo, nos piden presupuesto en Sanidad. No nos piden discursos de sangre, sudor y lágrimas, nos piden cosas más sencillas, como piedad y mascarillas, como dignidad y respiradores, como consuelo y test del virus. ¿De verdad no podemos compartir eso entre los europeos? ¿De verdad no vamos a ayudarnos unos a otros cuando pase la enfermedad?

La generación que más está sufriendo el virus es la de los padres de Europa. El virus está atacando a la generación que nació en la posguerra; está atacando a la generación que construyó la economía europea; está atacando a la generación que generalizó la sanidad pública y la educación pública; está atacando a la generación que devolvió la democracia a España, Portugal y Grecia; está atacando a la generación que derribó el muro de Berlín; está atacando a la generación que renunció al franco y al marco en favor del euro. El virus está atacado a la generación de los padres de Europa, y lo mínimo que se merecen es que nosotros les demos que Europa está ahí cuando ellos la necesitan. Y que sea verdad.

Me uno a la presidenta Ursula von der Leyen y termino diciendo: ¡Viva Europa!

Javier Moreno Sánchez, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente, oggi è una sessione un po' strana: quest'Aula è quasi vuota ma la nostra casa della democrazia europea, come Lei ha ben detto, Presidente, continua e continuerà la sua attività al servizio di tutti i cittadini europei.

Oggi dobbiamo tutti adottare le misure proposte e continuare il nostro lavoro.

Quiero dirigir mis primeras palabras en nombre de todo el Grupo S&D, de su presidenta, y especialmente de la delegación española, a todas las personas que han perdido a seres queridos. Nuestro más sincero pésame. También nuestro deseo de una recuperación rápida para aquellas personas afectadas por la enfermedad.

Quiero también que, desde esta Cámara, como lo hacemos —lo decía Esteban— todas las tardes desde nuestros balcones, aplaudamos al personal sanitario en agradecimiento por su combate sin descanso contra la pandemia mundial. Y que aplaudamos también a todos los ciudadanos y las ciudadanas que siguen trabajando para que en la medida de lo posible la vida siga su curso, haciéndola más llevadera a los demás. Junto con el comportamiento ejemplar de la ciudadanía, son la mejor arma para ganar la guerra a esta pandemia. Solo unidos y coordinados a nivel europeo venceremos al virus y recuperaremos la vida normal. También el crecimiento de nuestras economías.

Necesitamos una estrategia conjunta para hacer frente a la evolución escalonada de la epidemia. Las decisiones que tomemos hoy son un primer paso para encauzar positivamente y con esperanza el futuro de nuestras sociedades y de la Unión. Tenemos que actuar a corto, medio y largo plazo pensando exclusivamente en el bienestar y el futuro de la ciudadanía.

Los ciudadanos esperan una respuesta comunitaria coordinada que refuerce nuestro sistema sanitario y resuelva las necesidades urgentes de material, que garantice la distribución de alimentos y bienes esenciales y, sobre todo, que acuda al rescate para mitigar los efectos negativos de las medidas extraordinarias que están adoptando los Gobiernos para contener el virus y que afectan ya negativamente a nuestras economías y especialmente a los trabajadores, que están muy preocupados por su empleo.

Hoy votamos un paquete de medidas urgentes que garantizan la utilización de los Fondos Estructurales y los instrumentos disponibles del presupuesto de 2020 para que los Estados miembros puedan ayudar con la flexibilidad necesaria a las regiones más afectadas.

También tenemos que suspender temporalmente las reglas sobre la asignación de las franjas horarias y acabar con los llamados «vuelos fantasma», que tienen un elevado coste económico y medioambiental.

Estas primeras medidas se unen a las anunciadas por el Banco Central Europeo, las de la Comisión Europea y las del BEI para asegurar una cierta relajación de las normas de estabilidad presupuestaria y para lo más importante en estos momentos —y la presidenta lo ha dicho—: la compra conjunta de material sanitario urgente para combatir la pandemia y salvar vidas.

Pero necesitamos medidas más ambiciosas, en particular en materia de política fiscal, para apoyar los esfuerzos nacionales y garantizar la solidaridad financiera. Por eso, los socialistas europeos, en consonancia con la iniciativa lanzada por el presidente Pedro Sánchez, hemos pedido a los líderes europeos y a la Comisión la aprobación de un plan con veinticinco medidas urgentes para combatir la crisis social y económica generada por el COVID-19. Una hoja de ruta que no deje a nadie atrás y que incluya a los más vulnerables.

Por eso, reclamamos un nuevo plan Marshall de inversión europea común, financiado con un instrumento de deuda común que contemple la emisión de eurobonos y la activación del Mecanismo Europeo de Estabilidad, con una línea específica de crédito sin condiciones macroeconómicas adicionales.

También pedimos que se ponga en marcha un seguro europeo de desempleo, que se combine con un sistema europeo temporal de renta mínima, para proteger a todos los tipos de trabajadores y trabajadoras, especialmente en los sectores del campo y de la pesca.

Por último, y entre otras medidas, pedimos una mejor coordinación e intercambio de información entre los Estados miembros respecto al cierre de fronteras y las restricciones. Tenemos que salir de esta hibernación económica y productiva sin perder ni empresas ni capital humano por el camino.

Dominique Riquet, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, laissez-moi d'abord, au nom du groupe Renew, exprimer notre solidarité pour tous les Européens touchés par l'épidémie et notre soutien aux soignants qui assument leur mission dans des conditions souvent difficiles.

Je veux d'abord m'exprimer comme médecin et député européen pour souligner que, si l'Europe est une solidarité économique et monétaire, combien plus nécessaire est la solidarité sanitaire. Les égoïsmes nationaux, le désordre, voire la discorde, sont non seulement condamnables, mais ils sont pires, contre-performants. La pandémie n'est pas comme les nationalismes, elle ignore les frontières et se nourrit de nos discordances.

En tant que membre de la commission des transports et rapporteur pour les slots, je vous demande de bien vouloir soutenir, en urgence et sans amendements, la proposition de la commission telle qu'amendée et modifiée par le Conseil. La suspension de la règle des 80/20 permettra d'éviter des vols à vide pour une durée nécessaire, de façon à éviter toute altération environnementale et économique dans un mode de transport dramatiquement touché par cette épidémie et dont l'avenir même, d'ailleurs, est en jeu.

Permettez-moi d'ajouter que toutes les chaînes d'approvisionnement, de logistique, nécessaires pour soutenir, par tout mode de transport, et pour assurer à la population son approvisionnement, au monde sanitaire les capacités de lutter contre l'épidémie, aux forces de sécurité les moyens d'assurer une stabilité sociale, que toutes ces chaînes doivent être consolidées, facilitées, et qu'elles représentent non seulement un moyen de stabiliser l'Europe, mais bien sûr de lutter contre la maladie.

Pour conclure, juste un mot pour dire que je souhaite que s'applique à nous, à l'Europe et à chacun de ses citoyens, ainsi qu'à tous leurs représentants ici présents, le vieil aphorisme qui dit: tout ce qui ne nous tuera pas nous rendra plus forts.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, gouverner c'est prévoir, disait le député français Émile de Girardin. En l'occurrence, l'épidémie de Covid-19 a permis aux institutions européennes de s'illustrer de manière plus spectaculaire encore que d'habitude par une succession d'errements, de lacunes et d'échecs.

Beaucoup, ici, et plus encore au sein de la Commission européenne, voient l'Union européenne non pas seulement comme un supermarché, mais comme un super-État. Évidemment, ils prétendent que ce serait un échelon plus efficace que les nations pour répondre aux grands défis et aux grands enjeux. Eh bien, nous avons là un grand défi et vous êtes absents.

Incapables, d'abord, d'analyser les informations pourtant disponibles. Depuis décembre, Bruxelles n'a cessé de minimiser les risques liés au virus. Vous-même, Madame von der Leyen, vous avez reconnu avoir – je cite – sous-estimé cette crise. Vous maniez l'euphémisme à merveille.

Incapables, ensuite, d'anticiper une telle crise qui est pourtant un risque majeur dans une économie que vous avez voulue ouverte et mondialisée. L'Union européenne n'a jamais constitué les stocks de masques, de tests et de produits nécessaires pour faire face à l'urgence.

Incapables aussi de concevoir une vision de puissance et d'établir une stratégie industrielle, l'Union européenne a laissé se délocaliser nos savoir-faire. 80 % des principes actifs de nos médicaments viennent aujourd'hui de Chine.

Incapables, enfin, de dépasser ses dogmes, l'Union européenne a, jusqu'au bout, refusé, le contrôle de nos frontières, jusqu'au bout, refusé de remettre en cause la sacro-sainte libre circulation, de suspendre les vols en provenance de Chine, par exemple, ou des autres régions à risque. Elle ne s'y est résolue qu'une fois la décision prise par les nations.

Un virus n'a pas de passeport, disaient-ils comme des moutons, Macron en tête d'ailleurs. Mais les personnes contaminées, avec ou sans passeport, peuvent entrer et circuler librement dans nos pays. Madame von der Leyen, le 13 mars, et encore il y a quelques minutes, vous avez fustigé ceux qui font des contrôles aux frontières, ce qui est une mesure absolument évidente et de bon sens. Vos carences et votre aveuglement idéologique sont des causes directes de la situation actuelle. En refusant d'appliquer des principes de précaution élémentaires, vous avez mis les Européens en danger.

Avec cette crise, la prétendue solidarité européenne est apparue pour ce qu'elle est: un mantra que vous scandez pour vous convaincre de son existence. L'Union européenne n'a même pas été capable de renforcer ou de coordonner l'action de ses États membres. La réalité démontre que seuls les États, avec souvent bien des défaillances et bien des retards, ont fini par agir.

Vous n'avez même pas l'excuse d'avoir été trop concentrée, par exemple, pour répondre à l'invasion migratoire lancée par la Turquie. Ici aussi, l'Union européenne a été absente, laissant la Grèce seule. Elle a été soutenue humainement, matériellement par d'autres nations, mais sans l'aide de Bruxelles.

Pareillement, la Russie ou la Suisse, et même – c'est presque humiliant – la Chine aident plus l'Italie et la France ou l'Espagne dans cette crise sanitaire que ne le fait l'Union européenne. L'Europe, la vraie, une civilisation commune faite de nations immortelles, s'est animée pendant que Bruxelles restait sonnée et sclérosée, tout juste bonne à ouvrir des négociations d'adhésion en catimini avec un État mafieux et islamisé comme l'Albanie.

Les peuples vous jugeront sur votre sens des priorités. L'épidémie de Covid-19 est un clou de plus, peut être le dernier, dans le cercueil d'une bureaucratie supranationale et impotente. Car l'heure du bilan viendra et avec elle, celle, pour les décideurs, de rendre des comptes. Gouverner, c'est prévoir, disait Émile de Girardin, en ajoutant: ne rien prévoir, c'est courir à sa perte.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, in these dire times, my sympathy and that of all my Group – and I'm sure all this House – goes to the victims of COVID-19 and to their families. Our thanks and gratitude go to all the workers on the front lines for tackling this crisis and for ensuring the basic functioning of our society, even in times of a lockdown.

Thanks and gratitude are, however, not enough. This crisis makes clear how much we all depend on the tremendous work of often underpaid and overworked people, be it in hospitals, shops or care facilities. We must reflect our gratitude by ensuring the improvement of their pay and of their working conditions. In times of crisis, we need solidarity among neighbours, among citizens and also among EU Member States and it took a long time before solidarity started to appear. First, there were acts that were the opposite – export bans for medical equipment, and border closures that left people desperately trying to get home, stranded at borders for hours and days in very unsafe sanitary conditions. Luckily, this has finally changed. Now countries are starting to learn from each other – sending medical supplies and treating patients from different countries. This is what European solidarity looks like, and we urge all Member States with available capacities to support such actions and relieve those hardest hit.

What is more, European solidarity must not stop at EU borders. In particular, support, including financial, technical and medical, should be extended to the countries that are working to join the EU in the future. In these dark times, the EU must stand in solidarity with the Western Balkans.

While many of the measures necessary right now fall under national competence, there's quite a lot of things that the EU can and should do at this moment, including coordinating the response actions of Member States, as well as pooling best practices in supporting those groups most impacted by the corona crisis. The single market must reinforce the efforts to tackle the crisis. Intense cooperation must exist between the EU institutions and Member States to ensure that medical supplies, food and other essential goods can move freely across borders to meet needs across the EU.

The economic consequences will be very serious. The EU and the Member States have to think outside of their self-imposed limits and be courageous and be creative in finding and delivering the medical, social and economic means to overcome COVID-19. This includes using every financial instrument at our disposal to support the millions of people who lost their job or lost their income because of this crisis. To help the hardest-hit countries, we need common bonds like the corona bonds, so that Italy, but also other countries, can get back on their feet and further economic turmoil in the eurozone can be prevented.

Extraordinary times need extraordinary measures and, to fight the spread of the virus, restrictions have been put into place. However, restrictions on fundamental rights to fight this outbreak must be as limited as possible. They must be effective, necessary and proportionate. We must not allow this crisis to be used as a pretext for undermining democratic checks and balances. Governments need to remain accountable to democratically elected parliaments and to the people that they serve, especially in times of crisis. Solidarity means that we have a responsibility not to forget the most vulnerable groups in our societies, such as women and children who are not safe at home, homeless people, people living in extreme poverty, but also refugees, who often live in overcrowded facilities. It is especially worrying to see the situation in many Greek islands, where refugees live in unbearable conditions without any or much access to sanitary facilities or to medical support. Those islands need to be evacuated immediately before a big humanitarian catastrophe happens as a result of COVID-19 spreading to camps, where sanitation and isolation is impossible. Many towns and many communities all over Europe are very ready to accommodate refugees. Member States should finally allow them to help.

Together, with solidarity, we will overcome this crisis one day, but when the immediate threat is lowered, there will still be things to do. We will have to help the economy to recover from the severe shock with an investment plan that is also geared towards a social and ecological transition. We will have to draw the lessons from the crisis.

While today is not the day for us to see all the consequences and all the lessons that we should draw from this, there are some lessons that are very obvious already, for example, that people who do work that is of absolute importance to all of us – like health workers, cleaners, supermarket workers, etc. – need to be valued according to their importance, not just by applauding them, but also by paying them fairly, i.e. much, much better. Our health system should not be subject to austerity and should not have to aim to gain profits. Hospitals, doctors and nurses are what we ultimately all depend on, and they need to be able to perform their tasks and have capacities and reserves. As I myself come from a medical family, both the daily struggles of the health system as well as the risks doctors and nurses are taking in these extraordinary times, strike close to home. The deep appreciation of medical care these days needs to continue post-crisis and to enable a better resourced medical system.

This crisis is testing us all – as citizens, as Member States, as Europe – and while we have to physically stand apart, we can see a growing common spirit among people in Europe. All of Europe is mourning the victims of the virus. All of Europe is applauding the front-line workers. This crisis has brought Europeans together in their hearts. Now let's also make sure we are uniting Europe in our answers to this crisis, and we will prevail.

Derk Jan Eppink, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, on behalf of the ECR Group, I want to express my sympathy with all citizens and companies affected by this pandemic. Firstly, I would like to welcome the emergency package of nearly EUR 40 billion from current funds in the EU budget.

Let us, ladies and gentlemen, put pragmatism first. The Commission should radically restructure the Multiannual Financial Framework still under negotiation. Money assigned to climate policy has to be mobilised to address the Corona pandemic. We need more money for Corona and less for the climate law which Mr Timmermans presented here some time ago.

To those pushing for the creation of eurobonds – now called 'Corona bonds' – through the European Stability Mechanism, I would like to say it is not an effective way to revitalise the European economy. Setting up mutualised bonds for monetary financing of national debt would require significant hurdles to overcome, not least in Germany, where these transfers would require the consent of the German Parliament.

Again, pragmatism first: companies and people urgently need cash. The best way to proceed is to urge national central banks to provide credit at a zero interest rate. Bonds go to banks, but we need credit going straight to citizens and companies.

Ms von der Leyen, perhaps I can ask you a question: because you invoked Konrad Adenauer, a Chancellor I very much respect, about what could we have done better – what went wrong? And perhaps we have to ask the question and come to the conclusion that the EU was too late to take this crisis seriously. The United States took action. You criticised the United States for cutting the aviation connections with Europe. Later on the EU did the same.

So were we too much focused on climate change and too little on the Corona crisis and therefore we were too late to take action? These are lessons we have to study, we have to discuss also in this Parliament, because this is the question that Konrad Adenauer would have asked right now.

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, je souhaite d'abord adresser, au nom de notre groupe de la Gauche unitaire européenne, toutes nos pensées aux victimes et à leurs proches que l'épidémie a frappés. Je les adresse également à celles et ceux dont le travail, constamment dénigré, s'avère aujourd'hui vital pour tous.

Chers collègues, nous nous trouvons à la croisée des chemins, alors qu'une crise sanitaire sans précédent nous frappe et qu'une crise économique et sociale nous guette.

Une Europe qui protège, une Europe unie dans la diversité, une Europe solidaire, voici les slogans dont l'Union européenne s'est targuée. Soit nous leur donnons enfin un sens concret, soit ils seront balayés et l'Union s'effondrera avec eux.

Une Europe qui protège d'abord veillerait sur ses travailleurs essentiels. En France, une infirmière en EHPAD a relayé le cri du cœur de milliers de soignants européens. Elle dit: «On veut des masques, des putains de masques!». Faute de protection, nos grands-parents meurent par centaines dans les EHPAD des Vosges, de l'Île-de-France, de Madrid ou de Milan. Avant d'applaudir les soignantes, les caissières et tous ceux dont nos vies dépendent, aidons-les. N'attendons pas le bon vouloir des entreprises, réquisitionnons et produisons les protections sanitaires dont nous avons besoin.

Une Europe unie, ensuite, doit assurer une réponse sanitaire coordonnée. Mais quand l'Italie cesse toutes les productions non essentielles, le gouvernement français, lui, menace les entreprises qui souhaitent suspendre leur activité. Résultat: livreurs Deliveroo, techniciens Airbus, ouvriers du bâtiment, nombreux sont aujourd'hui les salariés qui continuent d'aller bosser la boule au ventre dans des secteurs qui sont pourtant non indispensables, même jusqu'ici, les jardiniers du Parlement européen que j'ai croisés ce matin.

Quand l'Espagne confine, les Pays-Bas jouent la carte de l'immunité collective. Quand l'Allemagne, elle, teste massivement sa population conformément aux recommandations de l'OMS, d'autres États attendent passivement les malades aux portes de leurs hôpitaux. Viktor Orbán, lui, en profite de son côté pour s'attribuer les pleins pouvoirs dans un silence assourdissant de l'Union européenne. La République tchèque et l'Italie, quant à elles, vont même jusqu'à se disputer des livraisons de masques.

Voici le triste visage d'une Europe profondément désunie que nous montrons aujourd'hui face à une crise qui n'épargnera aucun État membre. La solidarité des peuples devrait pourtant donner une raison d'être à l'Europe que la concurrence n'a jamais unie.

Mettons en place une planification sanitaire commune, listons les industries indispensables et protégeons les autres travailleurs. Partageons notre production de matériel sanitaire, définissons enfin des consignes claires et une stratégie commune pour anticiper la levée du confinement dans l'ensemble des États européens.

Voilà comment nous pourrions envisager une sortie de la crise sanitaire sur notre continent si interdépendant. Faute de quoi, l'épidémie reviendra comme un boomerang.

Une Europe solidaire, enfin, mettrait dès aujourd'hui tout en œuvre pour protéger les moins fortunés et les plus vulnérables face à la crise économique qui s'annonce. La mise en place immédiate d'un fonds d'urgence grâce au travail de la commission REGI, que je voudrais ici saluer, va dans la bonne direction. La suspension du Pacte de stabilité et de croissance fait vaciller l'obsession de l'austérité, mais bien d'autres tabous devront tomber, en commençant par la politique monétaire, qui doit servir les États et les citoyens plutôt que les banques.

Les recettes usées du néolibéralisme ne doivent pas survivre au virus. Ce ne sont pas ces vieux dogmes que nous devons protéger, mais bien les peuples européens, quoi qu'il en coûte.

Esther de Lange (PPE). – Voorzitter, deze ongekende situatie stelt ons allemaal eigenlijk voor dezelfde keuze: dragen we ons steentje bij, zorgen we voor elkaar, zien we naar elkaar om, of staan we aan de zijlijn en proberen we ons gelijk te halen, gaan we puur voor ons eigenbelang?

Now, dear colleagues, is not the moment for political grandstanding or for point-scoring. Now is the moment to fight this together. And now is not even the moment to have a debate about national versus European competences.

No matter how frustrating we find it that those who always fight strong competences for the European Union, those who always resisted a strong Europe, are now screaming the loudest: "where is the European Commission?"

No matter how frustrating we find that, now is not the moment for that debate. Now is the moment to fight together.

[...] en het steentje dat wij hier vandaag bijdragen is heel erg klein. We stellen geld beschikbaar uit de Europese begroting, we zetten de slots-wetgeving buiten werking, maar Esteban González Pons heeft namens de EVP-Fractie al gezegd wat er nog meer moet gebeuren. Allereerst het in de benen houden van ons midden- en kleinbedrijf, de ruggengraat van deze Europese Unie. Meer medisch materiaal, op welke manier dan ook. Wat mij betreft hebben we dus volgende maand weer een urgente procedure, bijvoorbeeld om de Verordening medische hulpmiddelen buiten werking te zetten. Nu is niet het moment om nieuwe wetgeving los te laten die potentieel verhindert dat er nieuwe mondkapjes et cetera op de markt komen. Dus wat mij betreft komen die collega's weer bij elkaar om ervoor te zorgen dat dat materiaal daar waar mogelijk beschikbaar komt.

De echte bijdrage wordt geleverd door de schoonmakers, door de bakker die elke ochtend weer zijn zaak opendoet, en door al het medisch personeel. Ik kom uit een gezin van drie dochters van wie ik absoluut de minst belangrijke baan heb op dit moment. Mijn zussen werken beiden in de medische sector. De ene is verpleegkundige en hoofd van een afdeling. Zij heeft haar ziekenhuis de afgelopen week op drie manieren moeten omvormen om maar om te kunnen gaan met deze crisis. De andere is operatieassistent en heeft zich vrijwillig gemeld om ingezet te worden in de strijd tegen deze uitbraak. Zij zijn de helden van deze crisis, niet wij. Wij dragen een heel klein steentje bij. Strakjes komt de grote discussie waarbij wij onze bijdrage weer moeten leveren, en die gaat over de langere termijn. Willen wij zo afhankelijk zijn als we zijn van andere delen van de wereld als het gaat om fundamentele medicijnen? Als India de knop omdraait, hebben wij geen paracetamol meer. En als de Zwitserse medicijnengigant Roche, die zelf geen testen kan leveren, weigert om de receptuur van zijn testvloeistof beschikbaar te stellen, dan vraag ik mij in deze crisis af: "Wie is hier de baas, de farmaceutische industrie of de mensen die hier werken aan een betere samenleving?" En net zoals voor de lange termijn ziekenhuizen permanent protocollen hebben om met nieuwe situaties om te gaan, moet straks ook de Europese Unie protocollen hebben en een crisisunit om toekomstige uitbraken te managen.

Ik sluit af. De oudere generatie zegt tegen mij: "De huidige omstandigheden doen ons denken aan de Tweede Wereldoorlog." Je kan niet gaan en staan waar je wilt en er zijn tekorten in winkels. Onnodige tekorten, trouwens, maar ze zijn er in sommige winkels. De jongere generatie – mijn zoon is negen – zal zich deze tijd nog herinneren als een tijd waarvan we dachten dat hij nooit zou aanbreken. De puinhopen zullen weliswaar niet zo groot zijn als na de Tweede Wereldoorlog, maar wij zullen na deze crisis puin moeten ruimen. En dan is de grote vraag: wil je bij degenen horen die verbinden, die omzien naar elkaar en die zorgen voor elkaar, of bij de gelijkhebbers die roepen aan de zijlijn? Ik heb mijn keuze gemaakt en ik dank de voorzitter van de Europese Commissie dat zij ook bij de verbinders en de bouwers wil horen. Ze heeft daarbij onze steun.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente von der Leyen, ci troviamo forse dinanzi alla crisi più grave dalla Seconda guerra mondiale: l'epidemia della Covid-19 si è diffusa con una rapidità spaventosa e ha fatto migliaia di vittime in Europa e nel mondo.

Esprimo innanzitutto, anche a nome della delegazione del Partito democratico al Parlamento europeo, la mia vicinanza ai malati, alle famiglie e a tutti coloro che hanno perso i propri cari e ringrazio i medici, gli infermieri e gli operatori sanitari che stanno combattendo in prima linea.

Solo alcune settimane fa, in quest'Aula, noi eurodeputati italiani avvertivamo della gravità di quanto stava accadendo in Italia, il primo Paese europeo colpito. Il governo, per far fronte alla situazione, ha dovuto introdurre misure sempre più rigide, chiedendo alla popolazione la collaborazione per debellare il virus e abbassare la curva dei contagi. Misure considerate esagerate da alcuni, ma che sono state poi invece adottate da tutti gli altri Paesi europei.

Si tratta di misure che hanno però avuto un costo altissimo per le nostre economie e per la vita di migliaia di persone, che in queste settimane hanno visto il loro reddito e la loro libertà ridursi. Penso a coloro ai quali è stato chiesto di restare a casa, in particolare al mondo del commercio, del turismo, dell'imprenditoria, con grandissime perdite economiche e rischi per i posti di lavoro. Penso a coloro che al lavoro invece devono andare, oltre al citato personale medico e sanitario, a tutti coloro che tengono in piedi il Paese e l'Europa in queste settimane difficili: gli autotrasportatori, gli operai, chi lavora nei supermercati, le forze dell'ordine.

Per questa ragione ho sottoscritto e sostengo convintamente l'appello dei sindacati europei, affinché ogni decisione presa oggi, in sede europea e nazionale, venga presa tenendo al centro il mondo del lavoro.

La Commissione europea ha varato buone misure per fornire liquidità immediata ai Paesi dell'Unione: le voteremo oggi, molti miliardi di fondi comunitari anche per il mio Paese, l'Italia, e un aiuto per il settore aereo europeo.

La BCE, inoltre, ha introdotto un programma di acquisti estremamente significativo – 750 miliardi – che si aggiunge a programmi precedenti. Il patto di stabilità è stato sospeso, lo sappiamo. Adesso serve però un piano straordinario in vista della ricostruzione, dunque una condivisione ancora maggiore dei costi a livello europeo.

Come Partito democratico ci stiamo battendo per chiedere che questa risposta europea sia all'altezza della sfida, come chiedono i cittadini e le organizzazioni con tante richieste e petizioni in queste ore. Ad esempio quelle di *Science for democracy* e di HUMANS; l'appello degli accademici guidato da Roberto Castaldi e Daniel Innenarity, che stanno raccogliendo, insieme a tanti alti appelli e richieste dai cittadini, moltissime adesioni.

Lo ha detto bene la Presidente von der Leyen: questa è una crisi europea, non dei singoli stati, e come tale va affrontata. Il suo costo, quindi, deve essere condiviso.

Insieme al gruppo dei Socialisti e Democratici abbiamo lanciato un piano d'azione fondato su 25 proposte nel breve e nel lungo periodo: bisogna creare eurobond, introdurre un'indennità di disoccupazione europea, delineare uno schema temporaneo di reddito minimo europeo.

Sul fronte sanitario occorre centralizzare a livello comunitario la ricerca sul vaccino e gli acquisti di materiale sanitario. Ma è ormai necessaria una riforma anche delle competenze in campo sanitario e delle regole fiscali, dimostratesi non all'altezza dell'emergenza, oltre ad estendere il sistema delle risorse proprie, per superare l'estenuante negoziato degli Stati membri e per aumentare i fondi per rispondere alle sfide che abbiamo davanti.

Il Presidente italiano Conte, insieme al Presidente Macron, al Presidente Sánchez, al Presidente Costa e ad altri cinque capi di Stato e di governo, ha inviato una lettera agli altri omologhi europei, affrontando molti di questi temi. Oggi tutti insieme questi leader si riuniranno e il Parlamento europeo deve lanciare loro un messaggio chiaro: affrontate questa situazione con la serietà e la determinazione necessarie, come europei, per lottare per una causa comune, come ha scritto in queste ore il presidente Mario Draghi.

Fallite e avrete sulle spalle il vostro fallimento e il fallimento di tutta la nostra storia, rappresentata da quest'Aula, quel miracolo che proprio qualche settimana fa Liliana Segre qui ci ha ricordato, il miracolo dell'Europa unita.

Combattiamo dunque insieme questa crisi, come europei impegnati in una lotta comune. Se falliamo, questa crisi e questa emergenza non ci daranno un'altra possibilità.

Frédérique Ries (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, quelle émotion pour nous de prendre la parole ce matin dans cet hémicycle, si semblable et pourtant si différent de celui, familier, que nous connaissons. Nos premières pensées ce matin vont bien évidemment aux victimes et à leurs familles et nos remerciements infinis aux soignants et à tous les autres qui sont au front, qui sont en première ligne, bien souvent au péril de leur propre vie. Merci, mille fois merci, et merci aussi au nom de tous mes collègues qui n'ont pas pu, pour cause de confinement, être avec nous ce matin.

La Commission a donc pris des mesures fortes pour faire face à une crise sanitaire et à un tsunami économique et social sans précédent – je ne vais pas revenir sur les mesures annoncées par la présidente von der Leyen. C'est bien, c'est essentiel, mais ce ne sera pas assez. C'est un plan Marshall européen dont nous avons besoin, avec très probablement la levée des tabous que cela impliquera. On sait tous – on l'a dit, on l'a répété – les compétences étriquées qui sont celles de l'Union en matière de santé. Mais le monde entier est en train de se réinventer aujourd'hui. Face à la pandémie, l'Union européenne et les États membres ont tardé et ont avancé en ordre dispersé. J'ai entendu la présidente nous dire que depuis mardi, la demande en masques, gel et respirateurs est satisfaite. Mais cette cacophonie tragique – à laquelle ont fait front tous les personnels soignants, dans tous les hôpitaux, dans toutes les maisons de retraite, tous ceux qui sont en première ligne et qui le sont toujours – ne peut plus se répéter, jamais.

J'en viens au point dont je voulais vous parler ce matin: les médicaments. Quatre molécules sont testées en ce moment par les chercheurs de sept États membres, rassemblés sous la bannière européenne: la validation des résultats est prévue dans six semaines. On fait quoi en attendant? Les États-Unis et l'Inde avancent et font des OPA massives sur l'hydroxy-chloroquine. C'est l'une des quatre pistes qui sont étudiées: utilisée déjà en Chine et en France par le professeur Raoult, une vieille molécule efficace contre la malaria qu'il s'agit maintenant de valider contre le Covid-19. En attendant, avec elle, on sauve des vies. Il y a des problèmes de déontologie, mais je vous le dis, on sauve des vies. À mon sens, la Commission doit prendre langue avec les labos pharmaceutiques et s'assurer que les stocks seront disponibles si et quand le traitement sera validé. Que ce soit cette piste-là ou l'une des trois autres. C'est un principe de précaution, purement et simplement. Sauf à se dissoudre, donc, car c'est aussi, et on ne l'a pas dit encore, une crise existentielle que nous traversons ici. Ne nous y trompons pas, cette bataille-là, nous devons la gagner parce que le grand danger qui nous guette, ce serait le jour d'après de reprendre *business as usual* comme le jour d'avant. Ça, c'est un *no way*.

Je suis confiante que l'Europe sortira réinventée et plus forte de cette crise.

Marco Campomenosi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, devo cominciare con una sua citazione. Lei a luglio disse: «È un virus da tenere a bada» e si riferiva a noi, al mio partito, al mio gruppo politico. Ecco, forse nell'entusiasmo del suo nuovo ruolo, si poteva permettere di scherzare sul tema relativo ai problemi che può causare un virus.

Ma perché cito questa sua frase? Non per attaccarla ma per farle capire quanto, in un processo come quello che sta accadendo in queste settimane, sia importantissimo accettare il contributo di tutti. Noi è da diversi mesi che segnaliamo, come italiani, la gravità della situazione in corso. Molti minimizzavano. Io rappresento un partito che è all'opposizione qui e a Roma ma che è invece al governo proprio in quelle regioni che per prime in Europa hanno subito questo attacco. Quindi io conosco benissimo la situazione di persone, anche a me vicine, che sono in una situazione grave in ospedale.

Oggi in Spagna, in Francia vediamo una situazione simile. Le misure che l'Italia ha adottato, coinvolgendo maggioranza e opposizione in un dibattito spesso aspro e duro, dovrebbero essere le stesse. Ecco, il metodo del coinvolgimento delle opposizioni deve estendersi anche a livello di Bruxelles, perché comunque io non parlo soltanto a nome mio e del mio gruppo, ma parlo anche a nome di rappresentanti che, nelle istituzioni locali, ci rappresentano. Quindi quando avevamo delle proposte per migliorare i testi di oggi – sì, le abbiamo ridotte al minimo alla fine – tali proposte servivano proprio perché si potesse giungere a una soluzione più chiara e completa di questi problemi.

So che la Commissione europea ha offerto un'interpretazione più flessibile possibile; so che alle regioni del Nord Italia che hanno chiesto un intervento più incisivo sono state date rassicurazioni. Ma qui – e torno al tema politico – il problema è quello di regole che erano alla base della vostra costruzione europea e che stanno venendo meno una ad una: Schengen, Patto di stabilità, normative sugli aiuti di Stato. Ed è la stessa globalizzazione ad essere in crisi oggi. Oggi scopriamo che non sappiamo e non possiamo più produrre certi beni che sono essenziali per la nostra salute.

Quindi quello che sta avvenendo in Italia è grandissimo: ci sono imprese che stanno convertendo la loro produzione per poter approvvigionare i nostri ospedali. Ci sono Paesi che sono nemici della nostra Istituzione – Russia, Cina, Cuba, Stati Uniti – che stanno aiutando l'Italia. Se arriverà anche una risposta dall'Europa, ben venga! Ma certe condizionalità previste dal MES non hanno alcun senso e significano che non ci si rende conto del fatto che l'Italia, quando c'è stato bisogno di aiutare gli altri Paesi, ha versato 60 miliardi nei vari anni. Quello che abbiamo ottenuto in cambio dalla Commissione fra il 2011 e il 2018 sono 63 richieste agli Stati membri di tagliare la sanità e di privatizzarla.

Ecco, è il momento di cambiare tutto questo.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, няма никакво съмнение, европейските институции, както обикновено, проспяха тази криза и закъсняха със своята реакция. Наложиха се националните държави да вземат мерки и да защитават живота и здравето на своите граждани. Ако не бяха взети мерки на национално ниво, вероятно заболяването щеше да се разпространи много повече и проблемите щяха да бъдат много по-големи.

Но сега не е време за този разговор, сега не е време за политика. Ще го водим след като свърши кризата и ще ви се карае след като свърши кризата. Сега, уважаеми, от нас се очаква едно единствено нещо – адекватни, смислени, навременни мерки за защита на икономиките. Ако искате този Съюз да продължи да съществува, трябва да се възстанови Единният общ пазар. Ако искате този Съюз да продължи да работи, трябва да продължат да работят производството, търговията и транспорта.

Тук ще обърна внимание само на два аспекта от това, което ние трябва да направим следващите месеци, и да вземем бързи решения, каквито очакват от нас нашите избиратели. Разбирам изкушението всеки да е специалист по медицина, вирусолог, но нашите избиратели са ни изпратили тук да вземаме смислени икономически мерки.

На първо място – транспорт. Забравяте веднага за пакета „Мобилност“, късате го и го хвърляте в кошчето. Ако този пакет беше влязъл в сила, ако бяха уволнени и изгонени източните шофьори, български, полски, чешки и т.н., сега магазините в Белгия щяха да са празни и всички ние щяхме да хрупаме тревица и да гоним катеричките в парка – нещо, което – както видяхте от Китай – не е добра идея. Пакетът „Мобилност“ се изтрива. Трябват спешни мерки за превозвачите, да бъдат компенсирани. Дали ще е на камион, дали ще е на работно място, дали ще е по някакъв друг начин – трябва да се вземат тези мерки, защото без превоза няма да има икономика, няма да има нищо в магазините в целия Европейски съюз.

На второ място – „Зелената сделка“. Късате я и я слагате при пакета „Мобилност“. Сега живеем в „Зелената сделка“, уважаеми. Самолети не летят, производство не работи, въздухът е чист, птичките чикчирикат и хората нямат работа. Трябва да се наложи незабавен мораториум върху въглеродните емисии. Този спекулативен данък – той краде от икономиките и ги дава на банките. Само за България това са 350 млн. евро на година. Искам тези пари да останат в икономиката, както българската, така на всеки един от вас, вашите икономики.

Това са мерките, които трябва да бъдат взети веднага от Европейската комисия, без офлянкване, без увъртане, без губене на време и без оби чайните бюрократични забавяния.

Благодаря ви за вниманието. Бъдете здрави, бъдете спокойни, пазете лична хигиена и внушавайте сигурност. Това се иска от нас в този момент, да бъдем на работното си място.

Marc Botenga (GUE/NGL). – Merci Monsieur le Président, merci à la Commission européenne. Vous venez de remercier le personnel soignant. Je pense que c'est important, mais je pense que vous auriez aussi dû vous excuser. Vous auriez dû vous excuser parce que l'austérité, c'était clairement une erreur. Vous auriez pu l'assumer. Vous auriez pu dire oui, c'est vrai, ces coupes, ces économies dans la santé publique, aujourd'hui elles tuent.

J'ai vu un slogan sur un hôpital français qui disait: «Vous avez compté les sous, nous on compte les morts!». Parce qu'aujourd'hui, il y a des gens en Europe qui meurent parce qu'il n'y a pas assez de lits, pas assez de respirateurs, pas assez de masques. Et ça, ce n'est pas dû à un manque de marchés, c'est dû à l'austérité. Et cette politique, il ne faut pas la suspendre, il faut y mettre un terme définitivement.

Ik hoor vandaag nog steeds zeggen dat de Europese Unie alles zal doen om de euro te redder. Ik denk dat het tijd is om de mensen te redder. Ik denk dat we moeten zeggen: «Whatever it takes voor ons publiek gezondheidssysteem, whatever it takes voor de gezondheid van de mensen». Want mensen zijn belangrijker dan winsten. Mensen moeten boven besparingen staan. Stap alstublieft af, nu en voorgoed, van die besparingsdogma's.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, I am watching with great concern what happens to Italy and what happens to Spain, because my country, Romania, has almost one million Romanian citizens living in Spain, and more than one million Romanian citizens living in Italy.

I am watching with concern what happens to them, but I am watching with equal concern what happens to the people of Spain and to the people of Italy. And I'm watching with the same concern what happens in every single European country.

We should all be concerned with what happens in every single corner of Europe, and the answer to this crisis is solidarity. The important question is: how can we achieve solidarity in this crisis?

And my answer is: we can achieve solidarity through concrete measures. If the people of Europe, if the countries of Europe, see that we have concrete ideas at European level, ideas which help them, then they will follow us, then the countries of Europe and the people of Europe will stick together.

The good news is that the European Commission proposed concrete actions less than two weeks ago, and we will adopt these. Two out of the three proposals which we will adopt today are linked to the budget of the European Union. And as Vice-President of the EPP Group responsible for budget, I say: our group will approve these proposals today. We will not make any amendments and we will reject any other amendments made which would delay the entry into force of these proposals. We will approve them today, and we want them to enter into force immediately.

More can be done, there are still EUR 4.1 billion unused in the budget of the European Union of this year. And I call upon the European Commission to mobilise these resources, new resources, fresh resources, in the fight against coronavirus. We can allocate it to finance research to find a vaccine against coronavirus. We can allocate it to buy medical equipment. The President of the Commission has described that she has now the mechanism in place to do this. We can allocate it to help those in need, to help small and medium-sized enterprises.

We should also prepare for the future. When we will be voting on the budget of the European Union for the next seven years, it should contain a reserve, a consistent reserve for a similar crisis in the future. Because in the next several years we will again face crises, which we cannot anticipate today, like we also could not anticipate the virus. So we need for the next several years a sufficient buffer to react to crises.

To conclude: Europe means travelling, Europe means meeting people, Europe means visiting new countries, Europe means learning, Europe means listening to people, Europe means shaking hands, embracing each other. In order to be able to return to this as soon as possible, we need now to stop doing this for a limited period of time also, out of respect for the medical personnel, who are overcoming this crisis.

We as a Parliament transmit a clear message, whenever needed in the future, we are ready to be back to work, to take concrete measures which help the people of Europe overcome this crisis.

Pedro Marques (S&D). – Senhor Presidente, aqui estamos: o Parlamento Europeu pronto a trabalhar e a decidir. Outra vez a crise do século, apenas 10 anos depois. Antes, a ganância, agora, mais grave, o inimigo silencioso que nos ataca. A primeira palavra tem que ser para os milhares que sofrem e para as suas famílias, mas também para os heróis que protegem a nossa saúde e a nossa vida, todos os dias durante esta crise.

Por isso, investir nos sistemas de investigação, de saúde e proteção é prioridade absoluta, custe o que custar. Mas apoiar as empresas para salvar empregos também. Apoiar a manutenção de empregos é correto, assegurar que há uma economia, que há transportes que possam funcionar no fim da crise.

Por tudo isto, suspender as regras orçamentais europeias foi correto. E, por isso, disponibilizar fundos europeus e de solidariedade aos países afetados é justo e terá hoje o nosso apoio. Mas os países não podem ser deixados sozinhos, a resposta tem que ser conjunta e coordenada. E é chocante ver que, outra vez, tantos avançam sozinhos, em particular os que têm margem orçamental, e a solidariedade europeia não se vê. Ao menos numa crise de saúde como esta podemos e vamos clamar por mais Europa.

As instituições europeias podem e devem fazer muito. Precisamos das *coronabonds*, precisamos do seguro europeu de desemprego, precisamos de políticas europeias nesta crise, porque o vírus não conhece fronteiras, nem o desemprego que ele provocará. Precisamos de uma resposta europeia para que os países e os cidadãos não tenham que escolher entre sofrer do mal ou da cura. Não seria aceitável impor austeridade em troca do financiamento para a resposta à crise, a não ser que nada tenhamos aprendido com os erros de há uma década.

É preciso mais. O papel do BCE é decisivo, mas a transmissão da política monetária é lenta e, por isso, as economias e os empresários precisam de respostas e resultados na procura do consumo, agora! Por isso é preciso atuar na política orçamental para gerar mais procura e mais confiança na economia. Utilizar os instrumentos fiscais junto das empresas para que salvaguardem empregos e não acionistas. Apoiar de forma extraordinária os rendimentos das famílias, dos pensionistas, dos desempregados, dos que menos têm. Apoiar e agilizar investimento público, um grande plano de investimento para a Europa que ajude a economia e as pessoas. A economia precisa e as pessoas merecem.

Vamos salvar a Europa. Os europeus não esperam nada menos do que isso de nós. Esta crise transformará a Europa, a nossa vida em sociedade, demorará a passar. Agora, descemos as escotilhas para deixar passar a tempestade, mas, assim que pudermos, vamos mesmo ter que abrir as velas muito rápido em direção ao futuro.

Esperam isso de nós os empresários, que querem saber se podem manter empregos, esperam também os nossos cidadãos, que querem ter saúde, trabalhar, viver em família e ser felizes.

Vamos unir-nos para derrotar este inimigo, para voltar a ver o sol depois destes dias cinzentos e fechados.

Dragoș Pîslaru (Renew). – Domnule Președinte Sassoli, dragi colegi, cu toții ne dorim un răspuns puternic, solidar și decisiv al Uniunii Europene în această criză. Pandemia Covid-19 testează capacitatea și flexibilitatea Uniunii Europene de a răspunde cu măsuri urgente, care să salveze vieți și locuri de muncă. Astăzi nu este însă doar un test legat de sănătate publică sau de impact socioeconomic. Astăzi este pus la test spiritul european, fibra noastră socială. Noi, cetățenii, guvernele naționale, societatea civilă, decidenții la nivel european, toți suntem capabili de mai multă solidaritate, de a arăta forța reală a spiritului și a valorilor europene, a unității în diversitate.

La nivel european, am făcut deja un lucru: am alocat până la 37 de miliarde de euro, prin Inițiativa pentru investiții, răspunsului la coronavirus și am extins Fondul de solidaritate al Uniunii Europene. Și este bine și trebuie să spunem oamenilor, dar trebuie să ne asigurăm că aceste resurse ajung la cetățeni și că cetățenii beneficiază de ele, că antreprenorii și toate categoriile de antreprenori, fără discriminare, incluzând profesioniștii independenți, ONG-urile ce oferă servicii, beneficiază de aceste lucruri, că angajații și toate categoriile de angajați și de persoane ocupate, lucrătorii pe cont propriu, lucrătorii în agricultură, zilierii beneficiază de aceste lucruri, că nu există birocratie și blocaje financiare.

La nivel european, solidaritatea este despre cine este responsabil față de persoanele vulnerabile și, în acest sens, pe lângă acțiunea la nivelul statelor membre, vreau să nu uităm cel mai loial aliat al nostru: societatea civilă, ONG-urile ce susțin eforturile noastre prin campanii de peste tot în comunități. De aceea, solicit crearea unui Fond european de solidaritate pentru ONG-uri, care să ofere rapid finanțarea proiectelor ce pot fi scalate la nivel european și, nu în ultimul rând, mobilizarea Corpului european de solidaritate, care trebuie să fie în prima linie și să arate, într-adevăr, valorile europene: iubire, compasiune, speranță.

Aș vrea să închei prin a transmite condoleanțe, din partea mea și a Grupului Renew, pentru familiile victimelor, de a transmite recunoștință lucrătorilor din sănătate, voluntarilor și asistenților sociali și, nu în ultimul rând, să ne dorim tuturor putere pentru momentele grele ce vor urma. Împreună vom reuși!

Laura Huhtasaari (ID). – Arvoisa puhemies, maailma on polvillaan tämän pandemian edessä. Tästä viruksesta ei saa tulla pysyvää kiertolainen, tämä virus tulee torjua. Se tulee torjua yhdessä, se tulee torjua kansallisvaltiotasolla, Euroopan tasolla ja maailmanlaajuisesti.

Olemme aikaisemminkin maailman historiassa pystyneet torjumaan viruksia niin, että olemme päässeet niistä eroon. Tästä on myös päästävä eroon, koska se on ainoa keino, millä tavalla me voimme oikeasti palata takaisin normaaliin päiväjärjestykseen.

Valitettavasti koronavirus tulee aiheuttamaan jälleen uuden eurokriisin. Haluaisinkin kysyä entiseltä EKP:n puheenjohtajalta Mario Draghilta, mitä hän on oikein ajatellut viimeiset kymmenen vuotta, kun hän on elvyttänyt? Meillä on ollut silloin nousukausi. Hän on elvyttänyt. Nyt eväät on syöty ja keinot on kaluttu loppuun.

Maaailmanhistoriassa yksikään valuuttaunioni ei ole pysynyt eikä kestänyt ilman liittovaltiotakenteita, ilman liittovaltiota. Nyt puhutaan koronabondeista. Tätä kriisiä ei saa käyttää verukkeena sille, että viimeistelemme nyt niin sanotusti Eurostoliiton, meille tulee yhteinen valtiovarainministeri ja meille tulee oikeasti liittovaltio, mistä kansallismieliset ovat pitkään sanoneet, että se ei ole kansallisvaltioiden etu. Se ei ole!

Olemme huomanneet, että mitä enemmän eurossa on integraatiota, se lisää kollektiivista kärsimystä. Jokaisen kriisin jälkeen meidän valtiomme ovat vain enemmän velkaisia. Nyt on aika luoda exit-mekanismi eurolle. Päästetään kukoistamaan oman valuuttansa avulla ne kansallisvaltiot, joille euro ei sovi. Maailma tulee olemaan erilainen tämän kriisin jälkeen. Globalismista kansallismielisyyteen, koska vain kansallisvaltio pystyy toimimaan tehokkaasti oman kansallisen etunsa puolesta.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, ik kan mij niet aan de indruk onttrekken, en met mij denk ik heel veel burgers, dat de Europese Unie de voorbije periode niet echt aanwezig was in deze moeilijke tijden. En dan heb ik het niet over bevoegdheden, maar wel over de coördinerende en de faciliterende rol die de Unie moet kunnen spelen.

Wat de lidstaten betreft, die zou ik willen oproepen om het uiterste te doen, echt het uiterste, om het sociaaleconomisch weefsel overeind te houden, om jobs te redden, om koopkracht intact te houden en ook vooral – overkoepelend – om de onzekerheid, die al zo groot is, toch te reduceren. Om deze maatregelen kracht bij te zetten, kan de Europese Unie, moet de Europese Unie steun bieden door geen administratieve of budgettaire hindernissen op te werpen en door maximale flexibiliteit toe te staan op het vlak van die nationale initiatieven. Dit geldt niet in het minst ook voor de meerjarenbegroting die, zoals we allemaal weten, in de steigers staat. De onderhandelingen hierover – dat is denk ik toch wel duidelijk nu – zullen voor een heel groot stuk geheroriënteerd moeten worden. De meerjarenbegroting en de onderhandelingen zullen maximaal, flexibel en wendbaar moeten zijn om het hoofd te bieden aan deze crisis en aan de gevolgen van deze crisis. Ik ga er trouwens ook van uit dat iedereen nu wel inziet dat we ook een *contingency plan* voor deze situatie moeten hebben.

Tot slot wil ik oproepen tot een maximale focus op het bedwingen van deze crisis en haar gevolgen. En als dat dan betekent dat andere programma's, zoals ook de Green Deal, bijgestuurd moeten worden, wel *so be it*. De urgentie, de prioriteit en de ambities moeten nu elders liggen.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, medical staff all across Europe have been the heroes of this crisis, but a report published last month found that the European Commission made at least 63 demands on Member States to cut spending on health-care provision from 2011 to 2018 to meet the arbitrary debt and deficit targets of the Stability and Growth Pact. These rules have hollowed out public services across Europe, including health services.

The President said that the Stability and Growth Pact and state aid rules will be relaxed but they should be abolished for good. The Commission proposes to use EUR 37 billion, drawn from various funds, but these funds and projects will be needed more than ever when the crisis ends.

The crisis will cost Ireland at least EUR 15 billion. Will the citizens of Ireland will be paying for years to come? You printed money for the banks, will you print it for the people?

President von der Leyen said the Commission will mobilise all existing budget resources, so will you reallocate military spending to fight COVID-19? The President says we must help each other. She said history is looking at us. Well, history will damn our lack of solidarity. Italy got more solidarity from China and Cuba than it got from Europe. It will damn us for failing to do enough to challenge US sanctions against countries like Iran and Venezuela. We have condemned them to die.

Capitalism has failed the people. We cannot go back to where we were.

Daniel Caspary (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident! Mit dem Ausbruch der Corona- Pandemie erleben wir in diesen Wochen eine globale Herausforderung biblischen Ausmaßes.

Ich bin schockiert von den Bildern und Filmen aus den Krankenhäusern, finde das ausgebremsste öffentliche Leben fast gespenstisch und habe in den vergangenen Tagen mit vielen gesprochen, die sich Sorgen um ihre persönliche Gesundheit, ihren Arbeitsplatz, ihre Firma und ihre Familie machen.

So langsam müssten es doch wirklich alle verstanden haben: Globale Herausforderungen kann man nicht durch Mauern, Grenzen und nationale Alleingänge lösen, globale Herausforderungen löst man am besten gemeinsam.

Wir brauchen europäische Solidarität und keinen Nationalismus. Wenn sich letzte Woche an der deutsch-polnischen Grenze ein 60 km langer Stau bildet und wichtige Ersatzteile, Lebensmittel und Produkte blockiert sind, dann hilft das niemandem. Wenn benötigte Fachkräfte wegen der Grenzschließungen nicht an ihre Werkbänke kommen, Pfleger nicht zur Arbeit können und Erntehelfer in der Landwirtschaft fehlen, dann hilft das niemandem. Wenn in einigen Medien in diesen Tagen Stimmung gegen Bürger anderer EU-Staaten gemacht wird, dann hilft das niemandem.

Aber es gibt auch Lichtblicke: Wenn sich die Menschen jeden Tag besser an die Einschränkungen halten, sich den neuen Herausforderungen stellen und in Familie und Beruf ihren persönlichen Beitrag leisten, dann ist das Europa. Wenn der europäische Katastrophenfonds Geld zur Verfügung stellt und Mittel aus Regional- und Strukturförderung für den Kampf gegen das Coronavirus und seine Folgen aktiviert werden, dann ist das Europa. Wenn Patienten aus Italien und Frankreich in Krankenhäuser nach Deutschland verlegt werden, in denen heute noch Platz ist, dann ist das Europa. Wenn Schutzausstattung und Beatmungsgeräte dorthin abgegeben werden, wo die Not am größten ist, dann ist das Europa. Wenn Forscher auch mit europäischen Geldern grenzüberschreitend an Tests, Impfstoffen, Medikamenten und Behandlungsmöglichkeiten forschen, dann ist das Europa. Wenn sich in diesen Tagen viele Menschen bis zur Selbstaufgabe einbringen und ihren Beitrag leisten, dann ist das Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Europa der Gemeinsamkeit, der Solidarität und des Mitgefühls, das wollen wir alle gemeinsam leben. Von Herzen danke ich allen, die sich – egal wann und wo – in diesen schwierigen Tagen ihrer Verantwortung stellen.

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedavajući, hvala svima koji su odgovorno radili na ovim prijedlozima da bi Europski parlament u ovako limitiranim uvjetima već danas mogao raspraviti.

Riječ je ponajprije o 37 milijardi eura raspoloživih odmah kako bi se umanjili efekti pandemije korona virusa na zdravlje građana i gospodarstva. Naš prvi cilj mora biti zaustavljanje širenja virusa i zaštita života. Podržavam dodjelu 50 milijuna eura za *rescue* i zajedničku nabavku opreme te 37 i pol milijuna eura europskim znanstvenicima. Oni će udruženi raditi na pronalasku cjepiva. Kada se radi o proizvodnji lijekova i medicinske opreme, nova industrijska strategija mora osigurati stratešku autonomiju jer Europska unija očito presudno ovisi o uvozu. Nažalost, posljedice ove krize bit će znatno veće od krize 2008. godine. Primijenimo naučene lekcije, ojačajmo socijalna ulaganja i ublažimo posljedice za najugroženije skupine. Ovo je dobar, ali prvi korak. Potrebne su posebne mjere za srednja, mala i mikro poduzeća, nositelje europskog gospodarstva. Njih čak 95 posto u Hrvatskoj već je izloženo posljedicama krize. Gašenje turističkog sektora ove godine ugrožit će održivost proračuna članica poput Hrvatske koja gotovo četvrtinu proračuna generira od prihoda od turizma a turizam povezuje i druge sektore poput prijevoza i poljoprivrede. Hitne dodatne potpore i realokacija sredstava unutar Fonda za ribarstvo potrebni su za spas ribarstva i akvakulture radi osiguranja nastavka opskrbe. Ohrabruje najava o izvanrednom programu kupnje zajedničkih obveznica u iznosu od 750 milijardi eura te aktivacija dodatnih 500 milijardi eura iz Europskog stabilizacijskog mehanizma. Osobito trebamo socijalne mjere za osiguravanje minimalnih naknada onima koji će ostati bez prihoda. Valja pružiti garancije svima s hipotekom na jedinu nekretninu. Ključnu ulogu imat će strukturni i kohezijski fondovi. Uvijek su bili jedan od glavnih izvora javnih investicija i neophodan alat gospodarskog i socijalnog oporavka. Nema cjelovite strategije Europske unije za suzbijanje pandemije ako ta strategija ne uključuje i zemlje Zapadnog Balkana. Zato pozdravljam odluku Komisije da odobri paket izravne pomoći zdravstvenim sustavima zemalja Zapadnog Balkana u vrijednosti 38 milijuna eura uz realokaciju 373 milijuna eura za društveni i ekonomski oporavak. Važno je financijski pomoći zemljama koje zemljopisno pripadaju Europi i okružene su zemljama članicama. Ovo je politička poruka koja govori o budućnosti procesa proširenja i to u tjednu kada su Sjeverna Makedonija i Albanija konačno dobile suglasnost za početak pregovora. Na kraju želim zahvaliti svim članicama koje su pomogle Hrvatskoj i gradu Zagrebu nakon razornog potresa u nedjelju. U teškim vremenima borbe s posljedicama dvije krize odjednom, vaša solidarnost je najbolji podsjetnik na zajedničke vrijednosti unije: ujedinjeni u različitosti, ali ujedinjeni u solidarnosti.

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, I am very pleased that Parliament is in session today, showing that democracy functions even in times of crisis. Of course, we will all keep a safe distance today so that together we can beat this monster.

To those who say that the EU has done nothing, that's not true: the EU has acted. Today, we're voting on a package for financial assistance – on relief for airlines. The Commission has been creating green lanes at borders and giving money to researchers to develop a vaccine, and the European Central Bank has taken out its extra big EUR 750 billion bazooka.

But at the same time, people are understandably disappointed to see 27 different lockdown regimes, long queues at closed borders and governments bickering over masks and test kits. They see how Europe turns to China and the Russian army for medical supplies and to American tech giants for teleworking and social media.

And even at a time like this, unfortunately, nationalist reflexes get the upper hand. No solidarity, no unity. A divided intergovernmental Europe is a weak Europe, and a minimal, technocratic Europe is unable to give the political responses needed to fight the virus.

Of course, our first priority is to fight this crisis now and ensure health and safety for all Europeans. But we also have to draw the lessons: the choices we make today will determine the readiness of the European Union for the new post-corona world order, and if we don't care to think about that now, I can tell you that the United States, Russia and China will. Once normal life resumes, Parliament should take the lead. As we did after the financial crisis, we should invite the government leaders to come to this plenary and debate with us how to fundamentally – not reform, but transform – the European Union and make it ready for the new post-corona world order.

Maximilian Krah (ID). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was uns die Corona-Krise gezeigt hat, ist, dass es Dinge gibt, die in der Krise funktionieren, und Dinge, die nicht funktionieren.

Es ist keine Einbildung nur meiner Fraktion, dass die Europäische Union in der Krise nicht das Heft des Handelns in der Hand hatte, sondern dass die Nationalstaaten es waren, die agiert haben. Sie haben Aktion gezeigt, wo es notwendig war, und wir hier sind es, die hinterherlaufen. Auch der Finanzplan, über den wir heute abstimmen, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zu dem, was jetzt an Notprogrammen in den Nationalstaaten aufgelegt wird.

Und das ist auch völlig richtig so. Denn in den Nationalstaaten und in den Regionen, da wissen die Leute, wo der Schuh drückt, und da kennen auch die Bürger ihre Politiker, weil es nahe ist und weil die Demokratie da funktioniert, wo eine Rückkopplung von der Macht zu denjenigen stattfindet, die sie gewählt haben.

Deshalb stellt sich in dieser Krise die Frage, was wir an lieb gewonnenen politischen Projekten infrage stellen müssen, die eben nicht krisenfest sind und die keinen Realitätsbezug haben. Wir werden jetzt – nach diesem *shutdown* – einen enormen Bedarf haben an Hilfsprogrammen, um die Wirtschaft wieder zum Leben zu erwecken. Wir werden uns die Frage stellen müssen: Ist nicht diese konkrete Hilfe wichtiger als ein Grüner Deal? Ist es nicht an der Zeit zu überlegen, ob dasjenige, was uns hier so lieb und teuer ist – vom Klimanotstand bis zur Gender-Strategie –, ob das nicht weniger wichtig ist als die konkrete Hilfe? Und damit eben auch, ob nicht dasjenige, was politisch an Strukturen konkret ist – weil es die Menschen kennen und weil es demokratisch legitimiert ist –, wichtiger ist als der nächste europäische Arbeitskreis und die nächste föderale Idee, die wir hier aussinnen?

Insofern ist die Krise der Weckruf, uns zurückzubringen zur Realität, wegzukommen von Ideologie und hinzukommen zur Realpolitik. Und dafür stehen wir, und wenn die EU eine Chance haben will, sollte sie sich diesem Trend anschließen. Sie sollte wieder realistisch werden und aufhören, einem Wolkenkuckucksheim nachzulaufen, das niemand braucht und das in der ersten Krise zusammenbricht.

Helmut Geuking (ECR). – Herr Präsident! Nichts wird mehr so sein, wie es mal war. COVID-19 hat die Welt, Europa, Länder und seine Menschen verändert. Meine Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen, und ich rege dafür auch eine Schweigeminute an. Wir müssen nachhaltige Antworten finden zur Bekämpfung des Virus und um den volkswirtschaftlichen Schaden zu händeln. Wir sollten nun das Subsidiaritätsprinzip in ein Solidaritätsprinzip umwandeln. Denn diese Krise können wir nur gemeinsam unterstützend und solidarisch bewältigen. Um entsprechende Rechtsgrundlagen zu schaffen, sollten wir auch den Notstand ausrufen.

Unsere EU braucht nun einheitliche, verbindliche Rahmenbedingungen in vielen Bereichen. Wir sind eine Staatengemeinschaft und sollten diese nun auch leben, um für die Schwächsten da zu sein. Ich bin zuversichtlich, dass wir das Virus eindämmen. Die Auswirkungen insgesamt werden uns jedoch über Jahre beschäftigen. Menschen erwarten Lösungen und das fordert uns voraussichtlich in den nächsten sechs bis sieben Jahren ganz besonders. Ein komplettes Umdenken, um neue Wege zu erschließen, ist dabei nötig.

Die parlamentarische Arbeit muss unbeirrt fortgesetzt werden. Abstand halten und Hygienemaßnahmen zum Schutz sind doch möglich. COVID-19 ist und darf dafür kein Hindernis sein. Weiße Wochen halte ich für einen fatalen Fehler. Gerade in dieser Zeit sind wir ganz speziell gefordert. Wir haben keine Zeit zu verlieren und sollten sogar darüber nachdenken, diese Legislaturperiode zur Planungssicherheit bis 2026 auszudehnen. Der Höhepunkt der anstehenden Regulierungen wird 2024/2025 anstehen. Wahlkampf und Neuordnung des Parlaments wären dabei absolut kontraproduktiv. Ich bitte daher, darüber einmal nachzudenken.

Bei der Bekämpfung von COVID-19 und den Folgen darf es keine Denkverbote geben. Wir müssen entschlossen, schnell und nachhaltig agieren und uns darüber hinaus Planungssicherheit verschaffen, um die Lebenssituation der Menschen in Europa wieder zu ordnen und nachhaltig zu verbessern. Wir tragen Verantwortung, der wir nun gerecht werden müssen. Zusammen, gemeinsam und solidarisch bekommen wir das auch hin, da bin ich mir ganz sicher.

Herbert Dorfmann (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus Italien, einem Land, das ganz besonders von dieser Krise des Coronavirus betroffen ist. Wir versuchen auch in meiner Region, so gut wie möglich damit umzugehen.

Ich glaube, es ist gut, dass wir heute hier über europäische Maßnahmen für diese Krise sprechen und diese wohl hoffentlich auch beschließen werden, denn diese Krise braucht eine europäische Antwort. Ich glaube, die Menschen haben diese europäische Antwort bis heute zu wenig gespürt. Wenn es nämlich darum geht, jetzt das Nötigste zu haben, also medizinisches Material, Schutzmasken, Schutzanzüge, dann brauchen wir Solidarität in Europa.

Den Staaten ist am Anfang leider nichts Besseres eingefallen, als Grenzen hochzufahren und so zu tun, als ob dieses Virus vor Binnengrenzen haltmachen würde, so wie wir schon vor ein paar Jahren gemeint haben, dass Flüchtlinge und Migranten an Binnengrenzen haltmachen würden. Auch das war nicht der Fall.

Leider trifft dieses Virus jetzt gerade wieder jene Regionen und Teile der Europäischen Union, die so sehr unter der Wirtschaftskrise und später auch unter der Migrationskrise gelitten haben. Das sind auch Teile der Union, die auch damals sehr selten europäische Solidarität gespürt haben.

Ich denke, wir müssen auch darüber nachdenken, wie die Menschen genau in diesen Regionen – in Spanien, in Italien, im Mittelmeerraum – nun eine nicht solidarische Union erleben. Wenn sie also nicht erleben, dass die Union jetzt agiert, werden sie sich abwenden von der Union. Das ist letztendlich existenziell für die Union selbst. Deswegen ist es auch ganz existenziell eine politische Frage. Deswegen müssen wir handeln. Wir brauchen eine agierende Kommission, wir brauchen einen agierenden Zivilschutz. Wir können ruhig Dinge, die jetzt nicht dringend notwendig sind, auf den Herbst verlegen.

Ich bin auch der Meinung, wir brauchen jetzt nicht unbedingt einen Grünen Deal, wir brauchen jetzt nicht unbedingt eine Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, wir brauchen jetzt nicht unbedingt eine Biodiversitätsstrategie. Daran wird die Union nicht scheitern, wenn wir das im Herbst machen, das können wir dann machen.

Aber die wichtigen Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind, müssen wir jetzt treffen. Ich glaube, das ist eine ganz besondere Zeit, die braucht ganz besondere Antworten, und die sollten wir liefern.

Alessandra Moretti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la pandemia del coronavirus è una tragedia umana di proporzioni potenzialmente bibliche. Dopo molti anni di pace, progresso e benessere sociale, l'Europa sta vivendo un fenomeno nuovo e pericoloso, con conseguenze drammatiche. Il coronavirus non conosce confini, né classi sociali: colpisce miseria e nobiltà allo stesso modo e nessuno ne uscirà più forte degli altri, nessuno si salverà da solo.

Siamo in guerra e una guerra richiede una mobilitazione collettiva, ed è per questo che appare oggi urgente riformare l'Europa per farla diventare davvero «Stati Uniti d'Europa», secondo il disegno dei padri fondatori. Non possiamo più tollerare l'egoismo di alcuni; da questa crisi ne usciremo solo se uniti e solidali e se l'Europa sarà regista delle strategie da adottare.

L'Italia è stato il primo Paese europeo ad affrontare l'emergenza e so che potete capire la mia emozione di parlare oggi in quest'Aula: parlare con orgoglio del mio Paese, che è diventato, suo malgrado, un modello per tutti gli altri Stati.

Lo dico con impresso nel cuore e nella mente il numero dei morti, che ogni giorno cresce. E allora non possiamo non ringraziare medici, infermieri, operatori sanitari, forze dell'ordine e tutti i lavoratori delle filiere dei beni essenziali, che continuano a recarsi al lavoro; gli autotrasportatori, che provvedono alla consegna delle merci tra mille difficoltà e ostacoli.

Questo maledetto virus ha evidenziato in tutta la sua forza la fragilità di un'Europa dei nazionalismi, dove tutti i governi, chi più chi meno, negli ultimi quarant'anni, hanno tagliato risorse ai settori strategici come la ricerca e la sanità, non sapendo oggi garantire la sicurezza dei medici in corsia. Un'Europa che non ha saputo realizzare un consorzio sulla ricerca sui vaccini.

Allora è adesso che dobbiamo fare tesoro degli errori compiuti. Mario Draghi, un grande italiano e un grande europeo, non a caso ieri, alla vigilia di questa giornata così importante, ha ammonito gli Stati europei con queste parole: «In questa crisi è necessario un cambio di mentalità, come ai tempi di guerra. Lo choc che stiamo affrontando non è ciclico, la perdita di reddito non è colpa di nessuno di coloro che ne soffre. Il costo dell'esitazione può essere irreversibile! Non esitate, Stati – ci dice Draghi – perché una crisi eccezionale richiede misure eccezionali e immediate, tante risorse e tanta liquidità da mobilitare, evitando ritardi burocratici. Perché è nostro dovere politico e morale salvare le imprese, il lavoro e le famiglie: questa deve essere la nostra ossessione, colleghi!»

Non siate pavidì, non siate modesti governi nazionali, perché così facendo cadrete nel tranello dei sovranisti, che vogliono un'Europa debole, impaurita e non all'altezza di una sfida globale. Concludo, dicendo che questo è il tempo del coraggio, non della timidezza e dell'ipocrisia, per tutti i governi nazionali, per maggioranze e opposizioni: tutti, nessuno escluso!

Jordi Cañas (Renew). – Señor presidente, también quería dar las gracias a los trabajadores de este Parlamento por permitírnos hacer este Pleno.

Mientras debatimos hoy aquí, miles de europeos se debaten entre la vida y la muerte en hospitales colapsados, con falta de materiales básicos, con unos profesionales desbordados que se juegan la vida por combatir esta terrible enfermedad. Mientras debatimos aquí, millones de europeos están confinados en sus casas con miedo por sus vidas, las de sus seres queridos, con miedo a perder a aquellos que más quieren y no poder volver a verlos ni despedirse de ellos. Y mientras debatimos aquí, centenares y miles de empresas, de pequeñas y medianas empresas, de autónomos debaten sobre si van a poder sobrevivir o van a tener que cerrar y despedir a sus trabajadores. Una situación terrible.

Pero también en estos momentos de oscuridad vemos cómo, mientras debatimos aquí, nuestros ciudadanos nos demuestran los grandes valores que forjan nuestras sociedades: la generosidad, el compromiso y la solidaridad. Y es este contexto de compromiso, generosidad y solidaridad el que tiene que guiar nuestras decisiones como legisladores. Estamos en ese momento, en ese grave momento, en ese gran momento de estar a la altura de donde nuestras sociedades nos han llevado.

No tenemos vacunas para nuestros ciudadanos o para evitar o atenuar la enfermedad, como tampoco tenemos vacunas para evitar la infección en nuestra economía. Pero sí que estamos a tiempo de aprobar medidas que permitan atenuar su efecto y evitar que destruya el tejido sano de nuestra economía, que destruya empresas y empleos.

Las medidas adoptadas por la Comisión van en la buena dirección. Estamos tomando decisiones que ayudarán a nuestros sistemas sanitarios, y hemos habilitado mecanismos que permitirán a nuestros países hacer frente financieramente a la crisis. Pero no es suficiente, tenemos que ir más allá. Tenemos que ser valientes, porque el desafío al que nos enfrentamos es si la recesión se va a transformar en una depresión, y esto nos obliga a tomar las decisiones valientes y firmes que nuestros ciudadanos necesitan.

He estado escuchando estos días una palabra, un concepto que se acuñó en la recesión de 2008: el «riesgo moral». El riesgo moral que tenemos y al que nos enfrentamos es si vamos a cargar sobre nuestras espaldas y nuestra conciencia la muerte de nuestros ciudadanos. El riesgo moral de dejar morir a miles de empresas, el riesgo moral de dejar que millones de nuestros conciudadanos pierdan su empleo. Ese es el verdadero riesgo moral al que nos enfrentamos y al que tenemos que dar solución.

Para finalizar, creo que tenemos que lanzar un mensaje claro: que vamos a hacer todo lo posible y lo imposible para que esto no pase. Porque de no hacerlo, si no somos capaces de demostrar con hechos que nuestros ciudadanos no están solos y que en esta crisis nadie se va a quedar atrás, este virus no solo amenazará nuestras vidas, nuestros empleos, nuestro futuro y nuestras esperanzas, sino que habrá infectado letalmente nuestra democracia. Y no nos lo podemos permitir. Eso no pasará. Hemos comprobado que divididos somos más débiles, que solos somos más débiles y que juntos somos más fuertes. Debemos hacer lo necesario. Lo debemos hacer por nuestros ciudadanos. Ese será nuestro compromiso.

Jessica Stegrud (ECR). – Herr talman! För inte så länge sedan stod jag här i samma kammare och ställde följande frågor: Är det verkligen rimligt att spendera större delen av EU:s budget på en klimatomställning? Finns det inte också annat vi behöver fokusera på för att rusta oss för framtiden? Är det här detta ledarskap som vi behöver? I dag har vi svaret. Vi befinner oss nu i en kris vars konsekvenser – mänskliga, sociala och ekonomiska – vi i dagsläget inte kan överblicka.

Den självklara prioriteringen är nu att minska smittspridningen, ge vården tillräckliga resurser och lindra de ekonomiska konsekvenserna. Men kris innebär också möjlighet till förändring, och jag tar för givet att det nu kommer att ske en tillnyktring. Jag hoppas att denna svåra situation kommer att leda till omprioriteringar, så att vi framöver prioriterar våra medborgares hälsa, säkerhet, ekonomi och framtid före annat, och att vi får ett nytt ledarskap som kan lyfta blicken, utvärdera och se till konsekvenser av redan fattade beslut innan det är för sent.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute – wie viele andere hier auch schon – mein Mitgefühl und meine Solidarität mit all den Menschen überall in Europa zum Ausdruck bringen, die von diesem Virus direkt oder indirekt betroffen sind. Ich glaube, die Botschaft des Parlaments heute, Herr Präsident, ist klar: Wir denken hier an diese Menschen. Und es ist ein trauriger Moment, der uns hier vereint, und wir wissen von vielen Kollegen, die auch gerne dazugekommen wären, es aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht konnten.

Und deswegen ist es auch eine Botschaft von uns allen, die zeigt, dass es heute darum geht, echte Solidarität zu zeigen und nicht in alte Forderungen zurückzufallen, die wir schon früher in anderen Situationen gleichermaßen erhoben haben. Echte Solidarität – die Kollegen Esteban González Pons und Caspary haben schon darauf hingewiesen – bedeutet, dass wir heute diejenigen in den Mittelpunkt stellen, die Menschen aus anderen Ländern in ihren Krankenhäusern aufnehmen – ich bin außerordentlich dankbar, dass in meinem Wahlkreis eine Vielzahl von Patienten aus Frankreich und Italien aufgenommen wird –, dass wir nicht nur die Menschen in den Mittelpunkt stellen, die in Krankenhäusern und auf den Straßen helfen, sondern auch die, die auf Balkonen singen oder für die Großeltern einkaufen gehen, dass wir aber auch die europäischen Maßnahmen positiv sehen, die getroffen wurden, entlang der Zuständigkeitsgrenzen, die sich eben bieten.

Und echte Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet eben auch, dass jetzt jeder und jede die eigene Verantwortung dafür wahrnimmt, dieser Krise zu begegnen. Das bedeutet, Abstand halten; es bedeutet aber für die Zuständigkeitsverteilung in Europa auch, dass jedes Land, jede Region, die Europäische Kommission und jeder Bürger an seiner Stelle seine Verantwortung wahrnehmen muss und nicht die Schuld auf andere abladen sollte. Wenn uns das gelingt, glaube ich, dass in dieser Krise auch eine Chance für Europa liegt.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident! Wir beweisen heute, wie schnell und unbürokratisch die Europäische Union sein kann. Mit der Neufassung der Slot-Regeln verhindern wir, dass in der Corona-Krise Flugzeuge ohne Passagiere fliegen müssen, nur um Start- und Landerechte nicht zu verlieren. Die Luftfahrt- und Tourismusbranche ist dramatisch betroffen – diese Neuregelung hilft. Aber wir brauchen daneben auch Maßnahmen, die die Passagierrechte und die Pauschalreiserrichtlinie betreffen. Hier muss die Kommission aus meiner Sicht dringend nachlegen.

Liquidität ist für die Unternehmen im Moment das größte Problem. Das gilt insbesondere auch für die mittelständische Wirtschaft. Die Menschen haben Angst vor dem Virus, aber sie haben auch Angst um ihren Arbeitsplatz – um ihr Unternehmen. Wir müssen hier unterstützen, damit Strukturen nicht wegbrechen. Das Maßnahmenpaket, das wir heute beschließen, ist dafür ein richtiger Schritt. Für den Fischereisektor greifen die Maßnahmen allerdings zu kurz. Insbesondere hier sind weitere Werkzeuge notwendig. Ich möchte die Kommission bitten, uns über die weiteren Pläne zu berichten.

Diese Krise – die Corona-Krise – ist ein Stresstest für unsere liberale Demokratie. Die Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten ist kaum zu ertragen. Aber um die Ausbreitung des Virus zu stoppen, scheint sie notwendig. Es gelten für uns aber zwei Maßstäbe, die wir an diese Maßnahmen anlegen: Das ist erstens die Verhältnismäßigkeit – und ich möchte hier klar sagen, dass die Maßnahmen, die in Ungarn getroffen worden sind, nicht verhältnismäßig sind –, und zweitens müssen die Maßnahmen temporär sein. Nach der Krise müssen alle Einschränkungen wieder aufgehoben werden, und das gilt insbesondere auch für die Reisefreiheit im Schengen-Raum.

Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich bin sicher: Wir werden diese Krise meistern, und wenn wir es richtig anfangen, werden wir als Europäer, werden wir als Europäische Union gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me start also by expressing clear solidarity with all families, all Europeans, who are going through this terrible ordeal. I would also like to express my gratitude to the heroes of the day: the doctors, medical personnel – first and foremost – but also the police, soldiers, shopkeepers and people working in critical areas so that we can actually telework from home.

I would like to thank the European Parliament, all of you who are here, and also those who are looking at us through their teleworking stations and are participating in our work by this new way of remote voting. I think it's extremely important to send the signal to European citizens that the institutions are working, that we have found a way to operate under these difficult conditions and that we can, and know how to, adopt the decisions which are so crucial for our citizens.

I really would like also to thank Mr Gonzáles Pons, Mr Moreno Sánchez, Ms De Lange and Mr Benifei – who realise that we are in a completely new set-up and that we in the European Commission are really doing our utmost, in close cooperation with you, to find the best responses to this unprecedented situation.

To Mr Bay and Mr Dzhambazki, I would say that the whole world was not prepared – just look at how we are all struggling. But I think that we really mobilised very quickly and we found a way how best to share our responsibilities, because you know what the Treaty says about responsibility for the health sector. I mean this is not a blame-game. This is not about shifting responsibilities. We simply have to work together. I'm very pleased also that the predominant tone in the discussion today was how we can do this better. I'm very glad that we are hearing the same echoes coming from our Member States.

I would like to reassure Mr Botenga that our model for acting under these difficult circumstances is 'let's do whatever it takes' to tackle the crisis and to emerge from this traumatic situation stronger. We are working on the very concrete measures that Madame Ries, Madame Aubry, and Mr Mureşan were asking for, because we are fully realising that through concrete measures we can show that we are operational, we can deliver, and that cooperation at European level brings much better results than individual actions by Member States.

The President of the Commission has highlighted a few of the measures, but to give you more concrete figures from yesterday's college discussions:

First, what we needed to do is actually to map out how much of this medical equipment we need. How many masks? How many respirators do we need for our operations? To give you the preliminary conclusions of these analyses: we need 200 million masks, we need 30 million respirators, weekly, for at least 3 months.

The good news is that this joint procurement has worked and we will be able to have them for a reasonable price and we will be able to distribute them to the Member States very soon.

The same goes for the ventilators. We need at least 15 000 for the next three months. Unfortunately, we have something like half of that. But again, yesterday, we had very thorough discussions with the producers, exporters and importers of this equipment and we are pretty sure that very soon we will be able to help our Member States also with this crucial technology.

The first lesson we learned from this crisis was that our civic mechanism is not working if none of our Member States is in a position to help because of limited stockpiles. I think that we need to learn from that and therefore we are establishing the strategic reserve for this medical equipment, which will be open within days – we already have medical supplies worth EUR 10 million – and which would be under our jurisdiction, so it would not mean a request to the Member State that supplies the equipment, but it will be our decision to supply those Member States, those sectors, which would need it the most. I think that this idea, as Ms in 't Veld was suggesting, should be developed further as we need these strategic reserves for all sensitive equipment for the future, for when we need it.

On top of this current situation, we are working on two strands. The first is of course all the measures which we need to tackle the health aspects of the crisis, but at the same time we are also working on the economic aspect, which I think will be with us for quite a few months to come.

First and foremost, we want to make sure that all this sensitive medical equipment will be manufactured predominantly here in Europe so we will not be so dependent on imports from third countries. We talked to the industry and we have been encouraged by the positive response. We believe that within three to four months we should be able to produce this sensitive equipment here in Europe so we can be much more autonomous in our decision taking.

Then, of course, we need to take care of the macroeconomic situation. Here our focus is on making sure that it would provide enough liquidity for our financial systems. To respond to Mr Wallace, this is not for banks, but for businesses, for SMEs, so they can keep their operations open, and to protect jobs because we are fully aware that once a job is lost it is very difficult to recreate it. So we are working on making sure that as few people as possible will lose their jobs because of the coronavirus crisis.

Several of you mentioned the bazooka from the European Central Bank. I would just add that in addition to the EUR 750 million there are another EUR 2 billion euros and some other programmes offered by the ECB, so all together the response just from the ECB is in the area of EUR 1 trillion. We are working very closely with the EIB, and thanks to our financial contribution the EIB is developing a programme worth EUR 200 billion in loans especially aimed at SMEs because we know that they are the main employer in the European Union. We are also, of course, looking into ways to help big industries as well.

If I may, I will use this opportunity to call on the governments in central and eastern Europe to talk to the European Commission, to develop their crisis schemes, just as other countries in western and southern Europe already have done, which we – in an express manner, thanks to the great work of Vice-President Vestager – approved as legal State aid. We discussed yesterday how we can help them to develop these programmes, these schemes. We are ready to do that in the European Commission. I hope that also the governments from these countries will come to us so that we can together develop recovery plans, which are needed for every single Member State.

Concerning vaccines and concerning coronavirus response systems, we have already allocated some quite substantial sums of money and we are working very closely – in a very special advisory group working with our President – to see where the leading epidemiologists and virologists are to develop the vaccine. We are also ready to make sure that we protect our critical industries in these times of a stock exchange rollercoaster, were they to be faced with hostile takeovers. We simply won't let this happen, and I believe that the European Parliament will help us in that effort.

When I was here a few weeks ago, my last intervention in this Chamber was on the multiannual financial perspective. I agree totally with Mr Eppink that now is the time to decide. We need the budget. We need seven years' financial perspective so we can plan the recovery of Europe and we can tackle better the emergencies of today.

I would just remind the general public in the European Union that we are in the last year of the seven-year budget and we are very much limited by financial constraints as to how much we can do. So I hope that the video conference of the leaders this afternoon, which should be very much focused, naturally, on tackling the coronavirus, will also be tackling the issue of how we are going to tackle this virus from the economic and financial point of view. For that we need the MFF, and I hope that this crisis will make it crystal clear to our leaders that we need good progress at that level.

To conclude, Mr President, I would finish on the point made by Ms in 't Veld. I think that history teaches us that the best responses to post-crisis development have been prepared during crises. Of course, now we have to focus on the daily management, on how to tackle this crisis and how to make this nightmare go away as quickly and with as few victims as possible.

But at the same time we need to start reflecting on what will be next – how the world will change, how Europe will change, what our position will be on this new global map and how we will make sure that Europe emerges stronger via a strong recovery plan, by more technological autonomy, by greater strategic sovereignty. As you know, I'm responsible for foresight in the European Commission, and I would like to assure you that these are exactly the ideas we are working on. Once we have something more concrete it will be my pleasure to share it with this House as well.

Thank you very much, Mr President, and thank you all for coming here or for supporting us from your teleworking stations. Thanks to the interpreters and to all the staff from Protocol and to the technical operators who have made our session today possible.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Alex Agius Saliba (S&D), in writing. – The COVID-19 pandemic hit Europe and the rest of the world like a devastating tornado – quickly, unpredictably and in a deadly manner.

Covid-19 is a litmus test for Europe to show that it can rise up to the challenges ahead. But, to do that we need a comprehensive European strategy that will coordinate actions with the EU institutions, also with authorities at national, regional and local levels, as well as cooperation with our global partners.

The strategy needs to set short, mid and long term measures to protect people's health, jobs, and well-being, and prepare for a different – sustainable and resilient – future for all.

We need more and quicker tests available for everyone. Covid-19 does not discriminate between rich and poor, famous and powerful and so neither should we discriminate in our testing and treatment. We need to address and solve the shortage of medical and protective equipment, especially for hospitals, doctors and people at the frontline in fighting this pandemic.

We also need clear measures from European institutions and Member States on how to proceed after lockdowns are lifted and on tackling different socio-economic challenges and to communicate clear and real solutions for all European citizens.

Marc Angel (S&D), in writing. – A diverging approach between Member States would not be the right response to the COVID-19 crisis. Therefore, I strongly urge the Member States to follow the Commission's guidelines for border management measures and to apply internal border controls in a justified and proportionate manner, to facilitate the provision of professional services, especially in the healthcare, childcare or elderly care sectors in cross-border regions.

Also in order to prevent the shortage of essential goods, including food, pharmaceuticals, medical supplies and personal protection equipment all across Europe, the Commission should ensure the effectiveness of the monitoring mechanisms. I welcome the efforts to launch joint procurement for specific medical supplies needed as well as flexibility to allow fast-track purchases of medical equipment and devices. I also find crucial that the Commission and national authorities should proactively monitor the market during the crisis and to share information about malpractices. I also strongly support the idea of Eurobonds as a financial tool to counter any economic downturn the virus might cause. I would also urge Member States guaranteeing social protection (such as access to health care at affordable cost / preserve decent wage for workers) for all the European families particularly affected by the crisis.

Атидже Алиева-Вели (Renew), в писмена форма. – Кризата, породена от бързото разпространение на коронавируса COVID-19, засегна по безпрецедентен начин света, което категорично показва, че мерките в отговор на пандемията трябва да бъдат глобални и добре координирани между държавите.

Приветствам предложените мерки за мобилизиране на инвестиции. Бързото насочване на европейските инвестиции в размер на 37 милиарда евро в секторите, изпитващи най-голямо затруднение в този тежък момент, е от жизненоважно значение. Епидемичният взрив в някои държави поставя здравните и социалните системи в безизходица и много МСП в ЕС са на ръба на оцеляването. Това налага необходимостта от незабавни и конкретни мерки, като се започне с мобилизиране на всички налични ресурси на равнище ЕС и на национално ниво.

Докато епидемичната криза в някои държави членки ескалира, то други тепърва се подготвят за пика на заразата. Тази ситуация изисква незабавна ликвидност на средства и предоставянето на по-голяма гъвкавост на държавите при прилагането на правилата за разход на средствата, предвидени в оперативните програми, както и да се предвиди опростена процедура. От своя страна държавите членки следва да гарантират, че средствата ще достигнат то тези, които най-много се нуждаят от тях, като здравните заведения, работниците в риск да изгубят доходите си, самонаетите лица в нужда, МСП, земеделските производители, НПО, ангажирани в помощ на населението.

Pablo Arias Echeverría (PPE), por escrito. – La UE afronta la mayor crisis desde su creación. Todos los días, puntualmente, los europeos, salimos cada tarde, a aplaudir a nuestros profesionales de la sanidad. Profesionales que están en primera línea de defensa, a los que estaremos eternamente agradecidos por enfrentarse a esta pandemia en condiciones extremas.

Dicho esto, querría hacer referencia a «los otros héroes». Me refiero a aquellos que acuden diariamente a sus puestos de trabajo: fuerzas de seguridad, cajeros, farmacéuticos, transportistas y camioneros, entre otros. Nuestros transportistas y camioneros son los que garantizan el abastecimiento y el funcionamiento del mercado único. Se merecen la garantía de poder contar con los medios de protección sanitaria adecuados, de poder satisfacer sus necesidades básicas en ruta dignamente y poder acceder a las instalaciones necesarias. Además, quiero resaltar la importancia de salvar las empresas de transporte: tenemos que pensar especialmente en su protección. El día que acabe esta crisis, estas empresas deben seguir operando si queremos una pronta recuperación.

Es el momento de trabajar juntos por encima de nuestras diferencias. Debemos demostrar que el proyecto europeo es útil para todos y cada uno de los que lo formamos, y remar todos en la misma dirección sin dejar a nadie atrás.

Adam Bielan (ECR), in writing. – First of all, my thoughts are with all families who lost their loved ones due to COVID-19 all over the world. I would also like to praise the efforts of health workers fighting the virus.

Today we are voting on three urgent legislative proposals aimed at tackling the effects of the pandemic. It will support SMEs, national short-term employment schemes and reinforce Coronavirus-related health expenditure within Member States.

I would like to welcome the emergency package. We need to guarantee measures that will protect our society and our economy. I would also like to underline the importance of speeding up the legislative process so that funds can be channelled as soon as possible to diminish the social and economic impact. Fast reactions are crucial to deal with the consequences of the crisis, to maintain jobs, to guarantee safety and security. Coordination at EU level is vital to ensure a unified response to the crisis and to able Member States to take all the appropriate measures in this challenging context.

Dominique Bilde (ID), par écrit. – Au-delà de la tragédie, la crise sanitaire majeure que nous traversons a jeté une lumière crue sur les insuffisances de l'Union européenne. Que dire quand l'Italie ou la France en sont réduites à se reposer sur la Chine, à l'origine de ce drame sanitaire, pour l'approvisionnement en masques – il est vrai, dans un juste retour des choses?

Du reste, le libre-échange débridé, au cœur du modèle européen, n'est-il pas la cause fondamentale de cette crise? On ne peut que s'associer pleinement aux mesures de soutien en faveur des petites et moyennes entreprises. Ainsi, on nous propose de modifier les règles d'attribution des Fonds structurels, notamment du FEDER et du FEAMP, afin de permettre aux États de financer certaines dépenses urgentes en faveur des entreprises, pour un engagement financier total de 37 milliards d'euros – mais seulement huit milliards de liquidités.

Ce montant semble d'autant plus dérisoire quand on le compare à ceux déployés par les États membres individuellement. Ce soutien excessivement faible est une preuve supplémentaire de l'inadéquation d'une Union européenne incapable de se montrer à la hauteur des enjeux. Et, au lieu d'être une addition de forces, elle est une addition de faiblesses.

Milan Brglez (S&D), pisno. – Pozdravljam nabor ukrepov Evropske komisije kot prvi nujni odgovor EU na pandemijo koronavirusa.

Nujno je, da so ukrepi čim prej sprejeti, s čim širšo podporo, kot znak zmožnosti hitrega in enotnega ukrepanja EU v kriznem času. Zame sta zlasti pomembni uredba glede pospeševanja naložb v podporo zdravstvenim sistemom članic ter malim in srednjim podjetjem, kot tudi uredba za razširitev področja Solidarnostnega sklada EU, za katero mislim, da bi že od samega začetka morala vključevati tudi primere izrednih zdravstvenih situacij. Seveda podpiram tudi uredbo o spremembi skupnih pravil dodeljevanja slotov na letališčih. Upam, da bo pomagala preprečiti izgube delovnih mest ter zavarovati pravice delavcev v sektorju letalstva. Trenutna kriza potrjuje nujnost usklajenega delovanja držav članic ob globalnih izzivih ter krepitev EU kot socialne unije.

Predlagani izredni ukrepi kažejo, da je, če obstaja politična volja, mogoče narediti korake k socialni uniji tudi brez spremembe temeljnih pogodb.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Znaležli smo se v situaciji nadzvočajnej, której jeszcze kilka tygodni temu nikt z nas nie byłby w stanie sobie wyobrazić. Zmusza to nas do zweryfikowania naszych dotychczasowych priorytetów. W naturalny sposób nasze siły i działania muszą skoncentrować się na walce z rozprzestrzenianiem się tego śmiertelnośnego wirusa. Musimy jak najszybciej opanować sytuację w naszych krajach, by po zażegnaniu kryzysu w Europie móc powrócić do kwestii, którymi zajmowaliśmy się jeszcze na ostatniej sesji plenarnej, jak np. wydarzenia na zewnętrznych granicach Unii Europejskiej, de facto również niezmiennie zagrożonych w związku z obecną pandemią.

Jako Parlament Europejski powinniśmy maksymalnie wesprzeć obecne wspólne działania pomagające w walce z aktualnym zagrożeniem, jak i z jego skutkami. Nad najważniejszymi z nich będziemy głosować w dniu dzisiejszym, by maksymalnie przyspieszyć prace PE dotyczące tej kwestii. Wyrażam jednocześnie nadzieję, że Parlament jak najszybciej rozpocznie prace nad pakietem pomocy i wsparcia finansowego dla państw i podmiotów gospodarczych, które szczególnie ucierpiały w wyniku aktualnej sytuacji.

Jesteśmy wdzięczni wszystkim, którzy stają codziennie na pierwszej linii walki z epidemią: pracownikom służby zdrowia, funkcjonariuszom policji, wojska, służb granicznych i porządkowych. Solidaryzujemy się z wszystkimi osobami, u których wirus COVID-19 spowodował chorobę, szczególnie zaś z rodzinami ofiar tej choroby.

Markus Buchheit (ID), schriftlich. – Die Lage ist ernst. Die meisten von uns haben nie etwas Vergleichbares erlebt. Ein gesamter Kontinent steht still, Grenzen und Flughäfen sind geschlossen, ganze Länder haben Ausgangssperren verhängt. Und auch wenn man die wirtschaftlichen Folgen noch nicht genau beziffern kann, so spüren wir, dass die Einschläge näherkommen. Volkswagen schließt seine Werke, ganze Fluggesellschaften bleiben am Boden, die Börsengewinne der letzten Jahre wurden binnen Wochen vernichtet. Man muss angesichts dieser Meldungen also kein Pessimist sein, um zur Überzeugung zu gelangen, dass wir vor der einschneidendsten Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs stehen. Es wäre also geboten, dass wir gemeinsam Strategien entwerfen, um den mittelständischen Betrieben, dem Rückgrat unserer Wirtschaft, durch diese Krise zu helfen. Es wäre geboten, dass hier in Brüssel wieder echte Industriepolitik betrieben wird, die sich die Frage stellt, wie wir abgewanderte Industrieproduktion nach Europa zurückholen. Leider ist das Gegenteil der Fall. Die Kommission hält nach wie vor am sogenannten „Green Deal“ fest, einem Programm, welches auch ohne die Corona-Krise verheerend für die europäische Industrie gewesen wäre. Daher fordere ich: Schluss mit diesem Wahnsinn, das Geld wird an anderer Stelle dringender benötigt! Betreiben wir wieder Industriepolitik, die diesen Namen verdient!

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – La pandemia di Covid-19 dimostra, nella sua drammaticità, che in un contesto globalizzato le emergenze sanitarie non si arrestano ai confini nazionali.

L'UE e gli Stati membri devono quindi adottare una risposta comune e coordinata. Anche se alcuni paesi risultano più colpiti di altri non possiamo certo illuderci che il problema riguardi soltanto i primi. Occorre proteggere la salute dei cittadini, assicurando le migliori cure e prevenendo al massimo ulteriori contagi. Le misure che l'Italia (primo Paese colpito dall'epidemia) è stata costretta ad adottare rappresentano un modello, come evidenziato anche dall'OMS.

L'UE deve quindi dotarsi di un centro comune per l'acquisto e la distribuzione di medicinali e dispositivi di protezione e deve investire nella ricerca di trattamenti e vaccini per il nuovo virus.

Sono poi necessari, nel breve e lungo periodo, interventi finanziari per arginare l'impatto economico ed occupazionale, sostenendo tutte le categorie di lavoratori e imprese e in particolare le medio-piccole, nonché investimenti nelle politiche sociali: ogni strumento a disposizione deve essere usato ed adattato alla situazione attuale.

È il momento di concretizzare la solidarietà di cui all'articolo 2 del TUE perché, come ribadito dalla Presidente della Commissione, nessuno Stato membro può uscire da questa crisi da solo.

Josianne Cutajar (S&D), in writing. – We are facing a public health crisis unprecedented in recent history. We have taken strong measures, unnatural to us, limiting to the strictest levels, the movement of people. Despite its noble intentions, this is a direct blow to the whole tourism ecosystem and to the aviation industry. Big players in the market but especially smaller national airlines have been dealt a serious blow and had to resort to emergency actions to safeguard employment. These amendments to the Slots Regulation are necessary to help airlines weather the crisis with the least possible impact. They are also timely and crucial to prevent unnecessary pollution caused by the operation of ghost flights.

It is not yet clear when restrictions on travel will be eased, however we all know it will take time for airlines to be able to return to their full capacity even in the aftermath of COVID-19. For this reason, whilst I reiterate the need for a Rescue Plan for the tourism industry, in the interest of all workers in the aviation industry, their families and the sustainability of the European aviation industry, we should be prepared for the applicability of such temporary amendments to be extended after October 24th.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The health crisis provoked by COVID-19 is taking its toll on human lives, economies and the very social foundations of our societies. To resist the dire effects of this pandemic, bold public policy action is needed to protect our economies, social structures, and well-being of our citizens. Governments must take all necessary action to safeguard their citizens' health. The EU must ensure the supply of medical equipment. Although, the Commission is addressing the supply of personal protective equipment, this must be extended to medical equipment such as ventilators so that no country is left behind. As this virus reaches its peak, pressure on our healthcare systems will increase and proper equipment will be of paramount importance.

Second, we must limit the immediate and the long-term economic and social impact of this crisis. We need strong support measures such as back-up guarantees for companies, direct financing and cash flow support, particularly for SMEs and self-employed persons. We must also guarantee income support for workers in technical unemployment or in part-time positions. Finally, we need a joint, coordinated, European answer to fight back, combined with strong financial assistance from European instruments, in particular the European Social Fund and the European Globalisation Fund.

Johan Danielsson (S&D), skriftlig. – Den pågående krisen berör alla människor och ekonomiska sektorer. En välfungerande transportsektor är avgörande för att transportera de livsnödvändiga mediciner, skyddsutrustningar och livsmedel vi behöver för att ta oss igenom krisen. Vi måste säkerställa nödvändiga transporter för att ta oss igenom den direkta hälsokris som pågår just nu, samtidigt som vi skyddar transportarbetares hälsa och säkerhet. Men vi måste också säkerställa att vi har en hållbar och välfungerande transportsektor i det längre perspektivet. Det är nödvändigt för att få både samhället och ekonomin på banan igen. Coronakrisen skapar en enorm osäkerhet för hela transportbranschen. Därför är det viktigt att vi beslutsfattare skapar tydliga förutsättningar för att underlätta för transportsektorn i denna svåra situation. Jag är därför glad att vi idag kan snabbbehandla EU-regler så att flygbolag inte längre behöver flyga tomma plan för att inte bötfällas eller förlora framtida flygmöjligheter. Med de nya tillfälliga reglerna kommer vi inte bara minska på tomma flyg och därmed onödiga utsläpp, utan även skapa tydliga riktlinjer för flygbranschen, dess arbetstagare och konsumenterna. Det är också viktigt för turismsektorn, som sysselsätter inte mindre än 25 miljoner människor i EU.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR), *por escrito*. – España está en estado crítico. El sistema sanitario está colapsado en algunas ciudades. Debemos resolver cuatro puntos cruciales a los que el Gobierno, por dejadez o incompetencia, no ha sabido dar respuesta y que contribuyen al aumento del número de contagios y muertos: - falta de equipos de protección individual para evitar contagios entre personal sanitario y pacientes; - falta de instrumental de soporte vital, como respiradores. Los suministros están siendo repartidos injustamente y muchos pacientes mueren sin esta asistencia; - falta de tratamientos farmacológicos, limitados a pacientes ingresados, lo que impide actuar en la primera fase; - falta de test y seguimiento de contagios.

España lo necesita hoy, agilicemos las gestiones y reduzcamos la farragosa burocracia. Europa debe coordinar, apelando a la solidaridad. ¡Actuemos unidos ya!

Pido que se comparta la información existente sobre el uso de medicamentos, al enfrentarnos a una enfermedad nueva. La hidroxicloroquina, cuya capacidad antiviral parece demostrada, es segura y ampliamente utilizada en algunos países europeos, incluso como profilaxis contra el SARS COVID-19. Su uso puede repercutir positivamente en la salud de los ciudadanos, principalmente en etapas tempranas. Hoy en España está limitada al uso hospitalario.

Que la situación empeore significa perder vidas, cerrar negocios, dolor. ¡Significa que todos perdemos!

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A járvány kirobbanása előtt természetesnek vettük, hogy repülővel olcsón és gyorsan eljuthatunk Európa bármely szegletébe. A járvány terjedésével azonban egyértelművé vált, hogy még jó ideig nem számíthatunk arra, hogy a régi rend gyorsan visszaáll. A hatályos szabályozás következtében a légitársaságoknak abba a tarthatatlan helyzetbe kényszerültek, hogy akár üresen is a meglévő járataikat működtetniük kellett.

Egy ilyen állapot nem csak a légitársaságok működését és munkahelyek ezreit veszélyezteti, hanem fokozottan káros a környezetre is. Ezért természetes, hogy az sürgősségi eljárásban tárgyaljuk az Európai Bizottság javaslatát, amely véget vet ennek a kártékony jogi helyzetnek. Úgy gondolom, hogy nem ez lesz az utolsó olyan jogszabály, amelynek célja a légitársaságok megsegítése, ugyanakkor fontosnak tartom kihangsúlyozni, hogy a légitársaságok mellett figyeljük az ágazat többi szereplőjére is, a légi irányításra, repterekre, a kiszolgáló személyzetre, hiszen mindannyian ugyanabban a cipőben járnak.

De igaz ez az egész közlekedési szektorra, és itt külön ki szeretném emelni a közúti fuvarozókat és sofőröket, akik a rendkívül nehéz munkakörülmények dacára, minden tőlük telhetőt megtesznek annak érdekében, hogy a lakosság és az egészségügyi intézmények ellátása biztosított legyen. A magyar néppárti delegáció támogatni fogja az Európai Bizottság által javasolt sürgősségi intézkedéseket, és arra kérek mindenkit, hogy tegyen hasonlóan.

Klára Dobrev (S&D), *írásban*. – Valóban, generációkig visszamenően előzmények nélküli időket élünk. Mindannyian látjuk, hogy a koronavírus-járvány milyen óriási terhet ró valamennyi uniós tagországra. Nem csupán az egészségügyi vészhelyzet kíván hatalmas erőfeszítéseket, hanem az emberek mindennapi megélhetésének biztosítása, a vállalkozások életben tartása is komoly kihívások elé állítanak mindannyiunkat. Jó látni, hogy ebben a harcban nem vagyunk egyedül.

Az Európai Unió teszi a dolgát és cselekszik. 37 milliárd euró EU-s fejlesztési forrás elérését teszi lehetővé az egészségügyi és gazdasági vészhelyzet kezelésére. Támogatjuk, hogy tagállamok az EU fejlesztési támogatásait egészségügyi rendszerek sürgős megerősítésére is elkölthessék. Mi, a Demokratikus Koalíció EP-képviselői támogatni fogunk minden olyan intézkedést, ami már rövid távon is érdemi segítséget biztosít a kis- és közepes vállalkozásoknak a válság túlélésére. Egyetértünk azzal is, hogy az Európai Szolidaritási Alapot kiterjesszük a közegészségügyi veszélyekből eredő válsághelyzetekre, és hogy megemeljük az ilyen katasztrófák esetén adható szolidaritási előleget. Tudjuk, hogy a válság legyőzéséhez mindenkire szükség lesz.

A vírus sok mindent megbénít, de az Európai Unió ilyen rendkívüli helyzetben is tudja bizonyítani, mire képes a szolidaritás. Európa erős, és nem hagyja cserben állampolgárait. Polgáraink egészsége és anyagi biztonsága a tét, nem csekély. Az ezeket fenyegető vírus globális és egységes. A védekezésben nekünk is egységesebbnek kell lennünk, mint valaha!

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – La pandemia causata dalla Covid-19 sta avendo gravi ripercussioni non solo sulla salute pubblica e sui nostri sistemi sanitari, ma anche in termini economici e sociali.

L'Unione europea, nel contrastare i devastanti effetti di un virus che non conosce confini e da cui nessuno Stato membro è immune, è chiamata a fronteggiare una delle sfide più grandi della sua storia. Solo una risposta europea condivisa, forte ed immediata consentirà di affrontare una condizione comune che non può ammettere egoismi, contrasti od ostacoli.

Le misure che il Parlamento europeo si appresta a votare sono un primo passo. Abbiamo necessità di individuare risorse più consistenti e strumenti nuovi, di avere una maggiore coordinazione e cooperazione nella lotta contro un comune nemico. Di questo e di molto altro avremo bisogno per assicurare a tutti i cittadini, e in particolar modo alle persone più vulnerabili, il diritto alla salute e a ricevere cure adeguate, così come per dare idoneo sostegno a famiglie, imprese e lavoratori.

Tutti devono sentirsi coinvolti nel raggiungere questo obiettivo: l'Unione europea, gli Stati membri, le regioni, i comuni, chi ha ruoli istituzionali e i cittadini. Solo insieme e in sinergia usciremo da questa emergenza.

Carlo Fidanza (ECR), *per iscritto*. – Il problema coronavirus è stato ampiamente sottovalutato... si pensava fosse un problema esclusivamente italiano!

Solo 200 milioni per tutta l'UE come stanziamento iniziale per l'emergenza sanitaria, l'assenza di un protocollo comune per verificare contagiati e vittime, blocco delle esportazioni di mascherine proprio mentre l'Italia ne faceva richiesta, aziende europee che chiedevano il certificato «virus-free» ai prodotti agroalimentari italiani. Abbiamo visto persino mettere la riforma del MES al primo punto dell'Eurogruppo e la Presidente della BCE mandare a picco la Borsa di Milano e in fumo miliardi di risparmi in poche ore. Poi solo quando l'emergenza è arrivata in Francia e Germania l'Europa ha battuto un colpo.

Ora bisogna assicurare urgentemente liquidità a imprese e famiglie, con una maggiore flessibilità delle norme sui crediti deteriorati e con un grande piano europeo, eventualmente con bond garantiti dall'UE. Ma senza MES, le cui condizioni renderebbe schiavi i paesi con alto debito pubblico, che ora si trovano a dover affrontare non una crisi di fiducia sul proprio debito sovrano ma uno shock simmetrico che ha colpito tutti indistintamente.

Oggi l'Europa si gioca il suo futuro: o si dimostrerà capace di rispondere alla sfida con efficacia e solidarietà oppure imploderà sotto il peso delle sue contraddizioni.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – La pandemia della Covid-19 ormai non è solo una questione italiana ma si sta diffondendo in tutta l'Unione.

Ancora una volta, con grande rammarico, prendiamo atto che l'UE si è mossa tardivamente, non fornendo immediatamente risposte coordinate e solidali. Ora non è il tempo delle polemiche – ci saranno tempi e modi per giudicare comportamenti come, ad esempio, quello della Presidente della BCE Lagarde – ora è il momento di agire.

Siamo vicini a un punto di non ritorno, è arrivato il momento di capire se l'Europa esiste e ha un futuro. Chi continua a perseverare su dogmi di bilancio o su parametri da imporre dimostra non solo una grave miopia politica, ma si assume la responsabilità di portare questa Unione a schiantarsi senza alcuna possibilità di un domani. Servono misure straordinarie in deroga a regole e trattati.

Bene i provvedimenti che oggi approviamo e quelli annunciati dalla Commissione, ma sicuramente non bastano. Non basta redistribuire risorse, servono nuove risorse e strumenti, gli eurobond ad esempio, per sostenere tutti gli Stati membri dal punto di vista sanitario, rilanciare il tessuto economico, produttivo e sociale ed evitare la più grande catastrofe dal dopoguerra ad oggi.

Noi siamo pronti a fare la nostra parte.

Anna Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Chciałabym złożyć wyrazy współczucia rodzinom ofiar COVID-19, życzyć powrotu do zdrowia chorým, a także wyrazić uznanie dla bohaterkich lekarzy i pielęgniarek walczących z pandemią oraz wszystkich tych, którzy z poświęceniem wykonują swoje obowiązki, by zapewnić bezpieczeństwo naszym społeczeństwom.

Dzisiaj widzimy, że walka z pandemią toczy się przede wszystkim w państwach członkowskich. Polski rząd zareagował na czas, działa w sposób właściwy, ma moje pełne poparcie. Od Unii oczekuję zaś elastycznego i sprawnego wykorzystania mechanizmu zamówień, aby zapewnić dostawy środków medycznych dla całej wspólnoty – a o ile to możliwe – także dla naszych najbliższych partnerów i sąsiadów: państw kandydujących i stowarzyszonych.

Jednak najważniejszym zadaniem leżącym w zakresie kompetencji UE jest przeciwdziałanie kryzysowi gospodarczemu, jakiego należy spodziewać się po pandemii. UE musi przemyśleć swoje priorytety i niektóre polityki. Dzisiaj widzimy, obserwując działalność branży transportowej, jak szkodliwy może być pakiet na rzecz mobilności. Należy jeszcze raz przemyśleć Zielony Ład. Musimy chronić miejsca pracy, właściwie wykorzystując Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji oraz Fundusz Solidarności Unii Europejskiej. Nie mam wątpliwości, iż nowa perspektywa finansowa na lata 2021-2027 musi być ambitna.

Mam także apel do kolegów ze skrajnie lewej i prawej strony sali: strzeżmy się fałszywych przyjaciół, szczególnie w czasie kryzysów. Federacja Rosyjska oraz inni nasi adwersarze nie porzucili swoich ambicji.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR), γραπτώς. – Η επέλαση της επιδημίας, σε μια στιγμή που ο ευρωπαϊκός Νότος δοκιμάζεται σκληρά από τα μέτρα δημοσιονομικής λιτότητας και από τη λαθρομετανάστευση και το χάσμα μεταξύ Βορρά και Νότου είναι πιο βαθύ από ποτέ, ενέτεινε την κρίση αξιών και έθεσε την ΕΕ προ των ιστορικών ευθυνών της. Είναι ελεύθερο να βλέπουμε την Ιταλία, την Ισπανία και τα περισσότερα κράτη μέλη να αγωνίζονται μόνο τους. Είναι απογοητευτικό το γεγονός ότι δεν υπήρξε έως τώρα συντονισμένη δράση. Θεωρούμε δεδομένη την οικονομική ενίσχυση των κρατών μελών. Όμως, η ενίσχυση αυτή δεν πρέπει να διογκώσει το ήδη επιβαρυνόμενο δημόσιο χρέος των κρατών και των επιχειρήσεων της Ένωσης. Υπάρχουν τρόποι για να γίνει αυτό. Θεωρούμε αυτονόητη τη χαλάρωση των δημοσιονομικών στόχων. Η συρρίκνωση του ΑΕΠ της Ένωσης προβλέπεται πρωτοφανής. Όμως, με το να μην τιμωρούμε την ύφεση και τα ελλείμματα δεν σημαίνει ότι τα αποτρέπουμε. Πρέπει από τώρα να σχεδιαστούν γενναία αναπτυξιακά προγράμματα σε όλους τους τομείς της οικονομίας. Θεωρούμε επιβεβλημένη την ενίσχυση του συστήματος υγείας. Πρέπει να ενισχύσουμε τα νοσοκομεία μας με κλίνες, θαλάμους, προσωπικό, φάρμακα και ιατρικό υλικό. Έπρεπε ήδη να το είχαμε κάνει συντονισμένα. Τέλος, ζητάμε την ενεργοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης και όλων των διαθέσιμων μέσων για την άμεση στήριξη της ευρωπαϊκής οικονομίας.

Isabel García Muñoz (S&D), por escrito. – Desde la UE se está actuando con determinación para atenuar el impacto socioeconómico en el transporte y la movilidad.

El sector de la aviación está sufriendo duramente la crisis de la COVID-19. Hoy el Parlamento aprueba suspender temporalmente las reglas de uso de los slots para dar seguridad legal a las compañías aéreas y evitar vuelos fantasma, con su consecuente impacto económico y medioambiental.

Asimismo, me gustaría reconocer la buena coordinación entre la Comisión y los Estados miembros para el establecimiento de los corredores verdes. Estas vías rápidas transfronterizas aligerarán el tráfico y garantizarán el transporte de bienes esenciales como comida, mascarillas y material médico entre países de la UE. Los corredores verdes asegurarán además que nuestros transportistas se desplacen con total seguridad. La Comisión ha escuchado a Gobiernos, como el español, que reclamaban que estos corredores debían contar con zonas de descanso y de prestaciones básicas de alimentación, bienestar e higiene para los transportistas.

Quiero aprovechar para agradecer desde aquí la solidaridad de todos los que, de manera altruista, han ofrecido en las rutas comida y bebida gratuitas a nuestros transportistas, como así han hecho en mi región, Aragón. La solidaridad es la clave para salir de esta crisis.

Enikő Győri (PPE), írásban. – A koronavírus-világjárvány gócpontja Európába tevődött át, és még csak most jön a neheze. Ráadásul nem tudjuk, ez a válságos helyzet meddig fog tartani. Mindannyiunkat érinti, és minden korábbinál egyértelműbben rávilágít gyengeségeinkre és a kiszolgáltatottságunkra. Kiderült, egyáltalán nem vagyunk, voltunk felkészülve egy egészségügyi válsághelyzetre. Fegyvertelenek vagyunk, nincsenek egészségügyi készleteink, amelyeket azonnal bevethetünk. Külső szereplők mentőövére szorulunk.

Látjuk, hogy omlanak össze a gazdaságok, s mind többen veszítik el a munkájukat. Az Uniónak eben a helyzetben a tagállamok segítségére kell sietnie, hogy az ő szükségleteikhez igazítva lépjen. Jó, hogy ma a strukturális alapok átgereblyezésével néhány tagállam lélegzethet jut, de ebből azoknak, amelyek korábban jól teljesítettek és már lekötötték a forrásokat, egy fillér sem jut. Kérem a Bizottságot, álljon elő egy megoldással számukra is. Folynak az előkészületek az eurózóna pénzügyi megsegítésére, de kérem, hogy a zónán kívüliekre is gondoljanak.

A Bizottság nemrég jött ki egy új iparstratégiával és kis- és középvállalkozási stratégiával; ezeket most mind újra kell gondolni, még hozzá úgy, hogy minden tagállam helyzetét figyelembe veszik, és kiegészítik a nemzetállami intézkedéseket. A kkv-k, a családi gazdaságok, az egyéni vállalkozók túlélése az európai gazdaságok túlélését jelenti; koncentráljunk rájuk, mert ez a kulcsa annak, hogy az Unió a járvány után mielőbb magára találjon, kerül, amibe kerül.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A koronavírus az elmúlt évtizedek egyik legnagyobb kihívása az Európai Unió tagállamainak polgárai számára. A járvány végének időpontjáról, illetve annak gazdasági hatásairól egyelőre nem rendelkezünk konkrét előrejelzéssel. Azonban a sok bizonytalanság és ellentmondás mellett egy elvben egyetérthetünk: az emberi élet védelme minden felett áll. Ennek három fő összetevője van. Az első tényező az egészség védelme. Köszönettel tartozunk az egészségügyi dolgozóknak, akik lehetetlent nem ismerve küzdenek emberéletekért a vírus ellen.

Javaslom, hogy az Európai Bizottság adjon meg minden lehetséges támogatást a tagállami egészségügyi rendszerek számára. A munkahelyek megőrzése is kiemelten fontos összetevője az emberi élet védelmére irányuló erőfeszítésnek. „Ha munka van, minden van” – tartja a mondás. Ezért elvárom a Bizottságtól, hogy a járvány végeztével is támogassa a munkahelyek védelme érdekében a tagállami gazdasági válságkezelő programokat, akár új költségvetési források bevonásával is. Végül a tolerancia is elengedhetetlen része az emberi élet védelmének. Ezért fontos különösen most félretenünk a vitáinkat. Egy ilyen helyzetben az összefogás és a közös védekezés felülír minden politikai ambíciót. Európai Parlamenti képviselőként mindannyiunknak fel kell nőni a feladathoz.

Robert Hajšel (S&D), *písomne*. – Táto kríza si od nás vyžaduje bezprecedentné kroky a rýchle konanie. Všetky schváľované opatrenia potrebujeme, ale mali prísť o niekoľko týždňov skôr. Zdravotníkom, ktorým chýbajú respirátory a umierajúcim, pre ktorých nemáme ventilátory, ničím neospravedlníme, že proces nášho rozhodovania je zložitý a treba čakať. Keď som sa nedávno liečil na boreliózu, jeden z lekárov mi ponúkol liek Plaquenil. Dnes, keď nemáme na COVID-19 žiadny oficiálny liek, sa oči lekárov upierajú aj na toto antimalarikum a účinnými sa môžu ukázať ďalšie lieky, čo dáva nádej, že nemusíme hľadať nový, ale správne zvoliť už existujúce. Pre EÚ, ktorá má v ochrane zdravia podporné kompetencie, tu vzniká priestor na koordináciu výskumu, skúšanie účinného lieku a uľahčenie jeho cesty ku každému pacientovi, aj na Slovensku. Komisia by sa mala podujat koordinácie nákupu zdravotného materiálu nielen v EÚ, ale aj v Číne, Rusku a USA. Musí koordinovať aj distribúciu tohto materiálu tam, kde ho teraz najviac potrebujú. Treba konať rýchlejšie a účinnejšie, aby sa ľudia nepozerali iba na reportáže o lietadlách s lekármi a respirátormi z Číny alebo Ruska. Preto som rád, že konečne finišuje európske obstaranie respirátorov, testovacích súprav a začalo obstaranie ventilátorov. Dúfam, že čoskoro sa tento materiál dostane k našim zdravotníkom.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – El coronavirus es una crisis global. Hoy por hoy, somos el continente con más personas infectadas y con el mayor número de fallecidos. La profesionalidad del personal sanitario, de las fuerzas y cuerpos de seguridad, de todos los trabajadores cuya labor nos permite sobrellevar nuestro día a día de la mejor forma posible, así como el comportamiento ejemplar de todos los ciudadanos, son, sin duda, nuestra mejor arma para ganarle a la COVID-19.

Sin embargo, los ciudadanos europeos piden una respuesta coordinada, unida y solidaria de la UE; y no podemos defraudarles. Los 37 000 millones de euros que hemos aprobado en el Parlamento demuestran que estamos trabajando en la buena dirección; pero los países más afectados necesitan más: es urgente movilizar el Mecanismo de Europeo de Estabilidad (MEDE) para ayudar a los Gobiernos estatales. Además, los socialdemócratas reclamamos un Plan Marshall de inversión europea común que contemple la emisión de «bonos corona»; la activación de un seguro europeo de desempleo o la creación de una renta mínima europea temporal para trabajadores, autónomos y pymes. Nadie puede quedar desprotegido ante esta crisis.

Debemos actuar ya y debemos hacerlo desde la unidad, la solidaridad y la coordinación. Solo así afrontaremos con éxito este reto.

Livia Járóka (PPE), *írásban*. – A járvány miatt sürgősen kell cselekednünk. Franciaországban már láthatjuk, hogy a szegénytelepeket sújtja leginkább a fertőzés, hiszen ezeken a helyeken nagyobb arányban méltatlanok a lakhatási körülmények, rendkívüliek a gazdasági és szociális nehézségek is: a háztartások 60%-a a szegénységi küszöb alatt van, a 16-25 éves korosztályban 90%-os a munkanélküliség aránya, a gyerekek 2/3-a iskola elhagyó, és sokuknál olyan alapbetegségek is vannak, ami kedvez a vírusfertőzésnek.

Európa keleti felében ezek az adatok a legtöbb esetben még rosszabbak. A statisztikák szerint is, amennyiben a fertőzés, a járvány bekerül ezekbe a sérülékeny közösségekbe, ott fog leginkább pusztítani. Többek között azért, mert nincsenek meg az alapvető higiéniai feltételek, a tiszta ivóvíz, a csatorna, a fűtés és a mindennapi meleg étel hiánycikk számukra. És sokuknak a koronavírus életveszélyes vírusoktól jelenthet majd. A ma megszavazott egészségügyi rendszerek és gazdasági ágazatok azonnali beavatkozása mellett a Bizottságnak lehetővé kell tennie, hogy a fel nem használt Roma integrációra szánt pénzeket a tagállamok a leghátrányosabb, legsérülékenyebb és legkiszolgáltatottabb közösségek megsegítésére használhassák fel.

Kérem a Bizottságot és a tagállamokat az azonnali, koordinált cselekvésre. Nem hagyhatunk senkit sem hátra. Nem engedhetjük meg, hogy azok, akik eddig is kiszolgáltatottak voltak, még inkább azok legyenek.

Rasa Juknevičienė (PPE), raštu. – Pritariu parengtiems dokumentams. ES, kaip ir visas pasaulis, susidūrė su mūsų kartai dar nepatirtu iššikiu. Jis kels ilgalaikių pasekmių saugumui. Vienas svarbiausių – žmonių pasitikėjimas ES, matome ir išorės skleidžiamą dezinformaciją. Kviečiu Komisiją pasirūpinti, kad ES piliečiai būtų geriau ir nuolat informuojami apie priimamus svarbius sprendimus.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Walka z pandemią nowego wirusa wciąż trwa. Wspólnie, jako zjednoczona i solidarna Europa, podejmujemy działania, które mają na celu ograniczenie zarazy, a następnie jej zduszenie. Uważam to za pierwszy, podstawowy i dobry przejaw współpracy.

Państwa członkowskie zamykają granice, wprowadza się odgórne obostrzenia społeczne, ogranicza działalność wielu sektorów gospodarki. Wszystkie te czasowe, choć radykalne działania mają doraźnie posłużyć jako metoda ujarzmienia zarazy. Takie postępowanie przyjmuję z zadowoleniem, jednak pamiętajmy, że wszystko ma swoje konsekwencje.

Stoimy w tej chwili na granicy bezprecedensowej zapaści gospodarczej, także w skali światowej. Naszym absolutnym obowiązkiem jest temu przeciwdziałać lub przynajmniej zrobić wszystko, co w naszej mocy, aby to widmo kryzysu osłabić. Cieszy mnie, że debatujemy dzisiaj nad inicjatywą, która ma na celu wspomóc państwa członkowskie i naszych obywateli w tych trudnych chwilach.

Nie łudźmy się jednak, proszę, że te działania wystarczą. Potrzebujemy więcej ambitnych rozwiązań – lepszych i elastyczniejszych środków zwiększających możliwości pomocy publicznej. Nie bójmy się również podejmować stanowczych decyzji. Udowodnijmy, że ta instytucja też potrafi dopełnić swoich obowiązków i wykazać się zdrowym rozsądkiem i wiarygodnością w oczach obywateli, którzy w nas pokładają nadzieję.

Izabela-Helena Kloc (ECR), na piśmie. – Inicjatywa inwestycyjna w odpowiedzi na koronawirusa jest właściwą reakcją na pilną potrzebę pomocy naszym MŚP. Jednak walka z recesją będzie wymagała znacznie więcej. Oprócz bezprecedensowych kwot z budżetów państw i Unii, musimy rozważyć koncepcję zasadniczej modyfikacji Zielonego Ładu. Niezależnie od tego, czy jesteśmy zwolennikami bądź przeciwnikami tej idei, musimy widzieć rzeczywistość taką, jaka jest. W najbliższych dziesięcioleciach czekają nas dwa poważne wyzwania gospodarcze: Europejski Zielony Ład i recesja spowodowana przez koronawirusa. Podjęcie obu tych wyzwań będzie kosztować fortunę i zmieni oblicze Europy. Jednak nie możemy sobie pozwolić na ich jednoczesne finansowanie. Nie ma czasu na eksperymenty i politykę kształtowaną jedynie przez ideologię.

Unia Europejska ma historyczną szansę, aby zareagować i podjąć właściwe decyzje. Przede wszystkim musimy zagwarantować naszym obywatelom rzetelną opiekę zdrowotną, bezpieczeństwo i wzrost gospodarczy, który zapewni miejsca pracy i godny poziom życia. Tylko wtedy będziemy mogli powrócić do naszej dyskusji politycznej na temat tego, jak bardzo ekologiczna powinna być Europa.

Kryzys COVID-19 pokazał, jak krucha może być nasza gospodarka. Nie lekceważmy tej sytuacji i nie trzymajmy się kurczowo Zielonego Ładu w czasach, gdy Europa potrzebuje nowych rozwiązań.

Łukasz Kohut (S&D), in writing. – In this unprecedented situation we need to be taking immediate and decisive measures to help save those who have been infected by the SARS-CoV-2 virus and to stop the virus from spreading. We need to be taking measures to save entrepreneurs and businesses from going bankrupt, to prevent loss of jobs and income of European citizens.

At the same time we already know, that the current pandemic, even if it can be fairly quickly contained – which we all hope – has already made us aware of many facts we had not been noticing before or facts which we had been ignoring. One of these facts is that there is not enough cooperation between EU Member States, that there is not enough integration and that it is too shallow. We have seen that faced with threats as grave as the threat of a pandemic, Member States are likely to resort to some egoistic, nationalistic measures. But viruses, climate catastrophes do not know the notion of a nation state, they target all equally. And we can fight them only together, together we are stronger, more resilient. We need much deeper European integration.

Joanna Kopcińska (ECR), na piśmie. – Cieszę się, że oprócz tymczasowych ram prawnych umożliwiających państwom wykorzystanie pełnej elastyczności przewidzianej w unijnych przepisach dotyczących pomocy w celu wspierania gospodarki w kontekście epidemii COVID-19 Komisja na mocy Unijnego Mechanizmu Ochrony Ludności (rescEU) rozszerzyła istniejący akt wykonawczy, tak aby umożliwić UE gromadzenie zapasów środków ochrony takich jak maski na twarz czy sprzęt do intensywnej opieki medycznej i zaradzić w ten sposób niedoborom w odpowiedzi na pilne zapotrzebowanie.

Jakie dodatkowe konkretne działanie rozważa KE w celu zapewnienia praktycznego wsparcia Włochom i Hiszpanii – dwóm najbardziej dotkniętym krajom UE? Wskazane byłoby poszukiwanie także innych źródeł finansowania, np. w ramach Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji, który w ostatnich latach był wykorzystywany w niewielkim stopniu. Zakres wsparcia można by zmodyfikować poprzez wskazanie na sytuacje kryzysowe zdrowia publicznego.

Podsumowując, istotne jest, aby działania UE były ukierunkowane na zapewnienie dostawy sprzętu ochronnego w całej Europie w oparciu o konkretne wytyczne. Uważam, że akt wykonawczy w ramach „rescEU” powinien zostać rozszerzony, aby umożliwić UE zakup całego niezbędnego sprzętu medycznego.

Ondřej Kovařík (Renew), písemně. – Investiční iniciativu, která zmobilizuje dostupné hotovostní rezervy v evropských strukturálních a investičních fondech ve výši 37 miliard EUR, považuji za zásadní. Sice nejde o úplně „nové“ peníze, toto opatření ale umožní použít nevyužitá a jiné prostředky z fondů EU rychleji právě na tuto krizi. Pro ČR to znamená něco přes 30 miliard CZK, které, jak již dnes dokazuje poptávka např. malých a středních podniků, budou velice užitečné. Právě možnost použít tyto prostředky pro krátkodobou finanční pomoc těmto podnikům považuji za jednu z nejdůležitějších. Podpořím rozšíření působnosti Fondu solidarity EU v hodnotě miliard EUR na krizové situace v oblasti veřejného zdraví, které umožní členským státům žádat o finanční pomoc v souvislosti s epidemií koronaviru. A podpořím i pozastavení pravidla 80/20 v letecké dopravě. Absurdní situaci, kdy jsou dopravci motivováni provozovat prázdné lety, je potřeba obratem pozastavit, dokud se situace nestabilizuje. Připomínám však, že nesmíme zapomenout na dopad na provozovatele letišť. Je zřejmé, že ekonomiky členských států Evropské unie budou potřebovat podporu, která bude mnohem masivnější.

Elżbieta Kruk (ECR), na piśmie. – Jeszcze przed wybuchem pandemii wirusa COVID-19 ekonomiści zapowiadali, że światowa gospodarka zmierza w kierunku kryzysu gospodarczego. I oto stoimy w obliczu bezprecedensowego globalnego kryzysu, który bezpośrednio i w sposób dramatyczny dotknie wszystkich. Wirus COVID-19 pokazał, że jesteśmy nieprzygotowani na kryzys tego rodzaju. Obserwujemy z dnia na dzień konsekwencje gospodarcze i społeczne, ale jeszcze bardziej obawiamy się tego, co przyniesie przyszłość. Niedofinansowana i przepracowana służba zdrowia, ludzie bez zatrudnienia i na skraju załamania, upadające przedsiębiorstwa i fabryki.

Czeka nas recesja gospodarcza, która będzie miała wpływ na wszystkie aspekty życia. Kryzys gospodarczy stał się faktem i został przyćmiony pandemią koronawirusa. Dlatego z zadowoleniem przyjmuje ideę solidarności i podejmowania wspólnych, skoordynowanych działań.

Naszym zadaniem w tej chwili jest wykazanie się przede wszystkim zdrowym rozsądkiem i zgodnością. Uważam jednak, że jest to zaledwie pierwszy krok na drodze do pokonania kryzysu, z którym przyszło nam się dziś zmierzyć. Musimy dalej współpracować, w duchu solidarności, szukając nowych i ambitnych rozwiązań służących wypracowaniu bardziej elastycznych zasad korzystania z istniejących środków budżetowych w celu zapewnienia płynności finansowej państw członkowskich.

Ilhan Kyuchyuk (Renew), in writing. – I support this proposal because we need to respond as soon as possible to this immense and unprecedented economic, social and political challenge called coronavirus. The coronavirus epidemic sweeping across Europe has made one thing abundantly clear: You can't fight an epidemic alone. It requires urgent, decisive, and comprehensive action at the EU, national, regional and local levels. The European economy and single market have become so essential to our well-being yet we only recognise the value of them when it comes to a halt. With thousands of airplanes grounded, factories all across Europe shutting, and millions of businesses suffering, our European interconnectedness – or rather the temporary lack of it – has become painfully visible. Therefore, this exceptional situation needs to be addressed with specific measures to support and protect Member States' economies, com-

panies and workers. I fully support the EU Commission 'Coronavirus Response Investment Initiative' which aim is to mobilise more than EUR 37 billion quickly in order to address the consequences of the coronavirus crisis. It is a matter for the whole EU and we need common action and solidarity if we want to respond quickly and effectively to COVID-19 crisis.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Quinientos millones de europeos están siendo sometidos al *shock* de la COVID-19, cuya magnitud carece de precedentes en nuestra memoria personal.

Dos cosas son seguras: a) de las instituciones europeas y su capacidad de respuesta depende todavía hoy que sus catastróficas consecuencias no sean irreversibles; b) todo está cuestionado —nuestras vidas cotidianas, seguridad, conductas—, pero también la utilidad y hasta la razón de ser de la UE como espacio regido por el Derecho, la comunidad de valores y el ámbito de cohesión y solidaridad, globalmente relevante.

La UE se equivocará si subestima el riesgo para su reputación y su credibilidad impuesto por esta crisis.

Del Consejo Europeo del 26 de marzo solo caben decisiones a la altura de la enormidad de este envite, a saber: a) garantía de liquidez a las administraciones y empresas, a tipo cero; b) suspensión de los rigores y liberación de las capacidades fiscales que aseguren a los damnificados toda la ayuda que merecen.

BCE, BEI y eurobonos para combatir al virus y para la reconstrucción de cuanto está siendo dañado. Si los Tratados plantean límites, es la hora de soluciones extraordinarias. Si el instrumento es el MEDE, en ningún caso es aceptable ninguna condicionalidad ni memorándum de entendimiento.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Vivimos una situación extraordinaria que nos desafía a tomar medidas de excepción únicas y que necesita un liderazgo fuerte. Ayudarse los unos a los otros es ayudarse a sí mismos. Esto lo deberíamos tener ya aprendido de todas las crisis que hemos superado antes y que han demostrado que solo juntos podemos vencer las adversidades.

Las decisiones que tomamos hoy van a definir nuestro futuro. Estamos ante una emergencia de salud pública, y la Unión hará todo lo que está a su alcance para salvar vidas. Las medidas hoy aprobadas van a ayudar directamente a todos los profesionales que cada día hacen milagros con los recursos que disponen. Muchos países, como el mío, están en situación de ruptura y los mecanismos de emergencia que estamos implementando hoy aquí, con el 90 % de financiación de la Unión, permitirán una ayuda eficaz y rápida.

Aplaudo también la respuesta de nuestros científicos, que, unidos en un grupo liderado por la Comisión Europea, buscan sin cesar una vacuna o medios más eficaces de afrontar esta pandemia.

Superaremos esta situación juntos, y la solidaridad que empleamos hoy en nuestras acciones dará frutos y mañana estaremos más unidos en este proyecto único que es la Unión Europea.

César Luena (S&D), *por escrito*. – La crisis de la COVID-19 revela los límites de nuestras sociedades y sistemas socio-económicos, donde los excesivos intereses económicos, la concentración de la riqueza, unos sistemas productivos insostenibles y la contracción del papel del Gobierno a mínimos, han relegado a muchos ciudadanos y territorios. Esta crisis es una llamada de atención y oportunidad para desarrollar una resiliencia global y una sociedad más cohesiva hacia un bienestar sostenible donde todos actuemos conjuntamente ante el desafío de la protección ciudadana y la paz social y unos servicios sociales esenciales.

Por ello, los socialistas requerimos una respuesta europea coordinada inmediata, la concentración de toda la inversión en I+D de la UE para encontrar una vacuna, el almacenamiento de material médico esencial y la provisión de pruebas diagnósticas para las regiones más afectadas. Asimismo, pedimos la emisión de «bonos corona» del Banco Central Europeo, la activación del Mecanismo Europeo de Estabilidad, un plan europeo temporal de ingresos mínimos para trabajadores y familias de bajos ingresos y la creación de una garantía que haga frente a un potencial desempleo masivo. Necesitamos una estrategia europea de recuperación y reconstrucción social y económica, un Plan Marshall para preservar el bienestar alcanzado junto con una transición a una economía climáticamente neutra.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – Today, we are voting on three measures – the start of the EU's response to the pandemic. But we can do more. European solidarity will be essential. The EU can play a vital role to maintain supply chains for medical equipment and food. We heard terrible stories from colleagues from Italy and Spain, the worst affected countries. We must stand with our partners.

Finally, we need to consider if the EU is fully equipped to deal with global crises like this. On animal health, the EU has stronger powers which means there is more coordinated EU action on disease outbreaks like African Swine Fever. This isn't the case for human health. Our strength on animal disease was only developed after the BSE crisis. The COVID-19 pandemic is a crisis we cannot afford to waste. It requires us to acknowledge the need for more coordinated EU action on health – more Europe, not less. I want a Europe that acts before a crisis hits, a Europe well-prepared to handle future crises, a Europe that leads globally and helps locally. We can do it. Perhaps it is this shock to the system which will make us act – better late than never.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *por escrito*. – El mundo, Europa y, en particular algunos Estados miembros, están atravesando una emergencia sanitaria global excepcional que solo lograremos vencer si trabajamos unidos, desde la coordinación y la cooperación, con la mayor eficacia y solidaridad posible.

Esta crisis está teniendo un alto coste humano para toda la sociedad, pero, sin duda, es de valorar la profesionalidad de los trabajadores sanitarios, de las fuerzas y cuerpos de seguridad, de los transportistas, de los trabajadores de la distribución alimentaria, de los servicios esenciales, del campo, entre otros.

La UE está sufriendo la expansión del contagio y todos los Gobiernos, en mayor o menor medida, están adoptando medidas de contención, pero cuyo éxito está sujeto a la coordinación a nivel europeo. Más que nunca, nuestro devenir depende de nuestra acción conjunta. Los ciudadanos esperan una respuesta comunitaria coordinada que refuerce nuestros sistemas sanitarios y resuelva las necesidades urgentes de material; que garantice la distribución de bienes esenciales; y, sobre todo, que acuda al rescate para mitigar los efectos negativos de las medidas extraordinarias que están adoptando la mayoría de Gobiernos para contener el virus y que afectan ya negativamente a nuestras economías.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – El mundo está atravesando una emergencia sanitaria global excepcional que solo lograremos vencer si trabajamos unidos. Las primeras medidas ya se han tomado, pero todavía necesitamos que sean más ambiciosas para apoyar los esfuerzos nacionales y garantizar la solidaridad financiera.

Por eso, los socialistas europeos en consonancia con la iniciativa lanzada por el presidente del Gobierno de España, hemos pedido a los líderes europeos que se apruebe de un plan con 25 medidas urgentes para combatir esta crisis social y económica. Entre ellas, reclamamos un nuevo Plan Marshall de inversión europea común, la activación del Mecanismo Europeo de Estabilidad con una línea específica de crédito, poner en marcha un seguro europeo de desempleo combinado con una renta mínima, una garantía europea temporal de empleo para evitar el desempleo masivo y otra de préstamo para los propietarios de primeras viviendas, un régimen específico para proteger a los arrendatarios frente a desahucios, medidas que garanticen la distribución de bienes esenciales y de equipos médicos y una mejor coordinación e intercambio de información entre los Estados miembros respecto al cierre de fronteras y las restricciones.

Porque solo desde la unidad, la solidaridad y la defensa del estado de bienestar saldremos con éxito de esta crisis.

Beata Mazurek (ECR), *na piśmie*. – Pandemia wirusa SARS-CoV-2, zwanego koronawirusem, to wyzwanie, z jakim przyszło nam się zmierzyć w obecnych czasach. Sytuacja w wielu krajach jest dramatyczna. Brakuje miejsc w szpitalach, brakuje lekarzy i pielęgniarek, brakuje sprzętu ratującego życie i środków ochrony osobistej, w wyniku czego często dochodzi do podziału pacjentów na tych, którzy mogą przeżyć i tych, którym ta szansa jest odbierana. Czy można było temu zapobiec? Czy działania Unii nie były spóźnione?

Część państw członkowskich, widząc bierność ze strony UE, wzięła sprawy w swoje ręce i poprzez wyjątkowe, lecz potrzebne środki bezpieczeństwa skutecznie w porównaniu z innymi państwami ograniczyła rozprzestrzenianie się wirusa. Możemy i musimy pomóc tym, którzy tej pomocy od nas oczekują. Personel medyczny walczący i narażający swoje życie, by ratować cudze, nie może pozostać w tej nierównej walce sam.

Nasze działania nie mogą być pozorowane, nie możemy uciekać się do ogólników i półśrodków. Państwa członkowskie oczekują szybkiego wdrożenia konkretnych rozwiązań, które w znaczący sposób pomogą w walce z koronawirusem i jego skutkami. Skutki te są już bowiem zabójcze dla wielu gałęzi europejskiej gospodarki. Musimy działać błyskawicznie i zdecydowanie. Mamy odpowiednie narzędzia i instrumenty. Europo, nie śpij, bo następnym razem, jak się obudzisz, może być już za późno.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – While some may argue that the debt or the migration crises, we faced in the past decade, required only EU solidarity to cope with, as not all Member States were equally affected, the current Covid-19 humanitarian crisis requires unprecedented decisiveness and scale of the EU response.

For the EU, which began 2020 with expectations for an economic recession by the end of the year, the pandemics couldn't have come at a more inconvenient moment. This means that we must adopt radical measures to mitigate the most severe negative effects of the Covid-19 crisis. Saving human lives and keeping EU businesses alive are top priorities at the moment.

The financial injection for Member States we are about to vote today is an adequate measure to support Member States' budgets with additional funds. I am also a strong supporter of the ECB and the EIB Group actions to ensure enough liquidity for the EU financial system.

Besides, I believe a decisive measure with an imminent and direct effect would be the EU to loosen the short-term austerity restriction such as the fiscal compact requirements so Member States could deploy large scale fiscal measures timely.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Uniónak és a világnak most egy eddig teljesen ismeretlen jellegű válsággal kell szembenéznie. A COVID-19 világiárvány nem csak egészségügyi, de gazdasági válságot is jelent. Az Európai Bizottság 37 milliárd eurót javasol átcsoportosítani a katasztrófa kezelésére, lehetővé téve így a tagállamok egészségügyi rendszereinek megerősítését. Az Európai Unió, a szolidaritás példaképeként megfelelő támogatást kíván tehát nyújtani a tagállamokat érő kihívásokra e válságos időkben.

Ugyanakkor, az európai pénzügyi támogatás felhasználásának mikéntje már a tagállamok kormányain múlik majd. Az európai intézmények feladata, hogy a támogatás biztosítása mellett garantálják, hogy az országok vezetői megfelelő helyre fordítsák a részükre bocsátott összeget, hiszen emberi életek forognak kockán, tehát a tét nagy. A globális kihívásra európai egységgel kell válaszolni. Kérem tehát tisztelt Képviselőtársaimat, hogy szavazatukkal támogassák a Bizottság által benyújtott javaslatokat, annak érdekében, hogy Európa minél hamarabb tudjon reagálni erre az egészségügyi és gazdasági vészhelyzetre.

Andżelika Anna Moźdzanowska (ECR), *na piśmie*. – Chylę czoła przed personelem medycznym całego świata, który od wielu tygodni walczy o życie i zdrowie obywateli w obliczu rozprzestrzeniającej się pandemii koronawirusa. Stanęliśmy przed wyzwaniem, jakiego przez ostatnie dziesięciolecia świat nie doświadczył, epidemii, która nie toleruje zaniechań, błędów i czasu. Dziś nasza solidarność i zdecydowane działania mogą ocalić życie i zdrowie kolejnych obywateli, a nasze decyzje wpłyną na gospodarkę europejską i pozwolą uchronić kraje przed zapaścią. Upadłość przedsiębiorstw, bezrobocie, zubożenie społeczeństwa – to odczuwamy wszyscy.

Unia Europejska w obliczu tak potężnego zagrożenia, jakim jest COVID-19, podjęła działania zbyt późno i wolno, solidarność narodów została wystawiona na próbę największą od czasów II wojny światowej. Pilnie potrzebujemy programu odbudowy Europy na miarę planu Marshalla. Potrzebujemy kompleksowego pakietu działań oraz determinacji w decyzjach KE i PE, które umożliwią skuteczną walkę z kryzysem na dwóch frontach: bezpieczeństwa zdrowia i gospodarki. Elastyczne podejście do przesunięcia środków czy tworzenie zielonych korytarzy to zaledwie początek wspólnej walki. Przewartościowanie celów, jakie wyznaczaliśmy Europie na kolejne lata, jest oczywistym wyzwaniem.

Pandemia, która minie, jest sprawdzianem dla mieszkańców zjednoczonej Europy i egzaminem europejskiej współpracy i odpowiedzialności oraz odpowiedzią na pytanie, czy daliśmy z siebie wszystko, by skutecznie i na czas zareagować na dramaty przedsiębiorców, pracowników i rodzin w każdym kraju zjednoczonej Europy.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – O să votăm pentru aceste propuneri, dar este mult prea puțin. Nu este „business as usual”, nu este o situație ca oricare alta și nu o putem rezolva din nou într-o manieră birocratică. Solidaritatea europeană nu trebuie să fie doar un concept într-un tratat. Fondurile alocate la nivel european sunt mult prea puține comparativ cu nevoile reale. Dar de unde fonduri dacă unele state nu înțeleg nevoia de a contribui mai mult pentru a face mai multe lucruri împreună pentru cetățenii pe care îi reprezentăm.

Ne trebuie o bază de date comună la nivel european cu toate persoanele aflate în carantină, cele izolate la domiciliu sau suspecte de coronavirus, iar aceasta trebuie să fie accesibilă personalului medical și celor care sunt zi de zi pe teren. Ne trebuie echipamente medicale și de protecție, măști și medicamente în cantitate suficientă și accesibile pentru toată lumea și pentru toate statele membre.

Trebuie să alocăm toate resursele pentru a rezolva criza medicală și a preveni revenirea sa. Trebuie să lucrăm împreună pentru a identifica antidotul și vaccinul cât mai repede. Trebuie să recâștigăm rapid încrederea în instituțiile democratice și în economie, identificând măsuri eficiente de redresare, noi formule mai echitabile și alocarea de resurse suficiente.

Urmas Paet (Renew), *kirjalikult*. – Euroopa seisab silmitsi viimase aja suurima rahvatervist ja ELi majandust mõjutava kriisiga. Sellise globaalse probleemiga suudame toime tulla vaid ühiselt, EL peab tegutsema jõuliselt, et pandeemia kontrolli alla saada. Tuleb liikmesriike varustada piisavate meditsiinitarvikutega, jagada aktiivselt parimaid praktikaid koroonaviirusega võitlemiseks ning teha riikide vahel koostööd, et sujuv kaubavahetus saaks tõrgeteta toimida. Samuti tuleb mõista, et ehkki praegune tervisekriis on tõsine ja rahvusvaheline õigus lubab suurte ohtude korral erakorraliste volituste kasutamist, peavad kõik koroonaviirusele reageerimise meetmed olema proportsionaalsed, vajalikud ja mittediskrimineerivad. Lõpuks peavad riigid, kus viiruse levik on pidurdumas, püüdma elu normaliseerida ja vältima olukorda, kus erakorralisi volitusi jäädakse rakendama põhjendamatult pikaks ajaks.

Rovana Plumb (S&D), *in writing*. – The Coronavirus outbreak represents a challenge to the EU. Coordinated and urgent responses are necessary to alleviate the effects of this sanitary crisis. The aim is to mobilise cohesion funds and redirect them towards the most urgent needs: support for healthcare, social temporary measures for the workers and employees as well as enterprises, in particular SMEs. The unused pre-financing (€8 billion) received by the Member States in 2019 won't be called back by the Commission and can be reoriented to address this crisis. The proposal would enable disbursement of the structural funds through this existing liquidity of €8 bn. (together with EU co-financing of €29 billion would bring €37 billion support from the EU budget).

The MSs can also use funds, which are not contracted to finance acquisition of medical assets, equipment and materials, to promote technical unemployment schemes and finance working capital for enterprises etc. We call upon the EC to promote additional simplification measures to allow the use of all available funds, including increased co-financing rates (95%), transfer of funds among categories of regions and avoid decommitment risk in 2020. Solidarity and responsibility across our societies and between Member States will be key to overcome this challenge.

Nicola Procaccini (ECR), *per iscritto*. – L'immagine che l'Europa sta offrendo ai nostri cittadini, non soltanto preoccupati in ragione della drammatica crisi sanitaria ma, in molti casi, letteralmente piegati dai danni economici provocati dalle misure di contenimento dell'epidemia, è il fotogramma di un elefante amministrativo intrappolato nella palude della burocrazia, e la rappresentazione di un'organizzazione sovranazionale politicamente disorientata.

L'egoismo di alcuni Stati membri sta paralizzando la necessità di rendere chiaro, nella pratica, che la crisi dovuta alla Covid-19 riguarda ogni singolo Paese.

Soltanto un'assunzione comune delle responsabilità, che passi dalla condivisione del debito scaturito dall'emergenza, potrebbe contribuire, sebbene limitatamente, a ripristinare una parvenza di solidarietà a livello comunitario. Se l'emergenza sanitaria continuerà ad essere sfruttata opportunisticamente, e immoralmente, da parte dei «soliti noti», allo scopo di imporre le proprie agende economico-finanziarie nazionali, assisteremo a una definitiva e giustificata archiviazione del progetto europeo.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Europa muss zusammenhalten! Solidarität muss die Antwort auf die Corona-Krise sein. Mit dem nationalstaatlichen Klein-Klein kommen wir nicht weiter. Was es jetzt braucht, ist ein starkes, handlungsfähiges Europa und ein gemeinsames Vorgehen, um die Pandemie einzudämmen und die Menschen in Europa zu unterstützen. Solidarität bedeutet, Geld in die Hand zu nehmen. Ohne massive finanzielle Zuwendungen werden wir als EU nicht aus dieser Krise kommen. Die Mitgliedstaaten müssen auch wirtschaftlich aufeinander schauen. Da führt kein Weg an Corona-Bonds und am Ausnutzen des EU-Rettungsschirms vorbei. Die Finanzmärkte müssen stärker kontrolliert werden, damit jegliche Spekulationen auf Kosten der Menschen und mit lebenswichtigen Gütern unterbunden werden. Solidarität bedeutet auch, die Beschäftigten in ganz Europa zu stützen. Sie dürfen auf keinen Fall die VerliererInnen dieser Krise sein. Das österreichische Modell der Kurzarbeit muss Vorbild für ganz Europa werden. Solidarität bedeutet auch, auf alle Frauen zu schauen, die als Pflegerinnen, als Mütter, als Supermarktverkäuferinnen besonders stark betroffen sind und unsere Unterstützung brauchen. Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen müssen in ganz Europa, in Zeiten der Isolation, ausgebaut werden, Frauenhäuser brauchen mehr Geld und Kapazitäten! Alle diese Maßnahmen müssen dringend kommen, denn diese Krise lehrt uns auf brutalste Weise, wo bisher zu wenig gemacht wurde!

Inma Rodríguez-Piñero (S&D), por escrito. – Este Parlamento debe buscar una solución para cada problema detectado durante esta crisis, para enfrentar con mayor fortaleza futuras emergencias.

Ha sido crítica, desde el primer momento, la carencia de productos sanitarios básicos. Era inimaginable que el talón de Aquiles de nuestros sistemas de salud fuera la falta de mascarillas, batas, respiradores, guantes, etc. Este problema ha debilitado la necesaria solidaridad europea y estresa, aún más, a nuestros profesionales, creando una situación peligrosa para los sanitarios y pacientes. Para resolverlo, nuestros Gobiernos se han lanzado al mercado global, donde crece la especulación y el abuso de precios. Es clave plantearse que los países en vías de desarrollo, receptores de nuestra cooperación, sufrirán mucho más esas dificultades. Debe preverse, ante futuras emergencias, un plan que permita a la UE abastecerse de manera segura de equipamientos médicos básicos.

Además, la UE debe promover un convenio mundial, probablemente en el seno de la Organización Mundial de la Salud y de la Organización Mundial del Comercio, cuyo objeto sea establecer un catálogo de productos sanitarios esenciales en emergencias, garantizándose su disponibilidad rápida y segura, cuyo comercio quede protegido de la especulación y puedan atravesar fronteras, sin aranceles ni tasas.

Sándor Rónai (S&D), írásban. – Ezzel a módosítással lehetővé tesszük, hogy az EU Szolidaritási Alapjában lévő 800 millió eurót mozgósítani tudjuk a koronavírus elleni küzdelemre. Ahogy a földrengések, árvizek és egyéb természeti katasztrófák esetén láttuk, hogyan kel életre az uniós szolidaritás, most a járvány leküzdésében is szemtanúi lehetünk. A koronavírus nem ismeri a jogszabályokat, nem ismeri a határokat. A koronavírus csak egy törvényt ismer, a sajátját. Nem válogat. Megfertőz időset, fiatalat egyaránt. Csak közös erővel, egymásra figyelve, egymást támogatva tudjuk ezt a járványt leküzdni.

Az európai szolidaritás megmutatkozik a mindennapjainkban. Szolidárisak vagyunk egymással, amikor betartjuk a kijárási tilalmat, a korlátozó intézkedéseket. Szolidárisak vagyunk, amikor kezet mosunk, amikor segítünk a rászorulóknak a bevásárlásban, amikor nem látogatjuk meg a nagyszüleinket. Szolidaritásunkról teszünk bizonyosságot, amikor tapssal, énekléssel rójuk le a tiszteletünket az ember feletti teljesítményt nyújtó orvosok, nővérek és egészségügyi dolgozók előtt. És szolidáris az Európai Unió is, amikor könnyítésekkel, uniós forrásokkal segíti a tagállamok gazdaságait. Amikor mozgósítja a költségvetését a vírus elleni oltószert kutatására, amikor igyekszik védőeszközöket szerezni az egészségügyben dolgozóknak. Mindannyiunknak szerepe van a járvány elleni küzdelemben. Együtt képesek vagyunk legyőzni ezt a járványt!

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Reiškiu nuoširdžią užuojautą visiems, užsikrėtusiems virusu ir kovojantiems dėl savo gyvybės, taip pat jų šeimoms nariams ir aukų artimiesiems. Nuoširdžiai dėkoju tiems, kurie rizikuoja savo gyvybe, rūpinamiesi sergančiais, kiekvieną dieną užtikrina būtiniausių paslaugų teikimą milijonams gyventojų. Pastarosios savaitės rodo, kad mums labiau nei bet kada reikia vieningos Europos. Vyriausybės ir ES institucijos turi maksimaliai bendradarbiauti, kad užtikrintų suderintą atsaką krizei, įskaitant naudojimąsi bendromis ES duomenų bazėmis – visa reikalinga informacija ir žiniomis, siekiant užtikrinti, kad medicinos prekės, maistas ir kitos būtinos prekės bei personalas galėtų laisvai judėti kertant sienas, būtų įvertinti ir maksimaliai panaudoti trūkstantį priemonių gamybos pajėgumai, užtikrin-

tas savalaikis šių priemonių tiekimas patenkinant visos ES poreikius. ES ir jos valstybės narės privalo naudoti visas turimas finansines priemones, kad padėtų šimtams tūkstančių žmonių, kurie dėl šios krizės prarado darbą ar pajamas visoje Europoje. Mums reikia europinio lygmens investicijų paketo, kuris turėtų būti sutelktas padedant mažoms ir vidutinėms įmonėms. Ši krizė verčia permąstyti mūsų socialinį ir ekonominį modelį, kad jis būtų atsparesnis sisteminiams grėsmėms – nesvarbu, ar jos būtų aplinkos, medicinos, ekonominės ar socialinės kilmės. Turime pertvarkyti savo sistemas taip, kad jose būtų atsižvelgiama į turimų išteklių atsargas, būtinybę užkirsti kelią spekuliacijoms, sukuriant taisykles, leidžiančias griežčiau reguliuoti monopolinius sektorius, tinkamai finansuoti svarbiausias viešąsias paslaugas ir kitas priemones, užtikrinančias sąžiningą ir atsparią iššūkiams visuomenę.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – Los ciudadanos esperan una respuesta de la Unión a la altura de este desafío. Necesitamos medidas más ambiciosas, en particular en materia de política fiscal, para apoyar los esfuerzos nacionales y garantizar la solidaridad financiera.

Los socialistas europeos, en consonancia con la iniciativa del presidente Pedro Sánchez, hemos pedido a los líderes europeos la aprobación de un plan con 25 medidas urgentes para no dejar a nadie atrás, que incluyen: un nuevo Plan Marshall de inversión europea común que contemple la emisión de eurobonos y «bonos corona»; la activación del Mecanismo Europeo de Estabilidad sin condiciones macroeconómicas adicionales; un seguro europeo de desempleo, que se combine con una renta mínima; una garantía europea temporal de empleo para abordar el desempleo masivo; o una garantía de préstamo para los propietarios de primeras viviendas que evite el impago de la hipoteca y un régimen específico para proteger a los arrendatarios frente a desahucios. Los socialistas europeos defendemos que ningún trabajador, ningún sector se quede solo y que salgamos de esta «hibernación económica y productiva» sin perder empresas ni capital humano por el camino.

Solo desde la unidad y desde la solidaridad y la defensa del estado de bienestar afrontaremos con éxito esta crisis.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – On a European level, the economic and financial response to the corona virus pandemic must be massive and absolutely quick to be effective. Already, a number of Member States have provided a strong national response. The European Central Bank and the European Commission have produced their own significant action strategies. All these efforts though huge are not enough. The European response still greatly falls short of the programme marshalled by the US at federal level. To catch up, the EU needs a further fiscal response that matches the US effort. It should deal with the unprecedented, total threat to the fabric of all European societies and economies created by the pandemic.

Unfortunately the required measures will likely get caught in the stand-off of the past years within the eurozone about further European fiscal integration. It is wrong for those who have resisted this approach, to stand against needed action to counter the pandemic because it would empower those who contest their views. It is equally wrong for the latter to use the needed anti-corona action as a tool to propel forward the reforms they support. A way must be found to mount Europe's fiscal anti-corona response as truly a crisis deal, as a one-off that leaves longstanding disputes on hold and unresolved.

Isabel Santos (S&D), *por escrito*. – O novo coronavírus veio colocar a Europa e o mundo diante de um cenário devastador. À perda de vidas somam-se os efeitos sobre a economia, o tecido produtivo e o modo de vida das nossas sociedades. Só uma resposta conjunta e coordenada permitirá fazer face a esta crise. A UE não pode repetir erros passados, sob pena de colocar irremediavelmente em causa o seu projeto. Saúdo as medidas adotadas pela Comissão Europeia e as propostas apresentadas pelo S&D. A crise provocada pela COVID-19 não se esgota na duração da doença. Os efeitos sociais, políticos e económicos persistirão por muito mais tempo.

Impõe-se começar já a preparar o futuro pós-crise sanitária, através de instrumentos financeiros que permitam gerir os custos do combate à pandemia e relançar a economia, mas também de soluções sociais para responder aos problemas que recaem sobre os trabalhadores e as pessoas mais carenciadas. Medidas como o Mecanismo Europeu de Estabilidade, o estabelecimento de um mecanismo de mutualização da dívida pública e o alargamento do sistema de recursos próprios da UE, entre outras, devem avançar já, sem hesitações ou demoras, para ajudar no presente e garantir o nosso futuro.

Andreas Schieder (S&D), *schriftlich*. – Wir leben in einem Ausnahmezustand und stehen vor großen Herausforderungen. Die EU ist im Krisenmodus angekommen und auch wir im EU-Parlament arbeiten weiter und unternehmen alles, um die COVID-19-Krise einzudämmen. Um die Mitgliedstaaten jetzt zu unterstützen, beschließt das EP heute, die Regeln für die EU-Gelder aus der Kohäsionsförderung anzupassen, 37 Milliarden Euro Investitionen freizusetzen, die Regeln für die Nutzung des Luftraums zu adaptieren und einen europäischen Notfallvorrat an Medizingeräten und Arzneimitteln einzurichten.

Was gilt es neben diesen Maßnahmen noch zu beachten? Wenn wir nach Ungarn schauen und Orbán künftig per Dekret regieren möchte, kann man gut erkennen, wie die Demokratie mit der Corona-Ausrede langsam zerstört werden soll. Hier muss die EU mit aller Schärfe und in aller Deutlichkeit reagieren. In vielen Mitgliedstaaten ist es bereits jetzt zu massiven Kündigungswellen gekommen. Neben nationalen Maßnahmen muss auch die EU Geld in die Hand nehmen, den Unternehmen unter die Arme greifen und vor allem die vielen ArbeitnehmerInnen und Angestellten unterstützen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Arbeitsplätze jetzt nicht verloren gehen. Die Bekämpfung des Virus muss mit gemeinsamer Anstrengung aller in der EU erfolgen. Es braucht eine bessere Koordinierung sowie ein abgesprochenes Vorgehen. Ich schlage daher eine/n eigens eingesetzte/n Corona-Beauftragte/n für die EU vor.

Андрей Слабаков (ECR), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н председател, Европейският съюз за пореден път показва, че не е готов да се справи с кризисни ситуации. Всичките ви закони и механизми за бързо реагиране и взаимопомощ не успяха да помогнат на италианците. Вместо това Франция и Германия затвориха границите си и спряха износа на медицинска екипировка. Говорите за солидарност, но такава вече няма. Ще има ли последствия за тези държави, които безсрамно нарушиха целостта на единния пазар? Сега е време да се мисли и за последиците от тази криза. Трябва да си дадете сметка, че зелената мечта на Грета Тунберг се сбъдна. Няма самолетни полети, улиците са празни и емисиите спаднаха. Само че хората са затворени в домовете си и милиони останаха без работа. Не ви ли стана ясно, че без транспортния сектор, без ТЕЦ-овете и миньорите и без големите ферми и животновъди всичките тези хора щяха да умрат от глад и студ? Ако зелената сделка се осъществи в този вид няма да има никаква карантина и всички ще се скитат гладни по улиците. Времето за болни зелени амбиции отмина. Сега трябва да впрегнем цялата финансова сила на ЕС, за да подпомогнем икономиката, не да я разрушаваме.

Sylvia Spurek (S&D), *na piśmie*. – Pandemia koronawirusa odsłoniła słabości państw członkowskich, ale i całej Wspólnoty. W każdej dziedzinie działania państw członkowskich widać obszary, w których UE może i powinna odgrywać bardziej widoczną rolę. Kryzys pokazał, że czas na rozpoczęcie debaty nad nowymi obszarami kompetencji Unii, takimi jak wspólna polityka zdrowotna. Obszar, który wymaga pełnej koordynacji po stronie UE, to zwalczanie epidemii, leczenie chorych i zapobieganie zakażeniom. UE nie może być w takich sytuacjach jedynie podmiotem finansującym, ale musi być sprawną organizacją zarządzającą, podejmującą spójne decyzje na terenie Wspólnoty.

Każda Europejka i każdy Europejczyk powinni mieć równy dostęp do opieki medycznej, szczególnie w sytuacji bezpośredniego zagrożenia zdrowia i życia. To również kwestia bezpieczeństwa w ramach swobodnego przepływu osób na terenie Wspólnoty. Konieczna jest standaryzacja usług medycznych, w pierwszej kolejności w sytuacjach kryzysowych, oraz budowa unijnej polityki w zakresie rezerw materiałowych gwarantującej dostęp do badań, specjalistycznych leków, szczepionek, środków ochrony.

UE tworzy nie tylko jeden organizm społecznie i politycznie, ale również gospodarczo. Dlatego ujednolicenia wymaga polityka dotycząca stosowania w sytuacjach kryzysowych ograniczania swobody działalności gospodarczej. UE powinna maksymalnie uspołnić działania pomocowe i osłonowe w tym obszarze, w tym np. dotyczące ubezpieczeń umożliwiających wypłatę przedsiębiorstwom odszkodowań przez firmy ubezpieczające transakcje handlowe.

Beata Szydło (ECR), *na piśmie*. – Pandemia koronawirusa stanowi ogromne wyzwanie dla całej UE. To sprawdzian przede wszystkim dla naszych systemów ochrony zdrowia, dla naszych gospodarek i dla całego społeczeństwa. Negatywny wpływ pandemii na gospodarkę Europy jest jeszcze trudny do oszacowania, ale już teraz widzimy, że jej skutki będziemy odczuwać przez długie lata. Skuteczna walka z pandemią wymaga podjęcia natychmiastowych działań i szybkiej mobilizacji wszelkich możliwych środków finansowych UE.

Popieram propozycję KE dotyczącą inicjatywy inwestycyjnej w odpowiedzi na koronawirusa w postaci przeznaczenia 37 mld euro na walkę z pandemią. Mam ogromną nadzieję, że pozwoli ona na złagodzenie skutków epidemii poprzez uruchomienie inwestycji w systemach ochrony zdrowia i innych sektorach gospodarki. Moje zastrzeżenie budzi natomiast zakres proponowanych przez KE zmian, który moim zdaniem jest niewystarczający w obliczu skali wyzwań.

Apeluję do KE o podjęcie dalszych wysiłków w kierunku większego uelastyczniania zasad oraz przygotowanie kolejnego, bardziej kompleksowego pakietu zmian wspierającego państwa członkowskie w walce z COVID-19. W tym trudnym czasie i wyjątkowych okolicznościach bądźmy solidarni i odpowiedzialni. Wierzę, że odwagą i determinacją w działaniu, konsekwencją oraz wspólną troską pokonamy ten kryzys. Ale żeby tak się stało, musimy podejmować skuteczne i zdecydowane działania nawet za cenę pewnej niewygody i osobistych ograniczeń. Wierzę, że razem damy radę.

Vera Tax (S&D), *schriftelijk*. – Europese luchthavens voorspellen een verlies van 67 miljoen passagiers in het eerste kwartaal van 2020 door de coronacrisis. En toch moeten zogenaamde “spookvluchten” zonder passagiers vliegen vanwege de toewijzing van slots op luchthavens (jaarlijks) en de daarbij behorende verplichting dat 80 % gevlogen moet worden op deze route. Deze verplichting heeft ten tijde van de coronacrisis catastrofale gevolgen voor het milieu en voor de luchtvaartmaatschappijen. Dit moeten wij in Europa voorkomen! Er moet dus een tijdelijke uitzondering mogelijk gemaakt worden zodat luchtvaartmaatschappijen geen lege vluchten meer hoeven te laten vliegen. De crisis zal nog minstens tot het einde van het zomerseizoen voelbaar zijn voor luchtvaartmaatschappijen. Daarom steun ik het voorstel voor een tijdelijke uitzondering van de slots-regeling tot en met 24 oktober 2020.

Riho Terras (PPE), *kirjalikult*. – Keerulistel aegadel on tähtis hoida sihid selged ning võtta vastu olulisi otsuseid, mis kaitsevad meie inimeste huve ja aitavad Euroopa Liidul sellest kriisist välja tulla kokkuhoidvamana. Ma tahan peatuda kolmel teemal, mida on oluline silmas pidada selleks, et COVID-19 pandeemiaga edukalt toime tulla. Esiteks, peame aru saama, et pandeemiaga võitlemisel tuleb alustada selle juurtest. See tähendab, et peame olema Hiina Rahvavabariigiga suhtlemisel konkreetsed ning väljendama selget seisukohta, et Hiina kui juhtiv globaalne majandusjõud ei tohi lubada vohada praktikatel ja iganenud arusaamadel, mille tulemuseks on avatud turgudel kauplemine erinevate loomaliikidega, kes levitavad viirushaigusi. Seda ei tohi tolereerida. Teiseks – Euroopa Liidu põhiväärtused ehk teenuste, kaupade, tööjõu ja kapitali vaba liikumine peab olema tagatud ka kriisiaegadel. Kõige olulisem on tagada roheline koridoride toimimine mistahes kriisi algusest saadik. See on väga tugevalt seotud meie julgeolekuga. Kolmandaks – peame tegema kõik, mis meie võimuses, et toetuspaketid, mis on suunatud ettevõtete ning eriti just väikese ja keskmise suurusega ettevõtete abistamiseks, oleksid piisavad, sest kriis puudutab just neid kõige tugevamini. Lisaks peame tagama, et meie põllumeestele mõeldud toetuste ja vahendite kättesaadavus ei saaks kannatada. Euroopa Parlament peab leidma võimalused edasi töötamiseks nii, et meie otsused ja tegevused oleksid õigeaegsed ning meie inimeste huvid oleksid kaitstud.

Hermann Tertsch (ECR), *por escrito*. – Tres meses después de que la OMS comenzara a advertir sobre la COVID-19, nos reunimos en este Pleno «especial de urgencia».

España está de luto por la inmensa tragedia que la COVID-19 conlleva, cuyas dimensiones son consecuencia de la catastrófica gestión del Gobierno. Por cuestiones ideológicas ocultó el peligro durante semanas, no haciendo preparativo alguno. Incurrió en negligencia criminal por la que habrá que exigir responsabilidades. El Gobierno desoyó las directrices de enero de la OMS sobre la «emergencia pública internacional» del virus. A la seguridad, salud y vida de sus compatriotas, el Gobierno socialista-comunista antepuso sus intereses propagandísticos de las manifestaciones feministas del 8 de marzo.

También esta Cámara se dejó arrastrar por sus intereses ideológicos, apareciendo Greta, entre vítores, el 4 de marzo, eclipsando todas las medidas de prevención. Mientras, el consenso celebraba su orgía ideológica aquí y en España, tildaban a Donald Trump, a Orbán, a Polonia y a mi partido, VOX, de xenófobos por querer cerrar fronteras al virus, medida que impulsieron después todos los Gobiernos del mundo.

VOX exigirá que se extraigan lecciones, tanto en el Gobierno español como el europeo, para reconstituir en España y en la UE una agenda realista a la altura de las necesidades de nuestros compatriotas.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Krizė, atsiradusi dėl koronaviruso, dar vadinamo COVID-19 epidemija, staiga ir dramatiškai palietė valstybes nares ir gali turėti labai didelį poveikį jų visuomenei ir ekonomikai. Koronavirusas stabdo valstybių narių ekonomikos augimą, dėl to staiga sulėtėjo ekonominė veikla. Padėtis gali pablogėti, nes įmonės gali susidurti su sunkumais mokėdamos tiekėjams ir darbuotojams. Tuo pačiu metu reikia papildomų viešųjų lėšų sveikatos priežiūros sistemoms ir kitai veiklai, tiesiogiai susijusiai su ligos protrūkiu, paremti. Dėl to susidarė išskirtinės aplinkybės, dėl kurių reikia imtis specialių priemonių valstybių narių ekonomikai, įmonėms ir darbuotojams paremti ir apsaugoti. Reikalinga reikšminga ir greita intervencija sveikatos priežiūros sistemų srityje, kad jos galėtų veikti šiomis sunkiomis aplinkybėmis. Valstybės narės taip pat turėtų būti remiamos siekiant sušvelninti neigiamą poveikį darbo rinkoms ir kitiems pažeidžiamiems jų ekonomikos sektoriams. Ši situacija dabar aktuali visoje Europos Sąjungoje ir reikalauja sutelkti visus turimus išteklius ir priemones ES ir valstybių narių lygiu, kad būtų galima išspręsti precedento neturinčius COVID-19 epidemijos iššūkius. Atsiminkime, kad teikdami pagalbą pirmiausia turime atsižvelgti į žmonių gerovę, jų gyvenimą ir sveikatą, o tada į ekonominius dalykus. Dėl šių priežasčių, remiantis visuotiniu šio Parlamento susitarimu, turėtų būti sutelkta visa skubi ir nepaprasta pagalba.

Evžen Tošenovský (ECR), písemně. – V současné době celý svět čelí pandemii koronaviru. Členské státy Evropské unie zažívají dramatický boj o záchranu tisíců životů. Hospodářství se dramaticky propadá a obrovsky narůstá deficit státních rozpočtů. Velké firmy zastavily výrobu a mnohé společnosti jsou na pokraji krachu. Statistice malých firem neví, jestli přežijí do dalšího měsíce, řada lidí přijde o práci. Evropa zažívá nejtěžší chvíle od druhé světové války a nikdo neví, jak dlouho bude tento stav trvat. Za této situace by bylo absurdní dále pokračovat v programu „Zelená dohoda pro Evropu“ (Green Deal), který přináší obrovskou ekonomickou zátěž pro jednotlivé členské státy, firmy a v konečném důsledku pro všechny občany. Zelenou dohodu je zapotřebí okamžitě zastavit a plně se soustředit na opatření pro záchranu evropských ekonomik.

Edina Tóth (PPE), írásban. – A koronavírus-járvány alapjaiban alakította át az európai polgárok mindennapjait. Természetesen a jelenlegi fázisban az első és legfontosabb az emberi élet védelme, azaz a hatékony járványkezelés és lehető legmagasabb szintű egészségügyi beavatkozás. Sajnos bebizonyosodott, hogy a koronavírus az Európai Unió legérzékenyebb pontjait támadta meg: az egészségügyi ellátórendszereket, a rendkívül összetett, alacsony készségszintekre optimalizált termelési láncokat, az óriásira növekvő globális turizmust és a vendéglátást, azaz alapjában a fogyasztásközpontú gazdasági modellt.

E „hagyományos” modell védelme érdekében az Unió pedig késve kezdte meg intézkedéseit, a koordináció lassúsága miatt pedig tagállami intézkedések sorozatára volt szükség. Amit biztosan állíthatunk: az Európai Unió már nem lesz ugyanaz, mint ami korábban volt. Azonban még az ilyen rendkívüli helyzetek is rendkívüli lehetőségeket teremtenek. Azok a gazdaságok, amelyek a válság időszakában is képesek alkalmazni az új fejlődési irányokat, komoly és tartós versenyelőnyre tehetnek szert. Hazám, Magyarország már megtette az első fontos lépést, meghozta a járvány negatív hatásait tompító elsődleges intézkedéseit.

Remélem, hogy ezen intézkedések terén uniós szinten ezúttal már nem lesz a korábbiakhoz hasonló késlekedés, rengeteg feladat vár ugyanis az uniós intézményekre is! Kérem a Bizottságot, hogy a rövid táv mellett a hosszú távú fejlesztési lehetőségeket is kezelje kiemelten, s tegyen meg mindent a válság uniós szintű hatásainak mérséklése érdekében.

István Ujhelyi (S&D), in writing. – As the third largest economic sector in Europe, which contributes to the entire European GDP with more than 10% and provides over 25 million jobs in the continent – the tourism and travel sector is particularly hit by the COVID 19 crises. Millions of jobs are at risk while many small and medium-sized enterprises (SMEs) are closing their business. Support for tourism must be a priority in the crisis response, recovery plans and actions of affected economies. The Commission have already done a lot, but a crisis management mechanism with strong financial support is needed for the entire value chain for Tourism and immediately.

We must act together and now! Undoubtedly health and safety first, but in parallel we have to act by taking the needed measures in time in order to avoid the deeper crisis of the Tourism sector in Europe, in accordance with the guidelines of UNWTO. We are in daily contacts with stakeholders of European Tourism, the hoteliers, the tour-operators, the cruise-lines, the aviation companies and airports, the exhibition organisers and many others, they know what is really needed to be done for them! We urge the European Commission with the Member States to involve and listen to everyone and act!

Loránt Vincze (PPE), *in writing*. – I would like to express my sincere regret for the death of thousands of citizens in our Members States due to COVID 19. On top of the immediate health emergency, we expect that the outbreak will continue to have a significant impact on our societies and economies. The Commission has stepped in fairly quickly to offer financial support to MSs with limited tools available.

The Parliament supports all the proposed measures. It has also acted quickly in order to suspend financial and competition policy rules that would have stood in the way of offering instantaneous help. However more has to be done to coordinate MSs measures for the containment of the virus at EU level. The single market and interconnection in all aspects of life is so strong that no important member state action can be solely and exclusively have affect within its national borders.

The EU should aspire for more: mass testing should become available; the number of ICU intensive care units should increase; surgical mask production units should be created and much needed economic crisis measures should follow. National action plus EU level coordination would have been the winning solution in those first moments. It still is.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Tämänhetkisen tiedon mukaan pandemian aiheuttanut SARS-CoV-2-virus on siirtynyt eläimistä ihmiseen Wuhanin villieläintorilla Kiinassa. Torien riskit on tiedetty jo pitkään, mutta villieläinkauppaa ei ole kielletty, minkä lisäksi viruksen leviämistä pyrittiin peittelemään aivan liian pitkään. Kiinan valtiolliset tiedotusvälineet välittävät nyt ahkerasti kuvaa, jonka mukaan Kiina on tilanteeseen syytön. Ei ole. Euroopan unionin jäsenmaiden on tiivistettävä rivejään koronan torjunnassa. Välineitä tähän on, kuten täysistunnon asialistakin osoittaa. Täysistunnossa päätettävien toimien lisäksi Euroopan komissio on jo ohjannut varoja lääketutkimukseen, laittanut liikkeelle suojavarusteiden ja muiden materiaalien yhteishankintoja sekä pyrkinyt varmistamaan elintärkeän tavaraliikenteen sujuvan pääsyn suljettujen sisärajojen yli. Valtiontukisääntöjä ja budjettikuria on tilapäisesti höllennetty, jotta jäsenmaat voisivat sekä vahvistaa terveydenhuollon rahoitusta että tukea koronan iskemiä yrityksiä. Euroopan keskuspankin käynnistämä 750 miljardin euron osto-ohjelma ja pääomavaatimusten keventäminen ovat tarpeellisia toimia akuuttiin likviditeettikriisiin. Myös euroalueen valtiovarainministerit ovat päässeet alustavaan sopuun Euroopan vakausmekanismin käytöstä kriisin edetessä. Olen tähän tyytyväinen, mutta en usko sen vielä riittävän. Kun kriisi etenee, tarvitaan todennäköisesti myös toimia, joissa yhteisvastuuelementti on tähän mennessä päätettyä vahvemmin läsnä. Ohessa listamaani toimet ovat tarpeellisia mutta myös osoituksia EU:n kyvystä reagoida kriisiin. Sitä meidän on jatkossakin kansalaisille näytettävä. Parasta lääkettä disinformaatioon ovat päättäväiset toimet, avoin viestintä, rehellisyys ja Euroopan keskinäinen solidaarisuus. Niiden varaan rakentuu myös koronakriisin ratkaisu.

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich*. – Die Corona-Krise ist die schwerste Krise, in der wir uns seit 1945 befinden. Als Europäische Union muss unsere Antwort jetzt mehr denn je sein: Solidarität, Zusammenhalt und Demokratie. Wir brauchen bestmögliche europäische Koordinierung und europäische Mittel. Ich bin froh, dass wir heute wichtige Hilfgelder in Milliardenhöhe zur Bekämpfung von Corona freigeben werden. Es braucht in allen Mitgliedstaaten flächendeckende Testungen durch die öffentliche Hand, Corona-Gewissheit darf nicht von der persönlichen finanziellen Situation abhängen. Gleichzeitig wissen wir, dass die Krise vor allem jene besonders hart trifft und noch treffen wird, die nicht die Wahl haben. Schon jetzt haben viele Menschen ihre Jobs verloren. Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern, müssen Kurzarbeitsmodelle und Direktzahlungen unterstützt werden. Vor allem jene, die die sogenannten systemerhaltenden Jobs verrichten – überwiegend Frauen! –, müssen nachhaltig mehr Lohn erhalten. Die Krise darf nicht dazu genutzt werden, unsere Demokratien zu beschädigen und Grundrechte auszuhöhlen oder überhaupt abzuschaffen. Da müssen wir als Europäisches Parlament wachsam bleiben und immer und immer wieder auf Verhältnismäßigkeit und die zeitliche Befristung von einschränkenden Maßnahmen achten. Nur wenn es uns gelingt, auch in diesen schwierigen Zeiten unsere Demokratie zu erhalten und zu festigen, können wir irgendwann sagen: Wir haben diese Krise überstanden!

Alexandr Vondra (ECR), písemně. – Musím s politováním konstatovat, že většina zemí EU koronavirus podcenila a teď bude sklízet hořké plody. Lockdown ovšem nemůže trvat měsíce. Zhroutila by se nejen ekonomika, ale – obávám se – i EU včetně Schengenu. Klíčem úspěchu je TTI: testování, trasování, izolace. Pro úspěšné případy musíme jít za hranice EU. Výjimkou je italské město Vò, které bylo okamžitě uzavřeno a všichni obyvatelé otestováni. Díky izolaci a opakovanému testování všech obyvatel se městu podařilo nákazu porazit. Dobré nápady lze čerpat i od Tchaj-wanu, Jižní Koreje nebo Izraele. Tchajwanský úspěch byl dosažen kombinací „velkých dat“ (big data), transparentnosti a skvělého managementu. Sloučením řady digitálních databází už v době epidemie SARS se Tchaj-wanu dnes daří kontrolovat cestovní historii každého občana v posledních dvou týdnech (pak jsou záznamy zničeny), trasovat kontakty nakažených a dohlížet na dodržování karantény rizikových skupin. Nařízení jsou přísná, ale transparentní. Právě trasování spolu s častým testováním obyvatelstva bylo ve východoasijských zemích klíčem k úspěchu. Ke zvážení doporučuji i metodu izraelských vědců, která umožňuje ulevit přetíženým laboratořím a zároveň hromadně testovat obyvatelstvo. Navrhují testovat lidi po skupinách o 32 až 64 pacientech, všechny vzorky naráz. Až když se ve skupině vyskytne pozitivní vzorek, přikročí se k individuálnímu otestování všech členů skupiny.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Europa jest aktualnie centrum pandemii koronawirusa. Kryzys wywołany COVID-19 dotknął Europę w sposób nagły i dramatyczny, dlatego musimy podejmować pilnie i wspólne działania na rzecz ochrony zdrowia naszych obywateli oraz europejskiej gospodarki.

Koronawirus nie ma paszportu, nie jest problemem poszczególnych państw członkowskich, ale całej Europy. Dlatego zaniepokoiła mnie spóźniona reakcja instytucji europejskich, która obnażyła, że na unijnym poziomie wspólnota nie jest przygotowana na podejmowanie szybkich, zdecydowanych i skoordynowanych działań. Dobrze jednak, że teraz w trybie pilnym przyjmujemy inicjatywy, które mają wesprzeć wysiłki państw członkowskich w walce z koronawirusem. Jeśli mają być one skuteczne, potrzebne jest ich natychmiastowe wdrożenie. Chciałabym jednak podkreślić, że zakres inicjatyw ma charakter jedynie doraźny, a działania proponowane przez KE są niewystarczające w obliczu skali wyzwań.

Zwracam się do Komisji Europejskiej o przygotowanie wniosku legislacyjnego, który w sposób bardziej kompleksowy ujmie zmiany potrzebne dla skutecznej walki z długofalowymi skutkami społeczno-gospodarczymi pandemii.

Jan Zahradil (ECR), písemně. – Dnes projednáváme první nouzový balíček, kterým chceme podpořit národní státy v boji proti novému koronaviru COVID-19. Já tento balíček podporuji, ať už jde o rozvolnění pravidel pro sloty v letecké dopravě nebo o aktivizaci fondů. Nicméně toto je pouze první krok, malé nouzové řešení toho nejdůležitějšího. To, co nyní může a podle mne musí EU začít dělat, je změna našich politických priorit, tak aby byla podpořena ekonomika, konkurenceschopnost a pracovní a sociální jistoty našich občanů. To znamená především odložit přemrštěné cíle New Green Deal. V době nadcházející celosvětové ekonomické recese způsobené pandemií koronaviru musíme být realističtí. Nebudeme mít dostatek financí na hlubokou systémovou společenskou změnu, která by ostatně byla diskutabilní i v době hospodářské konjunktury. Zamysleme se nad tím ještě jednou a nepoškodíme, byť neúmyslně, naši ekonomiku. Prostředky teď budeme potřebovat jinde. To neznamená přestat chránit životní prostředí nebo přestat řešit environmentální otázky. Ale znamená to mít realistické a naplnitelné cíle a především flexibilně zohlednit ekonomické a sociální možnosti členských států.

Roberts Zīle (ECR), rakstiski. – ES pilsoņi šajā laikā, kad ir nācies saskarties ar vīrusa ārkārtas situāciju, diemžēl ir iepazinuši arī ES nesolidaritāti, kura šādos brīžos izpaužas īpaši asi. Šī bīstamā šķautne pašai ES ir nedaudz mazinājusies pēc EK organizētiem kopīgiem iepirkumiem medicīnas ekipējumam un vēl vairākiem pasākumiem. Taču mēs pieredzam to, ka mūsu ģeopolitiskie konkurenti īsteno mērķētu politisku darbību vietās, kurās parādās plaiss Eiropas Savienībā. Izšķiroši būs ne tikai, cik ātri, bet arī kā mēs pārvarēsim šo krīzi. Paldies ECB par pareizu soli mazināt aizņēmumu slogu, it īpaši ievainotākajām valstīm. Tomēr, ja mēs neatradīsim ceļus, kā kopīgi finansēt publiskās finanses ar ESM iespējām vai eiroparādžiem, gan šobrīd cīnoties ar pandēmiju, gan vēlāk atveseļojot ekonomiku no krīzes, atstātot finansēšanu tikai katras dalībvalsts ziņā, tad mēs redzēsim, kā minimums, ļoti dziļas rētas ES "solidaritātes" sejā. Iespējams, šī seja būs tik briesmīga, ka pilsoņi vairāk cietušajās dalībvalstīs vienkārši vēlēties iet citu ceļu. Turklāt "palīgi" viņiem to ģeopolitiski līdzēs to izlēmēt. Tāpēc labi vien ir, ka EP šodien nobalsos par pirmo soli cīņai ar pandēmiju. Taču daudz svarīgāk, vai Eiropadome šodien spēs izlēmēt par kopīgu finansēšanas slogu šajā simetriskajā krīzē. Bez kopīgiem soļiem ES būs vēl vairāk polarizēta starp turīgākām un mazāk turīgām dalībvalstīm.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – A resposta inicial das Instituições Europeias ao surto do Coronavírus foi frouxa e desgarrada. A perceção dos cidadãos europeus em relação à resposta europeia é de desilusão. É preciso agir rapidamente e tomar medidas que cheguem depressa às pessoas e às empresas.

A União Europeia precisa de uma cooperação reforçada na saúde, agindo de forma coordenada no aprovisionamento e na distribuição de medicamentos e materiais de segurança fundamentais para os profissionais de saúde e para todos os que asseguram serviços essenciais ao funcionamento da sociedade. O combate à pandemia não será sustentável se não mantivermos vivo o tecido económico e social. Alguns Estados-Membros parecem ter a tentação de responder sozinhos. No passado, os que seguiram sozinhos foram mais depressa rumo ao abismo.

Temos que ser solidários e lúcidos numa resposta económica e social concertada. É preciso criar um tesouro europeu comum com funções de estabilização e emitir Euro Bonds. É preciso criar um rendimento mínimo europeu durante a crise e introduzir um «seguro europeu de desemprego». É preciso tomar medidas excecionais para momentos excecionais. Se não estivermos à altura das necessidades das pessoas nesta crise, falharemos na nossa missão e colocaremos em causa o futuro da União Europeia.

20. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung über die Anträge auf Beratung im Dringlichkeitsverfahren (Artikel 163 GO)

Presidente. – Prima di annunciarvi i risultati dei voti, lasciatemi salutare con voi le nostre colleghe e i nostri colleghi che sono collegati in *streaming* con l'Aula e che hanno partecipato alle prime votazioni.

È anche con un po' di emozione che dico questo, perché è la prima volta che un parlamento democratico usa un metodo di partecipazione a distanza. Non era mai accaduto prima: è toccato al Parlamento europeo sperimentare questo, in un periodo di grandissima emergenza per la vita dei nostri cittadini.

Io sono molto grato a tutti i gruppi politici, per aver convintamente sostenuto l'idea che il Parlamento debba continuare a essere funzionante: abbiamo bisogno del Parlamento; non possiamo interrompere il processo democratico dell'Unione europea. Abbiamo tante risposte da dare ai nostri cittadini in questo momento e dobbiamo naturalmente sentirne la responsabilità e il dovere.

È per questo che sono molto grato anche a tutte le strutture del Parlamento, che in queste settimane hanno fatto un grande lavoro per consentire alle nostre colleghe e ai nostri colleghi di partecipare oggi a questa plenaria straordinaria, utilizzando metodologie inedite, mai usate prima.

Hanno partecipato al voto 687 parlamentari e credo che questo sia un risultato straordinario.

(Applausi)

In relazione ai risultati sulle richieste di procedura d'urgenza: per quanto riguarda l'assegnazione di bande orarie negli aeroporti della Comunità – norme comuni: voti espressi 687, voti a favore 687.

(Applausi)

Seconda votazione sulle misure specifiche volte a mobilitare gli investimenti nei sistemi sanitari degli Stati membri e in altri settori delle loro economie in risposta all'epidemia Covid-19: voti espressi 687, voti a favore 686, voti contrari 1, astensioni 0. La richiesta di procedura d'urgenza è pertanto approvata.

Sulla terza votazione «Assistenza finanziaria agli Stati membri e ai Paesi che stanno negoziando l'adesione all'Unione europea pesantemente colpiti dalla grave emergenza di salute pubblica»: voti espressi 687, voti a favore 684, voti contrari 1, astensioni 2. La richiesta di procedura d'urgenza è pertanto approvata.

Ringrazio tutti per la pazienza e la disciplina che i parlamentari stanno mettendo in questa prova che riguarda noi, ma soprattutto la risposta che noi sapremo dare ai nostri cittadini.

Passo adesso ai termini di presentazione: per la presentazione degli emendamenti alle altre votazioni il termine è fissato alle ore 14.00. Il termine di presentazione per le richieste di votazioni per parti separate e distinte è fissato alle ore 16.00.

(La seduta è sospesa alle 12.48)

21. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 17.33)

22. Abstimmung über Änderungsanträge

Presidente. – Comunico di aver ricevuto i seguenti emendamenti:

«Assegnazione di bande orarie negli aeroporti della Comunità: norme comuni»: 1 emendamento;

«Misure specifiche volte a mobilitare gli investimenti nei sistemi sanitari degli Stati membri e in altri settori delle loro economie in risposta all'epidemia di COVID-19 (Iniziativa di investimento in risposta al coronavirus)»: 4 emendamenti;

«Assistenza finanziaria agli Stati membri e ai paesi che stanno negoziando l'adesione all'Unione europea pesantemente colpiti da una grave emergenza di salute pubblica»: 1 emendamento.

Maximilian Krah (ID). – Mr President, I want to urge you to send a call to order to one of the Members who is not here today, because he wrote a tweet on Twitter, and I quote, 'If a EUR 323 attendance fee is more important to you than the health of the people in the European Union' ... 'you'd rather go to the European Parliament to collect money ...' etc., etc. – and then he mentioned me in person – which means we have a colleague who is at home and blames all of us that we are here today not because we want to give a speech and we want to debate, but only for financial reasons.

As far as I can see we have today the *novum* that we have a split session which is partly present and partly at home. That means that you also have the right to discipline those who are at home. At least from my understanding of what is right, this is a violation of Rule 10 of the Rules of Procedure.

I therefore ask you to apply the measures foreseen in Title VII, Chapter 4, and to ask the Member to delete this tweet immediately and to express his sorrow over his misbehaviour.

Presidente. – Onorevole, quello che posso fare è invitare il suo collega ad ascoltarla, ma più di questo mi è difficile poter fare. La ringrazio comunque per la segnalazione.

Vi ho indicato gli emendamenti ricevuti. Passiamo ora alla votazione di questi emendamenti.

I deputati, ripeto le indicazioni, riceveranno adesso dalla casella di posta elettronica «plenaryvote@europarl.europa.eu» la scheda per la votazione.

Le informazioni relative allo svolgimento della votazione sono state distribuite lunedì per e-mail a tutti i deputati. La votazione si svolgerà secondo le stesse modalità della votazione di questa mattina, quindi siamo già tutti un po' allenati ad usare questo sistema.

Il turno di votazione sugli emendamenti sarà aperto dalle 17:30 alle 18:30. La votazione è dunque aperta. Vi invito a votare entro e non oltre il limite indicato delle ore 18:30.

I risultati delle votazioni sugli emendamenti saranno annunciati alle ore 20:00. Tutte le votazioni della giornata odierna saranno per appello nominale.

I deputati potranno verificare la loro votazione e i risultati stessi della votazione nel documento che sarà pubblicato oggi sul sito della plenaria.

(La seduta è sospesa alle 17.38)

23. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 20.08)

24. Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung über Änderungsanträge

Presidente. – Hanno partecipato alle votazioni 693 deputati:

emendamento 1 «Assegnazione di bande orarie negli aeroporti della Comunità – norme comuni»: l'emendamento è approvato a stragrande maggioranza.

Emendamento 2: respinto con grande differenza di voti.

Emendamenti 3 e 4: respinti.

Emendamento 1: respinto.

Emendamento 1 sull'assistenza finanziaria: respinto.

Sul sito del Parlamento troverete il dettaglio delle votazioni. I deputati potranno verificare la loro votazione e i risultati della votazione sugli emendamenti nel documento che sarà pubblicato oggi sul sito della plenaria.

25. Schlussabstimmung

Presidente. – Passiamo ora alle votazioni finali: i deputati riceveranno, come hanno ricevuto per tutta la giornata, nella loro casella di posta elettronica la scheda per la votazione.

Le informazioni relative allo svolgimento della votazione sono state distribuite per e-mail a tutti i deputati. La votazione si svolgerà secondo le stesse modalità della votazione di questa mattina e quindi siamo ormai allenati alla nuova metodologia.

Il turno di votazioni finali sarà aperto adesso, alle ore 20.00, fino alle ore 21.00: la votazione è aperta.

Vi invito a votare entro e non oltre il termine di un'ora, alle ore 21.00. I risultati delle votazioni saranno comunicati alle 22.30.

(La seduta è sospesa alle 20.10)

26. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 22.32)

27. Bekanntgabe der Ergebnisse der Schlussabstimmung

Presidente. – La seduta è ripresa.

Diamo lettura dell'ultima votazione: hanno votato 688 parlamentari.

Sulla prima votazione, «Assegnazione di bande orarie negli aeroporti della Comunità»: voti espressi 688; voti a favore 686; voti contrari 0, astensioni 2: approvato.

Sulla seconda votazione, «Misure specifiche sugli investimenti nei sistemi sanitari»: voti espressi 688; voti a favore 683; voti contrari 1; astensioni 4; approvato.

Terza votazione, «Assistenza finanziaria agli Stati membri e ai paesi che hanno negoziato l'adesione dell'Unione europea pesantemente colpiti dall'emergenza di salute pubblica»: voti espressi 688; voti a favore 671; voti contrari 3; astensioni 14: approvato.

Termina qui questa plenaria straordinaria del Parlamento europeo. Ringrazio tutti i colleghi e le colleghe che hanno, con pazienza, esercitato il loro diritto di voto con queste modalità molto complesse, che ci hanno però dato la possibilità di tenere vivo il Parlamento in questo momento, con questa plenaria e le nostre decisioni sul pacchetto presentato dalla Commissione.

I deputati adesso potranno verificare la loro votazione finale nel documento che sarà pubblicato domani.

28. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

29. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

30. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

31. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

32. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

33. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 22.36)

34. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro interrotta la sessione del Parlamento europeo.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4643

18.7.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11320 — CISCO / SPLUNK)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/4643)

Am 13.3.2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11320 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/4645

18.7.2024

Mitteilung an Personen, die den restriktiven Maßnahmen gemäß dem Anhang des Beschlusses (GASP) 2019/1720 des Rates und Anhang I der Verordnung (EU) 2019/1716 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Nicaragua unterliegen

(C/2024/4645)

Herrn Luís PÉREZ OLIVAS (Nr. 5) und Frau Alba Luz RAMOS VANEGAS (Nr. 12), die im Anhang des Beschlusses (GASP) 2019/1720 des Rates⁽¹⁾ und in Anhang I der Verordnung (EU) 2019/1716 des Rates⁽²⁾ über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Nicaragua aufgeführt sind, wird Folgendes mitgeteilt:

Der Rat beabsichtigt, die restriktiven Maßnahmen gegen die oben genannten Personen mit geänderten Begründungen aufrechtzuerhalten. Diesen Personen wird hiermit mitgeteilt, dass sie **vor 26. Juli 2024** beim Rat unter der nachstehenden Anschrift beantragen können, die vorgesehene Begründung für die Aufrechterhaltung ihrer Benennung zu erhalten:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
RELEX.1 „Globale und horizontale Angelegenheiten“
Rue de la Loi 175/Wetstraat 175
B-1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
E-Mail: sanctions@consilium.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 262 vom 15.10.2019, S. 58.

⁽²⁾ ABl. L 262 vom 15.10.2019, S. 1.



C/2024/4650

18.7.2024

Sonderbericht 11/2024:

**„Die Industriepolitik der EU im Bereich erneuerbarer Wasserstoff: Rechtsrahmen weitgehend
angenommen – Zeit für einen Realitätscheck“**

(C/2024/4650)

Der Europäische Rechnungshof teilt mit, dass der Sonderbericht 11/2024 „Die Industriepolitik der EU im Bereich erneuerbarer Wasserstoff: Rechtsrahmen weitgehend angenommen – Zeit für einen Realitätscheck“ soeben veröffentlicht wurde.

Der Bericht kann auf der Website des Europäischen Rechnungshofs direkt aufgerufen oder von dort heruntergeladen werden: <https://www.eca.europa.eu/de/publications/sr-2024-11>
